

FEMINA POLITICA

ZEITSCHRIFT FÜR FEMINISTISCHE POLITIKWISSENSCHAFT

01 | 2013 22. Jg.

FÜR DAS POLITISCHE IN DER POLITISCHEN ÖKONOMIE

FREUDENSCHUSS. SCHEELE EINLEITUNG MICHALITSCH DAS GEHEIMNIS DER GOUVERNE-
MENTALITÄT MÜLLER WERT-ABJEKTION ALS KONSTITUIERENDE UND STRUKTURIERENDE KRAFT
VON CARE-ARBEIT HAJEK. OPRATKO GESCHLECHTSSPEZIFISCHE SUBJEKTIVIERUNG ALS KRISEN-
BEARBEITUNG HAUF REGULATIONSTHEORIE, CULTURAL POLITICAL ECONOMY UND FEMINISTISCHE
GESELLSCHAFTSTHEORIE DIERKES PLÄDOYER FÜR EINE UTOPIETHEORETISCHE ERWEITERUNG
FEMINISTISCHER GESELLSCHAFTSKRITIK GANN DAS KONZEPT DES BUEN VIVIR IN DER ECUADORIANISCHEN
VERFASSUNG AUS FEMINISTISCHER PERSPEKTIVE FEDERICI INTERVIEW



Verlag Barbara Budrich

Für das Politische in der Politischen Ökonomie

INHALT

EDITORIAL	7
SCHWERPUNKT: Für das Politische in der Politischen Ökonomie	9
MAGDALENA FREUDENSCHUSS, ALEXANDRA SCHEELE Für das Politische in der Politischen Ökonomie: Einleitung	9
GABRIELE MICHALITSCH Das Geheimnis der Gouvernamentalität: Der maskulinistische Ökonomie- Begriff und die verdrängte Reproduktion	20
BEATRICE MÜLLER Wert-Abjektion als konstituierende und strukturierende Kraft von Care-Arbeit im patriarchalen Kapitalismus	31
KATHARINA HAJEK, BENJAMIN OPRATKO Geschlechtsspezifische Subjektivierung als Krisenbearbeitung. Feministische und neogramscianische Perspektiven auf die gegenwärtige europäische Krisenpolitik	44
FELIX HAUF Regulationstheorie, Cultural Political Economy und feministische Gesellschaftstheorie	56
MIRJAM DIERKES Plädoyer für eine utopietheoretische Erweiterung feministischer Gesellschaftskritik	68
ANNA LISA GANN Das Konzept des Buen Vivir in der ecuadorianischen Verfassung aus feministischer Perspektive	81
SILVIA FEDERICI Interview: „Commons will become increasingly important for feminists movements in Europe“	93
FORUM:	101
INA KERNER Was wir nie über Geschlecht wissen wollten. Potenziale des politologischen Feminismus	101

FLEUR WEIBEL	
Diffraktion. Ein Phänomen, eine Praktik und ein Potenzial feministischer Kritik	108
ANDREA KÖNIG. STEPHAN MEISE	
Milieus, Geschlecht, Migration. Zur gesellschaftlichen Organisation von Arbeit bei SpätaussiedlerInnen und türkeistämmigen Deutschen	115
TAGESPOLITIK	125
INGRID KURZ-SCHERF	
„Freier Geist – mutige Frau“. Zum Gedenken an Annemarie (Anna) Tröger	125
IRMGARD DIEWALD	
Männerpolitik unter der schwarz-gelben Regierung: Auf dem Weg zu einer geschlechtergerechten Gesellschaft?	129
ANTKE ENGEL	
Okzidentalistische Überlegenheitsphantasien und heteronormatives Schweigen. Überlegungen zur „deutschen Beschneidungsdebatte“	133
SABINE GATT	
Stimmen im Widerstand. Der Protest der Asylsuchenden im Kontext der österreichischen Sprachenpolitik	140
ASANDA BENYA	
Absent from the Frontline but not Absent from the Struggle: Women in Mining	144
NEUES AUS LEHRE UND FORSCHUNG	149
Kurznachrichten	149
STEPHANIE ZUBER	
Strukturfragen der Gleichstellungsarbeit am Beispiel der Exzellenzinitiative	153
REZENSIONEN	163
KATHARINA VOLK	
Roswitha Scholz: Das Geschlecht des Kapitalismus	163
SUSANNE VÖLKER	
Ingrid Kurz-Scherf, Alexandra Scheele (Hg.): Macht oder ökonomisches Gesetz? Zum Zusammenhang von Krise und Geschlecht	165
VERENA NAMBERGER	
Susanne Lettow (Hg.): Bioökonomie. Die Lebenswissenschaften und ihre Bewirtschaftung der Körper	168

HEIKE KAHLERT

Marion Löffler: Geschlechterpolitische Strategien. Transformationen von
Staatlichkeit als politisch gestaltbarer Prozess 171

JULIA ROMETSCH, ISABELLE KUNZE

Gülay Çağlar, María do Mar Castro Varela und Helen Schwenken (Hg.):
Geschlecht – Macht – Klima. Feministische Perspektiven auf Klima,
gesellschaftliche Naturverhältnisse und Gerechtigkeit 173

KATHARINA SCHOENES

Irene Messinger: Schein oder Nicht Schein. Konstruktion und Kriminalisierung
von „Scheinehen“ in Geschichte und Gegenwart 175

ANKÜNDIGUNGEN UND INFOS 181

Call for Papers. Heft 1/2014 der Femina Politica 181

Neuerscheinungen 185

AUTORINNEN DIESES HEFTES 189

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Krise hält Europa fest im Griff und so ist es an der Zeit, die bisherigen feministischen Analysen zu sichten, zusammenzufassen und die grundsätzliche Frage aufzuwerfen, wie angesichts der Entwicklungen der letzten Jahre eine Politische Ökonomie neu zu fassen wäre, die von einem feministischen Standpunkt aus formuliert wird. Dies ist das Thema unseres Schwerpunktes im aktuellen Heft. Ähnlich, wie psychoanalytische Krisenmodelle das Potenzial von Krisen in den Vordergrund stellen, verweisen angesichts der aktuellen Krise verschiedenste Protestbewegungen und Kritikentwürfe auf einen Veränderungsbedarf und auf alternative Wirtschafts- und Gesellschaftsentwürfe als Chance. Wie kann das Politische an der Politischen Ökonomie und damit die Gestaltbarkeit wirtschaftlicher Prozesse wieder verstärkt in das Zentrum kritischer Debatten gerückt werden? Auf welche Weise kann das kritisch-emanzipative Potenzial feministischer Krisenanalysen hierzu beitragen? Wie könnten alternative Entwürfe praktisch aussehen? Die Beiträge unseres Schwerpunktes widmen sich diesen und ähnlich gelagerten Fragen und sollen damit diese wichtige Debatte weiter voran bringen und zu einem neu gefassten, erweiterten Verständnis von Ökonomie jenseits quasi naturgesetzlicher Marktmechanismen beitragen. Dafür setzt sich ein Teil der Autorinnen mit verschiedenen Ansätzen ökonomischer Theorien und Utopiebegriffen auseinander (Michalitsch, Müller, Hauf, Dierkes), andere nehmen Maßnahmen der aktuellen Krisenpolitik in den Blick (Hajek/Opratko) und stellen alternative Wirtschafts- und Gesellschaftsentwürfe vor (Gann). Abgerundet wird unser Schwerpunkt mit einem Interview mit Sylvia Federici, über das wir uns besonders freuen. Federici geht vor dem Hintergrund ihrer langjährigen Arbeiten zum Thema insbesondere auf das Modell der Gemeingüter („Commons“) ein. Darüber hinaus werden im Rezensionsteil drei Neuerscheinungen zum Schwerpunktthema besprochen.

Auch die feministische Wissenschaft steht auf den Schultern von Riesinnen, was wir allzu leicht vergessen. Darum findet sich im Heft ein Nachruf auf die Wissenschaftlerin, Aktivistin und Netzwerkerin Annemarie Tröger. Im Forum setzen unsere Autorinnen einen politiktheoretischen Schwerpunkt; Ina Kerner schreibt über die (selbst)transformatorischen Potenziale eines politologischen Feminismus und Fleur Weibel leuchtet die Möglichkeiten der Diffraktion für die feministische Kritik aus. Schließlich bieten Andrea König und Stephan Meise eine Analyse der Organisation von Arbeit an der Schnittstelle von Migration und Geschlecht.

Die Beiträge in der Tagespolitik sind regional breit gestreut: Irmgard Diewald befasst sich mit der Männerpolitik der Bundesregierung, Antke Engel mit einer queerfeministischen Kritik der „deutschen Beschneidungsdebatte“. Weitere Themen sind die Proteste von Asylsuchenden in Österreich im Verhältnis zur Sprachenpolitik

(Gatt) sowie die Transformation der Rolle von Frauen bei den kürzlichen Minenstreiks in Südafrika (Benya). In unserer Rubrik Neues aus Lehre und Forschung beschreibt Stephanie Zuber die große Bandbreite struktureller Veränderungen bei der Steuerung von Gleichstellung in der Exzellenzinitiative.

Femina Politica goes Mainstream: Auf dem letzten Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft wurde unsere langjährige Redaktionskollegin Gabriele Abels zur Vorsitzenden der DVPW gewählt. Zu ihren Schwerpunkten werden u. a. eine stärker internationale Vernetzung, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen des wissenschaftlichen Nachwuchses und die umfassendere Berücksichtigung von Diversity-Kriterien gehören. Wir freuen uns sehr und wünschen Gabi gutes Gelingen!

Schließlich freuen wir uns auf zahlreiche Vorschläge zum aktuellen Call for Papers zum Thema „Frauenbewegungen revisited. Partizipationsstrategien und -strukturen in sich verändernden nationalen und transnationalen Handlungsräumen“, der wie immer das Heft abschließt.

Wir wünschen eine anregende Lektüre,

Ihre/Eure Redaktion

Vorschau auf die nächsten Hefte (Arbeitstitel)

2/2013 Geschlecht und politische Partizipation in Asien/Gender and Political Participation in Asia

1/2014 Frauenbewegungen revisited. Partizipationsstrategien und -strukturen in sich verändernden nationalen und transnationalen Handlungsräumen

SCHWERPUNKT

Für das Politische in der Politischen Ökonomie

Einleitung

MAGDALENA FREUDENSCHUSS. ALEXANDRA SCHEELE

Die Finanzmarktkrise und die ihr nachfolgenden Wirtschafts-, Währungs- und Schuldenkrisen haben zu einer Renaissance der Kapitalismuskritik in Politik, Feuilleton, Wissenschaft und Alltag geführt. Diese Kritik divergierte jedoch deutlich: Während die Occupy-Bewegung, die Bewegung der Indignados in Spanien oder auch die griechischen Proteste die politisch-ökonomische Verfasstheit der jeweiligen Gesellschaften fundamental in Frage stellten, reflektierte der Präsident des Weltwirtschaftsforums in Davos 2012 zwar darüber, ob das kapitalistische System in seiner jetzigen Form nicht mehr in diese Welt passe, ein politisch-wirtschaftliches Umsteuern war jedoch damit nicht impliziert.¹ Auch ein Blick in die medialen Beiträge – Beispiele finden sich z.B. bei van Dyk 2012, 292f. – macht deutlich, dass sich im Mainstream und an seinen Rändern „radikale Rhetorik“ (van Dyk), handfeste Systemkritik und wissenschaftliche Analysen der kapitalistischen Ökonomie und ihrer Finanzialisierung finden lassen.

Bei aller Unterschiedlichkeit markiert die Kritik doch die Risse des hegemonialen, „untoten“² Neoliberalismus – ein Bruch ist daraus allerdings nicht geworden: Die massenmediale Resonanz auf die Systemkritik von den Straßen und Plätzen westlicher Metropolen erscheint aus aktueller Perspektive vielmehr als rhetorische Ausweichbewegung. Der tatsächliche Veränderungswille ist gering, stattdessen dominiert auf politischer Ebene das Credo „Weiter-So“. Die Politik wirkt dabei immer weniger als handlungsfähiges System, sondern erweckt den Anschein einer von Sachzwanglogik des Marktes auf der einen und Proteststimmung in der WählerInnenschaft auf der anderen Seite zerriebenen Instanz, die sich dann in autoritärer oder technokratischer Gestalt zeigt (vgl. z.B. Scheele 2012). Allerdings wirft auch die „radikale Rhetorik“ der sozialen Bewegungen einige Fragen auf. So ist nicht nur der Gegenstand der Kritik lediglich „diffus klar“, sondern auch das mit ihr verfolgte Anliegen – „Kapitalismuskritik (ist) nicht per se links in dem Sinne, dass sie sozial-emanzipatorische Tendenzen und Möglichkeiten befördert“ (Kurz-Scherf 2012, 89). Die Kritik an staatlichen Krisenbewältigungsstrategien, an FinanzmarktakteurInnen, die aus Staatsverschuldung noch weiteren Profit zu schlagen versuchen, sowie am Kapitalismus an sich, lässt den Angelpunkt vermissen, an dem ein anderes Denken ansetzen könnte. Die Vielfalt rhetorischer Ausweichbewegungen unterstreicht die

Frage, wie sozial-emanzipatorische Tendenzen befördert werden können – und welchen Beitrag feministische Ansätze der Politischen Ökonomie dazu leisten können. Als grundlegend hierfür sehen wir die Beschäftigung mit dem Moment des Politischen der Politischen Ökonomie. Diese Akzentuierung ist nicht zuletzt dadurch begründet, dass in den wissenschaftlichen, politischen und medialen Debatten gegenwärtig ein enger Ökonomie-Begriff dominiert, sodass sich der Gestaltungswille und die Überlegungen zur Gestaltungsmacht der Politik in Bezug auf die Ökonomie auf die Debatte über Finanztransaktionssteuern und die Regulierung des Bankensektors begrenzen. Feministische Perspektiven der Politischen Ökonomie zu versammeln, wie in diesem Schwerpunktheft der *Femina Politica*, verstehen wir als Beitrag zur Auseinandersetzung mit dem Politischen, den Grenzen des Politischen sowie der Diskussion um gesellschaftliche Verhandlungs- und Gestaltungsmacht. Die Unbestimmtheit und die Unschärfe des Politikbegriffes darf dabei nicht darüber hinwegtäuschen, dass „die Frage nach den Grenzen des Politischen eine ‚politische‘ Frage“ (Fraser 1994, 16) ist. Aus feministischer Theorie gespeist und mit Blick auf die Ökonomie rückt insofern die Dichotomie zwischen privat und öffentlich, die grundlegend für die Strukturierung sowohl von Kapitalismus als auch von Patriarchat ist, in den Blick. Die Grenzziehung zwischen privat und öffentlich fungiert dabei nicht allein als Konstruktionsprinzip dessen, was als das Ökonomische gesehen wird, sondern auch dessen, was als politisch gilt – oder eben nicht.

Aus feministischer Sicht wird die die westliche politische Ideengeschichte prägende Trennung von Staat und Ökonomie, die aus der Trennung zwischen Öffentlichkeit und Privatheit und mit der Zuordnung von wirtschaftlichen Prozessen in die private Sphäre begründet wird, ins Zentrum der Kritik gerückt. Gleichwohl gilt es immer wieder, sich in der Analyse diese Trennung – ebenso wie ihren eurozentristischen Bias – bewusst zu machen: Ursprünglich wird mit *oikos* das Haus bzw. die Familie bezeichnet und damit ein Bereich, der nicht den Entscheidungen der öffentlichen *polis* unterworfen ist und insofern in der griechischen Antike als nicht-politisch definiert wurde. Zu Beginn der Neuzeit wuchs die Erkenntnis, dass auch das wirtschaftliche Leben allgemeiner Regelungen bedarf, um auf Dauer funktionsfähig zu sein. Dennoch bildete die Gesellschaft in der alteuropäischen Tradition ein politisch-ethisches Gemeinwesen, „basierend auf der Hauswirtschaft als einheitlicher ‚Ökonomie‘ von Produktion und Konsumtion und der ‚Wirtschaft‘ als ‚Gegenstand fürstlich-väterlicher Wohlstandsmehrung‘ und ‚polizeilichem Reglement‘“ (Naschold 1984, 13). Erst Handel, Märkte und das Fabrikssystem mit entsprechenden staatlichen Regulierungen führten zur Herausbildung der „bürgerlichen Gesellschaft“ als wesentlich wirtschaftlich konstituierter Gesellschaft.

In der späteren Neoklassik werden allerdings das Politische und das Moralische von der ökonomischen Analyse getrennt und zusammen mit der Grenznutzentheorie der „homo oeconomicus“, das frei wählende, tauschende und rational handelnde Individuum, eingeführt. Die „reine Ökonomie“ machte sich damit frei vom gesellschaftlichen Bezug und trennt Politik und Ökonomie voneinander. Damit wurde eine rela-

tive Separierung von Wirtschaft und Staat konstituiert, die sich mit dem imperialen Projekt sowie der rassistischen und patriarchalen Konstituierung der Gesellschaft immer stärker verzahnt hat. Die klassische Trennung der gesellschaftlichen Sphären Politik und Ökonomie bzw. Staat und Wirtschaft bildet die Grundlage des liberalen Gesellschaftsprojektes, das auch die paradigmatischen Grundlagen der Neoklassik prägt: Gesellschaftliche Arbeit wird nur noch als ein ökonomischer Produktionsfaktor von mehreren begriffen und auf die Produktion als Bereich gesamtgesellschaftlicher Tausch- und Produktionsbeziehungen begrenzt. Die soziale Reproduktion gesellschaftlicher Arbeit hingegen wird von der gemeinwirtschaftlichen Ökonomie und von den Gelderträgen aus der Lohnarbeit abgelöst und Politik wird als eigenständiger und von Religion und der allgemeinen Wirtschaft separierter Bereich des Staates etabliert. Die Rollenverteilung zwischen Staat und Ökonomie führt zu einer zunehmend geldökonomischen Abbildung und Regulierung der sozialen Beziehungen, Praktiken und Produkte in der Wirtschaft, abgelöst von ihrem sozialen und politischen Gehalt (vgl. Naschold 1984, 13; Sesselmeier/Blauermeier 1997, 44ff.).

Von marxistischer, kapitalismuskritischer Seite wird diese liberale Trennung von Staat und Wirtschaft, Politik und Ökonomie kritisiert und auf ihre enge Verflechtung hingewiesen, die schon immer ein konstituierendes Merkmal kapitalistischer Gesellschaften gewesen sei. Der Staat sei niemals nur „Überbau“, sondern immer schon integraler Bestandteil kapitalistischer Produktion und Reproduktion gewesen, folglich habe es niemals eine Staatsfreiheit der Wirtschaft oder Wirtschaftsfreiheit des Staates gegeben. Auch die Frage nach der Steuerungsfunktion von Markt oder Staat sei müßig, da kapitalistische Gesellschaften kein einheitliches Steuerungszentrum hätten, sondern ihre Entwicklung Ergebnis eines offenen historischen Prozesses sei, „bei dem die konkreten Bedingungen des materiellen Reproduktionsprozesses und die darin strukturell wurzelnden Klassen ebenso mitwirken wie die daraus resultierenden Klassenbewegungen und -kämpfe einschließlich deren politisch-ideologischer Organisationsform“ (Esser 1985, 235).

Die politikwissenschaftliche Subdisziplin „Politische Ökonomie“ zielt nun darauf, ökonomische und politische Prozesse wieder zusammenzuführen und deutlich zu machen, dass Politik auf Wirtschaft bzw. wirtschaftliches Handeln wirkt und umgekehrt Wirtschaft Einfluss auf Politik bzw. politisches Handeln hat. In ihren verschiedenen Ausprägungen – sei es in der liberalen klassischen Nationalökonomie Adam Smiths oder auch in der kapitalismuskritischen Politischen Ökonomie Karl Marx' wird jedoch dem „Geschlechtervertrag“ keine Bedeutung beigemessen bzw. dieser fortgeschrieben, wie auch der Beitrag von *Gabriele Michalitsch* in diesem Heft zeigt.

Feministische Kritik richtet sich deshalb gegen die doppelte Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit (vgl. z.B. Sapiro 1998; Lang 2004; Behning 2004). Durch die Unterscheidung zwischen Staat und (Privat-)Wirtschaft einerseits und zwischen Wirtschaft³ und (Privat-)Haushalten andererseits werden Geschlechterungleichheiten in mehrfacher Hinsicht ausgeblendet. Die für die (Privat-)Wirtschaft kon-

stitutive geschlechtsspezifische Arbeitsteilung (bezahlt – unbezahlt) entzieht sich ebenso einer (staatlichen) politischen Regulierung wie die geschlechtshierarchische Arbeitsbewertung (hoch entlohnt – niedrig entlohnt), die in ihrer Unterscheidung zwischen Frauen- und Männertätigkeiten quasi eine Fortsetzung dieser Arbeitsteilung in einem halböffentlichen Raum darstellt. Der „homo oeconomicus“ wird „zum öffentlichen Wesen erklärt, während die immer noch überwiegend von Frauen geleistete Familienarbeit privat, d.h. ohne gesellschaftlichen Bezug (und damit Relevanz) und ohne Anerkennung bleibt“ (Lang 2004, 73). Mit der Figur des „homo oeconomicus“ wird ein gesellschaftliches Leitbild etabliert, das einerseits Ausdruck dieser Trennung ist. Andererseits steht diese Figur aber auch emblematisch für die Verwobenheit von Herrschaftsdimensionen: Es handelt sich nämlich mitnichten um eine (geschlechts-)neutrale Figur, sondern sie ist, wie Friederike Habermann (2008) zeigt, grundlegend vergeschlechtlicht und rassifiziert. Insofern bringt dieses gesellschaftliche Leitbild die Verschränktheit von Kapitalismus, Patriarchat und Rassismus ebenso auf den Punkt wie es auf die gesellschaftliche Trennung von privat und öffentlich verweist.

Frauen denkt ökonomisch! – Herausforderungen

Ökonomisch zu denken, meint zuvorderst die Aufmerksamkeit auf jene Einrichtungen und Handlungen zu lenken, die der planvollen Deckung menschlichen Bedarfs dienen und damit das Prinzip der Versorgung und nicht das Prinzip der Verwertung ins Zentrum stellen (vgl. Kurz-Scherf 2012, 93). Die aktuelle, in der feministischen Forschung verdichtete Auseinandersetzung zu Care verfolgt diesen Ansatz: Sie macht Fragen der Ökonomie wieder stärker zu einem feministischen Forschungsgegenstand, insbesondere auf jener Ebene, auf der es um die grundlegenden menschlichen Bedürfnisse, um die Momente der Sorge geht (vgl. z.B. aktuell Widerspruch 62; Das Argument 292; Gender 3/2011).

Der Sektor der Sorge erhält dabei explizit das Attribut des Ökonomischen: Ist von Care-Ökonomie die Rede, so spielen Stichworte wie Care Drain und globale Sorgketten (global care chains) eine wesentliche Rolle. Vergleichsweise neu ist der Umfang dieser globalen Dimension von Arbeitsteilung: Sorgearbeit wird von überwiegend weißen Frauen der Mittelschicht an migrierte Frauen ausgelagert, die ihrerseits die entstehenden Care-Lücken in ihren Herkunftsfamilien mit ihrerseits migrierten Frauen füllen. Care-Arbeit bleibt vergeschlechtlichte, in den Zuständigkeitsbereich von Frauen verwiesene Arbeit. Ihr rassifizierter Charakter verschärft sich im Kontext spätkapitalistischer Globalisierung auf besondere Weise (vgl. z.B. Lutz 2007). Die aktuelle deutschsprachige feministische Auseinandersetzung mit ökonomischen Fragen, für die die Care-Forschung beispielhaft stehen mag, lässt sich als affirmative Antwort auf Nancy Frasers Appell von 2005 lesen: Damals hatte sie unter dem provokanten Titel „Frauen, denkt ökonomisch!“ zwei Phasen des Feminismus unterschieden: *erstens* die in engem Bezug zu den Neuen Sozialen Bewegungen entwickelte Wohlfahrtsstaatskritik und *zweitens* die „Politik der Anerkennung“. Letztere

bilanzierte sie äußerst kritisch. Während in der ersten Phase ein erweitertes Modell sozialer Gleichheit verfolgt worden sei, sei es anschließend vorrangig um das „Kulturelle“ im Rahmen des Kampfes um Anerkennung gegangen, mit dem Resultat, dass das Problem sozioökonomischer Ungleichheiten und die Forderung nach Verteilungsgerechtigkeit weitestgehend aus den Augen verloren wurde:

„Das Timing hätte nicht schlechter sein können. Während der Neoliberalismus sein spektakuläres Comeback feierte, beschäftigte sich der Feminismus mit Debatten über ‚Differenz‘: Unterordnung wurde als kulturelles Problem ausgelegt und von der politischen Ökonomie getrennt betrachtet. Hypnotisiert von der Anerkennungspolitik, schwenkte die feministische Theorie genau in dem Augenblick in die kulturalistische Einbahnstraße ein, als die Umstände eine doppelte Aufmerksamkeit für die Verteilungspolitik erfordert hätten“ (Fraser 2005, 6).

Die Aufgabe des Feminismus bestehe deshalb darin, die neoliberalen Techniken der Selbstsorge und die abnehmende Sicherheit für alle zu analysieren und zu bekämpfen sowie den Kampf gegen Ungerechtigkeiten in der Güterverteilung mit der „Politik der Anerkennung“ zu verbinden und auf eine transnationale Ebene auszuweiten (Fraser 2005, 7). Orientierungspunkt bilde dabei die Trias aus Anerkennung, Umverteilung und Repräsentation, wobei Repräsentation nicht nur auf die gleichwertige politische Vertretung ziele, sondern auch eine „metapolitische“ Frage nach den Grenzen etablierter Politik beinhalte (ebd.). Während Fraser diese Grenzen zunächst als geographisch-politische beschreibt, ist hier bereits die Aufforderung nach einer kritischen Inspektion der Grenzziehungen zwischen Politik und Ökonomie angedeutet, die wir mit diesem Heft verfolgen.

Frasers scharfe Kritik an Feminismen, die sich nicht um die politische Ökonomie kümmern, kann heute relativiert werden. Anerkennung *und* Umverteilung stehen zunehmend wieder auf der feministischen Agenda. Dabei wird Frasers Aufforderung „Frauen, denkt ökonomisch“ nicht, wie Christina Thürmer-Rohr (2006) dies interpretierte, affirmativ als Aufforderung zur weiteren Ökonomisierung des Selbst und des Sozialen gelesen, sondern in eine Neufassung des Begriffs des Ökonomischen transformiert. Aus dieser Kritikperspektive heraus zielen feministische Perspektiven darauf ab, (1) die Trennung zwischen Politik und Ökonomie insofern zu überwinden, als das „Ganze“ und damit auch das „Politische“ der Ökonomie sichtbar wird, (2) systematisch ausgeblendete Komponenten der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in den Blick zu nehmen und eine Kritik und Erweiterung bestehender Theoreme zu leisten und (3) eine Re-Vision der kapitalistischen Wirtschaftsweise und/oder ihrer zentralen Säulen Arbeit bzw. Normalarbeitsverhältnis oder auch Sozialstaat zu leisten.

(1) Ökonomie als Ganzes – Wider die ökonomische Selbstbeschränkung

Eine Herausforderung für die feministische Auseinandersetzung mit der Ökonomie besteht darin, dass im Mainstream der Wirtschaftswissenschaften der Fokus ausschließlich auf den öffentlichen Teil der Ökonomie gerichtet wird, während ihre

privatisierten Seiten – Hausarbeit, Care, Ehrenamt etc. – unberücksichtigt bleiben. Es handelt sich damit um die wissenschaftliche Fortsetzung der Grundstrukturen der kapitalistischen Wirtschaftsweise, die von einer „strukturellen Abstraktion von allem Qualitativen“ (Kurz-Scherf 2012, 93) gekennzeichnet ist und „auf der Abspaltung des größten Teils der in der Reproduktion moderner Gesellschaften zu befriedigenden Bedürfnisse und der dazu notwendigen Arbeit und der Verlagerung in die Privathaushalte, wo sie traditionell vorrangig von Frauen verrichtet wird“ (ebd.), basiert.

Die feministische Perspektive richtet hingegen den Blick auf das Ganze. Damit läuft sie allerdings Gefahr, eine Art „Selbstmarginalisierung“ zu betreiben, wie Brigitte Young (2012, 38) problematisiert, da die feministische Ökonomie in der Methodik der Mikro- und Mesoökonomie verankert bleibt und in der „Genderforschung die kapitalistische Ökonomie vorwiegend in ihrer Funktionsweise als Produktionskapitalismus – also als reale Ökonomie – konzipiert (wird)“ (Young 2012, 38). Auch wenn nun die soziale Reproduktion einbezogen werde, bliebe der Kapitalismus auf das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit reduziert. Darüber hinaus werde die zunehmende Dominanz des globalen Finanzmarktkapitalismus ausgeblendet (ebd.), weshalb zu vielen der gegenwärtig diskutierten Probleme kaum eine feministische Stimme zu vernehmen ist.

Aber ist es nicht zu einfach, der feministischen Ökonomie zu unterstellen, dass sie keine Antworten auf die „großen“ Fragen liefern kann? Ist es nicht eben die komplett andere Herangehensweise, das Beharren auf einem anderen Ökonomieverständnis, aus dem erst die Antworten aus den gegenwärtigen Krisen entwickelt werden können? Ökonomie wird etwas anderes durch die feministischen Debatten, die sich an einer Wiederaneignung des Begriffes in einem emanzipatorischen Sinne versuchen. Dies setzt mit den Debatten um Hausarbeit in den 1970er Jahren ein, die inhaltlich heute wieder neue Anschlussstellen finden, aber erstaunlich selten explizit herangezogen werden. Autorinnen wie Silvia Federici (vgl. Cox/Federici 1975) und Mariarosa Dalla Costa (vgl. Dalla Costa/James 1973) argumentierten für eine systematische Berücksichtigung von Reproduktionsarbeit in Diskussionen um Ökonomie. Die Forderung nach einem Lohn für Hausarbeit entsprach einer politischen Antwort auf die feministische Kritik an den herrschenden Verhältnissen. Hausarbeit zu entlohnen sollte eine Aufwertung und damit Anerkennung von Hausarbeit als produktiver Arbeit erreichen. Gerade in der heutigen Debatte um Alternativen und Perspektiven einer anderen Ökonomie scheinen Gedanken aus ökofeministischen Positionen, wie sie in der deutschen Debatte in den 1970ern einen Höhepunkt erlebt hatten, eine zentrale Rolle einzunehmen. *Anna Lisa Gann* verweist in ihrem Beitrag in diesem Heft mit Blick auf die andine Konzeption des Buen Vivir ebenso wie *Silvia Federici* im Kontext einer Politik der Commons auf die Traditionslinie ökofeministischen Denkens: Die Frage nach dem Naturverhältnis gewinnt erneut an Präsenz in polit-ökonomischen Diskussionen, während die Konzeptionalisierung von Geschlecht implizit bleibt und nicht zwangsläufig ökofeministischen Positionen folgt.

Diese feministische Traditionslinie zwischen den Debatten von einst und jenen von heute unterstreicht die Volte, die feministische Positionen innerhalb der Politischen Ökonomie unternehmen: Sie denken in und mit anderen Kategorien. Mit Blick auf die eingangs erwähnten rhetorischen Ausweichbewegungen aktueller Krisenbewältigungsstrategien und -diskurse scheint die Hinwendung zu anderen Grundkategorien der Analyse eine viel versprechende Perspektive emanzipatorischem und darüber hinaus befreiendem Denken und gesellschaftlichem Handeln Raum zu verschaffen. Der Beitrag von *Anna Lisa Gann* in diesem Heft steht für ein solches Denken, das epistemologische Grenzen in Frage stellt. Mit Blick auf das andine Konzept des *Buen Vivir* unternimmt sie den Versuch, diese andere Kosmologie für feministisches Denken in Europa zu erschließen. Solche Überlegungen können den Ausgangspunkt für eine weit reichende Revision einer euro- und androzentristischen Epistemologie bilden, die auch der Politischen Ökonomie als (Teil-)Disziplin zugrunde liegt. Für das europäische Denken liefern nicht-europäische Interventionen, so sie denn wahrgenommen werden – auf diese Problematik antwortet auch Ganns Beitrag –, eine notwendige Irritation, von europäischen feministischen Ansätzen (nicht nur) in der politischen Ökonomie ist zu hoffen, dass ihre lange Geschichte der Auseinandersetzung mit Herrschaftsstrukturen, eigenen Aus- und Einschlüssen und Privilegierungen, zuletzt im Kontext der Intersektionalitätsdebatten, sie offen für eine Provinzialisierung des eigenen Denkens einerseits und offen für eine Globalisierung der eigenen Wahrnehmung andererseits sein lässt. Schließlich lässt der Beitrag von Gann aber auch erkennen, dass ein Denken und Handeln in anderen epistemologischen Kategorien (Mignolo 2012) für europäische Feminismen und die europäisch-westliche politische Ökonomie in ihrer Gesamtheit eine sehr grundsätzliche und schwierige Herausforderung, wenn auch eine lohnende Unternehmung darstellt. Einen erkenntnistheoretischen Zugang wählt auch *Mirjam Dierkes* in ihrer Auseinandersetzung mit dem Utopiebegriff, den sie für die Analyse von aktuellen alternativen ökonomischen Praktiken nutzbar machen kann. Sie problematisiert, dass das Utopische zwar vor dem Hintergrund der jüngsten wirtschaftlichen Krisen und ökonomischen und sozialen Verwerfungen wieder *en vogue* ist, dass es sich dabei aber bestenfalls um die Re-Vision von Inhalten handelt, nicht aber um eine Reflexion darüber, worin denn konkret das utopische Moment besteht. Sie stellt die These auf, dass es einer Verknüpfung von demokratietheoretischen und ökonomiekritischen Perspektiven bedarf, um einen feministischen Begriff des Utopischen als gesellschaftstheoretisches Analyseinstrument zu konturieren.

Katharina Hajek und *Benjamin Opratko* bieten in ihrer Zusammenführung feministischer und neogramscianischer Krisenanalysen schließlich eine nochmals anders akzentuierte theoretische Verschiebung an. Die beiden Autor_innen zeigen zunächst systematisch auf, wo feministische Analysen ansetzen, welche Fragen sie stellen und zu welchen Diagnosen sie gelangen. Sie verhandeln dabei auch das Verhältnis von Politik und Ökonomie, indem sie tradierte Grenzziehungen in Frage stellen und einen integralen Blick voranbringen. Das neogramscianische Theoriegerüst erlaubt

ihnen dabei, aktuelle Krisendynamiken als Systemkrise zu verstehen und stabilisierende Momente auszumachen. Für diese wiederum spielen vergeschlechtlichte Subjektivierungsprozesse eine grundlegende Rolle. Hajek und Opratko bieten in ihrer Vermittlung neogramscianischer und feministischer Theorien theoretische wie analytische Einblicke in die Bearbeitung aktueller Krisen an, die verschiedene Analyseebene miteinander kombinieren und die politische Dimension des Ökonomischen deutlich herausarbeiten.

Das Interview mit *Silvia Federici* zeigt schließlich, dass die feministischen Debatten der 1970er Jahre im Ansatz des Commoning und der Konzeptionalisierung ebenso wie der Politisierung von Gemeingütern (Commons) Fortsetzung ebenso wie Neuorientierung erlangen. Federicis Argumentation unterstreicht so mit besonderer Klarheit, an welchen Stellen und in welcher Form feministische Interventionen in die Ökonomie erstens politisch sind und zweitens das Ganze der Ökonomie ansprechen.

(2) Kritik und Erweiterung bestehender Theoreme

Die feministische Ökonomie hat „Blindstellen und geschlechtsspezifische Asymmetrien in der ökonomischen Theorie- und Modellbildung identifiziert und damit Ansatzpunkte für alternative Theorien, Modelle und Politiken herausgearbeitet“ (Bauhardt/Çağlar 2010, 8). Wenn auch die Ansätze in der feministischen Ökonomie – wie auch in diesem Heft deutlich wird – nicht nur thematisch, sondern auch hinsichtlich ihrer theoretischen Verortung und hinsichtlich ihres Erkenntnisinteresses deutlich divergieren, so eint sie doch die „Kritik am doppelten Androzentrismus der Wirtschaftswissenschaften hinsichtlich der Dominanz von Männern in der Disziplin und der Ausblendung von Frauen bzw. Geschlecht in der Theoriebildung“ (ebd.). Allerdings ist die Kritik nur der Weg hin zu einer Perspektiverweiterung des Ökonomischen.

Worin besteht nun die Kritik, worin die Erweiterung? Die Kritik hebt auf die Leerstelle Geschlecht ab. Geschlecht gilt dabei sowohl als Analyse- als auch als Strukturkategorie. Weitgehend geteilt wird vor diesem Hintergrund die Forderung nach einer systematischen Berücksichtigung von Frauen als ökonomischen Akteurinnen. Dazu zählen Debatten zur Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt, die Frage nach Frauen in Führungspositionen (z.B. Holst/Busch/Kröger 2012) oder auch mikroökonomische Aktivitäten von Frauen (z.B. zu Mikrokrediten: Batliwala/Dhanraj 2006). Darüber hinaus ist zweifelsohne auch die Kritik an der Nichtbeachtung der Geschlechterverhältnisse im Kontext ökonomischer Forschung und Theoriebildung zentral. Über die bisher benannte Ausblendung von Frauen als ökonomischen Akteurinnen hinaus meint dies auch die Reflexion der Verwobenheit von Kapitalismus, Imperialismus, Rassismus und Patriarchat. Dies kann von der Erweiterung bestehender Theorieansätze um eine Geschlechterdimension bis hin zur Arbeit mit intersektionalen Perspektiven reichen. Letztere steht dabei in einer langen feministischen Traditionslinie. Von der kritischen Theorie bis zu ökofeministischen Ansätzen wurden in den 1970er Jahren die Verschränkungen von Patriarchat und Kapitalismus in-

tensiv diskutiert. Intersektionalität als theoretisches Konzept und methodologischer Zugang erfuhr allerdings im deutschsprachigen Kontext erst in den letzten Jahren systematischere Aufmerksamkeit (vgl. u.a. Lutz/Herrera Vivar/Supik 2010).

In Bezug auf die systematische Integration einer Geschlechterperspektive zeigt in diesem Heft der Beitrag von *Felix Hauf*, welche analytischen Potentiale in einer feministischen politischen Ökonomie für bestehende theoretische Ansätze liegen. Hauf nimmt zunächst die Regulationstheorie unter die Lupe. Diese verfolgt den Anspruch, die materialistische Gesellschaftskritik zu erneuern und die Dialektik zwischen Struktur und Handlung in die Analyse historisch-konkreter Gesellschaftsformationen einzubeziehen. Allerdings – so die feministische Kritik – werden die Geschlechterverhältnisse und die in sie eingelagerten Macht-, Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse trotz des kritischen Anspruchs der Regulationstheorie nicht berücksichtigt. Hauf schlägt deshalb vor, die Erkenntnisse der feministischen Gesellschafts- und Subjekttheorie von vornherein in die Cultural Political Economy zu integrieren. Diese versteht sich als Weiterentwicklung der Regulationstheorie und strebt explizit eine Vermittlung von diskursiven und nicht-diskursiven Dimensionen der politischen Ökonomie an. Feministische Erweiterungen bestehender Theorieansätze, so zeigt dieser Beitrag, schärfen das gesellschaftskritische Potential der Politischen Ökonomie, indem sie zu analytischer Komplexität beitragen und Geschlecht als ökonomische Kategorie ernst nehmen.

[3] Re-Vision des Arbeitsbegriffs

Die feministische politische Ökonomie nimmt die Konzeption des Arbeitsbegriffs unter die Lupe: Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, die sich auf die Unterscheidung von Produktion und Reproduktion, von Erwerbsarbeit und Sorgearbeit, deren Hierarchisierung und der gesellschaftlichen Ausblendung letzterer bezieht, ist einer der zentralen Topoi feministischer Kritik. Schließlich behindern „die ökonomische Verfassung moderner Gesellschaften, ihre kapitalistische Wirtschaftsweise und die darin enthaltene Konstruktion und Organisation von Arbeit, deren institutionellen Befestigung im so genannten Normalarbeitsverhältnis, ihre regulative Absicherung durch die Konstruktionsprinzipien des Sozialstaats und ihre habituelle Verankerung im industriekapitalistischen Arbeitsethos und -mythos“ (Kurz-Scherf 2012, 90) Emanzipation und Gleichstellung. Die feministische Kritik eröffnet Perspektivierungen, die sich mit arbeitssoziologischen und auf Arbeit bezogenen geschlechtersoziologischen Ansätzen verknüpfen und für eine systematische Re-Orientierung des Arbeitsbegriffs sorgen. Angesichts der Persistenz dieser feministischen Argumentationslinie und kritischer Alltags- und Bewegungspraxen ist die Frage nach den Herstellungslogiken und -dynamiken dieser institutionalisierten Vergeschlechtlichung von Arbeit nach wie vor aktuell.

Aus sehr unterschiedlichen Perspektiven gehen gleich zwei der Autorinnen dieses Heftes der Frage nach den Kontinuitäten und den Reproduktionsquellen vergeschlechtlichter Arbeitsteilung nach. *Gabriele Michalitsch* zeichnet auf diskursiver

Ebene nach, wie in der klassischen Ökonomie Adam Smiths Reproduktionsarbeit der Status von Arbeit aberkannt wird und eine binär-hierarchische Geschlechterordnung ihren Ankerpunkt findet. Zentrales Moment ist dabei die Gleichsetzung von Wirtschaft und Markt als Sphären der Öffentlichkeit, von der Frauen weitestgehend ausgeschlossen bleiben. Dies hat Folgen für die Gouvernamentalität des modernen Staates, mit der vordergründig die Freiheit des Marktes stabilisiert werden soll – faktisch aber bestehende geschlechtliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse festgeschrieben werden. Mit dem Rekurs auf psychoanalytische Konzepte bietet *Beatrice Müller* eine ergänzend lesbare Deutung der Abwertung von Care-Arbeit als Reproduktionsarbeit oder auch als Geheimnis des Marktes, wie es Michalitsch nennt, an. Ausgehend von der These, dass kapitalistische Produktionsweise und patriarchale Geschlechterverhältnisse konstitutiv miteinander verwoben sind, greift Müller zwar zunächst auf das marxistische „Wert-Abspaltungstheorem“ zurück, um diese Verwobenheit aufzufächern, um anschließend jedoch eine genauere Inspektion der Kategorie der Abspaltung zu leisten. In der psychoanalytischen Lesart der Abjektion wird dieser Begriff inhaltlich mit Aspekten von Abhängigkeit, Beziehung, Körperlichkeit, aber auch Sterblichkeit genauer gefüllt – also genau jenen Bereichen der Generativität, die Gegenstand von Care sind. Zugleich ist die Abjektion von Care-Arbeit zentrales Moment bei der Erzeugung von Mehrwert. In dieser Lesart erklärt sich dann auch die aktuelle Organisation von Care als prekäre Dienstleistung.

Diese beiden Beiträge unterstreichen einen der zentralen Beiträge feministischer Perspektiven zur Politischen Ökonomie: Sie lehren uns, unsere Kategorien der Wahrnehmung und wissenschaftlichen Analyse, den Gegenstand unserer Analysen selbst kritisch zu hinterfragen und zu erweitern. Feministisch ökonomisch zu denken, meint damit nicht, der Analyse einfach die Kategorien „Geschlecht“ oder „Frau“ hinzuzufügen oder ökonomisches Denken für Frauen zu erobern, sondern das Ökonomische neu zu denken und es sich damit wieder anzueignen. Die ökonomische und politische Bewertung von Reproduktionsarbeit und ihre Relationierung mit der Idee der Produktivität sind Grundmomente feministischer ökonomischer Kritik. Die feministischen Interventionen gegen die eingangs diskutierten Dichotomien von Privatheit und Öffentlichkeit, Produktion und Reproduktion, Politik und Ökonomie argumentieren allesamt in eine Richtung, die eine Re-Vision des Arbeitsbegriffs mit sich bringt. Dabei rufen feministische Ansätze in Erinnerung, dass Ökonomie nicht gleichzusetzen ist mit Kapitalismus, sondern im Kern die Grundlage unserer Existenz bildet und als solche auch wieder angeeignet werden muss. Wie Ökonomie jenseits kapitalistischer Kategorien denkbar ist, lässt sich gerade dann am Horizont gesellschaftlicher Verhandlungen erkennen, wenn die feministischen Herausforderungen an die analytischen Kernkategorien der Politischen Ökonomie angenommen werden. Die Herausforderung für feministische Perspektiven innerhalb und über die Politische Ökonomie hinweg mag mitunter darin liegen, dass feministische Theorie (und Empirie) – wie die hier versammelten Beiträge eindrücklich zeigen – an den Grundfesten des kategorialen Systems der Disziplin selbst rütteln. Genau darin liegt aber

wohl auch ihre Stärke: in der Infragestellung und Transgression enger Konzepte des Ökonomischen und in der Re-Artikulation des Politischen in der Politischen Ökonomie. Dadurch werden die androzentrischen Grundlagen des aktuellen ökonomischen Systems, seine geschlechterspezifischen Auswirkungen und Rückkoppelungen sowie seine ungleichheitsrelevanten Strukturen konturiert. Feministische Politische Ökonomie reicht gleichzeitig über die Kritik an den hegemonialen Strukturen hinaus. Sie verweist auf Risse in der hegemonialen Ordnung, sie entwirft alternative Möglichkeiten des Politischen und des Ökonomischen – und trägt so zu einer Re-Politisierung auch der Politischen Ökonomie bei.

Anmerkungen

- 1 www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/weltwirtschaftsforum-in-davos-vertrauensverlust-und-kapitalismuskritik-11627761.html
- 2 in Anlehnung an Crouchs „befremdliches Überleben des Neoliberalismus“ (2011).
- 3 Fraser (1994, 181) bezeichnet diesen Bereich in ihrer Auseinandersetzung mit Habermas als „offizielle Ökonomie“.

Literatur

- Batliwala, Srilatha/Dhanraj, Deepa**, 2006: Gender-Mythen, die Frauen instrumentalisieren. In: Peripherie, Nr. 103, 373-385.
- Bauhardt, Christine/Çağlar, Gülay**, 2010: Einleitung. Gender and Economics. Feministische Kritik der politischen Ökonomie. Dies. (Hg.): Gender and Economics: Feministische Kritik der politischen Ökonomie. Wiesbaden, 7-17.
- Behning, Ute**, 2004: Arbeit und Arbeitsteilung. In: Rosenberger, Sieglinde K./Sauer, Birgit (Hg.): Politikwissenschaft und Geschlecht. Wien, 191-210.
- Crouch, Colin**, 2011: Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. Berlin.
- Cox, Nicole/Federici, Silvia**, 1975: Counter-Planning from the Kitchen. Falling Wall Press.
- Dalla Costa, Mariarosa/James, Selma**, 1973: The Power of Women and the Subversion of Community. London.
- Das Argument**, 2011: Care – eine feministische Kritik der politischen Ökonomie? Hamburg 33 (3).
- Dyk, Silke van**, 2012: Kritik in der Krise. Zum Kritikhype im Gefolge der Finanzmarktkrise. In: Kurz-Scherf, Ingrid/Scheele, Alexandra (Hg.): Macht oder ökonomisches Gesetz? Zum Zusammenhang von Krise und Geschlecht. Münster, 290-311.
- Esser, Josef**, 1985: Staat und Markt. In: Fetscher, Iring/Münkler, Herfried (Hg.), 1985: Politikwissenschaft. Begriffe – Analysen – Theorien. Ein Grundkurs. Reinbek bei Hamburg, 201-244.
- Fraser, Nancy**, 1994: Widerspenstige Praktiken. Macht Diskurs Geschlecht. Frankfurt/Main.
- Fraser, Nancy**, 2005: Frauen, denkt ökonomisch! die tageszeitung, 7.4.2005
- Gender**, 2011: Gender & Care: Neudefinition von privater und öffentlicher Care-Versorgung – festgefügte Geschlechterbeziehungen? 3 (3).
- Habermann, Friederike**, 2008: Der homo oeconomicus und das Andere. Hegemonie, Identität und Emanzipation. Baden-Baden.
- Holst, Elke/Busch, Anne/Kröger, Lea**, 2012: Führungskräfte-Monitor 2012. DIW Berlin: Politikberatung Kompakt 65. Internet: www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.407592.de/diwkompakt_2012-065.pdf (11.3.2013)

Kurz-Scherf, Ingrid, 2012: The Great Transformation – Ausstieg aus dem Kapitalismus? Ein Plädoyer für feministischen Eigensinn in den aktuellen Krisen- und Kritik dynamiken. In: Kurz-Scherf, Ingrid/Scheele, Alexandra (Hg.): Macht oder ökonomisches Gesetz? Zum Zusammenhang von Krise und Geschlecht. Münster, 81-105

Lang, Sabine, 2004: Politik – Öffentlichkeit – Privatheit. In: Rosenberger, Sieglinde K./Sauer, Birgit (Hg.): Politikwissenschaft und Geschlecht. Wien, 65-81.

Lutz, Helma, 2007: Vom Weltmarkt in den Privathaushalt. Die neuen Dienstmädchen im Zeitalter der Globalisierung. Opladen.

Lutz, Helma/**Herrera Vivar**, Maria Teresa/**Supik**, Linda (Hg.), 2010: Fokus Intersektionalität. Bewegungen und Verortungen eines vielschichtigen Konzepts. Wiesbaden.

Mignolo, Walter D., 2012: Epistemischer Ungehorsam. Rhetorik der Moderne, Logik der Kolonialität und Grammatik der Dekolonialität. Wien.

Naschold, Frieder, 1984: Arbeitspolitik – Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen, betriebliches Bezugsproblem und theoretische Ansätze der Arbeitspolitik. In: Jürgens, Ulrich/Naschold, Frieder (Hg.), 1984: Arbeitspolitik. Materialien zum Zusammenhang von politischer Macht, Kontrolle und betrieblicher Organisation der Arbeit. Leviathan Sonderheft 5. Opladen, 11-57.

Sapiro, Virginia, 1998: Feminist Studies and Political Science – and Vice Versa. In: Phillips, Anne (Hg.): Feminism and Politics. Oxford/New York, 67-92.

Scheele, Alexandra, 2008: Arbeit als politisches Feld. Münster

Sesselmeier, Werner/**Blauermel**, Gregor: Arbeitsmarkttheorien. Ein Überblick. Heidelberg 1997.

Thürmer-Rohr, Christina, 2006: „Frauen, denkt ökonomisch“? In: beiträge zur feministischen theorie und praxis 68, 19-24.

Widerspruch, 2013: Care, Krise und Geschlecht. 32 [62].

Das Geheimnis der Gouvernamentalität: Der maskulinistische Ökonomie-Begriff und die verdrängte Reproduktion

GABRIELE MICHALITSCH

Die geschlechtliche Arbeitsteilung stellt einen wesentlichen Anker der herrschenden binär-hierarchischen Geschlechterordnung dar. In der Moderne als „natürliche weibliche Bestimmung“ und „Liebedienst“ definiert, wird Reproduktionsarbeit dem bürgerlichen Ideal folgend Frauen zugewiesen, während Erwerbsarbeit, als zivilisierte Form des Kampfes gedeutet, zur männlichen Pflicht bestimmt wird. Um gesellschaftliche Anerkennung unbezahlter, „privater“ Güter- und Leistungsproduktion als Arbeit wird seit dem 19. Jahrhundert gerungen.¹ Trotz anhaltender feministischer Kämpfe, zunehmender, wenn auch vielfach marginalisierter Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt² und „rhetorischer Modernisierung“ (Wetterer 2003, 2005) erweist sich die geschlechterhierarchische Arbeitsteilung – und damit vielfältige Ausprägungen ökonomischer Geschlechterungleichheit – als weitgehend

persistent, denn gesellschaftliche Zuschreibung und geschlechtsspezifische Einkommensdifferenzen stützen einander: Vergleichsweise deutlich geringere Einkommen und Aufstiegschancen lassen es auch ökonomisch folgerichtig erscheinen, dass überwiegend Frauen etwa zugunsten von Kinderbetreuung oder Pflege von Angehörigen ihre Erwerbsarbeit einschränken oder unterbrechen. Das im Allgemeinen deutlich höhere Männereinkommen erweist sich dabei aus Sicht des einzelnen Haushalts meist als schlicht unverzichtbar.

Trotz der offensichtlichen Bedeutung materieller (Geschlechter-)Verhältnisse für die Persistenz geschlechterhierarchischer Arbeitsteilung und die sie charakterisierende gesellschaftliche Unsichtbarkeit von Reproduktionsarbeit setzt der vorliegende Beitrag auf diskursiver Ebene an und problematisiert den gegenwärtigen Ökonomie-Begriff und mit diesem verbundene, tief in die Tradition moderner Wirtschaftstheorie eingelassene maskulinistische Sedimente, wie sie sich am Ausschluss der Reproduktion aus dem Feld von Wirtschaft und Wirtschaftswissen artikulieren. Anhand der klassischen Ökonomik Adam Smiths zeige ich daher im Folgenden auf, wie Männlichkeit in die moderne Definition von Ökonomie eingelagert ist und sich mit der Verdrängung der Reproduktion aus ihrem Horizont ebenso wie mit deren Zuweisung an Frauen verknüpft. Im Anschluss an Eva Kreiskys (1997, 2012) Verständnis von Vergeschlechtlichung scheinbar (geschlechts-)neutraler (Kollektiv-)Begriffe mache ich am Smithschen Beispiel den impliziten Maskulinismus des herrschenden, mit Marktwirtschaft gleichgesetzten Terminus Ökonomie explizit. Dabei skizziere ich zunächst den Prozess der Redefinition von Ökonomie und ihre Ablösung von dominanten Konnotationen im Zuge der Durchsetzung von Kapitalismus und der Etablierung Politischer Ökonomie. Weiters verdeutliche ich, wie Reproduktion und Weiblichkeit bei Smith verknüpft und aus dem Feld des Ökonomischen verdrängt werden, ehe ich abschließend zu klären versuche, welche Strategien von Geschlechter-Regierung³ mit dieser Begriffssetzung einhergehen und die letztlich geschlechtlich gesplante Gouvernamentalität⁴ des modernen Staates bestimmen.

Vom Haus zum Staat: Marktökonomie und Verdrängung der Reproduktion⁵

Etymologisch leitet sich Ökonomie von den griechischen Begriffen oikos und nomos ab: Oikos bezeichnet das „Haus“, nomos heißt „Gesetz, Brauch, Verfahren“ und bildet das Substantiv zu nemein, das „lenken, verwalten“ bedeutet. Ökonomie meint demnach die Verwaltung, Lenkung, Führung des Hauses. Dieses grundlegende Verständnis von Ökonomie hält sich im Kontext der an Autarkie orientierten traditionellen Versorgungswirtschaft bis ins 18. Jahrhundert. Erst im Zuge der Herausbildung des modernen Zentralstaates löste der die (Wirtschafts-)Politik in Europa vom 16. bis zum 18. Jahrhundert bestimmende Merkantilismus, der neben der Physiokratie⁶ als Vorläufer und Wegbereiter moderner Ökonomik gilt und die Machtentfaltung des absolutistisch regierenden Fürsten ins Zentrum ökonomischer Überlegungen stellte, das auf Moral und Religion beruhende scholastische (Wirtschafts-)Denken des Mittelalters ab: Aus der Wirtschaftslehre des oikos wird Politische Ökonomie. Diesen

Terminus erstmals verwendet zu haben, wird Antoine de Montchrétien zugeschrieben, der seine 1615⁷ erschienenen merkantilistischen Thesen zur wirtschaftlichen Lage Frankreichs „*Traité de l'œconomie politique*“ nannte.

Das Attribut „politisch“ markiert zunächst eine Abgrenzung von der Hausverwaltung durch den *pater familias* und die Übertragung ihrer Prinzipien auf den Fürsten und den von ihm verkörperten Zentralstaat. Diesen fundamentalen, mit grundlegenden Umbrüchen von Gesellschafts- wie Wissensordnung einhergehenden Bedeutungswandel von Ökonomie im 18. Jahrhundert reflektiert auch Jean-Jacques Rousseau in seinem Beitrag „*Discours sur l'œconomie politique*“ (1755) zu Diderots und d'Alemberts „*Encyclopédie*“:

Ökonomie (...) bedeutete ursprünglich nur die weise und rechtmäßige Führung des Hauses zum Wohl der ganzen Familie. (...) Es wird immer einen gewaltigen Unterschied geben zwischen der Führung eines Hauses, wo der Vater alles selbst überschauen kann, und der Führung eines Staates, wo das Oberhaupt beinahe nichts, es sei denn durch die Augen anderer sieht (Rousseau 1977, 22).

Folglich habe man „aus gutem Grund die *öffentliche Ökonomie* von der *privaten Ökonomie* unterschieden“ (Rousseau 1977, 24). „(W)eil der Staat mit der Familie nichts weiter gemein hat als die Verpflichtung der Oberhäupter, beide glücklich zu machen“ (Rousseau 1977, 24), differenziert Rousseau nun moralische und politische Ökonomie.

Im Gegensatz zu vielen seiner Zeitgenossen negiert Adam Smith, Moralphilosoph und neben David Hume führender Vertreter der Schottischen Aufklärung, dessen „*An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*“ (1776) als „Geburtsstunde“ modernen ökonomischen Denkens gilt⁸, den Ursprung des Begriffs der Ökonomie im Haus. Für ihn bedeutet Ökonomie bereits selbstverständlich Marktwirtschaft, während etwa Smiths Zeitgenosse James Steuart in seiner 1767 veröffentlichten „*Inquiry into the Principles of Political Oeconomy*“, mit der sich die Bezeichnung *political economy* auch im britischen Diskurs etablierte, noch ausdrücklich auf diese Verbindung hinweist: „*Oeconomy, in general, is the art of providing for all the wants of a family, with prudence and frugality. (...) What oeconomy is in a family, political oeconomy is in a state*“ (Steuart 1767, 8). Mit Durchsetzung der Politischen Ökonomie wird das Haus selbst aus dem Bereich ökonomischen Wissens weitgehend verdrängt, während fortan Adam Smiths Definition Ökonomie bestimmt:

„Die Politische Ökonomie verfolgt als Zweig der Wissenschaft, die eine Lehre für den Staatsmann und Gesetzgeber entwickeln will, zwei unterschiedliche Ziele. Einmal untersucht sie, wie ein reichliches Einkommen zu erzielen oder Lebensunterhalt für die Bevölkerung zu verbessern ist, zutreffender, wodurch der einzelne in die Lage versetzt werden kann, beides für sich selbst zu beschaffen, und ferner erklärt sie, wie der Staat oder das Gemeinwesen Einnahmen erhalten können, mit deren Hilfe sie öffentliche Aufgaben durchführen. Die Politische Ökonomie beschäftigt sich also mit der Frage, wie man Wohlstand und Reichtum des Volkes und des Staates erhöhen kann“ (Smith 1990/1776, 347).

Ab Mitte des 18. Jahrhunderts versteht man unter Ökonomie folglich die Analyse der Produktion und des Umlaufs von Gütern, aber auch jede zur Sicherung des Wohlstands einer Nation geeignete Regierungsmethode, wobei nun – im Gegensatz zur merkantilistischen Vorstellung der Anhäufung von Edelmetallen – Wohlstand als Summe der produzierten Güter und Leistungen eines Landes definiert wird und Arbeit als dessen Quelle.

So widmet sich Smiths erstes Hauptwerk, „The Theory of Moral Sentiments“ (1759), vor allem Grundlagen menschlichen Verhaltens und sozialer Beziehungen sowie Prinzipien sozialer Ordnung, während auf Basis dieser Überlegungen in „Wealth of Nations“ die Frage, wie soziale Ordnung durch Ökonomie und Staat zu gestalten sei, im Zentrum steht. Smith wendet sich dabei – ganz im Interesse des aufstrebenden Bürgertums – in einer noch agrarischen Gesellschaft gegen feudal-merkantilistische Beschränkungen und Privilegien, um zu zeigen, dass „freie Märkte überhaupt funktionieren können“ (Rothschild 2002, 18), gemeint sind Märkte mit anonymen Beziehungen zwischen ProduzentInnen und KonsumentInnen, deren Verfolgung eigener Interessen in Konkurrenz⁹ zu anderen letztlich zu größtmöglichem allgemeinem Wohlstand führt. Das Wettbewerbsprinzip des Marktes avanciert als „Regierung der (männlichen) Individuen“ zur der neuen Produktionsweise entsprechenden Regierungsmethode, mit der sich, wie im Folgenden ausgeführt, eine neue Variante von Geschlechter-Regierung verbindet.

Vom Krieg zur Konkurrenz: Commercial society und zivilisierte Männlichkeit

Mit dieser grundlegenden Redefinition von Ökonomie werden Männlichkeit und Weiblichkeit neu bestimmt. Wirtschaftlicher Erfolg galt zunächst als Bedrohung vorrangig kriegerischer maskuliner Ideale, war er doch bis dato Effekt der Ausweitung des als sanft und folglich unmännlich gedeuteten Handels. Smith teilt diese verbreitete Auffassung, denn Handel „sinks the courage of mankind, and tends to extinguish martial spirit“ (Smith 1982/1762/63 u. 1766, 540). Eine solche Schwächung von Männlichkeit zählt er zu den negativen Wirkungen des Handels, die er wie folgt zusammenfasst: „The minds of men are contracted and rendered incapable of elevation, education is despised or at least neglected, and heroic spirit is almost utterly extinguished“ (Smith 1982/1762/63 und 1766, 541).

Gleichzeitig galt Luxus, die Folge ökonomischen Geschicks, ebenso als Zeichen von Dekadenz wie von Korruption, vor allem aber – ein häufiger Topos im Diskurs der Schottischen Aufklärung – als Bedrohung von Männlichkeit.¹⁰ Männer, die ein Leben in Luxus führten, wurden abgewertet als verweiblicht, weich, den Härten des Lebens nicht gewachsen, unfähig zu männlichem Handeln, zu Mut und Tapferkeit, sie galten als unwillig, ihr Leben höheren Zielen zu opfern. Eine Gesellschaft aber, die in Luxus schwelge und sich auf solcherart dekadente Männer stütze, sei durch militärische Schwäche gekennzeichnet und letztlich nichts als eine Nation von Feiglingen (vgl. Barker-Benfield 1992, 104ff; Berry 1997, 140ff.). Smith schließt sich

diesen Einschätzungen an und bedauert verbreitete männliche Degeneration angesichts zunehmender Professionalisierung der Kriegsführung:

“(W)ar comes to be a trade also. A man has then time to study only one branch of business, and it would be a great disadvantage to oblige every one to learn the military art and keep himself in the practice of it. The defence of the country is therefore committed to a certain set of men who have nothing else to do; and among the bulk of the people military courage diminishes. By having their minds constantly employed on the arts of luxury, they grow effeminate and dastardly” (Smith 1776/1762/63 und 1766, 540).

Eine positive Bewertung des Handels machte folglich eine Umdeutung der bis dahin mit ihm verknüpften weiblichen Konnotationen notwendig. Verbindungen von Kommerz und Sanftheit wurden positiv gewendet, maskuline Ideale von Stärke, Mut und Kampf in das Gebäude der kommerziellen Welt integriert. Gefahren von Verweiblichung wurden gebannt, indem das neue Modell des erfolgreichen Geschäftsmanns an das des siegreichen Kriegers anknüpfte. Gleichzeitig avancierte der Handel zum Motor der Zivilisation und der Verfeinerung von Sitten, zum Friedensbringer. Diese Deutung des Handels als Triebkraft der Zivilisation und Mittel der Pazifizierung menschlicher „Natur“ bildete ein wesentliches ideologisches Fundament der Durchsetzung des Kapitalismus (vgl. Hirschman 1984/1977). Auch Smith schreibt dem Handel solche befriedende Effekte zu, die er als dessen „wichtigste aller Wirkungen“ (Smith 1776/1776, 334) besonders hervorhebt:

„Handel und Gewerbe führten nach und nach zu Ordnung und guter Verwaltung, wodurch auch Freiheit und Sicherheit der Bürger untereinander im ganzen Lande zunahm. Früher lebte man fast immer in dauerndem Kriegszustand mit den Nachbarn und in sklavischer Abhängigkeit vom Grund- oder Dienstherrn“ (Smith 1776/1776, 334).

Die commercial society avanciert schließlich zum Inbegriff der zivilisierten Gesellschaft (Smith 1776/1776, 211). Das Ideal kriegerischer Tugenden wird auf das Modell einer Konkurrenzwirtschaft übertragen und solcherart in „zivilisierte“ Männlichkeit transformiert: Männer erobern nun mit friedlichen Mitteln die Welt, Krieg wird zur ökonomischen Konkurrenz. Auch Mut und Risikobereitschaft finden im Entwurf des handelnden Unternehmers ihren Platz. Die durch Konkurrenz und Selbstinteresse geprägte – und folglich als feindlich betrachtete – Außenwelt steht dabei in krassem Gegensatz zu der durch gegenseitige Zuneigung und Wärme charakterisierten, mit wahrer Liebe und Harmonie assoziierten Familie (vgl. Smith 1776/1759, 39), die nun zunehmend als „natürliches“ Betätigungsfeld von – in Abgrenzung zum neuen maskulinen Ideal definierten – (bürgerlichen) Frauen figuriert. Die für Kapitalismus charakteristische Bestimmung der Ökonomie als Markt, die Trennung von Arbeit und Leben, die damit einhergehende Konstruktion von „Geschlechtscharakteren“ (Hausen 1997) und die geschlechtliche Arbeitsteilung zeichnen sich bereits ab und schlagen sich auch im Smithschen Denken nieder.

Von der Arbeitsteilung zur natürlichen Bestimmung: Bildung und Ausschluss bürgerlicher Frauen

Smith setzt Wirtschaft bereits selbstverständlich mit Markt gleich. Das Frauen zugewiesene Haus wird – dessen interne Beziehungen ausblendend – als „neutrale“ Konsumeinheit gefasst, als Produktions- und Reproduktionsstätte jedoch nicht mehr problematisiert. Gebären und Erziehen von Kindern, deren Bildung zu produktiven Arbeitskräften und loyalen BürgerInnen bleiben in Smiths Konzeption als Beitrag zum „Wohlstand der Nation“ weitestgehend unbedacht. Entsprechend verweist er in seiner eingehenden Abhandlung der Arbeitsteilung weder auf die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zwischen Markt und Haus, noch auf den Ausschluss von Frauen vom Betreiben eines Gewerbes oder deren Überrepräsentanz unter den DienstbotInnen. Reproduktion ausblendend beschränkt sich Smiths Blick auf Arbeitsteilung in der Produktion. Sie stellt für Smith *die* zentrale Grundlage für den Reichtum einer Nation dar, denn „(d)as ungeheure Anwachsen der Produktion in allen Gewerben, als Folge der Arbeitsteilung, führt in einem gut regierten Staat zu allgemeinem Wohlstand, der selbst in den untersten Schichten der Bevölkerung spürbar wird“ (Smith 1990/1776, 14). Smith thematisiert aber auch deren verheerende Wirkungen:

Ein solch monotones Dasein erstickt allen Unternehmungsgeist und verleitet ihn (den Arbeiter), das unstete, ungewisse und abenteuerliche Leben eines Soldaten mit Widerwillen zu betrachten. (...) Seine spezifisch berufliche Fertigkeit, so scheint es, hat er sich auf Kosten seiner geistigen, sozialen und soldatischen Tauglichkeit erworben. Dies aber ist die Lage, in welche die Schicht der Arbeiter, also die Masse des Volkes, in jeder entwickelten und zivilisierten Gesellschaft unweigerlich gerät, wenn der Staat nichts unternimmt, sie zu verhindern (Smith 1990/1776, 662f.).

Smiths Sorge gilt hier einmal mehr in hohem Maße dem Verlust von – durch körperliche Stärke, Mut, Unternehmungsgeist und vor allem Kriegstüchtigkeit charakterisierter – Männlichkeit. Diese zu sichern, zählt Smith zu zentralen Staatsaufgaben. Seine Forderung nach öffentlichen Schulen beschränkt sich folglich auf Bildungseinrichtungen für die männliche Jugend. Im Gegensatz dazu hält er schulische Bildung von Mädchen für überflüssig:

Für Mädchen gibt es keine öffentlichen Bildungsstätten, folglich auch nichts Unnützes, Absurdes oder Überspanntes in ihrer Erziehung. Sie lernen gemeinhin nicht mehr als das, was ihre Eltern oder Erzieher für sie als notwendig oder nützlich ansehen. Alles in ihrer Erziehung ist auf einen praktischen Zweck ausgerichtet: Sei es, ihre natürliche Anmut zu vervollkommen, sei es, sie zu Sittsamkeit, Bescheidenheit, Keuschheit und Sparsamkeit zu erziehen, mit dem Ziel, sie gleichermaßen darauf vorzubereiten, Hausfrau und Mutter zu werden und ihre Aufgaben als solche gut zu erfüllen (Smith 1990/1776, 661f.).

Zwar betont Smith die erzieherische Funktion, die Frauen als Müttern – nicht zuletzt definiert Smith den Wert von Frauen indirekt über die Anzahl ihrer Kinder (Smith 1990/1776, 61) – gegenüber ihren Kindern zukommt, doch bedarf diese sichtlich keiner besonderen Ausbildung, stellt Mutterschaft für ihn doch eine weibliche Be-

stimmung dar, die Frauen weitgehend „von Natur aus“ zu erfüllen vermögen. Dass sich mit mangelnder Bildung auch Ausschluss von qualifizierter Erwerbsarbeit verbindet, konvergiert mit Smiths geschlechtsspezifischer Zuweisung gesellschaftlicher Aufgaben.

Schon in der „Theory of Moral Sentiments“ hatte Smith die Geschlechter nicht nur als grundlegend different, sondern in einem hierarchischen Verhältnis zueinander konstruiert (vgl. Michalitsch 2010, 125ff.). Dies manifestiert sich etwa in entsprechenden geschlechtsspezifischen Tugenden, deren Ausformung auch ein vorrangiges Bildungsziel darstellt: am Öffentlichen orientierte „höhere“ männliche Tugenden, unter denen – trotz der gleichfalls propagierten zivilisierenden und friedensstiftenden Wirkungen des Handels – Kriegstüchtigkeit besondere Bedeutung zukommt, und am Privaten orientierte „niedrigere“ weibliche Tugenden wie Sittsamkeit, die die Gefahren weiblicher Sexualität bannen soll (vgl. Smith 1982/1759, 332). Sie prädestinieren die Geschlechter schließlich für unterschiedliche Aufgaben in getrennten gesellschaftlichen Sphären, an deren gleichfalls hierarchischer Relation zueinander Smith keinen Zweifel lässt: Öffentlichkeit ist Privatheit ebenso übergeordnet wie Männer Frauen. Diese bipolare hierarchische Ordnung bildet schließlich das Fundament von Smiths politökonomischen Ausführungen.

Wie an seiner Erörterung des Arbeitslohnes deutlich wird, schließt Smith Frauen jedoch nicht generell vom Erwerbsleben aus. Die Lohnhöhe, die Smith grundsätzlich nicht bloß durch Marktmechanismen, sondern vielmehr durch unterschiedliche Interessen und Machtgefälle zwischen Unternehmern und Arbeitern bestimmt sieht, müsse zumindest das Subsistenzniveau erreichen, dieses meist aber überschreiten, da es dem Arbeiter sonst nicht möglich wäre, eine Familie zu gründen (Smith 1990/1776, 56). In diesem Zusammenhang verweist er auf Richard Cantillon, der davon ausgehe, dass Frauen, „da sie ja auch die Kinder versorgen“ (Smith 1990/1776, 59), nur für ihren eigenen Unterhalt arbeiteten. Smith selbst aber legt sich nicht genauer fest: „Soviel scheint jedenfalls sicher, daß, wenn eine ganze Familie davon leben soll, ein Ehepaar auch der untersten Schicht in der Lage sein muß, mit seiner Arbeit mehr zu verdienen, als es selbst zum Unterhalt benötigt“ (Smith 1990/1776, 60). Damit wird die allgemeine Verbreitung von Frauenerwerbsarbeit in den „unteren Schichten“ anerkannt, im Hinblick auf das Bürgertum findet – durchaus zeitgemäß – weibliche Erwerbsarbeit bei Smith jedoch keine Erwähnung. Smith verweist aber darauf, dass ein vermögender Mann, der mehr Einnahmen bezieht, „als er zum Unterhalt für seine Familie für erforderlich hält“ (Smith 1990/1776, 60), den Überschuss für Diensthofen verwendet. Dass der Unterhalt der Familie vom (vermögenden) Mann bestimmt und dabei die Verantwortung für diesen Unterhalt implizit dem Mann zugewiesen wird, lässt das bürgerliche Modell eines männlichen Familienernährers anklingen.

Darüber hinaus stellen Frauen und Geschlechterverhältnisse im politökonomischen Kontext des „Wohlstands der Nationen“ weitgehend eine Leerstelle dar, in der sich eine Strategie der Entnennung spiegelt, die der Frage nach Auslassungen und De-thematisierungen im Kontext des „Wealth of Nations“ besondere Relevanz verleiht.

Geheime Gouvernementalität und politökonomische Geschlechter-Regierung

Adam Smith schreibt sich in die Tradition human- und sozialwissenschaftlicher Geschlechterdichotomisierung und -hierarchisierung (vgl. Marshall/Witz 2004) ein: Mit seinen expliziten wie impliziten Geschlechterkonstruktionen verbindet sich impliziter Maskulinismus scheinbar geschlechtsneutraler Konzepte, die auf Smiths die politökonomische Tradition prägenden diskursiven Beitrag zur Formung der Kategorie Geschlecht und der Reproduktion von binär-hierarchischen Geschlechterverhältnissen verweisen.¹¹ Der private Haushalt wird zugleich aus dem Feld des Ökonomischen verbannt, ihm kommt lediglich als Konsum und Arbeitsangebot bestimmende Blackbox Relevanz zu, während die implizite Verknüpfung von Ökonomie und Männlichkeit hinter dem scheinbar geschlechtsneutralen Kollektivbegriff des Marktes und mit diesem verbundenen Konzepte, die solcherart entgeschlechtlicht werden, verschwindet. Damit verlieren zugleich die Frauen zugewiesenen „privaten“ Tätigkeiten ihre Anerkennung als Arbeit. Ökonomie wird als Markt redefiniert, den Smith der Öffentlichkeit zurechnet, zu der Frauen gewöhnlich lediglich auf den untersten Rängen – als Arbeiterin oder Dienstinne – Zutritt erhalten. Bürgerlichen Frauen hingegen bleibt dieser gänzlich verwehrt. Die Redefinition von Ökonomie als Marktwirtschaft fungiert damit als grundlegender „erster Anker“ der Geschlechterordnung.

Im Hinblick auf Foucaults Verständnis von Regierung und Gouvernementalität des modernen Staates entwirft Smith eine die Tradition bestimmende Politische Ökonomie, mit der sich Strategien der Verwaltung der Bevölkerung verknüpfen und deren zentrale Instrumente Sicherheitsmechanismen darstellen. Smith analysiert in diesem Sinn gesellschaftliche Vorgänge als geschlechterdifferente und spaltet die Bevölkerung damit nach Geschlecht. Mit seiner im „Wohlstand der Nationen“ ausgeführten Marktidee eines „einfachen Systems der natürlichen Freiheit“ entwickelt er politökonomische Strategien, die ihm zur Verwaltung dieser geschlechtlich segmentierten Bevölkerung geeignet scheinen. Solch eine auf das Marktsystem gestützte Verwaltung impliziert neue Instrumente, die neben Recht und Disziplin treten: Sicherheitsmechanismen, die, ohne direkt zu verbieten oder vorzuschreiben, bestimmte Vorgänge anreizen, andere bremsen, gleichermaßen kontrollierend und steuernd (vgl. Foucault 2004, 162). Der Markt lässt sich hierbei als dezentraler „Apparat“ von Sicherheitsmechanismen deuten, der fundamentale geschlechtliche Ungleichheiten und Hierarchien in der Bevölkerung ohne direkte Zwangsausübung im Rahmen von „Freiheit“ stabilisiert. Dabei erweisen sich Smiths Ausführungen zu geschlechtsspezifischer Bildung und Lohnhöhe als „zweiter Anker“ binär-hierarchischer Geschlechterordnung: Mangelnde Ausbildung und geringere Löhne gewährleisten weibliche Unterordnung jenseits direkter Zwangsausübung.

Mit der Markt-Idee propagiert die Politische Ökonomie letztlich profitorientierte Konkurrenz der (männlichen) Individuen als Regierungsmethode, die die Gouvernementalität des modernen Staates bestimmt. An diese knüpft sich untrennbar jedoch

auch eine „geheime“¹² Gouvernamentalität, die auf der ausgeblendeten, der Logik der Sorge gehorchenden und mit Weiblichkeit verknüpften Reproduktion fußt. Der Versuch, das von Foucault vielfach betonte aus dem Diskurs Verdrängte und zum Schweigen Gebrachte im Anschluss an Kreisky über die Begriffsebene geschlechterkritisch zu erschließen, macht Regierung und Gouvernamentalität des modernen Staates demnach in ihrer Doppelseitigkeit, ihrer geschlechtlichen Gespaltenheit, deutlich. Markt und „privater“ Haushalt stellen deren institutionelle Anker dar, mit denen sich widersprüchliche Logiken verknüpfen. Das Wissen der Politischen Ökonomie beschränkt sich in Smiths Gefolge auf den Markt, dessen „Geheimnis“ die verdrängte, jedoch stets implizit vorausgesetzte Reproduktion darstellt. Die damit verbundene ökonomische Unsichtbarkeit der Reproduktion, obgleich sie eine Größenordnung von rund einem Drittel des Bruttoinlandsprodukts erreicht (vgl. Biffi 1989), bildet ein wesentliches Element von politökonomischer Geschlechter-Regierung, mit der sich nicht nur die geschlechtliche Arbeitsteilung, sondern letztlich sämtliche Formen wirtschaftlicher Geschlechterungleichheit verbinden.

Wie bereits in Adam Smiths Regierungslehre sind hierbei rechtliche Normierung, mit Disziplinarmechanismen verkoppelte Normierung und mit Sicherheitsmechanismen verknüpfte Normalisierung ineinander verwoben und produzieren Geschlechter und Geschlechterverhältnisse als binär-hierarchische. In dem Maße, in dem unmittelbare Zwänge von Recht und Disziplin im Laufe des 20. Jahrhunderts an Bedeutung für die Aufrechterhaltung der Geschlechterordnung verlieren, gewährleistet eben die mit Sicherheitsmechanismen verknüpfte „Freiheit“ deren Persistenz. Das Geschlechterregime verändert sich, Geschlechterverhältnisse transformieren sich, ihr hierarchischer Charakter aber bleibt nicht zuletzt durch „freie“ Marktwirtschaft und ökonomisches Wissen gesichert. Wirtschaftliche „Freiheit“ stellt folglich einen integralen Bestandteil von Macht- und Herrschaftsverhältnissen gerade auch zwischen den Geschlechtern dar.

Anmerkungen

- 1 Barbara Leigh Smith Bodichon etwa setzt sich schon 1857 in „Women and Work“ mit Fragen von Frauenerwerbsarbeit auseinander, spricht sich für ökonomische Unabhängigkeit von Frauen aus und kritisiert deren Beschränkung auf Ehe und Familie (Leigh Smith [Bodichon] 1857). Als Reaktion auf Diskussionen um ein Verbot von Frauenarbeit in Fabriken, in denen auch William St. Jevons, einer der berühmten „Gründungsväter“ der Neoklassik, gegen Fabrikarbeit von Müttern das Wort ergreift, wendet sich etwa die Feministin Ursula Bright im „Manchester Guardian“ 1882 gegen die Bestimmung von Frauen, „as if their most important characteristics were their sexual and reproductive capacities“ (Bright 1882, zit. in: White 1994, 55) und fordert einmal mehr das Stimmrecht für Frauen als Chance zur Selbstverteidigung. Ada Heather-Bigg formuliert in einem Beitrag des „Economic Journal“ 1894 im Zuge ihrer Untersuchung von Frauenarbeit: „(W)hat they [men] object to is the wage-earning not the work of wives“ (Heather-Bigg 1894, zit. in: Pujol 1992, 61). Sie verweist auf den Versuch, den Status des männlichen Ernährers sicherzustellen, indem die Existenz von unbezahlter Frauenarbeit negiert, ihr Beitrag zum ökonomischen Wohl verleugnet und ihre Entlohnung verweigert werde, und fordert „economic co-operation on the part of the wife“ statt „economic dependence“ (Heather-Bigg, zit. in: Pujol 1992, 61). Auch Charlotte Perkins Gilman wendet sich in ihrem 1898 erschienen „Women and Economics“ der Analyse der Hausarbeit zu und plädiert für die Befreiung der Frau aus dem Gefängnis des Hauses (Gilman 1898).

- 2 Zwar steigen Frauenerwerbsquoten in Deutschland und Österreich seit den 1970er Jahren, in Vollzeitäquivalenten blieb das Ausmaß weiblicher Erwerbsarbeit jedoch seit den 1990er Jahren weitgehend konstant.
- 3 Als „Führung der Führungen“ zielt Regierung Foucault folgend auf Regulation menschlichen Verhaltens, mit der sich nicht bloße Unterwerfung oder Beherrschung von Subjekten, sondern vielmehr deren Hervorbringung verbindet (vgl. Foucault 2004, 102ff; Foucault 1996, 119). Diese Konzeption von Regierung ermöglicht nicht nur, das Zusammenwirken politischer und ökonomischer Lenkung zu erfassen, sondern auch die Verwobenheit von Zwangs- und Freiheitskomponenten. Der Terminus Geschlechter-Regierung verweist hierbei insbesondere auf die Formierung geschlechtlicher Subjekte (vgl. Michalitsch 2012b).
- 4 Mit Gouvernamentalität bezeichnet Foucault die Regierung zugrunde liegende Rationalität, die er im Hinblick auf den modernen Staat durch deren Ausrichtung auf die Bevölkerung, durch das Wissen der Politischen Ökonomie und durch Sicherheitsmechanismen bestimmt sieht. Bevölkerung meint die im 18. Jahrhundert auftretende neue politische Figur, die nicht mehr als Menge von – dem Willen des Souveräns unterworfenen – Untertanen, sondern nun „als Gesamtheit von Vorgängen“ betrachtet wird, „die man in ihrer Natürlichkeit und ausgehend von ihrer Natürlichkeit verwalten muß“ (Foucault 2004, 108). Sicherheitsmechanismen sind als regulierende Kontrollen im weitesten Sinn zu verstehen. Foucault unterscheidet Mechanismen des Rechts, der Disziplin und der Sicherheit (vgl. Foucault 2004, 162).
- 5 Ich greife im Folgenden wiederholt auf Ausführungen in Michalitsch 2010 zurück.
- 6 Die Physiokraten waren eine Gruppe französischer Aufklärer rund um François Quesnay, dem Leibarzt von Ludwig XV. Der Begriff Physiokratie („Herrschaft der Natur“) leitet sich von Quesnays Schriften-sammlung „Physiocratie, ou constitution naturelle du gouvernement le plus avantageux au genre humain“ (1767) ab.
- 7 Gelegentlich wird auch 1613 als Erscheinungsjahr angegeben, so etwa Scruton (2007).
- 8 Marx etwa setzt die Anfänge moderner Ökonomie anders: „Die Geschichte der modernen politischen Ökonomie endet mit Ricardo und Sismondi (...), ganz wie sie am Ende des 17. Jahrhunderts beginnt mit Petty und Boisguillebert“ (Marx 1851 [MEGA II/1.1], 3).
- 9 Schon Bernard Mandeville hatte in seiner überaus umstrittenen Bienenfabel (1704) mit der Durchsetzung von Kapitalismus einhergehende neue Werte und Normen propagiert, auf die Smith letztlich – auch wenn er sich explizit von Mandevilles Position distanziert – zurückgreifen konnte.
- 10 Smith verknüpft Luxus aber auch mit der Bedrohung weiblicher Gebärfähigkeit (vgl. Smith 1990/1776, 68).
- 11 Darüber hinaus sei auch auf den expliziten Maskulismus Smithscher Rhetorik verwiesen: Smith wendet sich in seinem Werk, wie sich an vielfältigen sprachlichen Wendungen ablesen lässt, an die universelle „Bruderschaft“ männlicher politischer Öffentlichkeit (vgl. Michalitsch 2010, 121ff.).
- 12 Das Geheime bezieht sich auf das von wenigen gehütete Wissen, das weithin Unbekannte, das Unerforschte, das Ungesagte und damit auch auf verborgene begriffliche Bedeutungsinhalte, auf systematische Auslassungen in Begriffsdeutungen oder auf unbewusste oder implizite Verwendungen von Konzepten (vgl. Kreisky/Sauer 1997, 10ff.). Das Geheime ist nicht zuletzt eng mit dem Heim verbunden. Mit Bezug auf das „traute(s) Begriffsheim“ des (politik-)wissenschaftlichen Mainstreams betonen Kreisky/Sauer: „Ausschluß aus dieser Kommunität ist somit selten intendierte Ausschlußhandlung als vielmehr Effekt konsensual-einschließender Begriffs-, Kategorie- und Theoriebildung“ (Kreisky/Sauer 1997, 16).

Literatur

Barker-Benfield, G. J., 1992: *The Culture of Sensibility. Sex and Society in Eighteenth-Century Britain*. Chicago, London.

Berry, Christopher J., 1997: *Social Theory of the Scottish Enlightenment*. Edinburgh.

Leigh Smith (Bodichon), Barbara, 2011/1857: *Women and Work*. In: Hadjiafxendi, Kyriaki/Zakreski, Patricia (Hg.): *What Is a Woman to Do? A Reader on Women, Work and Art, c. 1830 – 1890*. Bern, 39-46.

Biff, Gudrun, 1989: *Der Haushaltssektor. Der volkswirtschaftliche Wert der unbezahlten Arbeit*. In: *WIFO-Monatsberichte*, 62 (9), 567-576.

- Foucault**, Michel, 2004: Geschichte der Gouvernementalität I. Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Frankfurt/M.
- Foucault**, Michel, 1996: Der Mensch ist ein Erfahrungstier. Gespräch mit Ducio Trombadori. Frankfurt/M.
- Gilman**, Charlotte Perkins, 1898: Women and Economics. A Study of the Economic Relation Between Men and Women as a Factor in Social Evolution. Boston. Internet: digital.library.upenn.edu/women/gilman/economics/economics.html (17.11.2012).
- Hausen**, Karin, 1977: Die Polarisierung der „Geschlechtscharaktere“. Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben. In: Conze, Werner (Hg.): Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas. Stuttgart, 363-393.
- Hirschman**, Albert O., 1984/1977: Leidenschaften und Interessen. Politische Begründungen des Kapitalismus vor seinem Sieg. Frankfurt/M.
- Kreisky**, Eva, 1997: Diskreter Maskulinismus. Über geschlechtsneutralen Schein politischer Idole, politischer Ideale und politischer Institutionen. In: Kreisky, Eva/Sauer, Birgit (Hg.): Das geheime Glossar der Politikwissenschaft. Geschlechtskritische Inspektion der Kategorien einer Disziplin. Frankfurt/M., New York, 161-213.
- Kreisky**, Eva, 2012: „Durch die Eiswüste der Abstraktion“? Begriffs- und Theoriearbeit in der Politikforschung. In: Kreisky, Eva/Löffler, Marion/Spitaler, Georg (Hg.): Theoriearbeit in der Politikwissenschaft. Wien, 21-32.
- Kreisky**, Eva/Sauer, Birgit, 1997: Heimlichkeit und Kanonisierung. Einführende Bemerkungen zur Begriffsbildung in der Politikwissenschaft. In: Kreisky, Eva/Sauer, Birgit (Hg.): Das geheime Glossar der Politikwissenschaft. Geschlechtskritische Inspektion der Kategorien einer Disziplin. Frankfurt/New York, 7-45.
- Mandeville**, Bernard, 1980/1704: Die Bienenfabel oder Private Laster, öffentliche Vorteile. Hg. v. Walter Eucken. Frankfurt/M.
- Marshall**, Barbara L./Witz, Anne (Hg.), 2004: Engendering the Social. Feminist Encounters with Sociological Theory, New York.
- Marx**, Karl, 1851: Ökonomische Manuskripte 1857/58. Bastiat. Harmonies Économiques, MEGA II/1, 3, Internet: telota.bbaw.de/mega/ (20.10.2012).
- Michalitsch**, Gabriele, 2000: Der Frauen Liebesdienst? Geschlechtergrenzen der ökonomischen Disziplin. In: Michalitsch, Gabriele/Nairz, Erna (Hg.): FrauenArbeitsLos. Frankfurt/Berlin/Bern, 11-37.
- Michalitsch**, Gabriele, 2003: Mann gegen Mann. Maskulinismen des neoklassischen Konkurrenzprinzips. In: zfwu. Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik, 4 (1), 73-81.
- Michalitsch**, Gabriele, 2008: Selbstregulierte Subjekte. Privatisierung und Geschlechter-Regierung. In: Bidwell-Steiner, Marlen/Wagner, Ursula (Hg.): Freiheit und Geschlecht. Offene Beziehungen, Prekäre Verhältnisse. Innsbruck, 63-75.
- Michalitsch**, Gabriele, 2010: Geschlechterregierung und politische Ökonomie: Was Adam Smith damit zu tun hat, dass Frauen heute weniger als Männer verdienen. In: L'Homme. Europäische Zeitschrift für Feministische Geschichtswissenschaft, 21 (2), 119-133.
- Michalitsch**, Gabriele, 2012a: Politische Ökonomie. Begriffe, Horizonte und Wissenspolitik. In: Kreisky, Eva/Löffler, Marion/Spitaler, Georg (Hg.): Theoriearbeit in der Politikwissenschaft. Wien, 117-129.
- Michalitsch**, Gabriele, 2012b: Geschlecht ist Geschichte: Komplexitäten der Macht. Ein Foucaultsches Denksystem. In: Kahlert, Heike/Weinbach, Christine (Hg.): Zeitgenössische Gesellschaftstheorien und Genderforschung – Einladung zum Dialog. Wiesbaden (im Erscheinen).
- Nelson**, Julie A., 1993: The Study of Choice or the Study of Provisioning? Gender and the Definition of Economics. In: Ferber, Marianne A./Nelson, Julie A. (Hg.): Beyond Economic Man. Feminist Theory and Economics. Chicago, London, 23-36.

- Nelson**, Julie A., 1995: Gender, Metaphor, and the Definition of Economics. In: Humphries, Jane (Hg.): Gender and Economics. Aldershot, 19-41.
- Pujol**, Michèle A., 1992: Feminism and Anti-Feminism in Early Economic Thought. Aldershot.
- Rothschild**, Kurt W., 2002: Missverständener Säulenheiliger. Zur Anatomie des Neoliberalismus. In: Mitbestimmung, 31(2), 17-20.
- Rousseau**, Jean-Jacques, 1777/1755: Politische Ökonomie (Discours sur l'économie politique). Hg. v. Hans-Peter Schneider und Brigitte Schneider-Pachaly. Frankfurt.
- Scruton**, Roger, 2007: The Palgrave Macmillan Dictionary of Political Thought. New York.
- Smith**, Adam, 1982/1759: The Theory of Moral Sentiments. Hg. v. David D. Raphael und Alec L. Macfie. Indianapolis.
- Smith**, Adam 1982/1762/63 u. 1766: Lectures on Jurisprudence. Hg. v. Ronald L. Meek, David D. Raphael u. Peter G. Stein. Indianapolis.
- Smith**, Adam, 1990/1776: Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen. München.
- Steuart**, James, 1767: An Inquiry into the Principles of Political Economy, Internet: www.marxists.org/reference/subject/economics/steuart/index.htm (20.10.2012).
- Wetterer**, Angelika, 2005: Rhetorische Modernisierung & institutionelle Reflexivität: Die Diskrepanz zwischen Alltagswissen und Alltagspraxis in arbeitsteiligen Geschlechterarrangements. In: Freiburger Frauen Studien. Zeitschrift für Interdisziplinäre Geschlechterforschung. Ausgabe 15: Arbeit und Geschlecht, 75-96.
- Wetterer**, Angelika, 2003: Rhetorische Modernisierung. Das Verschwinden der Ungleichheit aus dem zeitgenössischen Differenzwissen. In: Knapp, Gudrun-Axeli/Wetterer, Angelika (Hg.) (2003): Achsen der Differenz. Gesellschaftstheorie und feministische Kritik 2. Münster, 286-319.
- White**, Michael V., 1994: Following Strange Gods: Women in Jevons's Political Economy. In: Groenewegen, Peter (Hg.): Feminism and Political Economy in Victorian England. Aldershot, 46-78.

Wert-Abjektion als konstituierende und strukturierende Kraft von Care-Arbeit im patriarchalen Kapitalismus¹

BEATRICE MÜLLER

„alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (Marx)

In der sozialwissenschaftlichen Debatte ist vielfach von einer zunehmenden Prekariisierung von Arbeit im Postfordismus die Rede. Aus feministischer Perspektive zeichnet sich Care-Arbeit allerdings – auch wenn die konkrete Ausgestaltung historischen Veränderungen unterliegt – in einer spezifischen Weise durch Kontinuität aus. Unter Care-Arbeit wird hier mit Bezug auf Shakra Razavi (2007, 6) jene (unbezahlte oder bezahlte) Arbeit verstanden, die direkte Sorgetätigkeit gegenüber anderen Personen

umfasst. Umsorgende Arbeit kann Menschen mit intensivem Care-Bedürfnis zuteil werden, wie etwa Kindern, älteren Menschen oder Menschen mit Behinderungen. Aber auch andere Erwachsene benötigen und erfahren Care-Zuwendungen. Bezahlte Sorgetätigkeiten werden von ErzieherInnen, aber auch von AltenpflegerInnen oder Krankenschwestern/-pflegern ausgeübt. Mit direkter Care-Arbeit ist etwa das Baden von, aber auch das Unterhalten mit Anderen gemeint. Razavi subsumiert allerdings auch nicht direkte Sorgetätigkeiten wie Einkaufen, Waschen und Putzen unter diesen Begriff. Ich schlage vor, diese Tätigkeiten als sekundäre Care-Arbeit zu bezeichnen. In den verschiedenen Formationen des „kapitalistischen Patriarchats“² (Haug 1996) wird Care-Arbeit zumeist als unsichtbare, minderbewertete, prekäre oder unbezahlte, als feminisierte und rassifizierte Arbeit getätigt. Die Prekarität und Minderbewertung dieser spezifischen Formen der Arbeit sind daher keine neuen Phänomene.

Vor diesem Hintergrund gehe ich der Frage nach, aus welcher strukturellen Logik Care-Arbeit, unabhängig von den konkreten Konfigurationen, einen abgewerteten Status einnimmt. Um sich diesem Begründungszusammenhang anzunähern, lohnt es sich m.E. aus feministischer Sicht die strukturelle Einbindung des Care-Sektors in das kapitalistische Patriarchat zu analysieren und damit auch die konstitutive Verwobenheit der kapitalistischen Produktionsweise und der patriarchalen Geschlechterverhältnisse in den theoretischen Blick zu nehmen. Letztlich geht es darum, eine Kritik an beiden Herrschaftsverhältnissen in ihrer Verwobenheit zu leisten. Denn spätestens die „Krise der sozialen Reproduktion“ (Winker 2011: 333), die sich etwa in der „global care chain“-Problematik darstellt, macht die Verschränkung von patriarchalen Geschlechterverhältnissen und kapitalistischer Produktionsweise (und auch rassistischen Herrschaftsverhältnissen, die hier aber nur am Rande berücksichtigt werden) wieder deutlich sichtbar. Die sukzessiv steigende Einbindung von Frauen in die Erwerbsarbeit führt nicht zu einer Umverteilung der Care-Arbeit zwischen Männern und Frauen oder zu einer ausgeweiteten staatlichen Übernahme von Betreuungsarbeiten. Care-Arbeit wird stattdessen auf schlecht entlohnte Pflegerinnen, häufig illegalisierte Migrantinnen, verlagert oder bleibt „unsichtbare“ nicht-entlohnte Zusatzarbeit, die (Ehe-)Frauen leisten. Damit greifen eine patriarchale und eine kapitalistische Logik (wie auch eine rassistische Logik) ineinander, die die Kontinuität der Care-Arbeit als Frauenarbeit sichern und zugleich für das Kapital die kostengünstigste Lösung bereitstellen (vgl. Winker 2011).

Zum Verständnis dieses Ineinandergreifens wird hier eine Verknüpfung von gesellschaftstheoretischen und psychologischen Perspektiven vorgenommen. Diese erfolgt dabei an den Grenzen der jeweiligen Theorien und ermöglicht m.E. eine umfassendere Analyse der Care-Arbeit, deren besonderer Status weder ausschließlich auf ökonomischer noch auf symbolischer Ebene zu begreifen ist. Ein Verständnis der Abwertung dieser Arbeiten und der Zuweisung an Frauen benötigt eine umfassende Berücksichtigung dieser Bereiche und Ebenen.

Um den Zusammenhang von patriarchalen Geschlechterverhältnissen und kapitalistischer Produktionsweise in Bezug auf Care-Arbeit näher theoretisch zu begrün-

den, werde ich im Folgenden das „Wert-Abspaltungstheorem“ von Roswitha Scholz (2011) im Kontext der marxistisch-feministischen Debatte der 1970er Jahre als meinen Ausgangspunkt knapp nachzeichnen, um im Anschluss die beiden zentralen Herrschaftsmodi bei Scholz, *Wert* und *Abspaltung* in einem inhaltlich verschobenen und dennoch weiterhin psychoanalytischen³ und marxistisch-feministischen Licht neu miteinander zu vermitteln. Eine theoretische Re-Konzeptualisierung scheint notwendig, da Scholz einerseits eine Marx-Lesart vertritt, die nicht ermöglicht, AkteurInnen und Kräfteverhältnisse zu denken, und auf der anderen Seite den psychoanalytischen Kontext nicht ausreichend theoretisiert. Als Ergebnis meiner Verschiebung erscheint der von mir in den Blick genommene Zusammenhang der patriarchalen Geschlechterverhältnisse und der kapitalistischen Produktionsweise als Wert-Abjektionsform (Abjektion: dt. Verwerfung).

Mit dem Konzept der Wert-Abjektion soll ein theoretisches Instrumentarium geliefert werden, um die Frage nach der permanenten und strukturellen Abwertung von Care und Care-Arbeit (selbst wenn der Care Sektor historisch sehr unterschiedlich organisiert ist), beantworten und begründen zu können. Die Abjektion und Minderbewertung dieser Tätigkeiten entfaltet sich in Folge dessen als Voraussetzung des Kapitalismus, der wiederum die historisch vorgängige Abwertung und Abspaltung des „Weiblichen“, Vergänglichen, Körperlichen und Fürsorglichen verstetigt und verschärft.

Marxistisch-feministische Debatte und Wert-Abspaltung

Besonders zur Thematik der nicht-entlohten Care-Arbeit (Reproduktionsarbeit) oder allgemeiner der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung entfaltet sich Ende der 1960er bzw. Anfang der 1970er Jahre eine breite marxistisch-feministische Debatte, die zwar als unabgeschlossene Debatte betrachtet wird, aber dennoch für die Frage der Theoretisierung von Care-Arbeit auch heute noch eine zentrale Rolle spielt. Ausgangspunkt ist die kritische Anknüpfung an der Marxschen Theorie und deren „androzentrischen Verkürzungen“ (z.B. Beer 1987, 157), die sich v.a. in der Vernachlässigung von Fragen der „geschlechtsspezifischen“ Vergesellschaftung wie auch der „ökonomische(n) Positionierung von Frauen, die unentgeltliche Arbeit verrichten“ (Beer 1987, 157), zeigen. Dabei wird versucht, Begriffe der Kritik der politischen Ökonomie zu modifizieren oder alternativ eine feministische Perspektive in diese einzuarbeiten. Ziel dabei ist, die „Geschlechter- und Klassenunterdrückung bzw. -ausbeutung theoretisch zu vermitteln und insbesondere die widersprüchliche Verknüpfung von weiblicher Erwerbs- und Hausarbeit analytisch herauszuarbeiten.“ (Beer 1987, 158) Eine solche Verknüpfung wird vor allem darin gesehen, dass zwar einerseits Frauenunterdrückung schon vor dem Kapitalismus existierte, aber die Entstehung des Kapitalismus die Trennung von Reproduktions- und Produktionsphäre bewirkte (vgl. Schäfgen 2000) und „geschlechtliche Arbeitsteilung (...) sich damit auch aus werttheoretischer Perspektive implizit als Bedingung und Voraussetzung der Warenproduktion (erweist). Die bürgerliche Gesellschaft hat Mechanismen ge-

schaffen, unprofitable aber notwendige Arbeiten vom Markt fernzuhalten, indem sie Frauen als Gratisleistung abverlangt werden“ (Beer zit. nach Kohlmorgen 2004, 40) und indem sie auf diese Arbeiten festgelegt werden (vgl. z.B. Schäffgen 2000; Bock/Duden 1976, 126ff.). Die Begründung der Arbeitsteilung entlarven die Autorinnen als patriarchale, die letztlich auf der Gebärfähigkeit von Frauen und ihrer Rolle in der Mutterschaft rekurriert. Denn die bürgerliche Vorstellung der Mutterschaft transformiert sich von einer biologischen zu einer gleichzeitig sozialen Rolle (vgl. Beer 1987, 164). Ungleiche Geschlechterverhältnisse können daher als Bedingung der Möglichkeit der Entstehung und der Reproduktion des Kapitalismus betrachtet werden (vgl. Beer 1987; Hagemann-White 1984). Auch die Konstruktion der bürgerlich-heterosexuellen Familie gilt als Stütze der kapitalistisch-patriarchalen Arbeitsteilung, indem die bürgerliche Ehe die unentgeltliche Reproduktionsarbeit, die aus „Liebe“ getan werden sollte, sichert (vgl. Beer 1987; Schäffgen 2000).

Wert-Abspaltung

Der Grundgedanke des von Roswitha Scholz entwickelten Wert-Abspaltungstheorems problematisiert und fokussiert m.E. genau jene, schon in den 1970er Jahren diskutierte Problematik und kann daher als aktualisierte marxistisch-feministische Position betrachtet werden. Scholz versucht allerdings, den Zusammenhang von Kapitalismus und Geschlechterverhältnissen abstrakt-theoretisch zu fassen und konzeptionalisiert diese unentgeltlichen Tätigkeiten als „Abspaltungen“. Scholz entwickelt ihr Theorem vor dem Hintergrund marxistisch-feministischer Analysen (v.a. Becker-Schmidt, Ostner/Beck-Gernsheim, Haug) und stimmt in wichtigen Punkten mit diesen grundlegend überein⁴, auch wenn sie selbst darum bemüht ist, die Differenzen zu anderen marxistisch-feministischen Weiterentwicklungen zu markieren (vgl. Scholz 2011; Haug 2002; Hauf 2006)⁵.

Das von Scholz entwickelte Wert-Abspaltungstheorem, das ich im Kontext dieser marxistisch-feministischen Debatte zum Ausgangspunkt meiner Argumentation mache, ermöglicht auf einem hohen Abstraktionsniveau den konstitutiven Zusammenhang von Kapitalismus und Geschlechterverhältnissen zu denken und damit Grundprinzipien und Formen (Abspaltung, Wert) des patriarchalen Kapitalismus zu benennen.

Scholz zufolge findet eine Abspaltung der geschlechtsspezifisch zugewiesenen Reproduktionstätigkeiten von der abstrakten Arbeit und der damit verbundenen Produktion von Wert und Mehrwert statt. Vor einem marxistisch-psychoanalytischen Hintergrund versteht sie unter Wert-Abspaltung, „daß weibliche Reproduktionstätigkeiten, aber auch damit verbundene Gefühle, Eigenschaften, Haltungen usw. (Sinnlichkeit, Emotionalität, Fürsorglichkeit zum Beispiel) vom Wert der abstrakten Arbeit strukturell abgespalten sind.“ (Scholz 2011, 118) So konstituiert sich das „warenproduzierende Patriarchat“ nicht nur aus dem Selbstzweck der Waren- und Geldform, sondern daraus, dass alles als weiblich Gesetzte, Differente, begrifflich

nicht zu Erfassende und Widersprüchliche ausgegrenzt und als minderwertig betrachtet wird (vgl. Scholz 2011, 118ff.).

Diese Abspaltung steht – so Scholz – mit dem Wert in einem dialektischen Verhältnis. Sie stellt „die dunkle Kehrseite des Wertes selbst dar“ (Scholz 2011, 124) und gilt als ihr „immanentes Gegenteil“ (Kurz 1992, 5), als Voraussetzung für die Wertbildung (vgl. Scholz 2011, 118).

Für Scholz, wie auch für viele marxistisch-feministische Autorinnen kann das „warenproduzierende Patriarchat“ nur bestehen, wenn Sorgearbeit, wie z.B. Kinderbetreuung, aber auch Emotionen, „die der Wertlogik mit ihrer Moral von Konkurrenz, Profit, Leistung usw. entgegengesetzt sind,“ (Scholz 2011, 123) ausgelagert und Frauen zugewiesen werden und wenn darüber hinaus für diese zwei Bereiche auch unterschiedliche Zeitlogiken existieren (vgl. Haug 1996, 105ff.). Die Abspaltung ist kein Subsystem des Werts und als Konsequenz des Theorems der Wert-Abspaltung sind beide Modi, also Wert und Abspaltung, auf derselben Abstraktionsebene zu kritisieren (vgl. Scholz 2011). Wert-Abspaltung ist als Formprinzip der Gesellschaft konzipiert, das diese allerdings nicht gänzlich determiniert, sondern vielmehr in gebrochener und ambivalenter Weise wirkt. Auch wenn Scholz diesen Aspekt immer wieder betont und damit scheinbar den Eindruck vermeiden will, in ihrer theoretischen Perspektive sei Gesellschaft zwar nicht durch das Wertgesetz, dafür aber durch das Wert-Abspaltungsgesetz determiniert, gelingt ihr die Konzeptualisierung dieser Ambivalenzen m.E. nicht, da die Betonung der Brüche und Ambivalenzen auf rhetorischer Ebene verbleibt (siehe dazu Abschnitt „Wertform und Abjektion im Kapitalismus“; vgl. zur Kritik auch Haug 2002; Hauf 2006).

Die Theorie von Scholz ist gleichwohl insoweit instruktiv, als sie versucht, die verflochtene Struktur von Kapitalismus und Geschlechterverhältnissen zu analysieren, und damit auch eine strukturelle Erklärung für die Abwertung von Care-Arbeit liefert. Indes bleiben einige Fragen auch mit diesem theoretischen Zugang ungeklärt und einzelne Theoriebausteine erweisen sich als problematisch. Ich konzentriere mich hier auf zweierlei: Die erste Problematisierung bezieht sich auf den von Scholz m.E. nur oberflächlich und wenig fundiert gefassten Begriff der Abspaltung selbst. Der andere Einspruch resultiert aus der Scholz'schen Lesart der Marx'schen Werttheorie. In diesen beiden Punkten zumindest scheint mir eine Re-Konzeptualisierung des Theorems Wert-Abspaltung erforderlich, die im Folgenden geleistet werden soll.

Wert-Abjektion als strukturierende und konstituierende Kraft des patriarchalen Kapitalismus

Abjektion

Zum Zwecke der ersten Re-Konzeptualisierung des Begriffs der Abspaltung schlage ich den konzeptionellen Rückgriff auf psychoanalytische Theorien vor, den Scholz zwar anregt, aber nicht theoretisch umsetzt. Ein psychoanalytisch fundierter Begriff

der Abspaltung kann jenseits der stofflichen Abspaltung der reproduktiven von der produktiven Arbeit die Abspaltungen, Verdrängung und Herabsetzung auf der symbolischen Ebene theoretisieren und daher ein umfassenderes und nicht ausschließlich ökonomisches Konzept liefern. Auch Scholz selbst betont die Herkunft ihres Begriffs der Abspaltung aus psychoanalytischen Theoriezusammenhängen. Allerdings theoretisiert und definiert sie ihr Verständnis von diesem Abspaltungskonzept nicht. Es wird daher nicht deutlich, was die Autorin präzise mit dieser Begrifflichkeit fassen will (vgl. z.B. Scholz 2011, 2004; Bönold 2008).

Im Gegensatz dazu steht mit dem Theorem der „Abjection“ (dt. Verworfenheit, Abjektion) der französischen Psychoanalytikerin Julia Kristeva ein analytisch differenziertes Konzept zur Verfügung. Obwohl Kristeva eine nicht explizit feministische Lesart der Psychoanalyse vertritt (vgl. Suchsland 1992), hat das Konzept der Abjektion den Vorteil, für feministische Theoriebildung anschlussfähig zu sein, und kann kritisch angeeignet werden (vgl. z.B. Butler 1991, 141 u. 1995; Engel 2002; Grosz 1990).

Mit Kristeva, die den Begriff der Abjektion im subjekttheoretischen Sinn Lacans versteht, sind die zu verwerfenden Objekte dem präverbal-semiotischen zugeordnet, und können daher nicht repräsentiert werden. Beispiele hierfür sind das Schleimige, Körperflüssigkeiten und körperliche Exkremente oder allgemeiner gesprochen, das Unstrukturierte (vgl. Buchwald 2002, 44). Das Nicht-Lebbare und Gefährdende muss verworfen werden und ist damit Voraussetzung für die „Geburt des Selbst“ und repräsentiert gleichzeitig die symbolischen Ordnung (vgl. Kristeva 1982, 3). Die als einheitlich konstruierte Gesellschaft baut daher auf der Exklusion und Verdrängung des Nicht-Einheitlichen, Unstrukturierten und Unsauberen auf. (vgl. Kristeva 1982, 3ff.). Mit dem Konzept Abjektion kann mit Kristeva auch die geschlechtliche Hierarchisierung und gesellschaftliche Klassifizierung in menschlich und unmenschlich, in einheitliche und uneinheitliche Subjekte verstanden werden (vgl. Creed 1993, 8). Das Abjekt ist das beharrliche Zeichen der notwendigen Beziehung des Subjekts zum Animalischen, zur Materialität und letztendlich zum Tod (vgl. Grosz 1990, 89). Diese Bedrohungen müssen negiert und verworfen werden. Elisabeth Grosz zufolge kann dieser Prozess als symptomatische Abwehr und Verwerfung eben dieser Grenzen des Körpers, der Materialität und der Sterblichkeit verstanden werden (vgl. Grosz 1990, 89f.).

Allerdings kann das Verworfenene mit Kristeva niemals gänzlich ausgelöscht werden und schwebt daher als Unfassbares, ohne klare Konturen, weiterhin an den Grenzen des Subjekts und der Gesellschaft und bedroht damit deren Stabilität (vgl. Suchsland 1992, 123; Grosz 1990, 87). Demzufolge ist das Abjekt der permanente Hinweis darauf, dass das Subjekt ebenso wie die Gesellschaft in Gefahr ist (vgl. Grosz 1990, 89).

Abjektion und Care-Arbeit

Die Bedrohung und Gefahr, die von der körperlichen Abhängigkeit, den unkontrollierbaren Flüssigkeiten und dem Unreinen ausgeht, muss permanent verworfen

werden. Dieses ist auch ein Prozess der Zurückweisung der Abhängigkeit von der Anerkennung und der Beziehung zu anderen Menschen (vgl. Grosz 1990, 87).

Die Verwerfung ist daher eine Voraussetzung, um eine „reine“ und „autonome“ Subjektivität und eine ebensolche Gesellschaft zu konstruieren, die befreit ist von der Bedrohung der Unstrukturiertheit. Abhängigkeit, Beziehung, Körperlichkeit, aber auch Sterblichkeit, sind unmittelbar mit der Abjektion assoziiert. Dies wiederum verweist auf die Verwerfung der zentralen Inhalte von Care und Care-Arbeit: Care-Arbeit, deren Notwendigkeit wohl das deutlichste Zeichen menschlicher Abhängigkeit sein dürfte, beinhaltet im Kern die direkte Arbeit mit dem Abjekten, wie etwa älteren oder kranken Menschen, die ich hier, genauso wie diejenigen, die diese Arbeit verrichten, als abjekte Andere bezeichnen möchte. Ebenso beinhaltet Sorgearbeit einen Umgang mit abjekten Elementen wie Exkrementen, Körperflüssigkeiten, Schmutz oder gar mit sterbenden Körpern.

Abjektion – und dies ist für die Argumentation von zentraler Bedeutung – tritt als grundsätzlicher Modus der symbolischen Ordnung auf (vgl. Grosz 1990, 86f.). *Wer* die abjekten Anderen konkret im Einzelnen sind, ist eine historisch und kulturell spezifische Frage. Abjektion wird von Kristeva eindeutig mit der auch gesellschaftlichen Konstruktion und Abwertung von „Weiblichkeit“ in Verbindung gebracht. Neuere Studien (z.B. Kutzbach/Müller 2007) haben zeigen können, dass andere nicht als „einheitlich“ und „autonom“ codierte, z.B. queere Körper, ebenfalls als Abjekte gelten können (z.B. Palmer 207, 49ff.).

Abjektion ist ein kulturell und historisch variabler Prozess, dennoch wird in der Literatur deutlich, dass alle Kulturen bestimmte körperliche Vorgänge verwerfen und minderbewerten (z.B. Menstruation, bestimmte Krankheiten etc.).

Innerhalb des Kapitalismus spielt die Abjektion von Care und Care-Arbeit strukturell eine spezifische Rolle, die im Folgenden analysiert werden soll. Diese Analyse stellt gleichzeitig den Versuch dar, Scholz' Theorem der Wert-Abspaltung in Hinblick auf den zweiten von mir formulierten Einspruch zu re-konzeptualisieren.

Wertform und Abjektion im Kapitalismus

Im folgenden Abschnitt geht es darum, die reziproke Verflechtung von Wert und Abjektion zu entfalten. Im Anschluss an viele feministische Autorinnen (z.B. Beer 1990; Bennholdt-Thomsen 1981), die Care und Care-Arbeit als Voraussetzung der Warenproduktion betrachten, argumentiere ich auf der einen Seite, dass die Abjektion von Care und Care-Arbeit die Voraussetzung der grundlegenden ökonomischen Form des Kapitalismus ist, der Wertform. Auf der anderen Seite kann gezeigt werden, dass Formen der Abjektion im Kapitalismus konsolidiert und verstetigt wurden. Meine Re-Konzeptualisierung beruht vor allem auf einer Distanzierung von Scholz' Verständnis der Marx'schen Werttheorie. Scholz selbst folgt einer Marx-Lesart der ‚fundamentalen Wertkritik‘, die keine Widersprüche, sozialen Kämpfe und Kräfteverhältnisse in den Blick nehmen kann (vgl. zur Kritik

auch Haug 2002; Hauf 2006; Heinrich 1999 zur allg. Kritik der „fundamentalen Wertkritik“).

Ein Verständnis von Wert als sozialer Form (vgl. Backhaus 2011; Brentel 1989; Hirsch 1994),⁶ wie es ein formanalytischer Zugang erlaubt, ermöglicht hingegen die Analyse von strukturellen Grenzen auf der einen Seite und sozialen Kämpfen und AkteurInnen auf der anderen Seite (vgl. Hirsch 1994). Außerdem kann mit einer solchen Perspektive sehr deutlich auch die Limitierung der Reichweite des theoretischen Ansatzes begriffen werden. Diese liegt in „der allgemeine(n) Bestimmung sozialer Formen“ (Hirsch 1994, 162) und nicht in der Analyse konkret-historischer Verhältnisse. Die Analyse sozialer Formen kann aber als Grundlage und Voraussetzung für konkrete Analysen dienen. Joachim Hirsch zufolge sind „soziale Formen (...) die verdinglichten und fetischisierten, nur durch theoretische Kritik zu entschlüsseln- den Gestalten, die das wechselseitige Verhältnis der gesellschaftlichen Individuen in einer gegenüber ihrem bewussten Willen und Handeln verselbstständigten Weise annimmt und die ihre unmittelbaren Wahrnehmungen und Verhaltensorientierungen prägen: Ware, Geld, Kapital, Recht, Staat.“ (Hirsch 1994, 161)

Bei der folgenden Vermittlung von Wert und Abjektion der Care-Arbeit als der Ausbuchstabierung des konstitutiven Begründungszusammenhangs des patriarchalen Kapitalismus auf einer grundsätzlichen und abstrakten Ebene und damit als sozialer Form, will ich mich auf zwei Punkte konzentrieren.

Zum Ersten: Marx nimmt an, dass in kapitalistischen Gesellschaften die Verteilung der Arbeit nicht bewusst oder geplant stattfindet, sondern über den Markt gesteuert wird. Hier erst treten die Individuen in Interaktion miteinander, die gesellschaftliche Nützlichkeit der produzierten Güter erweist sich erst im „Austausch als Waren“ (Brentel 1989, 13). Privat produzierte Güter haben keinen intrinsischen Wert, sondern erlangen ihren Wert erst, indem sie getauscht werden. Die Bedingung aber, dass Güter getauscht werden können, liegt in der Abstraktion von ihren Gebrauchswerten („Soziale Form I“, Brentel 1989, 13). Denn nur als Gleiche können Produkte gegeneinander getauscht werden. Gleich sind sie aber nur als Abstrakta, nicht als tatsächliche Gebrauchswerte, z.B. als Stuhl oder als Tisch. Gleich sind sie als Tauschwerte, die ihre selbständige Existenzform ausschließlich im Vergleich mit einer anderen Ware erhalten, der Geldware („Soziale Form II“, Brentel 1989, 13ff.).

Es ist daher ein Schein, dass den Waren eine eigenständige Wertgegenständlichkeit zukommt, vielmehr entsteht der Wert nur innerhalb eines gesellschaftlichen Verhältnisses (vgl. Heinrich 1999, 2), das auf eine spezifische Vergesellschaftungsweise der Arbeit zurückzuführen ist (vgl. Kannankulam 2008, 42). Die Kategorien der bürgerlichen Ökonomie sind damit „gegenüber dem Schein je vorgegebener Sachverhältnisse als *spezifische soziale und historische Verhältnisbestimmung der Menschen in ihren Arbeiten* zu dechiffrieren.“ (Brentel 1989, 154)

Mit der Marx'schen Analyse kann dieser Schein und die Naturalisierung des Werts, der auch auf der Abstraktion von Gebrauchswerten beruht, entschlüsselt werden. Allerdings ist dies nicht die einzige Abstraktion, die erörtert werden muss. In der Ana-

lyse und Dechiffrierung der Wertform wird ebenfalls abstrahiert von Care-Tätigkeiten. Wie viele FeministInnen schon dargelegt haben (vgl. z.B. Scholz 2011; Beer 1990 etc.), sind diese Arbeiten aber notwendig, um die Arbeitskraft zu reproduzieren. Daher existiert m.E. – und dies ist ein wichtiges Ergebnis der hier angestellten Überlegungen – die Wertform nicht als „reine“ Form, sondern realisiert sich immer in der Abjektion der Care-Tätigkeiten und besteht daher nur als eine Wert-Abjektionsform. Die grundlegende, den patriarchalen Kapitalismus strukturierende Form, ist daher keine nur ökonomische, sondern immer eine ökonomisch-symbolische und konkret eine kapitalistisch-patriarchale.

Zum Zweiten: Marx analysiert gesellschaftliche Verhältnisse hinter der Erscheinung von starren Naturformen. Konkreter gesprochen analysiert er Klassenverhältnisse, die als „Brennstoff“ und „Inhalt“ der Mehrwertproduktion bezeichnet werden können (vgl. Kannankulam 2008, 43). Das kann als eine Marx'sche Schlüsselerkenntnis betrachtet werden: Hinter dem natürlichen Schein der Wertform besteht ein Klassenantagonismus, der die Wertform prozessiert und Mehrwert produziert (vgl. MEW 23), der aber von der Form verdeckt wird (vgl. Kannankulam 2008, 44). Die Kapitalakkumulation ist demnach nur dadurch möglich, dass die Ware Arbeitskraft als einzige Ware Mehrwert produziert, indem sie durch Arbeit das Produkt so verändert, dass dafür auf dem Markt mehr Geld bezahlt wird, als an Produktionsmitteln in die Ware eingegangen ist. Der grundlegende Klassenantagonismus kann insofern als Herrschaftsverhältnis entschlüsselt werden, da die Arbeitskraft zum Verkauf ihrer Ware und damit zur Mehrwertproduktion gezwungen wird (vgl. Brentel 1989, 270f). Logisch betrachtet, abstrahiert der Prozess der Wertproduktion allerdings nicht nur von dahinter liegenden Klassenverhältnissen, sondern auch von notwendiger Care-Arbeit. Daher konzeptualisiere ich Abjektion von unbezahlter und schlecht bezahlter Care-Arbeit als Voraussetzung des Werts und der Mehrwertproduktion. Der Brennstoff des Kapitalprozesses beruht daher zusätzlich auf der Abjektion und der Zurückweisung der Care-Arbeit und dessen, was als abhängig, unkontrollierbar und verletzbar und gleichzeitig als „weiblich“ codiert wird (vgl. Scholz 2004, 6; Kristeva 1982). Abjektion von Care und Care-Arbeit ist die Voraussetzung, damit die Arbeitskraft Mehrwert erzeugen kann, und dies ist nur möglich, da der/die LohnarbeiterIn in einer dreifachen Weise frei, nämlich auch frei von Care-Arbeit ist.⁷ (vgl. Brensell/Habermann 2001). Das heißt also, dass die Abjektion von menschlicher Fürsorge und „Weiblichkeit“ Bedingung der Entstehung und Reproduktion des Kapitalismus ist und mit der Entstehung des Kapitalismus „versachlicht“ (Beer 1987, 163)⁸ und verstetigt wird.

Wird so eine permanente Abjektion von Care und Care-Arbeit von der Wertproduktion angenommen, dann existiert auch – und dies erscheint mir zentral – eine entscheidend anders konzeptionalisierbare Grundstruktur der Gesellschaft. Denn als Konsequenz dieser Verschiebung kann als Brennstoff der ökonomisch-patriarchalen Form nicht lediglich ein klassenbasierter Antagonismus angenommen werden, sondern vielmehr ein Klassenantagonismus *und* ein Antagonismus zwischen abjekten Anderen und Nicht-Abjekten.

Die Abjektion der Care-Tätigkeiten ist logisch eine Voraussetzung der Mehrwertproduktion, wie ich oben zeigen konnte. Allerdings ist die Zuweisung dieser Arbeiten an Frauen keine logische Konsequenz, sondern eine historische. Die Allianz zwischen patriarchalen und kapitalistischen Strukturen kann als „historische Fundsache“ (Lipietz) bezeichnet werden, die die Abjektion von Care und Vergänglichkeit „weiblich“ besetzt.

Historisch betrachtet konstituiert sich das „autonome Subjekt“ durch die Abjektion des Unkontrollierbaren und der Verletzbarkeit, die mit „Weiblichkeit“ in Zusammenhang gebracht wird und zu der auch die Negation der Abhängigkeit (von der primären Bezugsperson oder generell von Anderen) und der Anerkennung der Anderen zählt (vgl. Benjamin 2004; Kristeva 1982). Diese innerpsychischen Strukturen sind sehr eng verflochten mit der gesellschaftlichen Abjektion von Werten wie Fürsorglichkeit und Intersubjektivität, die sich mit der zunehmenden kapitalistischen Entwicklung verschärft und in die Privatsphäre verbannt sieht. Die Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit wird verknüpft mit der Vorstellung des „Vaters der Autonomie“ und der „Mutter der Abhängigkeit“ (Benjamin 2004, 210). Metaphorisch dient die Privatsphäre dazu, das bedürftige und abhängige Selbst vor Verletzungen zu schützen, der als kindlich und bedrohlich betrachtete innere Kern der Bedürftigkeit darf niemals in der Öffentlichkeit gezeigt werden. Die als Mutter und Ehefrau konstruierte, abjekte Andere bewahrt die „autonome Männlichkeit“ davor, sich in der Öffentlichkeit als verletzlich zu präsentieren. (vgl. Benjamin 2004, 233) Das zeigt auch, dass das Verworfenen nie ganz verdrängt werden kann, sondern als bedrohlich empfunden bestehen bleibt und, zugleich Bedingung der Möglichkeit der „autonomen“ Existenz im Kapitalismus ist.

Fazit: Abjektion von Care-Arbeit als soziale Form im Kapitalismus

Der Zweck des Konzepts der Wert-Abjektion liegt darin, ein theoretisches Instrument zu entwickeln, um Care-Arbeit im Kontext der strukturellen Beziehung von Kapitalismus und Geschlechterverhältnissen analysieren zu können. Es erhebt den Anspruch, eine Antwort auf die einleitend entwickelte Frage nach dem Grund für die Abtrennung und permanente Abwertung von Care und der Care-Arbeit zu liefern. Abjektion von Care-Arbeit verstehe ich als eine permanente Voraussetzung der Wertform. Wert-Abjektion ist eine umkämpfte Form und in sich selbst ambivalent. *Inhaltlich* umfasst diese Wert-Abjektion sowohl den Klassenantagonismus als auch den Antagonismus zwischen abjekten Anderen und Nicht-Abjekten, während sie als *Form* dazu geeignet scheint, diese Widersprüche und Antagonismen prozessierbar und auch lebbar zu machen. Wert-Abjektion ist eine soziale Form des patriarchalen Kapitalismus. Diese Form spielt eine wichtige Rolle für Prozesse der Institutionalisierung und Organisation von Care und Care-Arbeit, ohne diese zu determinieren. Bekannterweise zeichnet sich die strukturell-gesellschaftliche Organisation von Care und Care-Arbeit in Fordismus und Postfordismus durch große Unterschiede aus. Nichtsdestoweniger konnte auch eine Gemeinsamkeit von Care und Care-

Arbeit in verschiedenen historischen Epochen herausgearbeitet werden, die auf einer grundsätzlichen Ebene in der Abjektion dieser Arbeiten liegt. Vor diesem Hintergrund wurde gezeigt, dass es eine Frage von Kräfteverhältnissen und sozialen Kämpfen ist, ob unbezahlte (Ehe)Frauen, Migrantinnen oder beide diese abjekte Arbeit tätigen. Die Degradierung und Abjektion von Care-Arbeit und von Care insgesamt aber ist, wie theoretisch hergeleitet werden konnte, eine notwendige, aber umkämpfte Struktur und daher eine soziale Form des patriarchalen Kapitalismus. Zu sprengen ist diese Form letztlich nur durch gemeinsame Kämpfe von Klassen und abjekten Anderen.

Anmerkungen

- 1 Ich danke Mirjam Dierkes, Tina Jung, John Kannankulam, Helga Krüger-Kirn, Gundula Ludwig und Stefan Schoppengerd, sowie den Herausgeberinnen der vorliegenden Ausgabe der *Femina Politica* für wichtige Diskussionen, Anregungen und Kritik im Zusammenhang des Artikels.
- 2 Ich verwende die Begriffe kapitalistisches Patriarchat und patriarchaler Kapitalismus synonym ohne auf die Debatte um die Unterschiede einzugehen. Zum Patriarchatsbegriff generell vgl. Kurz-Scherf 2009.
- 3 Wie ich zeigen werde, verfolgt zwar auch Scholz den Anspruch, Abspaltung psychoanalytisch zu verstehen, theoretisiert dieses Konzept allerdings kaum.
- 4 Mit dem Hinweis auf diese Übereinstimmung soll allerdings nicht verschwiegen werden, dass auch grundsätzliche Unterschiede z.B. in Bezug auf den Arbeitsbegriff bestehen (vgl. Scholz 2011; Haug 2002; Hauf 2006), auf die ich allerdings hier nicht näher eingehen kann.
- 5 Eine etwas positivere Haltung nimmt sie teilweise gegenüber Frigga Haug und noch deutlicher gegenüber Tove Soiland ein (vgl. Scholz 2011).
- 6 Die Wertformanalyse ist eine spezifische Lesart des Marx'schen Werks, der so genannten Neuen Marx-Lektüre. Mit der fundamentalen Wertkritik teilt sie die Annahme, dass die Form- und Fetischanalyse von Marx den bedeutendsten Teil seines Werkes darstellt. Im Unterschied zur Wertkritik sind für sie Klassen der Brennstoff der Wertform. Vertreter dieser Strömung sind unter anderem: Helmut Brentel, Hans Georg Backhaus, Joachim Hirsch (vgl. Elbe 2010). Neuere Arbeiten liegen etwa von Sonja Buckel und John Kannankulam vor. Eine feministische Erweiterung der politischen Form findet sich bei Evi Genett.
- 7 In Anlehnung an Marx muss die Arbeitskraft nicht nur erstens frei sein von Produktionsmitteln, sondern zweitens auch frei, um ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Sie muss auch drittens frei sein von Reproduktionstätigkeiten (vgl. Brensell/Haberman 2001). Erneut gilt, wie sich dies konkret ausgestaltet, also wer diese „Freiheit“ ermöglicht (illegalisierte Migrantinnen oder wie im Fordismus häufig (Ehe)Frauen), ist eine Frage der konkreten Analyse der Kräfteverhältnisse.
- 8 Beer konstatiert allerdings, dass diese Versachlichung anderer Art sein dürfte als jene, die Marx im Sinn hatte (vgl. Beer 1987, 163).

Literatur

Backhaus, Hans-Georg, 2011: *Dialektik der Wertform. Untersuchungen zur Marxschen Ökonomiekritik*. Freiburg.

Beer, Ursula, 1987: Objektivität und Parteilichkeit – ein Widerspruch in feministischer Forschung? Zur Erkenntnisproblematik von Gesellschaftsstruktur. In: Dies. (Hg.): *Klasse Geschlecht. Feministische Gesellschaftsanalyse und Wissenschaftskritik*, Bielefeld, 142-187.

Beer, Ursula, 1990: *Geschlecht, Struktur, Geschichte. Soziale Konstituierung des Geschlechterverhältnisses*. Frankfurt/M., New York.

Bennholdt-Thomsen, Veronika, 1981: Subsistenzproduktion und erweiterte Reproduktion. Ein Beitrag zur Produktionsweisediskussion. In: *Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie* 14. Frankfurt/M.

- Benjamin, Jessica**, 2002: Der Schatten der Anderen. Intersubjektivität, Gender, Psychoanalyse. Frankfurt/M., Basel.
- Benjamin, Jessica**, 2004: Die Fesseln der Liebe. Psychoanalyse, Feminismus und das Problem der Macht. Frankfurt/M., Basel.
- Bock, Gisela/Duden, Barbara**, 1976: Arbeit aus Liebe - Liebe als Arbeit. Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus, in: Frauen und Wissenschaft. Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen. Berlin, 118-199.
- Bönold, Fritjof**, 2008: Zur immanenten Kritik am Wert-Abspaltungstheorem. In: Streifzüge 43. 2. Teil.
- Brensell, Ariane/Habermann, Friedericke**, 2001: Geschlechterverhältnisse. Eine zentrale Dimension neoliberaler Hegemonie. Berlin.
- Brentel, Hartmut**, 1989: Soziale Form und ökonomisches Objekt. Studien zum Gegenstands- und Methodenverständnis der Kritik der Politischen Ökonomie. Opladen.
- Buchwald, Dagmar**, 2002: Invisible Colonies. Das Parasitäre als Strategie postmodernen Ästhetik und Politik. In: Hahn, Markus/Klöpping, Susanne/Kube Ventura, Holger (Hg.): Theorie – Politik. Göttingen, 43-57.
- Butler, Judith**, 1995: Körper von Gewicht. Die diskursiven Grenzen des Geschlechts. Berlin.
- Chorus, Silke**, 2011: Care-Seiten in der politischen Ökonomie. In: Das Argument: Eine feministische Kritik der politischen Ökonomie?, 292, H.3, 392-402.
- Creed, Barbara**, 1993: Horror And The Monstrous Feminine: An Imaginary Abjection. Internet: scholar.google.de/scholar_url?hl=de&q=http://www.blue-sunshine.com/tL_files/images/Week2-Creed-MonstrousFeminine.pdf&sa=X&scisig=AAGBfm0WnC9fCjkTuQ17XL9SrZ_8WC2TSg&oi=scholar&ei=FyxvUjOFK-ii4gSfo4DYBQ&ved=0CCAQgAMoADAA (5.10.12).
- Elbe, Ingo**, 2010: Marx im Westen: die neue Mark-Lektüre in der Bundesrepublik seit 1965. Berlin.
- Engel, Antke**, 2002: Wider der Eindeutigkeit. Sexualität und Geschlecht im Fokus queerer Politik der Repräsentation, Frankfurt/M., New York.
- Grosz, Elisabeth**, 1990: The Body of Signification. In: Fletcher, John/Benjamin, Andrew (ed.): Abjection, Melancholia and Love. The work of Julia Kristeva. New York.
- Hagemann-White, Carol**, 1984: Sozialisation: Weiblich – männlich? Opladen.
- Hauf, Felix**, 2006: Regulation und Geschlecht. Zur feministischen Erweiterung der Regulationstheorie bei Kohlmorgen, Diplomarbeit. Frankfurt/M.
- Haug, Frigga**, 2002: Wert-Abspaltung statt Arbeitsreligion. Zu Roswitha Scholz. In: Das Argument 244, 91-97.
- Haug, Frigga**, 1996: Knabenspiele und Menschheitsarbeit. Geschlechterverhältnisse als Produktionsverhältnisse. In: dies.: Frauen-Politiken. Berlin, 125-154.
- Heinrich, Michael**, 1999: Untergang des Kapitalismus? Die ‚Krisis‘ und die Krise. Überarbeitetes Referat, Internet: www.oekonomiekritik.de/601Untergang des Kapitalismus.htm (11.2.2013)
- Hirsch, Joachim**, 1994: Politische Form, politische Institutionen und Staat. In: Esser, Josef/Görg, Christoph/Ders.: Politik, Institutionen und Staat, Hamburg, 157-213.
- Kannankulam, John**, 2008: Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus. Zur Staatstheorie von Nicos Poulantzas, Hamburg.
- Kohlmorgen, Lars**, 2004: Regulation, Klasse, Geschlecht. Die Konstituierung der Sozialstruktur im Fordismus und Postfordismus, Münster.
- Kristeva, Julia**, 1982: Powers of Horror. An Essay on Abjection. New York, Chichester, West Sussex.
- Kurz-Scherf, Ingrid**, 2009: Weiblichkeitswahn und Männlichkeitskomplex – zur Geschichte und Aktualität feministischer Patriarchatskritik. In: dies./Lepperhoff, Julia/Scheele, Alexandra: Feminismus: Kritik und Intervention. Münster, 24-48.

- Kurz**, Robert, 1992: Geschlechtsfetischismus. Anmerkungen zur Logik von Weiblichkeit und Männlichkeit, Internet: www.exit-online.org/textanz1.php?tabelle=schwerpunkte&index=3&posnr=35&backtext1=text1.php (11.2.2013)
- Kutzbach**, Konstanze/**Mueller**, Monika (ed.), 2007: *The Abject of Desire. The Aestheticization of the Unaesthetic in Contemporary Literature and Culture*, Amsterdam, New York.
- Laqueur**, Thomas, 1996: *Auf den Leib geschrieben. Die Inszenierung der Geschlechter von der Antike bis Freud*. München.
- Madörin**, Mascha, 2010: Care Ökonomie – Eine Herausforderung für die Wirtschaftswissenschaften. In: Bauhardt, Christine/ Cağlar, Gülay (Hg.): *Gender and Economics. Feministische Kritik der politischen Ökonomie*. Wiesbaden, 81-104.
- Marx**, Karl/**Engels**, Friedrich Werke (MEW 23): *Das Kapital*. Band I. Berlin.
- Palmer**, Paulina, 2007: *Queer Transformations: Renegotiating the Abject in Contemporary Anglo-American Lesbian Fiction*. In: Kutzbach, Konstanze/Mueller, Monika (Hg.): *The Abject of Desire. The Aestheticization of the Unaesthetic in Contemporary Literature and Culture*, Amsterdam, New York, 49-69.
- Razavi**, Shahara, 2007: *The Political and Social Economy of Care in a Development Context. Conceptual Issues, Research Questions and Policy Options*. Gender and Development. Programme Paper Number 3. Geneva: UNRISD.
- Schäffgen**, Karin, 2000: *Die Verdopplung der Ungleichheit. Sozialstruktur und Geschlechterverhältnisse in der Bundesrepublik und in der DDR*. Berlin.
- Scholz**, Roswitha, 2010: Ohne mein Alltags sag ich nichts. Postmodern(-männliche) Identität zwischen Differenzierungswahn und vulgärmarxistischer Theorie-Versicherung. Eine Replik auf Kritiken der Wert-Abspaltungstheorie. Internet: www.exit-online.org/textanz1.php?tabelle=autoren&index=23&posnr=472&backtext1=text1.php (11.2.2013).
- Scholz**, Roswitha, 2004: *Die Theorie der geschlechtlichen Abspaltung und die Kritische Theorie Adornos*, Vortrag Sao Paulo. Internet: www.exit-online.org/textanz1.php?tabelle=autoren&index=14&posnr=189&backtext1=text1.php (11.2.2013).
- Scholz**, Roswitha, 2011: *Das Geschlecht des Kapitalismus. Feministische Theorien und die postmoderne Metamorphose des Kapitals*, Bad Honnef.
- Suchsland**, Inge 1992: *Julia Kristeva. Zur Einführung*. Hamburg.
- Winker**, Gabriele 2011: *Soziale Reproduktion in der Krise – Care Revolution als Perspektive*. In: *Das Argument: Care. Eine feministische Kritik der politischen Ökonomie?* 233-345.

Subjektivierung als Krisenbearbeitung. Feministische und neogramscianische Perspektiven auf die gegenwärtige europäische Krisenpolitik

KATHARINA HAJEK, BENJAMIN OPRATKO

Zahlreiche kritische Krisenanalysen betonen den umfassenden Charakter der gegenwärtigen „multiplen Krise“ und verweisen auf die vielfältigen Dimensionen ihres Verlaufs.¹ Aus feministischer Perspektive ist hier besonders relevant, in welchem Zusammenhang die Krise – und ihre gegenwärtige Bearbeitung in Form austeritätspolitischer Strategien – mit den bereits länger diskutierten Krisen der Care- und Reproduktionsarbeit steht. In unserem Beitrag gehen wir deshalb der Frage nach, welche Rolle vergeschlechtlichte Subjektivierungsweisen in aktuellen Krisenpolitiken spielen und wie solche als Stabilisierungsreserve für die zunehmend autoritär durchgesetzte Austeritätspolitik an der EU-Peripherie wirken. Dafür stellen wir zunächst zentrale Einsichten feministischer und neogramscianischer Krisenanalysen vor und verknüpfen diese. In einem zweiten Teil argumentieren wir anhand der von der „Troika“ in Griechenland durchgesetzte Krisenpolitik, dass die damit einhergehende Neuverteilung von Zuständigkeiten und Verantwortungen für gesellschaftlich notwendige Care- und Reproduktionstätigkeiten als Verlagerung der Krisenbearbeitung in die vergeschlechtlichten Subjekte – als „Subjektivierung als Krisenbearbeitung“ – verstanden werden kann.

Feministische und neogramscianische Krisenanalysen

Feministische Analysen zur gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise fokussieren vor allem auf vier Punkte.

Erstens wird nach den vergeschlechtlichten *Ursachen* der Krise gefragt und auf die Inwertsetzung von – weiblich kodierten – personenbezogenen Dienstleistungen, die prekäre Erwerbsintegration von Frauen sowie die vergeschlechtlichten (und rassistierten) Vergabepaxen von Subprime-Krediten als funktionales Äquivalent für wohlfahrtsstaatliche Leistungen verwiesen (vgl. Reiner 2009, 7; Sauer 2010, 41; Young 2011). Zweitens werden direkte *Auswirkungen* der Finanzkrise auf die Lebens- und Arbeitsrealitäten von Männern und Frauen analysiert (vgl. Çağlar 2010, 96f; Michalitsch 2010, 107; Wichterich 2010, 174; Young/Schubert 2010, VI). Drittens werden die politischen *Krisenbearbeitungsstrategien* auf ihre androzentrischen Schlagseiten untersucht. Obwohl es sich dabei um ein breites Feld von Maßnahmen auf unterschiedlichen – lokalen bis internationalen – Ebenen und mit unterschiedlichsten Stoßrichtungen handelt, wird dabei fast durchgängig ein „Versorgungskonservatismus“ (Wichterich 2010) oder „geschlechterpolitischer Konservatismus“ (Scheele 2011, 18) diagnostiziert (vgl. Reiner/Schambach 2010; Sauer 2010, 42). Viertens werden Remaskulinisierungstendenzen in den Institutionen der europä-

ischen financial governance aufgezeigt. Dabei setzen die jüngsten Transformationen bereits auf eine vergeschlechtlichte und maskulinistische „Architektur“ (Walby 2009) auf, da die Institutionen nicht nur „bemannt“ sind, sondern auch strukturell androzentrischen Wissensformen und -praxen folgen, die in der Krisenbearbeitung besonders häufig aufgerufen werden (vgl. Klatzer/Schlager 2012, 33).

Schließlich kann sich feministische Kritik nicht darauf beschränken, systemstabilisierende Maßnahmen oder die Herstellung des status quo ante zu fordern, sondern ist aufgrund der Tatsache, dass sowohl Ursachen als auch Auswirkungen und politische Bearbeitungen der Krise systematisch vergeschlechtlicht sind, stets notwendig – zumindest implizit – systemtransformierend (vgl. Michalitsch 2009, 49; Stiegler 2009, 27).

Neogramscianische Perspektiven² können ebenso wie feministische zu dem weiten Feld „heterodoxer“ Ansätze in der Internationalen Politischen Ökonomie (IPÖ) gezählt werden (vgl. Bieling 2007, 50ff.). Aktuelle hegemonietheoretisch³ orientierte Krisenanalysen gehen dabei v.a. den Fragen nach, ob die gegenwärtige Krise als organische Krise des neoliberalen historischen Blocks⁴ zu verstehen ist und inwiefern sich die Formen der Stabilisierung, der Konsens- und der Kompromissbildung in der Krisenbearbeitung verändern. Dabei wird häufig auf eine These des neogramscianischen Forschers Stephen Gill zurückgegriffen, der bereits Anfang der 1990er Jahre die Entstehung eines neoliberalen „neuen Konstitutionalismus“ feststellte. Dieser „kann als politisches Projekt definiert werden, das darauf abzielt, den transnationalen Liberalismus (...) zum einzigen Modell für zukünftige Entwicklung zu machen“ (Gill 2008, 139). Indem neoliberale Politiken institutionalisiert und auf nationaler wie internationaler Ebene in rechtliche und quasi-rechtlichen Formen gegossen werden, entsteht eine Art globale Verfassung des Neoliberalismus. Sie zielt darauf ab, neoliberale Transformationen – z.B. Privatisierungen, Handelsliberalisierungen, die Flexibilisierung und Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen, Abbau wohlfahrtsstaatlicher Einrichtungen, Einführung marktwirtschaftlicher Effizienzkriterien im öffentlichen Dienst etc. – auf Dauer zu stellen, indem sie, so sie einmal durchgesetzt sind, demokratischen Willens- und Entscheidungsfindungsprozessen so weit wie möglich entzogen werden (vgl. Gill 1992, 165). Diese Tendenz, so die neogramscianische Diagnose, habe sich in der gegenwärtigen Krise noch verschärft. Hans-Jürgen Bieling etwa spricht von einem „Krisenkonstitutionalismus“, der sich insbesondere auf Ebene der Europapolitik ausbilde. Die harte Konditionalisierung der Kredite der Europäischen Stabilisierungsfazilität EFSF, das „Europäische Semester“ (das der Kommission die Überprüfung und Bewertung nationaler Staatshaushalte ermöglicht), die Verschärfungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts („Six Pack“) sowie der „Euro-Plus-Pakt“ (eine freiwillige Selbstverpflichtung zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit) sind Teil dieser Dynamik. Da die Handlungsspielräume für demokratische Entscheidungsforen durch diese Maßnahmen extrem eingengt und die Macht der Exekutiven sowie der europäischen Bürokratie ausgeweitet werden, gleicht nach Bieling der gegenwärtige europäische Krisenkonstituti-

onalismus „einem supranationalen ‚Coup d’Etat‘, also einem Staatsstreich in mehreren Akten“ (Bieling 2011, 67; vgl. Oberndorfer 2012a, 2012b; Short 2012).

Gemein ist neogramscianisch orientierten Analysen, dass sie entdemokratisierende und autoritäre Dynamiken in der gegenwärtigen Krisenbearbeitung konstatieren, die als Fortführung und Vertiefung von „neu-konstitutionalistischen“ Tendenzen verstanden werden, die schon für die Etablierung des neoliberalen historischen Blocks kennzeichnend waren (vgl. Overbeek/van Apeldoorn 2012; Rucki 2011).

Ein „intensiver Dialog zwischen den kritischen Ansätzen der feministischen und der neogramscianischen IPÖ“ ist trotz des theoretischen und normativen Naheverhältnisses der beiden Ansätze „bislang ausgeblieben“ (Hajek/Kinzel 2011, 126). Eine konzeptionelle Verschränkung von feministischen und (neo-)gramscianischen Ansätzen in der IPÖ müsste unseres Erachtens vor allem Folgendes in den Blick nehmen.

Erstens muss das neogramscianisch-integrale Verständnis von Politik und Ökonomie aufgegriffen und weiterentwickelt werden. Im Großteil der neogramscianischen Literatur wird zwar die Dichotomie von Markt und Staat überwunden, dabei jedoch „ein Begriff des Ökonomischen vorausgesetzt, der Reproduktionsarbeit nicht als ökonomische Kernfunktion deutet“ (ebd., 135). Dagegen plädiert die hier vertretene Perspektive für ein *integrales Verständnis von Staat, Produktion und Reproduktion*, das die Formen, in denen gesellschaftlich notwendige Reproduktionsarbeiten in einem konkreten historischen Block verrichtet werden, als konstitutiven Bestandteil annimmt. Dieses Argument wurde u.a. von Isabella Bakker ausgeführt, die drei wesentliche Dimensionen von sozialer Reproduktion definiert: „biological reproduction of the species, and the conditions and social constructions of motherhood“, „the reproduction of the labor force“ und „the reproduction of provisioning and caring needs“ (Bakker 2007, 541). Jede integrale Analyse eines historischen Blocks muss untersuchen, auf welche Weisen diese Dimensionen der Reproduktion organisiert werden und wie sich die je spezifischen „shifts in the governance of social reproduction“ (Bakker/Gill 2003, 33) zum dominanten Geschlechterregime (s.u.) verhält (vgl. Gill/Bakker 2006; Bakker 2007).

Wird diese Perspektivverschiebung ernst genommen, muss zweitens auch die Bestimmung der Kategorie des historischen Blocks modifiziert und danach gefragt werden, ob und wie auf Dauer gestellte Krisenbearbeitungen zu einem relativ stabilen, kohärenten Projekt kompromissvermittelter und konsensbasierter Führung entwickelt werden. Aus feministischer Perspektive ist entscheidend, inwiefern die Vergeschlechtlichung von Arbeit – einschließlich der Aufteilung von bezahlter und unbezahlter Reproduktionsarbeit – zu einer solchen temporären Stabilisierung beiträgt. Ein historischer Block, d.h. eine relativ stabile hegemoniale Struktur, muss demnach konstitutiv von einem historisch konkreten *Geschlechterregime* getragen werden (vgl. Hajek/Opratko 2009, 24f.; Connell 1990). Im Rahmen des historischen Blocks des Fordismus etwa, so Frigga Haug,

werden Geschlechterverhältnisse sichtbar als besondere Unterwerfung von Männern unter die Erwerbsarbeit am Fließband mit mechanischer Kräfteverausgabung bei höherer Bezahlung, die mehr Konsum, das Halten einer Familie und Freizeit erlaubt, die wiederum notwendig werden für die Aufrechterhaltung des männlichen Arbeitssubjekts. Seine Verausgabung bedingt spezifische Moral und Lebensführung. (Haug 2007, 42).

Zu untersuchen wäre demnach, welche Kontinuitäten und Brüche in jenem neoliberalen Geschlechterregime, das für den postfordistischen historischen Block seit den 1980er Jahren konstitutiv war, im Zuge der gegenwärtigen Krise und deren herrschender Bearbeitung auszumachen sind.

Eine feministisch-gramscianische Krisenanalyse muss drittens darauf bestehen, dass die analytische Kategorie der Geschlechterregime nicht auf Fragen der vergeschlechtlichten Arbeitsteilung verengt werden darf. Gundula Ludwig hat in ihren Arbeiten darauf hingewiesen, dass Geschlechterverhältnisse „zentral über die Internalisierung staatlicher vergeschlechtlichter Zuschreibungen reguliert werden“ (Ludwig 2007, 200). Hegemonie ist demnach kein den Subjekten äußerliches Verhältnis, durch das die „Subalternen“ durch (scheinbare) Zugeständnisse korrumpiert und durch ideologische Verblendungen in die Irre geführt würden. Damit ein historischer Block relevante Teile der beherrschten Klassen integrieren und die herrschenden Verhältnisse stabilisieren kann, muss er Teil des „Alltagsverstands“ werden: „In den Alltagsverstand integrieren die Subjekte Normen, Werte und Moralvorstellungen, die in zivilgesellschaftlichen Institutionen (...) ausgearbeitet werden und die die Subjekte als für sie sinnvoll und richtig erachten“ (ebd., 198). Aus Gramscis Fordismusanalyse folgert Ludwig, dass die Herstellung eines historischen Blocks „staatliche Interventionen für eine bestimmte Subjektivität braucht“ (ebd., 200; vgl. ausführlich Ludwig 2011). Dies ist aus feministischer Perspektive besonders bedeutsam: Es gilt zu untersuchen, welche *vergeschlechtlichten Formen der Subjektivierung* in bestimmte Strategien der Krisenbearbeitung eingeschrieben sind.

Viertens ergibt sich aus einem an Gramsci angelehnten Krisenverständnis, dass „große“ oder „organische“ Krisen wie die gegenwärtige nicht als „Betriebsunfall“ in einem ansonsten funktionierenden System verstanden werden. Die organische Krise einer historisch konkreten Entwicklungsweise des Kapitalismus und des historischen Blocks, dessen Grundlage sie darstellt, muss aus den inhärenten Widersprüchen des historischen Blocks selbst erklärt werden. Im Fall des neoliberalen Blocks und dessen Krise seit 2008⁵ verweist dies etwa auf die langfristige Stagnation von Reallöhnen in den kapitalistischen Zentren des globalen Nordens, die durch eine massive Ausweitung der Privatverschuldung von Lohnabhängigen kompensiert wurde (vgl. Young 2011); tendenziell fallende Profitraten und die damit zusammenhängende strukturelle Überakkumulation von Kapital (vgl. Demirović/Sablowski 2011; Sablowski 2009); die quantitative Ausweitung und qualitative Bedeutungszunahme von fiktivem Kapital auf globaler Ebene („Finanzialisierung“; vgl. Lapavistas 2011); die Ausweitung prekarierteter Lohnarbeitsverhältnisse (vgl. Kaindl 2007); sowie den Umbau des keynesianischen Wohlfahrts- zum internationalisierten Wettbewerbsstaat (vgl. Hirsch 1995; Jessop 2002), in dem nicht zuletzt Bereiche

der sozialen Infrastruktur, die soziale Reproduktionstätigkeiten betreffen, in Wert gesetzt, d.h. der Profit- und Konkurrenzlogik des Marktes unterworfen wurden (vgl. Michalitsch 2004).

In der Aktualisierung und Verdichtung dieser latenten Krisentendenzen radikalisiert sich nun der „neue Konstitutionalismus“ zu einem autoritären Krisenkonstitutionalismus; an die Stelle konsensbasierter Einbindung der Regierten treten Überwachung und Zwang. Diese Einschätzung scheint uns zunächst plausibel. Zugleich entgeht diesem Zugang, dass die Durchsetzung der gegenwärtig herrschenden, neoliberalen Krisenpolitik sich nicht allein entlang der Dichotomie „Konsens“ und „Zwang“ erklären lässt. Vereinfacht gesagt: Wenn die konsensbasierten und kompromissvermittelten Formen der Stabilisierung – wie etwa die gesellschaftliche Integration durch soziale Sicherungssysteme – abgeschwächt werden – wie dies zweifellos in gegenwärtigen Formen der Krisenbearbeitung der Fall ist – folgt daraus nicht automatisch ein bloßes „mehr“ an Zwang und Autoritarismus. Ein anderer, mindestens so bedeutsamer Aspekt dieser Strategien ist, dass Krisenlasten – und letztlich ist „Krisenbearbeitung“ nichts anderes als ein Name für die gesellschaftlichen Kämpfe darum, welche sozialen Gruppen für das in der Krise vernichtete Kapital aufzukommen haben – auf spezifisch vergeschlechtlichte Weisen auf Individuen abgewälzt wird. Dies kann besonders dort beobachtet werden, wo gesellschaftlich notwendige Sorge- und Reproduktionstätigkeiten (wieder) verstärkt als unbezahlte „Hausarbeit“ verrichtet werden müssen.

Feministische Perspektiven heben dabei hervor, dass diese Form der Krisenbearbeitung geschlechtsspezifischer ideologischer Anrufungen bedarf, ein Aspekt, der quer zu den neogramscianischen Kategorien von Zwang und/oder Konsens liegt.

Der analytische Blick auf die Krise müsste also um eine Dimension erweitert werden, die wir *Subjektivierung als Krisenbearbeitung* nennen.

Unter den Begriff „Subjektivierung“ fassen wir staatliche und zivilgesellschaftliche Anrufungen und Regierungstechniken, die bestimmte Aufgaben und Zuständigkeiten als (vergeschlechtlichte) Verantwortungsbereiche kennzeichnen und bestimmten Individuen (neu) zuteilen; sowie die Prozesse der Aneignung dieser Anrufungen, die Identitätsbildung und „Subjekt-Werdung“ der derart angerufenen Individuen. Aus dieser Perspektive gilt es zu untersuchen, inwiefern in Krisenprozessen, und in deren politischen Bearbeitungsformen, diese vergeschlechtlichten Anrufungen und Zuweisungen neu arrangiert und durch die Individuen in ihren alltäglichen Praxen angeeignet werden. Mit dem Begriff der *Subjektivierung als Krisenbearbeitung* stellen wir damit eine Perspektive zur Diskussion, Krisenbearbeitung zentral über neue Formen der vergeschlechtlichten Subjektivierung zu fassen.

Im Folgenden skizzieren wir anhand der von der „Troika“ (IWF, EZB, EU-Kommission) vorgegebenen Austeritätspolitik in Griechenland, wie diese analytische Perspektive unser Verständnis der gegenwärtigen Politik der Krisenbearbeitung vertiefen kann. Dabei verbleiben wir im Rahmen dieses Beitrags auf der politisch-programmatischen Ebene. Eine umfassende, erst noch zu leistende Analyse von Sub-

jektivierung als Krisenbearbeitung müsste in einem zweiten Schritt auch die Ebene der konkreten Formen der Aneignungen, Zurückweisungen und Umdeutungen dieser Anrufungen durch die Individuen im Rahmen konkreter, empirischer Untersuchungen analysieren.

Austerität in Griechenland – Subjektivierung als Krisenbearbeitung

Die „Bearbeitung“ der Wirtschaftskrise in Griechenland durch die Institutionen der Europäischen Union und des Internationalen Währungsfonds (IWF) können als Konzentrat neoliberal-autoritärer Austeritätspolitik gelten. Wir fokussieren im Folgenden auf das „Krisenlabor Griechenland“ (Hartmann/Malamatinas 2011), da wir davon ausgehen, dass sich hier wie im Brennglas untersuchen lässt, was (in teilweise abgeschwächter Form) auch in anderen Teilen der neuen europäischen Peripherie (Spanien, Portugal, Italien, Irland) als herrschende Krisenbearbeitung durchzusetzen versucht wird.⁶

Die beiden „Rettungspakete“ der Troika (Mai 2010, Juli 2011) und die damit verbundenen Konditionalitäten der „Economic Adjustment Programmes“ (EAPs) umfassen wesentlich drei Dimensionen (vgl. Europäische Kommission 2010, 2011 und 2012). Erstens werden eine restriktive Fiskalpolitik bzw. rigorose Ausgabenkürzungen des griechischen Staates angeordnet. Die größten Posten sind dabei die Kürzung der Gehälter (die Reallöhne im öffentlichen Dienst gingen bereits im Zeitraum von 2010 bis 2011 um über 20% zurück), eine Arbeitszeitverlängerung von 37,5 auf 40 Wochenstunden sowie ein massiver Personalabbau im öffentlichen Dienst. So soll etwa bis 2015 die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst um 20% reduziert werden, was rund 150.000 Entlassungen entspricht. Zweitens werden Restrukturierungen der Verwaltung und Rückbauten des Sozialstaates angestrebt. Die Ausgabenkürzungen im Sozialbereich bis 2015 belaufen sich dabei auf 20,8% des BIPs. Davon hauptsächlich betroffen sind die Renten-, Gesundheits- und Bildungssysteme sowie Betreuungseinrichtungen; so wurden bereits bis 2011 etwa 2000 Schulen geschlossen (vgl. Europäische Kommission 2011, 42). Zusätzliche Gelder sollen durch Steuererhöhungen sowie durch Privatisierungen staatlicher Einrichtungen, Infrastruktur und Betrieben der Daseinsvorsorge im Wert von 50 Mrd. Euro eingenommen werden. Drittens soll durch eine „Arbeitsmarktreform“ die Lohnquote gesenkt und ArbeitnehmerInnenrechte eingeschränkt werden.

Aus der Perspektive kritischer IPÖ muss betont werden, dass es sich bei den EAPs der Troika nicht nur um eine Sparpolitik zur Reduzierung des Haushaltsdefizits handelt, sondern um eine forcierte Umsetzung neoliberaler Politiken und Programme, wie sie etwa bereits aus den Strukturanpassungsprogrammen des IWF für die Länder des globalen Südens bekannt ist. Die geschlechtsspezifischen Effekte dieser Politiken zeigen sich dabei besonders in den Auswirkungen des Rückbaus sozialstaatlicher Infrastruktur, wobei nicht nur der zunehmend prekäre Zugang zu wohlfahrtsstaatlichen Leistungen, sondern auch der mit den Einsparungen und Streichungen verbundene *Qualitätsverlust* dieser Dienstleistungen berücksichtigt werden muss.

Am offensichtlichsten und unmittelbarsten ist dies anhand der Umstrukturierung des griechischen Gesundheitssystems abzulesen, in der die Einsparungen beim Personal als auch bei den Medikamenten „für griechische Patienten zur körperlichen Gefahr“ (Zeit online 2012) werden. Hier sind die steigenden Kosten für Arzt- und Krankenhausbesuche noch nicht berücksichtigt. Ebenso verursacht die Schließung und Zusammenlegung von Schulen und Kindergärten massive Versorgungslücken in der Kinderbetreuung. Vor allem Familien aus der verarmenden Mittelklasse können sich die vormals breit in Anspruch genommenen privaten Schulen und Kinderbetreuungsangebote nicht mehr leisten und müssen nun wieder auf das öffentliche Betreuungs- und Bildungsangebot zurückgreifen. Dies hat zur Folge, dass das ohnehin geringer werdende Angebot seitens der öffentlichen Versorgung verknappt (vgl. Karamessini 2012, 202f). Schließlich werden etwa auch die Einsparungen im Rentensystem insofern Effekte zeitigen, als absehbar ist, dass die Anhebung der notwendigen Beitragsjahre auf 40 Jahre bzw. die drastischen Einbußen bei einem vorzeitigen Rentenantritt, ein ungeahntes Maß an Altersarmut zur Folge haben wird. Für immer mehr Menschen wird so die Absicherung im Alter in Frage gestellt bzw. werden neue Abhängigkeiten hergestellt. Der geschlechterpolitisch entscheidende Punkt ist hier, zu fragen, wer die gesellschaftlich notwendigen Reproduktionsleistungen in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Pflege in welchen Kontexten erbringt, wenn sozialstaatliche Einrichtungen in diesem Ausmaß geschleift werden. Feministische Untersuchungen vergangener Krisen und Krisenbearbeitungen weisen darauf hin, dass diese Leistungen überwiegend in den feminisierten Bereich der privaten Haushalte und damit (erneut) in den Verantwortungsbereich von Frauen verlagert werden (vgl. Wichterich 2010, 170f. für die Asienkrise Ende der 1990er Jahre). Braunmühl und Winterfeld weisen hinsichtlich der Strukturanpassungsprogramme im globalen Süden darauf hin, dass „die Entlastung der Staatshaushalte zu Lasten vor allem der Frauen (geht). In ihrer Rolle als Fürsorgeinstanz im Privatraum neu eingespannt, fangen sie nach Kräften individuell den Versorgungsbedarf auf, der dadurch als das, was er ist, nämlich eine gesamtwirtschaftliche Reproduktionsleistung, erneut unsichtbar wird.“ (Braunmühl/Winterfeld 2003, 8f.)

Aus dieser Perspektive besteht also ein wesentlicher Teil dessen, was euphemistisch als „Haushaltskonsolidierung“ bezeichnet wird, darin, gesellschaftlich notwendige (Reproduktions-)Arbeit, die zuvor (wohlfahrts-)staatlich erbracht wurde, explizit oder implizit zur Privatsache zu erklären und damit den Einzelnen zu überantworten. Dies hat aus der Perspektive dominanter sozialer Kräfte einen dreifachen Vorteil: Entweder werden Reproduktionstätigkeiten dadurch als unbezahlte Hausarbeit erbracht, was den Staatshaushalt entlastet, oder sie werden in einkommensstarken Haushalten in Form von personenbezogenen Dienstleistungen zugekauft, was sich im besten Fall als Investitionsfeld erweisen kann. Zugleich erschließt diese Strategie eine wesentliche gesellschaftliche Stabilisierungsreserve, indem Krisenlasten auf sozial schwache und kaum organisierte AkteurInnen abwälzt werden – was andere, stärkere und besser organisierte AkteurInnen relativ entlasten kann. Der Effekt die-

ser Strategie ist schließlich eine Refamiliarisierung von Reproduktionsarbeit, die in überwältigendem Ausmaß Frauen betrifft. Der springende Punkt dieser Strategie ist ihre Perfidie. Sie besteht darin, dass die überwiegend von Frauen übernommene, unbezahlte Reproduktionsarbeit vor allem hochgradig emotional und affektiv aufgeladene Sorgetätigkeiten umfasst, die nicht oder nur unter hohem psychischen und emotionalen Einsatz bestreikt oder boykottiert werden können.⁷ Die „Experten“ (sic!) der Austeritätspolitik können sich darauf verlassen, dass die Pflege von alten Personen, die Betreuung und Erziehung von Kindern, das Zubereiten von Mahlzeiten und Stopfen von Socken letztlich doch – mehrheitlich von Frauen und unbezahlt – in der politisch unsichtbar gemachten Sphäre des Privathaushalts verrichtet wird. Bevor Kinder hungrig oder in zerschlissener Kleidung in die Schule gehen oder die betagten Verwandten alleine vor sich hin vegetieren, wird Care- und Reproduktionsarbeit von den vergeschlechtlichten Subjekten aufgefangen.

Christa Wichterich (2009) sprach in diesem Zusammenhang schon früh von Frauen als „sozialen Airbags“ globaler Wirtschaftskrisen. Wir teilen Wichterichs Einschätzung, entwickeln das darin angelegte Argument aber in zweierlei Hinsicht weiter. Erstens geht es uns nicht um die direkten oder indirekten „Folgen“ einer Krise (und deren soziale Abfederung), sondern um die strategischen Dimensionen der *politischen Krisenbearbeitung*. Zweitens wollen wir aus hegemonietheoretischer Perspektive deutlich machen, dass die relative, temporäre Stabilisierung krisenhafter gesellschaftlicher Verhältnisse – der zentrale Erkenntnisgegenstand neogramscianischer Forschung – zumindest teilweise jenseits von kompromissvermittelter, konsensueller Einbindung *und* von offener Zwangsgewalt organisiert werden kann. Das politische Projekt der Krisenbearbeitung beruht somit wesentlich darauf, dass die Sorge um die nahen Anderen und das Praxis-Wissen jener, die unbezahlt Sorgearbeit verrichten, als materielle Stabilisierungsreserve „angezapft“ wird. Dabei wird besonders auf die seit langem hegemonial verankerte, patriarchale Sphärenrennung von Privatem und Öffentlichem zurückgegriffen. Die austeritätspolitisch erzwungene Refamiliarisierung von Sorge- und Reproduktionsarbeit überantwortet gesellschaftlich notwendige Tätigkeiten in die feminisierte – und damit von den Entscheidungsträgern der europäischen Bürokratie stillschweigend vorausgesetzte – Sphäre der privaten Haushalte.

Mit der Refamiliarisierung von Reproduktionsarbeiten muss jedoch nicht notwendig eine *Repatriarchalisierung* von Familienstrukturen einhergehen. Denn die Austeritätspolitiken vertiefen auch die neoliberale Erosion des fordistischen Familienlohnes und der damit verbundenen sozialen Institution des (männlichen) Familienernährers. Von einer Reinstitutionalisierung dieser Familienlöhne kann in gegenwärtigen Politiken nicht die Rede sein. Ganz im Gegenteil führt die krisenbedingt massiv gestiegene Arbeitslosigkeit von Männern in der Exportindustrie bzw. im öffentlichen Sektor dazu, dass vermehrt Frauen auch mit prekären Einkommen die ErnährerInnenrolle im Familienverbund übernehmen (müssen) bzw. ihr Einkommen zumindest stark an Bedeutung gewinnt.⁸

Zudem gilt es zu untersuchen, inwiefern mit der erneuten Verlagerung von Reproduktionsarbeiten in den Bereich des Privaten auch eine Neuverteilung von reproduktiven Zuständigkeiten und Verantwortungen in Gang gesetzt ist. Reprivatisierungspolitiken greifen – und nur deshalb funktionieren sie so gut – implizit immer auf tradierte Konzepte von Privatheit zurück und aktivieren damit verbundene Vorstellungen von weiblichen ‚Kernkompetenzen‘, vergeschlechtlichem Fürsorgewissen und entsprechende Praxen. Es geht uns aus also nicht nur darum, darauf hinzuweisen, dass Frauen nun mehr Leistungen im Privaten erbringen (müssen). Aus der Perspektive *Subjektivierung* als *Krisenbearbeitung* stellt sich darüber hinaus die Frage, *wie* diese neuen Formen weiblicher Subjektivität politisch-programmatisch angerufen werden, mit welchen neuen Zuständigkeiten und Verantwortungsbereichen sie gegenwärtig versehen werden, damit diese Reprivatisierung von reproduktiven Aufgaben ‚funktioniere‘. Wenn also eine Restrukturierung von Geschlechterverhältnissen zu beobachten ist, dann ‚macht diese nicht vor dem Subjekt halt‘, sondern muss sich notwendig in spezifischen Subjektformen materialisieren (vgl. Ludwig 2011). Wir schließen daraus, dass die politische Bearbeitung der gegenwärtigen Finanzkrise somit wesentlich über den Versuch neuer geschlechtlicher Subjektivierungsweisen von statten geht, da die Neuverteilung und Privatisierung von Reproduktionsarbeiten notwendig an einer Neuzuschreibung von Verantwortungen und reproduktiven Zuständigkeiten hängt. Welche vergeschlechtlichten Subjektivierungsformen den politischen Krisenbearbeitungspolitiken genau eingeschrieben sind, lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht seriös einschätzen. Ob und wie die in den programmatischen Dokumenten der Troika und der griechischen Regierung angelegten Anrufungen von den Subjekten der Krise aufgenommen werden, wird Gegenstand der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen der kommenden Monate und Jahre sein. Die politischen Konsequenzen dieses Argumentes aber liegen auf der Hand: Ob sich die herrschenden Krisenbearbeitungsstrategien und -programmatiken durchsetzen, hängt zentral an der Frage, ob diese neuen vergeschlechtlichten Zuschreibungen, Verantwortungen und Anrufungen angenommen oder zurückgewiesen werden. Widerstandspotenzial liegt damit auch in einer Politisierung und Zurückweisung dieser ‚Subjektivierung als Krisenbearbeitung‘ und damit dieser ‚Krisen-Subjektivitäten‘.

Anmerkungen

- 1 Wir danken Alex Demirović, Birgit Sauer, Ove Sutter und Magdalena Freudenschuß für wichtige Anmerkungen.
- 2 „Neogramscianische“ Perspektiven greifen hegemonietheoretische Überlegungen des marxistischen Theoretikers Antonio Gramsci (1891-1937) auf und versuchen, diese für das Feld der Internationalen Politischen Ökonomie (IPÖ) und, seit den 1990er Jahren, insbesondere für kritische Analysen von Globalisierungsprozessen fruchtbar zu machen. Im Anschluss v.a. an die Arbeiten von Robert W. Cox (2011[1981], 1983, 1987) entstand so ein produktives Forschungsprogramm, das zumindest in Teilen des akademischen Felds der IPÖ eine gewisse Relevanz erringen konnte (vgl. Opratko/Prausmüller 2011 für einen Überblick).
- 3 „Hegemonie“ bezeichnet nach Gramsci (1991ff.) eine „moderne“ Form der Stabilisierung sozialer Verhältnisse, die nicht in erster Linie auf Zwang und offener Gewaltausübung beruhen, sondern die zivilge-

sellschaftliche Herstellung von breit getragendem Konsens, getragen durch materielle Zugeständnisse an untergeordnete soziale Gruppen, anstrebt Für eine ausführliche Darstellung von an Gramsci anschließenden Hegemonietheorien vgl. Opratko (2012).

- 4 Als „historischen Block“ bezeichnete Gramsci Phasen kapitalistischer Entwicklung, in denen politische, ökonomische und kulturelle Praxisformen ein relativ kohärentes Ensemble – eine Hegemonie – bilden, in dem die einzelnen Elemente einander tendenziell wechselseitig stabilisieren. Ein schon von Gramsci selbst beschriebenes Beispiel wäre die Phase des Fordismus, die später von neogramscianischen AutorInnen eingehend untersucht wurde (vgl. u.a. Cox 1987; Rupert 1995). Die postfordistisch-globalisierte Entwicklungsweise seit den 1970er Jahren wird aus neogramscianischer Perspektive häufig als neoliberaler „transnationaler historischer Block“ analysiert (vgl. Gill 2008, Kap. 3).
- 5 Die hier aufgezählten Aspekte werden als grobe Tendenzen begriffen, die sich zudem weitgehend auf den globalen Norden beziehen. In der konkreten Analyse muss selbstverständlich nach regionalen und nationalen Entwicklungspfaden, spezifischen Widersprüchen und „Spielarten des Neoliberalismus“ gefragt werden (vgl. Schmidt 2008).
- 6 Zu den Ursachen und den Verlauf der Krise in Griechenland aus der Perspektive kritischer IPÖ vgl. u.a. Fouskas/Dimoulas 2012; Roth 2011; Vlachou 2012.
- 7 Vgl. für die Diskussion um „Sorgestreiks“ Precarias a la deriva (2011)
- 8 Christa Wichterich (2011) spricht in diesem Zusammenhang von „neoliberaler Gleichstellung“.

Literatur

Bakker, Isabella, 2007: Social Reproduction and the Constitution of a Gendered Political Economy. In: *New Political Economy* 12(4), 541-556.

Bakker, Isabella/**Gill**, Stephen, 2003: Ontology, Method, and Hypotheses. In: dies. (Hg.): *Power, Production and Social Reproduction. Human In/Security in the Global Political Economy*. Houndmills, 17-41.

Bieling, Hans-Jürgen, 2011: EU-Verfassungspolitik und Wirtschaftsregierung. Krisenkonstitutionalismus gegen Volkssouveränität und Demokratie. In: *Widerspruch* 31 (61), 61-70.

Bieling, Hans-Jürgen, 2007: *Internationale Politische Ökonomie*. Eine Einführung, Wiesbaden.

Braunmühl, Claudia v./**Winterfeld**, Uta v., 2003: *Global Governance*. Eine begriffliche Erkundung im Spannungsfeld von Nachhaltigkeit, Globalisierung und Demokratie. Wuppertal.

Çağlar, Gülay, 2010: Global – national – lokal: Transmissionsmechanismen der Krise und ihre geschlechtsspezifische Dimension im globalen Süden. In: *Femina Politica* 19 (1), 96-103.

Connell, R. W., 1990: The State, Gender, and Sexual Politics. Theory and Appraisal. In: *Theory and Society* 19 (5), 507-544.

Cox, Robert W., 1983: Gramsci, Hegemony and International Relations: An Essay in Method. In: *Millennium. Journal of International Studies*. 12(2): 162-75.

Cox, Robert W., 1987: *Production, Power and World Order. Social Forces in the Making of History*. New York.

Cox, Robert W., 2011/1981: Soziale Kräfte, Staaten und Weltordnungen. Jenseits einer Theorie internationaler Beziehungen. In: Opratko, Benjamin/Prausmüller, Oliver (Hg.): *Gramsci global. Neogramscianische Perspektiven in der Internationalen Politischen Ökonomie*, Hamburg, 38-83.

Demirović, Alex/**Sablowski**, Thomas, 2011: Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa. In: *Prokla* 42 (1), 77-106.

European Commission, 2010: *The Economic Adjustment Programme for Greece*. European Economy. Occasional Papers No. 61, Brussels: European Commission Directorate-General for Economic and Financial Affairs Publications.

European Commission, 2011: *The Economic Adjustment Programme for Greece – Forth Review – Spring 2011*. European Economy. Occasional Papers No. 82, Brussels: European Commission Directorate-General for Economic and Financial Affairs Publications.

- European Commission**, 2012: The Second Economic Adjustment Programme for Greece – March 2012. European Economy. Occasional Papers No. 92, Brussels: European Commission Directorate-General for Economic and Financial Affairs Publications.
- Fouskas**, Vassilis K./**Dimoulas**, Constantine, 2012: The Greek Workshop of Debt and the Failure of the European Project. In: *Journal of Balkan and Near Eastern Studies* 14 (1), 1-31.
- Gill**, Stephen, 1992: The Emerging World Order and European Change: The Political Economy of the European Union. In: *Socialist Register*, 157-196.
- Gill**, Stephen, 2008: *Power and Resistance in the New World Order*. 2nd Edition, fully revised and updated. Houndmills.
- Gill**, Stephen/**Bakker**, Isabella, 2006: New Constitutionalism and the Social Reproduction of Caring Institutions. In: *Theoretical Medicine and Bioethics* 27 (1), 35-57.
- Gramsci**, Antonio, 1991ff.: *Gefängnishefte*. Kritische Gesamtausgabe, Bd. 1-10, Hamburg.
- Hajek**, Katharina/**Kinzel**, Katherina, 2011: Hegemonie, Geschlecht und Weltordnung. Feministische und neogramscianische Ansätze in der IPÖ. In: Opratko, Benjamin/Prausmüller, Oliver (Hg.): *Gramsci global*. Neogramscianische Perspektiven in der Internationalen Politischen Ökonomie, Hamburg, 125-144.
- Hajek**, Katharina/**Opratko**, Benjamin, 2009: Welche Wirtschaft, wessen Krise? In: *Perspektiven* 9, 22-31.
- Hartmann**, Detlef/**Malamatinas**, John, 2011: *Krisenlabor Griechenland*. Finanzmärkte, Kämpfe und die Neuordnung Europas. Berlin.
- Haug**, Frigga, 2007: Mit Gramsci die Geschlechterverhältnisse begreifen. In: Merckens, Andreas/Diaz, Victor Rego (Hg.): *Mit Gramsci arbeiten*. Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis. Hamburg, 33-53.
- Hirsch**, Joachim, 1995: *Der nationale Wettbewerbsstaat*. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus, Berlin.
- Jessop**, Bob, 2002: *The Future of the Capitalist State*. Oxford.
- Kaindl**, Christina, 2007: Neoliberalismus: hochtechnologische Produktionsweise und prekarierte Lebensweise. In: Klautke, Roland/Oehrlein, Brigitte (Hg.): *Prekarität - Neoliberalismus - Deregulierung*. Hamburg, 18-28.
- Karemessini**, Maria, 2012: Strukturkrise, Schocktherapie und Gender in Griechenland. In: Kurz-Scherf, Ingrid/Scheele, Alexandra (Hg.): *Macht oder ökonomisches Gesetz? Zum Zusammenhang von Krise und Geschlecht*. Münster, 187-205.
- Klatzer**, Elisabeth/**Schlager**, Christa, 2012: Genderdimensionen in der neuen EU Economic Governance. Maskuline Steuerungsmechanismen und feminisierte Kosten- und Risikoabwälzung. In: *Kurswechsel* (1), 23-35.
- Lapavistas**, Costas, 2011: Theorizing Financialization. In: *Work, Employment and Society*, 25 (4), 611-626.
- Ludwig**, Gundula, 2007: Gramscis Hegemonietheorie und die staatliche Produktion von vergeschlechtlichten Subjekten. In: *Das Argument*. 49 (2) 270, 196-205.
- Ludwig**, Gundula, 2011: *Geschlecht regieren*. Staat, Subjekt und heteronormative Hegemonie, Frankfurt/M.
- Michalitsch**, Gabriele, 2004: Private Liebe statt öffentliche Leistung. Geschlechterimplikationen von Privatisierung. In: *Kurswechsel* (3), 75-84.
- Michalitsch**, Gabriele, 2009: Umsteuern: Mit feministischer Politik der Finanz- und Wirtschaftskrise begegnen. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): *Antworten aus der feministischen Ökonomie auf die globale Wirtschafts- und Finanzkrise*. Bonn, 49-55.
- Michalitsch**, Gabriele, 2010: Krise und Kritik: Über-Arbeiten oder Über-Leben. In: *Femina Politica* 19 (1), 104-111.

- Oberndorfer**, Lukas, 2012a: Hegemoniekrise in Europa – Auf dem Weg zu einem autoritären Wettbewerbsetatismus? In: Forschungsgruppe ‚Staatsprojekt‘ Europa (Hg.): Die EU in der Krise. Münster, 49-71.
- Oberndorfer**, Lukas, 2012b: Vom neuen zum autoritären Konstitutionalismus. Soziale Bewegungen, Recht und Demokratie in der europäischen Krise. In: Kurswechsel (2), 62-67.
- Opratko**, Benjamin, 2012: Hegemonie. Politische Theorie nach Antonio Gramsci, Münster.
- Opratko**, Benjamin/**Prausmüller**, Oliver (Hg.), 2011: Gramsci global. Neogramscianische Perspektiven in der Internationalen Politischen Ökonomie, Hamburg.
- Overbeek**, Henk/**van Apeldoorn**, Bastiaan (Hg.), 2012: Neoliberalism in Crisis, Houndmills.
- Precarias a la deriva**, 2011: „Was ist dein Streik?“ Militante Streifzüge durch die Kreisläufe der Prekarität. Wien u.a.
- Reiner**, Sabine, 2009: Wem nutzen die Konjunkturpakete? Auswirkungen der Krise und der politischen Reaktionen auf Frauen und Männer. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Antworten aus der feministischen Ökonomie auf die globale Wirtschafts- und Finanzkrise. Bonn, 5-14.
- Reiner**, Sabine/**Schambach**, Gabriele (2010): Business as usual. Restauration wirtschaftlicher und geschlechtlicher Strukturen in der Finanz- und Wirtschaftskrise. In: Femina Politica 19 (1), 86-95.
- Roth**, Karl Heinz, 2012: Griechenland und die Euro-Krise. In: Sozial.Geschichte Online 6, 156-176.
- Rucki**, Sheila M., 2011: Global Economic Crisis and China's Challenge to Global Hegemony: A Neo-Gramscian Approach. In: New Political Science 33(3), 335-355.
- Rupert**, Mark, 1995: Producing Hegemony. The Politics of Mass Production and American Global Power, Cambridge.
- Sablowski**, Thomas, 2009: Die Ursachen der neuen Weltwirtschaftskrise. In: Kritische Justiz 42(2), 116-131.
- Sauer**, Birgit, 2010: Das Geschlecht der Finanz- und Wirtschaftskrise. Eine Intervention in aktuelle Krisendeutungen. In: Kurswechsel. (1), 38-46.
- Scheele**, Alexandra, 2011: Die Stunde der Technokraten. Geschlechterdemokratische Defizite der gegenwärtigen Krisenpolitik. In: Widerspruch. 31 (61), 13-20.
- Schmidt**, Ingo (Hg.), 2008: Spielarten des Neoliberalismus. USA, Brasilien, Frankreich, Deutschland, Italien, Indien, China, Südkorea, Japan. Hamburg.
- Short**, Nicola, 2012: Leadership, Neoliberal Governance and Global Economic Crisis: a Gramscian Analysis. In: Gill, Stephen (Hg.): Global Crises and the Crisis of Global Leadership. Cambridge, 38-55.
- Stiegler**, Barbara, 2009: Zur Care-Arbeit in Deutschland. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Antworten aus der feministischen Ökonomie auf die globale Wirtschafts- und Finanzkrise. Bonn, 27-31.
- Vlachou**, Andriana, 2012: The Greek Economy in Turmoil. In: Rethinking Marxism. 24 (2), 171-200.
- Walby**, Sylvia, 2009: Gender and the Financial Crisis. Paper for UNESCO Project on „Gender and the Financial Crisis“. Internet: www.lancs.ac.uk/fass/doc_library/sociology/Gender_and_financial_crisis_Sylvia_Walby.pdf (10.02.2013).
- Wichterich**, Christa, 2011: Krise der Ernährermännlichkeit und neoliberale Gleichstellung durch die Krise. In: Demirovic, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hg.): Vielfachkrise im finanzmarktdominierten Kapitalismus. Hamburg, 129-145.
- Wichterich**, Christa, 2010: Geschlechteranalysen und -diskurse in der Krise. In: Peripherie. 30 (118/119), 164-187.
- Wichterich**, Christa, 2009: Frauen als soziale Air Bags. Ein feministischer Blick auf die globalen Krisen. In: lunapark21. 2 (6), 22-25.

Young, Brigitte, 2011: Der privatisierte Keynesianismus, die Finanzialisierung des ‚alltäglichen Lebens‘ und die Schuldenfalle. In: Kessler, Oliver (Hg.): Die Internationale Politische Ökonomie der Weltfinanzkrise. Wiesbaden, 15-36.

Young, Brigitte/Schubert, Helene, 2010: The Global Financial Meltdown And The Impact Of Financial Governance On Gender. Garnet Policy Brief, Paris.

Zeit online, 2012: Griechenland kann Patienten nicht mehr versorgen. Internet: www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2012-06/griechenland-gesundheitssystem-finanzkrise (10.02.2013).

Regulationstheorie, Cultural Political Economy und feministische Gesellschaftstheorie

FELIX HAUF

Während die Regulationstheorie in den sozialwissenschaftlichen Debatten über die Krise des Fordismus in den 1970er Jahren noch ein maßgebliches Paradigma politisch-ökonomischer Theoriebildung war, spielt sie in den aktuellen Analysen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise kaum eine Rolle. Das gesellschaftliche Interesse an Marx und seiner Kritik der politischen Ökonomie, nimmt man die Verkaufszahlen von „Das Kapital“ als Indikator, nimmt in Krisenzeiten zwar zu, an der akademischen Marginalisierung von neo-marxistischen Ansätzen wie der Regulationstheorie ändert sich aber nicht viel. Obwohl die regulationstheoretischen Konzepte einen wertvollen Beitrag zu den Krisenanalysen leisten könnten, haftet ihnen noch der Geruch des Ökonomismus und Klassenreduktionismus der marxistischen Orthodoxie an, die sie gerade überwinden helfen sollten. Aus feministischer Sicht kommt die Kritik an Geschlechterblindheit und Androzentrismus hinzu, die die Regulationstheorie als wenig geeignete Bezugsgröße für eine feministische Gesellschaftstheorie erscheinen lässt. Auf beide Ebenen der Kritik wurde mittlerweile geantwortet: Lars Kohlmorgen (2004) hat in seiner Dissertation die Regulationstheorie durch eine geschlechtertheoretische Erweiterung ihres Kategoriengerüsts feministisch rekonstruiert, und Bob Jessop (2004; 2009) und Ngai-Ling Sum (2006) entwickeln aus der Kombination von regulations-, staats- und diskurstheoretischen Elementen ein neues, im Entstehen begriffenes Paradigma, Cultural Political Economy, welches das enttäuschte Versprechen der Regulationstheorie auf eine erneuerte Gesellschaftstheorie, die den Ökonomismus des orthodoxen Marxismus überwindet, ohne die Grundeinsichten einer an Marx geschulten Ökonomiekritik aufzugeben, auf bessere Weise einzulösen verspricht.

In diesem Beitrag geht es um die Frage, inwiefern die Regulationstheorie und Cultural Political Economy als ihre neueste Weiterentwicklung als geeignete Theorieperspektiven für feministische Analysen auf dem Feld der politischen Ökonomie gesehen werden können. Meine These ist dabei zum einen, dass die feministische

Erweiterung der Regulationstheorie bei Kohlmorgen (2004) begrenzt bleibt, weil sie letztlich nur den ökonomischen Aspekt der geschlechtlichen Arbeitsteilung berücksichtigen kann und die soziale Relevanz von Geschlechternormen, -diskursen und Bedeutungssystemen allgemein nicht adäquat integriert. Zum anderen öffnet Cultural Political Economy (vgl. Jessop 2004; 2009; 2011; Sum 2006) zwar die Regulationstheorie für diskurstheoretische und poststrukturalistische Ansätze und richtet die Aufmerksamkeit auf die konstitutive Rolle, die die kulturelle Produktion von Bedeutungssystemen und diskursiven Ordnungen im Kontext der politischen Ökonomie spielt, allerdings ohne dabei die Geschlechterperspektive systematisch zu berücksichtigen. Die zentrale These dieses Beitrags lautet, dass die weitere Entwicklung der Cultural Political Economy hin zu einer fruchtbareren Integration von neo-marxistischen und poststrukturalistischen Theorien gleichzeitig eine produktivere Verbindung von feministischer Gesellschaftstheorie und politischer Ökonomie ermöglicht. Ich werde in drei Schritten mein Argument für eine feministische Cultural Political Economy entfalten. Zunächst fasse ich meine Auseinandersetzung mit der Regulationstheorie und ihren feministischen Kritiken und Erweiterungen zusammen (vgl. Hauf 2006; Kohlmorgen 2004). Anschließend diskutiere ich das entstehende Paradigma der Cultural Political Economy als ihren Nachfolger aus feministischer Sicht. Einige Bemerkungen zu ihrer Ontologie und Epistemologie bilden den Schluss des Beitrags.

Regulationstheorie und Feminismus

Marx hatte die kapitalistische Produktionsweise zunächst nur abstrakt in ihrem „idealen Durchschnitt“ (Marx 1972, 839) dargestellt und als inhärent widersprüchlich und krisenhaft bestimmt. Die Regulationstheorie bietet intermediäre Konzepte zur Analyse ihrer erstaunlichen Bestandsfähigkeit und krisenhaften Entwicklungsdynamik in ihren historisch-konkreten Formen. Als neo-marxistische Theorie muss sie im Kontext ihrer Entstehungsbedingungen gelesen und verstanden werden, d.h. einerseits als Antwort auf die Krise des Marxismus, als Versuch der Erneuerung marxistischer Theoriebildung gegen Ökonomismus und Determinismus der Orthodoxie, und andererseits als Kritik und Weiterentwicklung des strukturalen Marxismus von Althusser, gewissermaßen als „Post-Strukturalismus“ ganz eigener Prägung. Ein wichtiger Einsatz der frühen Regulationisten war daher die Wiederentdeckung von Begriffen wie Widerspruch und Krise, die bei Althusser merkwürdig abwesend waren (vgl. Lipietz 1992, 11). Als „rebellischen Söhnen“ (Lipietz 1998, 12) Althusser ging es den französischen Begründern der Regulationstheorie also einerseits um die Überwindung seines Strukturalismus durch die Rückbesinnung auf die Marx'sche Dialektik und andererseits um die Entwicklung von Konzepten und Begriffen, die eine marxistische Analyse historisch-konkreter Gesellschaftsformationen ermöglichen. Letzteres schlug sich in den intermediären Konzepten „Akkumulationsregime“ und „Regulationsweise“ nieder, die einerseits bezeichnen, wie durch einen bestimmten, historisch-spezifischen Modus der kapitalistischen Produktion der Ak-

kumulationsprozess phasenweise stabilisiert wird, und andererseits, wie Widersprüche in historisch-konkreten Formen bearbeitet, Kompromisse institutionalisiert und somit die Akkumulation des Kapitals reguliert und reproduziert wird. Die Analysen des „Fordismus“ als einer kapitalistischen Entwicklungsweise, die über einen gewissen Zeitraum, der auch als das „goldene Zeitalter des Kapitalismus“ (Lipietz 1998) bezeichnet wird, Kapitalrentabilität und Wohlstandssteigerung für breite Bevölkerungsschichten vereinbar machte, sind auch über die Grenzen der Regulationstheorie hinaus bekannt geworden. Die Analyse der Krise des Fordismus, die den Übergang zur neoliberalen Entwicklungsphase des Kapitalismus markierte, stellte den ursprünglichen Fokus der Regulationstheorie dar. Dass die Regulationstheorie in den gegenwärtigen Krisenanalysen nur eine untergeordnete Rolle spielt, zeigt vielleicht, dass sie selbst in eine theoriepolitische Krise geraten ist. Zur Reflexion der Ursachen dieser Krise hilft ein Blick auf die von verschiedener, auch feministischer Seite formulierte Kritik an der Regulationstheorie.

Die Regulationstheorie muss sich an ihrem Anspruch messen lassen, einen Beitrag zur Erneuerung materialistischer Gesellschaftskritik zu leisten, der Ökonomismus, Determinismus und Strukturalismus überwinden will. Im Sinne des berühmten Marx-Zitats aus dem 18. Brumaire (vgl. Marx 1960, 115) gehen die RegulationistInnen davon aus, dass die Menschen ihre eigene Geschichte machen und jene Verhältnisse eingehen und reproduzieren, die Herrschaft und Ausbeutung für sie bedeuten. Die zentrale Frage der Regulationstheorie ist, warum die Menschen diese Verhältnisse durch ihr Alltagshandeln hindurch reproduzieren, trotz ihrer Widersprüchlichkeit und Krisenhaftigkeit und entgegen aller Wahrscheinlichkeit. Denn aufgrund der widersprüchlichen Krisendynamik des Kapitalismus wird eine stabile Reproduktion des Kapitalverhältnisses als unwahrscheinlich angenommen. In ihren Analysen neigen die meisten regulationistischen Arbeiten – obwohl sie die Dialektik von Struktur und Handlung betonen – allerdings dazu, das Handeln der Subjekte aus den strukturellen Erfordernissen zu erklären, anstatt Prozesse der Strukturierung durch das Handeln zu fokussieren. Es überrascht deshalb nicht, dass an der Regulationstheorie häufig kritisiert wird, dass sie von einem Objektivitätsüberhang geprägt ist und ein subjekttheoretisches Defizit aufweist (vgl. Sablowski 1994, 155; Scherrer 1995, 462). Hinzu kommt die Kritik an ihrer deutlichen Ökonomiezentriertheit, die von der Frankfurter Variante einer mit Gramsci und Poulantzas hegemonie- und staatstheoretisch erweiterten Regulationstheorie (vgl. etwa Hirsch 2005) nur unvollständig in Frage gestellt wurde.

Die für meinen Beitrag zentrale Kritik wurde jedoch aus feministischer Perspektive formuliert und bezieht sich auf die Geschlechterblindheit und den Androzentrismus der Regulationstheorie. Leider bildete die Regulationstheorie in dieser Hinsicht keine Ausnahme gegenüber den Malestream-Theorien. Zu einer kritischen Gesellschaftstheorie aber, wie sie die Regulationstheorie sein möchte, sollte selbstverständlich auch eine Kritik der Geschlechterverhältnisse und der in ihnen eingelassenen Formen von Macht, Herrschaft und Ausbeutung gehören. Diese Perspektive

wurde von der Regulationstheorie zwar oft erwähnt, jedoch lange Zeit nicht systematisch einbezogen (vgl. Ruddick 1992; Dackweiler 1995; Jenson 1997). Kohlmorgen (2004) hat vor einigen Jahren den ersten systematischen Versuch unternommen, die Regulationstheorie um die Analyse der Geschlechterverhältnisse zu erweitern. An anderer Stelle (vgl. Hauf 2006) habe ich mich mit diesem Erweiterungsversuch auseinander gesetzt und bin zu einem ambivalenten Ergebnis gelangt: Auf der einen Seite hat Kohlmorgen mit seiner geschlechtertheoretischen Erweiterung die Regulationstheorie für feministische Fragestellungen geöffnet, wie z.B. die nach der geschlechtlichen Arbeitsteilung, dem Zusammenhang von Klasse und Geschlecht und der Relevanz moderner Geschlechterverhältnisse für die gesamtgesellschaftliche Reproduktion und Regulation kapitalistischer Verhältnisse. Zentrales Element seiner theoretischen Innovation ist die Einführung der „Haushalts- und Familienform“ als zusätzliche institutionelle Form, in der sich die herrschende Norm geschlechtlicher Arbeitsteilung im Privathaushalt und das hegemoniale Familienmodell ausdrücken (vgl. Kohlmorgen 2004, 59). Über die Einbeziehung feministischer Theorien (z.B. die Theoreme der doppelten Vergesellschaftung von Regina Becker-Schmidt (1987) oder der Wert-Abspaltung von Roswitha Scholz (2000)) kritisiert Kohlmorgen den Klassenreduktionismus der Regulationstheorie und führt die Geschlechterordnung als Dimension sozialer Ordnung ein. Es ist ein lohnendes Projekt, einer neo-marxistischen, politisch-ökonomisch ausgerichteten Gesellschaftstheorie ein Verständnis von Geschlecht zu vermitteln, das Geschlechterfragen nicht nur als Lippenbekenntnis theoretisch einbezieht, sondern deren grundlegende Bedeutung auch versucht kategorial zu begründen.

Auf der anderen Seite thematisiert Kohlmorgen patriarchale Geschlechterverhältnisse und -ungleichheiten primär aus einer gesellschaftstheoretischen Makroperspektive und lässt subjekttheoretische Implikationen und kulturell-symbolische Dimensionen weitestgehend außen vor. Dies zeigt sich zum Beispiel bei der Art und Weise, wie er das Theorem der doppelten Vergesellschaftung von Becker-Schmidt rezipiert und integriert (vgl. Kohlmorgen 2004, 42). Es gelingt ihm zwar, die ökonomische Relevanz der widersprüchlichen Trennung von Produktion und Reproduktion regulationstheoretisch aufzunehmen, es verschwinden jedoch die kulturell-symbolischen und subjekttheoretischen Dimensionen der doppelten Vergesellschaftung, die bei Becker-Schmidt von zentraler Bedeutung sind. Im Vordergrund steht bei Kohlmorgen die funktionalistisch verkürzte Frage, wie patriarchale Geschlechterverhältnisse zur Stabilität der kapitalistischen Produktionsweise beitragen. Letztlich bleibt seine geschlechtertheoretische Arbeit auf den Aspekt der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und ihren Wandel konzentriert und reproduziert damit die Ökonomiezentriertheit der Regulationstheorie auf neue, gewissermaßen geschlechtersensibilisierte Weise.

Diese Probleme und Defizite sollen hier zum Anlass genommen werden, den Übergang von der Regulationstheorie zur Cultural Political Economy aus feministischer Perspektive zu reflektieren. Die Frage, ob das entstehende Paradigma der Cultu-

ral Political Economy als Nachfolger der Regulationstheorie besser in der Lage ist, feministische Perspektiven und Konzepte zu integrieren ohne sie auf ihre ökonomischen Aspekte zu reduzieren, und dabei sowohl historisch-materialistische als auch poststrukturalistisch-diskurstheoretische Geschlechterforschung zu berücksichtigen, ist Gegenstand der folgenden Abschnitte.

Kulturelle Politische Ökonomie

Die Variante der Cultural Political Economy (CPE), auf die ich mich beziehe (vgl. Jessop 2004; 2009; Sum 2006; zu anderen Varianten vgl. Best/Paterson 2010), versteht sich als Versuch, den Cultural Turn im Rahmen einer materialistischen und kritischen Theorie der Gesellschaft zu vollziehen. Entgegen anderer Versuche in einer ähnlichen Richtung, etwa dem Post-Marxismus von Laclau und Mouffe (1991), wird dabei eine Vermittlung von diskursiven und nicht-diskursiven Dimensionen der politischen Ökonomie angestrebt, anstatt die materiellen Verhältnisse vollständig in Diskurse und Sprachspiele aufzulösen. Dieser viel versprechende Versuch öffnet Möglichkeitsräume für eine fruchtbarere Verbindung von politischer Ökonomie und Diskurstheorie und damit auch, so meine These, für eine Integration feministischer Theorien, die die oben erwähnten Probleme vermeidet. Um diese Möglichkeit zu nutzen, so mein Argument weiter, muss CPE sich von Beginn an auf die Geschlechterperspektive einlassen und von feministischen Theorien lernen, die schon viel früher damit begonnen haben, die dialektischen Verhältnisse zwischen objektiver, subjektiver und diskursiver Ebene zu reflektieren und dafür neo-marxistische und poststrukturalistische Theorien zu verknüpfen. Ein Beispiel dafür sind die Arbeiten von Regina Becker-Schmidt und Gudrun-Axeli Knapp, die in der Tradition der Kritischen Theorie stehen, zu deren feministischer Weiterentwicklung aber auch auf Foucault und andere Diskurstheorien zurück greifen.

Auch wenn die Regulationstheorie immer schon die Bedeutung von kulturellen Normen und Wertesystemen für die Herausbildung relativ stabiler Akkumulationsregime und Regulationsweisen heraus gestellt hat, bietet erst der Übergang zur CPE ein Begriffsinstrumentarium, das der diskursiven Herstellung solcher Normen und Werte einen systematischen Ort zuweist. Die Regulationstheorie kann thematisieren, wie die Alltagspraxen der Individuen durch hegemoniale Normen und institutionelle Formen hindurch einer Routine unterworfen und mit den Erfordernissen der Kapitalakkumulation vereinbar gemacht werden. Mit der CPE ist es möglich, einen Schritt vorher anzusetzen und zu untersuchen, wie solche Normen diskursiv entstehen, welche Diskurse hegemonial werden und wie sich bestimmte Normen und Werte mit den Interessen und Handlungen relevanter sozialer AkteurInnen artikulieren und durch einen evolutionären Prozess der Variation, Selektion und Erhaltung in Institutionen verdichten. Die Dialektik von Struktur und Handlung wird nicht, wie bei Laclau/Mouffe, aufgegeben (vgl. Wullweber 2009, 5), vielmehr verschiebt sich der Fokus von der Normierung der Handlungen durch Strukturen und Institutionen zur Strukturierung der Normen und Institutionen durch die Handlungen. Der

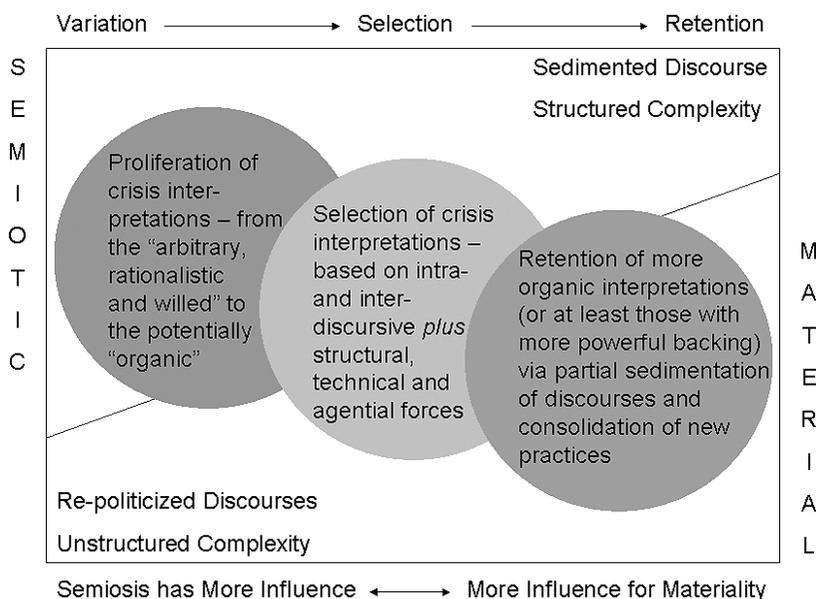
Anspruch der Regulationstheorie, genau die vermittelnde Bewegung zwischen den sozialen Strukturen und den subjektiven Praxen in den Blick zu nehmen, kann auf diese Weise von der CPE besser eingelöst werden.

Bob Jessop und Ngai-Ling Sum schlagen den Begriff der Semiose vor, um alle Formen von gesellschaftlicher Bedeutungsproduktion zu erfassen (vgl. Jessop 2009, 20; Fairclough 2009, 162f.). Der Diskursbegriff, der in anderen Kontexten auch im abstrakten Sinne der gesellschaftlichen Produktion von Bedeutungssystemen und symbolischen Ordnungen verwendet wird, bezieht sich in der CPE meistens auf die konkretere Ebene bestimmter Diskurse oder diskursiver Formationen (z.B. verschiedene Diskurse zur gegenwärtigen Krise). Die diskursive bzw. semiotische Dimension wird im CPE-Paradigma also systematisch berücksichtigt und in ihren Wechselwirkungen mit nicht-diskursiven Dimensionen analysiert. Ökonomische Kategorien werden als inhärent semiotisch und (zumindest teilweise) diskursiv konstruiert aufgefasst, dabei wird ihre strukturelle und materielle Dimension aber nicht vernachlässigt. CPE zielt also sowohl auf das *interpretative Verstehen* von Diskursen als auch auf *kausale Erklärungen* von realen Zusammenhängen (vgl. Fairclough/Jessop/Sayer 2004, 24) und sieht diese oft als sich wechselseitig ausschließend aufgefassten Wissenschaftsperspektiven im Gegenteil als notwendig komplementär.

Begriffe und Konzepte der Regulationstheorie werden von der CPE aufgenommen und kritisch weiterentwickelt. Regulation etwa wird dann als Prozess verstanden, der auch diskursiv operiert und durch den Regulationsprozess die Objekte der Regulation mit herstellt (vgl. Jessop 2004, 163). Der von Joachim Becker (2009) vorgeschlagene Begriff des „Regulationsdispositivs“, der im Gegensatz zum Begriff der Regulationsweise auch für Situationen der Instabilität und Krise passt, wurde bislang nicht für die CPE aufgenommen, könnte aber ein wichtiger Baustein für die Weiterentwicklung des Paradigmas sein. Die regulationstheoretische Grundfrage nach der Reproduktion und Transformation kapitalistischer Verhältnisse wird in der CPE-Perspektive diskurstheoretisch und evolutionsökonomisch erweitert. Zentrale Begriffe dieser Erweiterung sind Economic Imaginary sowie Variation, Selektion und Retention (Erhaltung). Es wird nicht mehr nur nach den institutionellen Formen gefragt, in denen die sozialen Praxen verstetigt und routinisiert werden, sondern auch nach den symbolisch-kulturellen Formen, den Diskursen und Imaginationen, die in solche Institutionalisierungsprozesse eingehen. Fordismus und soziale Marktwirtschaft etwa beinhalteten neben institutionellen Arrangements und materiellen Kompromissen auch diskursive Ordnungen, die für die Stabilität der Formation gleichermaßen wichtig waren. Economic Imaginaries sind zunächst diskursive Elemente, die sich materialisieren und zu institutionellen Formen verdichten können, aber nicht müssen. Jessop definiert das Konzept wie folgt: „An economic imaginary is a semiotic order, i.e., a specific configuration of genres, discourses and styles and, as such, constitutes the semiotic moment of a network of social practices in a given social field, institutional order, or wider social formation.“ (Jessop/Oosterlynck 2008, 1157-1158). Er plausibilisiert seinen CPE-Ansatz mit dem Beispiel un-

terschiedlicher Krisendiskurse und -interpretationen (Jessop 2011). Die Krise habe zunächst das diskursive Feld für verschiedene Interpretationen geöffnet (z.B. als Krise *des* Neoliberalismus), allerdings würden im weiteren Verlauf auf Grundlage von strukturellen, strategischen und diskursiven Selektivitäten nur bestimmte Interpretationen ausgewählt (z.B. als Schuldenkrise von fiskalisch undisziplinierten Staaten). Erhalten im Sinne der Sedimentierung von Diskursen und Konsolidierung von Praxen blieben schließlich nur die von mächtigen AkteurInnen getragenen Interpretationen, die sich dann von diskursiven Konstrukten in materielle Realitäten übersetzen können (z.B. Krisenlösung durch Austeritätspolitik).

Abbildung: Variation, Selektion und Retention (aus Jessop 2011, 9)



Welche der zunächst relativ frei zirkulierenden Imaginationen (Variation) sich durchsetzen, welche von relevanten AkteurInnen ausgewählt (Selektion) und erhalten (Retention) werden, welche diskursiv verstärkt und letztlich materiell verdichtet und institutionalisiert werden, hängt in regulationstheoretischer Tradition zum Großteil von gesellschaftlichen Interessenkonstellationen und Kräfteverhältnissen ab. Bei Sum gibt es neben Variation, Selektion, Retention und Institutionalisierung auch noch die Momente der Verkörperung und des Widerstands. Economic Imaginaries materialisieren sich hier nicht nur in Institutionen, sondern auch in den Körpern der Subjekte, deren gesellschaftliche Praxis reguliert wird. Außerdem sind hegemoniale Diskurse immer partiell und instabil, weshalb immer auch ein Moment

des Widerstands und Raum für Gegenhegemonie vorhanden ist, die sich in erster Linie aus den Lücken zwischen Diskurs und Praxis ergeben (vgl. Sum 2006, 20). Klassisches Beispiel wäre der Menschenrechtsdiskurs, der vor dem Hintergrund der kapitalistischen Ungleichheitsordnung zwar leicht als Ideologie entlarvt, aber auch für gegenhegemoniale Mobilisierungen und widerständige Strategien genutzt werden kann. Gesellschaftliche Konflikte werden also nicht nur mithilfe materieller Ressourcen ausgetragen, sondern finden ganz grundlegend auch auf der diskursiv-symbolischen Ebene als „Kampf um Ideen“ (Jessop 2009, 22) statt. Daher beinhaltet die Analyse ökonomischer Strukturen aus CPE-Perspektive immer auch die Untersuchung von ethisch-politischen Verhältnissen auf niedrigeren Abstraktionsebenen und der Wechselwirkungen zwischen beiden. CPE zielt also auch darauf ab, politisch-ökonomische Forschung weiter in Richtung der Ebene des Konkreten und Komplexen zu treiben. Kapitalistische Verhältnisse kommen dann nicht mehr bloß abstrakt in ihrem idealen Durchschnitt, sondern konkret in der Form in Betracht, in der sie von den Subjekten in ihrem Alltag gelebt und erfahren werden. Diese Ebene des Alltags ist zentral für die methodologische Perspektive der CPE und zugleich verdeutlicht sie die theoretischen und methodischen Schwierigkeiten, die sich damit ergeben. Denn fraglich bleibt zunächst, ob es der CPE tatsächlich gelingt, das Alltagshandeln der Subjekte – inklusive ihrer alltäglichen Bedeutungsproduktionen – adäquat in den Blick zu nehmen, ob sie also das subjekttheoretische Defizit der Regulationstheorie überwindet oder reproduziert.

Feministische Subjekt- und Gesellschaftstheorie

Die Verknüpfung von historisch-materialistischen und konstruktivistisch-diskurstheoretischen Ansätzen ist in der feministischen Wissenschaft kein Novum. CPE als Ansatz zu einer solchen Verknüpfung auf dem Feld der politischen Ökonomie könnte daher von unterschiedlichen feministischen Theorien lernen, gerade was die subjekttheoretische Fundierung ihres gesellschaftstheoretischen Rahmens betrifft. Ein Beispiel von vielen, das ich hier im Folgenden diskutieren will, ist der theoretische Ansatz von Regina Becker-Schmidt (vgl. etwa 1987, 1991) und Gudrun-Axeli Knapp (vgl. z.B. 1996, 2010).

Becker-Schmidt und Knapp stehen in der Tradition der frühen Kritischen Theorie, an die sie kritisch angeschlossen und die sie maßgeblich feministisch weiterentwickelt haben. Zentrales Element ihres theoretischen Ansatzes ist die wechselseitige Bezogenheit, die dialektische Einheit von kritischer Subjekt- und Gesellschaftstheorie, die ihr Vorbild an der Verknüpfung von Marx'scher Gesellschaftstheorie und Psychoanalyse in der Kritischen Theorie hat. Nichtsdestoweniger hat feministische Theorie für Becker-Schmidt in ihrer Aneignung der Kritischen Theorie in dem Maße über sie hinauszugehen, wie diese sich selbst als androzentrisch entpuppt. Obwohl sie vor allem auf der ontologischen und epistemologischen Ebene große Übereinstimmungen zwischen Kritischer und feministischer Theorie sieht, kritisiert sie auf der inhaltlichen Ebene androzentrische Ausblendungen und Verzerrungen. Adorno

und Horkheimer analysierten Geschlecht nicht als soziales Verhältnis und nicht als Strukturkategorie, sondern nur in Bezug auf Sozialcharaktere. Dafür sieht sie drei Gründe: den Klassenreduktionismus der Kritischen Theorie, die Blindheit gegenüber der strukturierenden Wirkung von Geschlechterverhältnissen in allen sozialen Bereichen (Familie, Erwerb, Kultur, Staat, etc.) und die Unfähigkeit, die Widersprüchlichkeit und Komplexität im weiblichen Lebenszusammenhang zu erkennen (vgl. Becker-Schmidt 1991, 74f.), die Becker-Schmidt im Begriff der doppelten und widersprüchlichen Vergesellschaftung von Frauen konzeptualisiert.

Für eine feministische Weiterentwicklung der CPE ist dieses Theorem in zweierlei Hinsicht relevant. Erstens beinhaltet es von Anfang an eine gesellschafts- und subjekttheoretische Perspektive, die die wechselseitige Vermittlung von objektiv-gesellschaftlicher, subjektiv-individueller und symbolisch-diskursiver Ebene ins Zentrum der Analyse stellt. Was mit gesellschaftlicher Macht getrennt wird – Warenproduktion und soziale Reproduktion – muss von den Einzelnen im lebensweltlichen Alltag wieder verknüpft werden. Das stellt die doppelt vergesellschafteten Frauen nicht nur vor große *individuelle* Zerreißproben, was die Organisation der Arbeit und des Lebens angeht, sondern arbeitet *gesellschaftlich* auch einer symbolischen Ordnung zu, in der das weibliche Geschlecht durch die Zuweisung der minder bewerteten Reproduktionsarbeiten generell abgewertet wird. Zweitens scheuen sich Becker-Schmidt und Knapp nicht, diverse Theorien aus unterschiedlichen Wissenschaftstraditionen zu kombinieren, auch wenn der Verbindung der Kritischen Theorie von Adorno und Horkheimer (inklusive der Marx-Bezüge) mit der Diskurstheorie von Foucault zunächst ontologische und epistemologische Steine im Weg zu liegen scheinen. Mit Begriffen von Marx und Adorno (Wertform, Kapital, Verdinglichung, Warenfetisch) versuchen sie die grundlegende Subjekt-Objekt-Dialektik in bürgerlichen Gesellschaften zu fassen, also die Wechselwirkungen zwischen Makro- und Mikroebene, während Foucault und seine Begriffe (Diskurs, Dispositiv, Macht-Wissen-Komplex, Gouvernementalität) besser für die vermittelnde Mesoebene geeignet seien. Auf dieser intermediären Ebene lassen letztere sich gut mit den Konzepten der Regulationstheorie verknüpfen, wie es in der CPE versucht wird. Becker-Schmidt und Knapp stehen exemplarisch für feministische Gesellschaftstheorien, die ausgehend von politisch-ökonomischen Argumentationen über Arbeit – Erweiterung des Arbeitsbegriffs, um auch privatisierte Reproduktionsarbeit als gesellschaftlich notwendig einzuschließen – auch zu einem spezifischen Verständnis der konstitutiven Bedeutung von „Fragen der symbolischen Ordnung und kultureller Prozesse“ gelangt sind, „die in dem Ideologiebegriff der an Marx anknüpfenden Ansätze nicht aufgehen“ (Knapp 2010, 235). Diese Perspektive könnte auch für eine feministisch reartikulierte CPE fruchtbar gemacht werden.

Für eine feministische Cultural Political Economy

Im Folgenden sollen abschließend einige Probleme angeführt werden, die bei der weiteren Ausarbeitung einer feministischen CPE bedacht werden sollten.

(1) Wenn CPE sich mit der Stabilität und dem Wandel der kapitalistischen Produktionsweise beschäftigt, darf sie um ihrer Erklärungskraft gegenüber diesem Gegenstand willen Geschlecht als Strukturkategorie und die symbolische Ordnung der Geschlechter nicht außen vorlassen. Der Übergang zwischen den unterschiedlichen Phasen kapitalistischer Entwicklung (Fordismus, Neoliberalismus, usw.) war immer auch von sich wandelnden Geschlechterverhältnissen geprägt und kann ohne deren Reflexion nicht adäquat analysiert werden.

(2) Wenn CPE auf die Ausweitung politisch-ökonomischer Forschung auf die Ebene des Konkreten, Komplexen und Alltäglichen zielt, muss sie hierfür eine bessere subjekttheoretische Fundierung entwickeln. Dabei ist die Vermittlung von Subjekt- und Gesellschaftstheorie, die ich oben anhand von Becker-Schmidt und Knapp angedeutet habe, von zentraler Bedeutung. Sobald Subjekte und Subjektivitäten in den wissenschaftlichen Blick geraten, stellt sich die Frage nach Geschlecht und Vergeschlechtlichung wiederum automatisch.

(3) Wenn CPE die Wechselwirkungen von semiotischen und nicht-semiotischen Dimensionen der politischen Ökonomie untersuchen will, entsteht durch die Auslassung feministischer Perspektiven nicht nur ein blinder Fleck hinsichtlich der Geschlechterverhältnisse i.e.S., sondern sie produziert Verzerrungen und Eintrübungen des gesamten Blickfeldes. Economic Imaginaries sind wie alle diskursiven Formationen von vergeschlechtlichten (und ethnisierten) Bedeutungen affiziert. Am Beispiel des Homo Oeconomicus etwa wurde diese Tatsache von feministischen Studien ausführlich belegt (vgl. z.B. Habermann 2008).

(4) Wenn CPE die Sedimentierung von Diskursen zum Gegenstand hat und auf ihre Denaturalisierung zum Zwecke der Herrschaftskritik zielt (vgl. Jessop 2011), ist durch die Ausblendung vergeschlechtlichender Diskurse und (sekundär-) patriarchaler Herrschaft ihr Kernbestand berührt. Gleichzeitig wäre eine Integration der Geschlechterdimensionen durch die Öffnung für diskurstheoretische Ansätze im Vergleich zur Regulationstheorie besser möglich.

Dieser notwendigen Integration von Geschlecht in die CPE stehen jedoch in einigen Fällen ontologische und epistemologische Gründe entgegen. Da CPE wie die Regulationstheorie philosophisch dem kritischen Realismus verpflichtet bleibt, erfordert sie eine multidimensionale Perspektive, die sowohl den Praxen und Diskursen in der Alltagswelt als auch den dahinter liegenden Strukturen und Mechanismen Rechnung trägt. Der kritische Realismus bezieht eine dritte Position zwischen einem naiven Realismus oder Empirismus und einem radikalen Konstruktivismus, der die materialistischen Ansätze kritischer Gesellschaftstheorie weitgehend verdrängt hat. Er tut dies, indem er das Insistieren auf der Existenz einer vom menschlichen Bewusstsein zunächst unabhängigen, materiellen Realität mit der Erkenntnis verbindet, dass jede Bedeutung, die diese Realität für die Menschen annimmt, diskursiv konstruiert und historisch kontingent ist. Die soziale Wirklichkeit besteht demnach sowohl aus diskursiven Konstruierungen (construal), die Bedeutung produzieren, als auch aus materiellen Konstruktionen (construction), die durch das Handeln der

Subjekte produziert werden (vgl. Jessop 2011). Radikal-konstruktivistische Ansätze differenzieren zwischen diesen beiden Momenten der Konstruktion sozialer Wirklichkeit nicht, sondern setzen sie systematisch in eins. Terry Eagleton (2000, 245) hat darauf hingewiesen, dass die „Übertreibung“ des radikalen Konstruktivismus mit dem „Vergessen des Referenten“ in der Zeichentheorie de Saussures zusammen hängt, der das vorher gängige Modell eines „semiotischen Dreiecks“ in ein zweipoliges Modell ohne theoretischen Ort für die materielle Realität verwandelt hat. Daran anschließende Ansätze unterscheiden nicht mehr zwischen diskursiven und nicht-diskursiven Praxen, wie es bei Foucault etwa der Fall ist, und fallen daher unter die Rubrik dessen, was Jessop „Diskursimperialismus“ (2004, 171) nennt, also der völligen Ineinssetzung des Diskursiven und des Materiellen, die mitunter auch in der feministischen Theorie zu beobachten ist.

CPE kritisiert diesen radikalen Konstruktivismus ebenso entschieden wie den ökonomistischen (Vulgär-) Materialismus vieler Spielarten des Marxismus. Daher nimmt CPE eine dritte Position ein, die vielleicht als „materialistischer Konstruktivismus“ (Kissilewski 2005, 6) bezeichnet werden kann. Diese Position ist kompatibel mit unterschiedlichen Ansätzen der feministischen politischen Ökonomie und der feministischen Gesellschaftstheorie – der von Becker-Schmidt und Knapp ist nur einer von vielen – insofern diese Geschlecht sowohl als Diskursphänomen als auch als real wirkmächtige Strukturkategorie begreifen. Die in diesem Kontext herausgearbeitete Tatsache, dass die Entstehungs- und Entwicklungsdynamik der ökonomischen Strukturen des modernen Kapitalismus nicht ohne Reflexion der androzentrischen (und eurozentrischen) Praxen und Diskurse zu denken ist, die sich historisch in jene eingeschrieben haben (vgl. Knapp 2010), muss im Rahmen der CPE erst noch angemessen adressiert werden. Der Zusammenhang von kapitalistischen und (sekundär-) patriarchalen (und ethnizierenden) Vergesellschaftungsformen – sowohl was die subjekttheoretische Seite der Erzeugung komplexer Ungleichheitslagen als auch was die gesellschaftstheoretische Seite der Artikulation unterschiedlicher Herrschaftsformen angeht – stellt die CPE vor große, aber nicht unlösbare Aufgaben. Als ersten Schritt in Richtung einer theoretischen Erfassung der intersektionalen Komplexität unserer sozialen Wirklichkeit benötigt die politische Ökonomie notwendig eine kulturelle und die Cultural Political Economy eine feministische Perspektive.

Literatur

Becker, Joachim, 2009: Regulationstheorie. In: Becker, Joachim/Grisold, Andrea/Gubitzer, Luise et al. (Hg.): Heterodoxe Ökonomie. Marburg, 89-116.

Becker-Schmidt, Regina, 1987: Die doppelte Vergesellschaftung – die doppelte Unterdrückung. Besonderheiten der Frauenforschung in den Sozialwissenschaften. In: Unterkircher, Lilo/Wagner, Ina (Hg.): Die andere Hälfte der Gesellschaft. Wien, 10-25.

Becker-Schmidt, Regina, 1991: Identitätslogik und Gewalt. Zum Verhältnis von Kritischer Theorie und Feminismus. In: Müller-Warden, Joachim/Welzer, Harald (Hg.): Fragmente kritischer Theorie. Tübingen, 59-77.

Best, Jacqueline/**Paterson**, Matthew (Hg.), 2010: Cultural Political Economy. London, New York.

- Dackweiler**, Regina, 1995: Ausgegrenzt und eingemeindet. Die neue Frauenbewegung im Blick der Sozialwissenschaften. Münster.
- Eagleton**, Terry, 2000: Ideologie. Eine Einführung. Stuttgart.
- Fairclough**, Norman, 2009: A Dialectical-Relational Approach to Critical Discourse Analysis in Social Research. In: Wodak, Ruth/Meyer, Michael (Hg.): Methods of Critical Discourse Analysis, 2nd Edition. London, Thousand Oaks, 162-186.
- Fairclough**, Norman/**Jessop**, Bob/**Sayer**, Andrew, 2004: Critical Realism and Semiosis. In: Joseph, Jonathan/Roberts, John M. (Hg.): Realism, Discourse and Deconstruction. London, 23-42.
- Habermann**, Friederike, 2008: Der homo oeconomicus und das Andere. Hegemonie, Identität und Emanzipation. Baden-Baden.
- Hauf**, Felix, 2006: Regulation und Geschlecht. Zur feministischen Erweiterung der Regulationstheorie bei Kohlmorgen. Unveröff. Diplomarbeit, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Goethe-Universität, Frankfurt/Main.
- Hirsch**, Joachim, 2005: Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems. Hamburg.
- Jenson**, Jane, 1997: Die Reinstitutionalisierung der Staatsbürgerschaft. Klasse, Geschlecht und Gleichheit im Fordismus und Postfordismus. In: Becker, Steffen/Sablowski, Thomas/Schumm, Wilhelm (Hg.): Jenseits der Nationalökonomie? Weltwirtschaft und Nationalstaat zwischen Globalisierung und Regionalisierung. Argument-Sonderband 249. Berlin, Hamburg, 232-247.
- Jessop**, Bob, 2004: Critical Semiotic Analysis and Cultural Political Economy. In: Critical Discourse Studies. 1 (2), 159-174.
- Jessop**, Bob, 2009: Vom Regulationsansatz zu kultureller politischer Ökonomie. Geld und Rechte an geistigem Eigentum. In: Mooslechner, Peter/ Redak, Vanessa/ Schürz, Martin/ Springler, Elisabeth (Hg.): Auf der Suche nach dem Selbst. Finanzmärkte, Individuum und Gesellschaft. Marburg, 17-32.
- Jessop**, Bob, 2011: Imagined Recoveries – Recovered Imaginaries. A Cultural Political Economy Perspective. Internet: www.lancs.ac.uk/cperc/docs/E-2012%20Jessop-CPE-Swansea-Recovery.pdf (12.12.2012).
- Jessop**, Bob/**Oosterlynck**, Stijn, 2008: Cultural Political Economy. On Making the Cultural Turn without Falling into Soft Economic Sociology. In: Geoforum. 39 (3), 1155–1169.
- Kissolewski**, Janine, 2005: Weltbilder und Ideen. Eine konstruktivistische Analyse am Beispiel der deutschen Zuwanderungspolitik. Dissertation, LMU München, Internet: edoc.ub.uni-muenchen.de/5222/1/Kissolewski_Janine.pdf (07.03.2013).
- Knapp**, Gudrun-Axeli, 1996: Traditionen – Brüche. Kritische Theorie in der feministischen Rezeption. In: Scheich, Elvira (Hg.): Vermittelte Weiblichkeit. Feministische Wissenschafts- und Gesellschaftstheorie. Hamburg, 113-150.
- Knapp**, Gudrun-Axeli, 2010: „Intersectional Invisibility“. Anknüpfungen und Rückfragen an ein Konzept der Intersektionalitätsforschung. In: Lutz, Helma/ Herrerar Vivar, Maria Theresa/ Supik, Linda (Hg.): Fokus Intersektionalität. Bewegungen und Verortungen eines vielschichtigen Konzeptes. Wiesbaden, 223-243.
- Kohlmorgen**, Lars, 2004: Regulation, Klasse, Geschlecht. Die Konstituierung der Sozialstruktur im Fordismus und Postfordismus. Münster.
- Laclau**, Ernesto/**Mouffe**, Chantal, 1991: Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus. Wien.
- Lipietz**, Alain, 1992: Vom Althusserismus zur „Theorie der Regulation“. In: Demirovic, Alex/Krebs, Hans-Peter/Sablowski, Thomas (Hg.), 1992: Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozess. Münster, 9-54.
- Lipietz**, Alain, 1998: Rebellische Söhne – Die Regulationsschule. Interview mit Jane Jenson. In: Lipietz, Alain (Hg.): Nach dem Ende des „Goldenen Zeitalters“. Berlin, Hamburg, 12-23.

- Marx**, Karl, 1960 [1869]: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. In: Marx-Engels-Werke, Bd. 8. Berlin, 111-207.
- Marx**, Karl, 1972 [1894]: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Dritter Band. Marx-Engels-Werke, Bd. 25. Berlin.
- Ruddick**, Susan, 1992: Das Gesellschaftliche konstruieren. Armut, Geschlechterverhältnisse und Familie im Goldenen Zeitalter. In: Demirovic, Alex/Krebs, Hans-Peter/Sablowski, Thomas (Hg.), 1992: Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozess. Münster, 290-315.
- Sablowski**, Thomas, 1994: Zum Status des Hegemoniebegriffs in der Regulationstheorie. In: Esser, Joseph/Hirsch, Joachim/Görg, Christoph (Hg.): Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie. Hamburg, 133-156.
- Scherrer**, Christoph, 1995: Eine diskursanalytische Kritik der Regulationstheorie. In: Prokla. 25 (3), 457-482.
- Scholz**, Roswitha, 2000: Das Geschlecht des Kapitalismus. Feministische Theorien und die post-moderne Metamorphose des Patriarchats. Bad Honnef.
- Sum**, Ngai-Ling, 2006: Towards a Cultural Political Economy. Discourses, Material Power and (Counter-)Hegemony. Demologos Spot Paper. Internet: demologos.ncl.ac.uk/wp/wp1/papers/cpe2.pdf [02.06.2010; Password: demo2006allow].
- Wullweber**, Joscha, 2009: Die diskursive Verfasstheit der Ökonomie. Eine diskurstheoretische Perspektive. Paper für die Tagung „Kapitalismustheorien“ von ÖGPW und DVPW, Sektion Politik und Ökonomie, 24.-25. April 2009 in Wien. Internet: www.oegpw.at/tagung09/papers/AG2b_wullweber.pdf [22.06.2010].

Plädoyer für eine utopietheoretische Erweiterung feministischer Gesellschaftskritik

MIRJAM DIERKES

Zur Relevanz einer Aktualisierung des Utopischen

Nachdem spätestens mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus 1989 und in den Jahren danach allseits das Ende der Utopie, vor allem in Bezug auf alternative Ökonomiekonzepte und alternative Formen gesellschaftlicher Arbeitsteilung, verkündet wurde (vgl. z. B. Fest 1994), ist in den letzten Jahren zunehmend eine Renaissance des utopischen Diskurses in der Gesellschaft, aber auch in den Sozialwissenschaften zu verzeichnen. Auf der gesellschaftlichen Ebene ist hier zum Beispiel an den weit- hin bekannt gewordenen Slogan „Eine andere Welt ist möglich“ aus dem Umfeld von attac und den Sozialforen zu denken. Kampagnen wie bspw. „Gemeinsam für ein gutes Leben“ der IG Metall seit dem Jahr 2008, die, jenseits des Alltagsgeschäfts, die Frage nach dem „guten Leben“ auf die Agenda setzt, lassen sich dieser Entwicklung ebenfalls zuordnen. Auch im Rahmen wissenschaftlicher Publikationen und

Veranstaltungen scheint das Utopische wieder Konjunktur zu haben. Darauf deuten zumindest eine Vielzahl von neueren wissenschaftlichen Aktivitäten hin (aktuell zum Beispiel die monatliche Zeitschrift *an.schläge* vom September 2012 unter dem Titel „Arbeit, Geschlecht, Utopie“, die Tagung „Es geht um mehr. Gender und Utopien“ im März 2013 an der evangelischen Akademie Tutzing oder die der Loccumer Initiative unter dem Titel „Vorschein des Neuen? Protestbewegungen und alternative Formen der Ökonomie im Europa der Krise“ im April 2013).

Das Utopische, verstanden als analytische Kategorie von Gesellschaftstheorie im Hinblick auf aktuelle gesellschaftliche und ökonomische Entwicklungen, ist jedoch kaum näher bestimmt. Auch die feministische Theoriebildung bildet hier keine Ausnahme: So gibt es zwar im Feld feministischer Kritik inzwischen viele Autorinnen, deren normative Konzepte eine utopische, d.h. über den aktuellen Gesellschaftszustand hinausweisende Färbung aufweisen und/oder explizit den Begriff der Utopie für sich beanspruchen. Beispielhaft erwähnt seien hier das Modell einer kosmopolitischen Demokratie von Seyla Benhabib (2010) oder auch Frigga Haug (2008), die ihre „Vier-in-einem-Perspektive“ als eine „Utopie von Frauen, die eine Utopie für alle ist“ verstanden wissen will. Gemeinsam ist all diesen Beiträgen jedoch, dass sie sich dem Utopischen über die Konturierung potentiell utopischer *Inhalte*¹ nähern.

Außer Acht bleibt jedoch eine Reflexion zu der Frage, ob, und vor allem *wie*, Utopie aktuell überhaupt als Kategorie für die gesellschaftliche Analyse und normative Theorieentwicklung gedacht werden kann und soll. Erst eine solche utopietheoretisch unterfütterte Perspektive aber ermöglicht es, transparente, abstrakt-analytische Kategorien zu entwickeln, anhand derer emanzipatorisches Potenzial und damit Spuren des Utopischen in der gesellschaftlichen Praxis erkannt und in die wissenschaftliche Kritik einbezogen werden können. Dies kann gerade vor dem Hintergrund der aktuellen ökonomischen Verwerfungen und dem Aufkommen gesellschaftlich-ökonomischer Alternativpraxen für die wissenschaftliche Analyse von einigem Nutzen sein. Die einschlägigen ökonomischen Alternativen, die aktuell zunehmend in den Blick sozialwissenschaftlicher Forschung geraten (aus dem Feld der Solidarischen Ökonomie beispielsweise), verstehen sich nämlich in großen Teilen explizit als gelebte Utopien, als „Halbinseln gegen den Strom“ (Habermann 2009).² Nimmt man diesen Selbst-Anspruch gesellschaftlicher Praxis ernst und will man ihm auf einer analytisch-wissenschaftlichen Ebene gerecht werden und/oder ihn fundiert kritisieren, sehe ich es als unumgänglich an, eine eigene, feministische Begrifflichkeit des Utopischen in feministische Analysen von politischer Ökonomie und Gesellschaft konstitutiv zu integrieren.

Es soll im Folgenden also darum gehen, erste aktuellere Vorschläge dazu zu resümieren, wie das Utopische aus feministischer Perspektive als Kategorie gesellschaftstheoretischer Analyse zu denken wäre. Im Anschluss erfolgt eine kritische Auseinandersetzung mit einschlägigen, „hegemonialen“³ utopietheoretischen Positionen, um eine genauere Bestimmung und Abgrenzung feministischer Positionen in dieser Taxonomie utopischer Konzepte vorzunehmen. In einem Fazit werde ich darauf ein-

gehen, welche vorläufigen Schlussfolgerungen sich für eine feministisch inspirierte analytische Kategorie des Utopischen aus der theoretischen Auseinandersetzung und aus der Analyse gelebter Praxis „konkreter Utopie“ ergeben. Zentral wird hierbei die Feststellung sein, dass eine Verknüpfung von demokratietheoretischen und ökonomiekritischen Perspektiven den Schlüssel zur Konturierung eines feministischen Begriffs des Utopischen als gesellschaftstheoretischem Analyseinstrument bergen würde. Angesprochen wird darüber hinaus, an welche theoretischen Positionen *jenseits* des Utopiediskurses angeknüpft werden kann, um Bezüge zu bereits vorliegenden feministischen Perspektiven auf Gesellschaft und Ökonomie herzustellen. Inspiriert durch Überlegungen von Barbara Holland-Cunz möchte ich in Bezug auf dieses Anliegen vorschlagen, einen Bogen zu feministisch-existenzialistischen Entwürfen zu spannen. Potenzial für die Vermittlung mit dem Utopie-Diskurs findet sich konkret in Simone de Beauvoirs Werk „Das andere Geschlecht“ von 1949. Eine solche Vermittlung könnte m.E. einen Beitrag leisten zur „Wiederaufnahme einer eigensinnigen feministischen Kritik der politischen Ökonomie, die sich ausdrücklich nicht auf Kapitalismuskritik beschränkt, diese aber auch nicht vernachlässigt“ (vgl. Kurz-Scherf 2012, 83f.).

Feministische Utopien in Literatur und Gesellschaft – ein (un)bestelltes Feld?

Zu Recht erkennt die Utopieforschung an, dass es einen großen Fundus an feministisch inspirierter Literatur im Feld der Utopie, insbesondere seit den 1970er Jahren, gibt, die eine jahrhundertlang männlich geprägte (oder zumindest als solche wahrgenommene)⁴ Literaturform nachhaltig weiterentwickelt hat (vgl. Saage 2003, 73-96, 211-258, 342-379; Heyer 2006 117). Insbesondere das Phänomen der Dystopie, d.h. die utopieinhärente Reflexion über das potentielle Umschlagen einer Utopie in Herrschaftsverhältnisse mit totalitären Zügen, ist ein Motiv, welches charakteristisch für utopische Literatur feministischer Provenienz erscheint, so z.B. in Ursula K. LeGuins „Planet der Habenichtse“ (vgl. Heyer 2006, 117ff.). Die feministischen Utopien waren nachhaltig aus dem Ideenfundus sozialer Bewegungen inspiriert, in diesem Fall der Frauen- und Ökologiebewegung. Sowohl was die utopischen Inhalte angeht als auch hinsichtlich dessen, wie Funktion und Charakter des Utopischen als non-fiktionales gesellschaftliches Phänomen beschrieben werden können, weist das Potenzial feministischer Utopien jedoch über diese selbst hinaus. Insofern ist Barbara Holland-Cunz zwar zuzustimmen, wenn sie eine „Rückbesinnung auf den Feminismus als visionäres Projekt“ fordert und empfiehlt, sich den „alten“ feministischen Utopien als „Reservoir unverbrauchter Aufbruchphantasien“ zuzuwenden (Holland-Cunz 2010). Das Potenzial des Utopischen als gesellschaftliches Movens bleibt meines Erachtens jedoch unausgeschöpft, wenn es auf die Wirkung eines literarischen Antidepressivums in Krisen-Zeiten reduziert wird, wie die Schlussfolgerungen von Holland-Cunz nahe legen (vgl. ebd.).

Holland-Cunz' Einlassung steht im Kontext eines Plädoyers für die Entwicklung einer aktualisierten feministischen Theorie der Demokratie. Sie erkennt in feministischer utopischer Literatur eine unausgeschöpfte Inspirationsquelle hinsichtlich der Inhalte einer feministischen Vision von Demokratie. Gerade dieser Verweis auf utopisch-inspirierte Inhalte zur Idee der Demokratie birgt aber auch die Möglichkeit, das „Utopische“ ganz praktisch als gesellschaftliche Artikulationsweise zu begreifen, es somit (auch) auf bereits existierende gesellschaftliche Verhältnisse und deren Analyse zu beziehen. Dies wird insbesondere deutlich, wenn man ein zweites, neben der Frage nach der Gestaltung von Demokratie ebenfalls in allen klassischen und feministischen Utopien virulentes Motiv hinzuzieht: Das Motiv der Gestaltung von gesellschaftlicher Ökonomie, worunter im Einzelnen auch Fragen nach der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern, der Arbeitszeit oder der Notwendigkeit bestimmter Arbeits- und Produktionsprozesse fallen.⁵ Dieses Motiv der Organisation von gesellschaftlich notwendiger Arbeit im Verhältnis zu anderen Lebensbereichen ist in nahezu allen „klassischen“ Utopien, aber eben auch in den neueren feministischen literarischen Utopien zentraler Bezugspunkt.

Die Gestaltung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung steht auch im Fokus aktuellerer feministischer, sich als transformatorisch oder, im weitesten Sinne, utopisch inspiriert verstehender gesellschaftswissenschaftlicher Konzepte. Neben dem bereits erwähnten Entwurf der „Vier-in-einem-Perspektive“ von Frigga Haug (2008) sind beispielhaft das schon etwas ältere „postindustrielle Gedankenexperiment“ von Nancy Fraser (1994) oder das Konzept der „Soziabilität“ aus dem Umfeld von GendA – Arbeits- und Kooperationsstelle Arbeit, Demokratie, Geschlecht zu nennen (vgl. z.B. Kurz-Scherf 2007).

So gibt es also eine Vielzahl und beeindruckende Vielstimmigkeit von feministisch inspirierten (literarischen) Utopien. Und aktuelle feministische Konzepte zur Gestaltung von Ökonomie und Gesellschaft betonen, explizit oder implizit, den utopischen Charakter des Vorgeschlagenen. Unter der Hand wird damit aber das „Utopische“ über eine Verknüpfung ausschließlich mit bestimmten konkreten Inhalten definiert. Diese sind vor allem dadurch gekennzeichnet, dass sie *nicht* sind und meistens auf der Überwindung aktueller gesellschaftlich-ökonomischer Grundlagen basieren. Vernachlässigt wird, wie das Utopische mehr oder weniger abstrakt als gesellschaftliche Artikulationsweise begriffen werden kann. Dies wäre aber notwendig, um Spuren des Utopischen auch im Hier und Heute zu ermitteln – vor allem und gerade auch im Feld der Ökonomie.

Zur feministischen Bestimmung des Utopischen als gesellschaftstheoretische Analysekategorie

Eine theoretische Auseinandersetzung zum Begriff des Utopischen als Kategorie kritischer Gesellschaftstheorie hat in feministischer Perspektive bisher nur rudimentär stattgefunden. Auch Barbara Holland-Cunz, die wohl profilierteste feministische Stimme im utopietheoretischen Feld, hält zur Frage nach der Bestimmung

des Utopischen nur relativ lapidar fest, dass die etablierte Aufspaltung des wissenschaftlichen Utopiediskurses in Positionen eines „klassischen“ vs. die eines „intentionalen“ Utopiebegriffs⁶ den Erfahrungen feministischer Arbeit am Utopischen in Bewegung und Theorie nicht gerecht wird – dass es sich somit dabei um eine „akademische Diskurskonstruktion“ handle, die eher akademisch-wissenschaftlichem Profilierungsbedarf geschuldet als theoretisch evident zu sein scheine (vgl. Holland-Cunz 2005). Dagegen lehre die Erfahrung der Frauenbewegung: „Im Feminismus entstanden auf die ‚Ernst-Bloch-Weise‘ des Noch-Nicht, des utopischen Gehalts sozialer Bewegungen, zahlreiche Texte, die der ‚Thomas-Morus-Weise‘ verpflichtet sind (...) *Morus plus Bloch* statt *Morus versus Bloch*: Ein solcher Utopiebegriff ist sicher nicht der akademisch solidere, aber vielleicht der zukunftsträchtigere“ (Holland-Cunz 2005, 306, Hervorh. i. Orig.). Mit dem scheinbar schmerzlosen Verzicht auf die „akademische Solidität“, die die oben zitierte Aussage von Barbara Holland-Cunz in Bezug auf Utopie nahe legt, wird meiner Ansicht nach allerdings die Chance verschenkt, das Utopische als Kategorie gesellschaftlicher Verhältnisse und deren Analyse genauer zu bestimmen und (u.a. von utopischen *Inhalten*) abzugrenzen. Erforderlich wäre hierfür m.E. vor allem eine bisher größtenteils versäumte feministische Re-Lektüre des intentionalen Utopie-Diskurses. Dabei ist dann eine kritische, nachholende Revision und Aktualisierung seiner Erkenntnisse zu erbringen. Die vorgeschlagene Fokussierung auf den intentionalen Utopie-Diskurs sehe ich im Sinne meines Anliegens darin gerechtfertigt, dass dieser vornehmlich die in der Gesellschaft bereits vorhandenen „konkreten Utopien“ (Bloch), zumindest dem Anspruch nach, in den Mittelpunkt rückt (vgl. Holland-Cunz 2005, 306).

Zudem: Die Addition beider Denkweisen des Utopischen (Bloch plus Morus) greift m.E. etwas zu kurz und unterschätzt tendenziell die grundlegenden Widersprüche beider Konzepte, die sich aus den unterschiedlichen Verortungen des Utopischen letztlich doch ergeben (vgl. hierzu auch die Replik von Saage auf Holland-Cunz, Saage 2005). Im Falle des Utopie-Begriffs der BlochianerInnen steht das Individuum als TrägerIn des utopischen Impulses im Fokus, aus Sicht der „Thomas-Morus-Weise“ ist es die (imaginierte) Gesellschaft, sei sie nun hierarchisch oder anarchistisch organisiert. Hier eine bloße Addition vorzunehmen, hieße gewissermaßen auch, die Konflikthaftigkeit zwischen Individuum und Gesellschaft bzw. Kollektiv unter den Tisch fallen zu lassen. Eine feministische Perspektive auf das Utopische müsste an dieser Stelle m.E. komplexer angelegt werden und versuchen, diese Widersprüchlichkeiten miteinander zu vermitteln, ohne sie „wegharmonisieren“ zu wollen (vgl. Dierkes 2012a).

In Hinsicht auf diese theoretischen Probleme möchte ich nun vorschlagen, eine demokratietheoretische Perspektive einzubeziehen, konkret eine Perspektive, die Demokratie genau unter dem Aspekt fokussiert, dass sie ein (wenn auch unvollständig) erprobter Prozess ist, individuelle Autonomie mit kollektiven Ansprüchen auf eine eben gerade *nicht* konfliktfreie Weise zu vermitteln. Der Zusammenhang zwischen Demokratie und Utopie ergibt sich also in einer solchen Sichtweise nicht nur aus

der Tatsache, dass der Gestaltung von Demokratie ein wichtiger Stellenwert als literarischem „Sujet“ feministischer Utopien zukommt. Vielmehr scheinen hier auch konstitutive Gemeinsamkeiten in der begrifflich-theoretischen Bestimmung beider Konzepte im Rahmen gesellschaftstheoretischen Denkens auf: Demokratie, als stets weiterzuentwickelnde, gesellschaftliche (Selbst)Verständigungsweise, kann, so mein Vorschlag, als konkrete, prozessuale Utopie verstanden werden.

Ein solches Verständnis von Demokratie als Form von konkreter, prozesshafter Utopie im Spannungsfeld zwischen Individuum und Gesellschaft ist anschlussfähig an bereits vorliegende, aktuellere Überlegungen zur Konzeptionalisierung des Utopischen in einer feministischen Perspektive. Susanne Maurer (2012, 82) beispielsweise verortet das Utopische, eher im Sinne einer intentionalen Perspektive, zunächst einmal im Subjekt, das sich selbst entwirft entlang von „Fluchtlinien der Sehnsucht“. Das eigentlich Emanzipatorische der utopischen (Selbst)Bewegung entsteht jedoch erst aus der Verknüpfung dieser individuellen Fluchtlinien vor dem Hintergrund einer kollektiven (Bewegungs)Geschichte miteinander – wobei „Geschichte“ hier als ein „Archiv offener Konflikte“ (ebd., 80) verstanden wird, das ausdrücklich gerade das Nicht-Dokumentierte, Marginalisierte, Umstrittene, „Nicht-zur-Sprache-Gekommene“ und „Nicht-zu-seinem-Recht-Gekommene“ (ebd., 86) einschließt. Die konkrete gesellschaftliche Artikulationsweise eines solchermaßen sowohl an Geschichte als auch an Gegenwart und (erwünschte) Zukunft gekoppelten Utopie-Begriffs ließe sich im Spiegel radikaldemokratischer Denkweisen wiederfinden. Gerade wenn Demokratie nicht (nur) im Sinne einer real existierenden Herrschafts- und Verwaltungsweise verstanden wird, sondern als „unvollendetes Projekt“ (vgl. Habermas 1994) ließe sie sich als Konkretionsfigur des Utopischen beschreiben. Es müsste sich dann in Bezug auf das ihm eingeschriebene (kollektive) Begehren nach einer „besseren Welt“ immer seiner „eigene(n) Relativität und Vorläufigkeit bewusst bleib(en).“ (Maurer 2012, 82) Maurer schlägt schließlich vor, Utopie als „Gedankenexperiment und (unbestimmte) Grenzüberschreitung“ (ebd., 83) zu verstehen. Utopie als gelebtes Experiment, als *Erfahrung im Prozess*, scheint mir auch eine Beschreibung zu sein, die sich mit dem Selbstverständnis realer gesellschaftlicher Praxen deckt, die sich als „konkrete Utopien“ verstehen.

Das Experimentelle äußert sich nicht nur inhaltlich, in dem eben, was konkret „erprobt“ wird. Vielmehr vermittelt es sich auch im Austarieren der veränderlichen Grenzen zwischen subjektivem Bedürfnis des „autonomen“ Individuums und kollektivem Anspruch in Bezug auf die zu erprobende Lebensweise – mit Konjunkturen in die eine oder die andere Richtung. Gerade die Offenheit des Prozesses, auch wenn für die einzelnen daran Beteiligten sicher nicht immer ganz einfach zu (er)tragen, macht ein entscheidendes Moment des Utopischen aus. Beispielhaft illustrieren das Antworten, die von MitarbeiterInnen eines „alternativ“, d.h. in diesem Fall demokratisch und selbstverwaltet organisierten Betriebs im Kontext der Frage nach dem Utopischen an ihrer Arbeit gaben, so zum Beispiel folgende:

„(...) also das würde mir jetzt, das wäre jetzt nicht eine Arbeit, in die ich mich hinein entwickelt (hätte, M.D.), wenn das ein anderes Firmenkonzept gewesen wäre, glaube ich. Das war schon auch gewählt und dieses große Experiment, was da drin steckt, das ist, dass das in dieser Größe funktionieren kann, selbstverwaltet zu arbeiten. Das ist schon ein größeres Unterfangen, was auch manchmal (...) ja, auch (...), wo ich auch nicht immer sicher bin, ob das (...) funktionieren kann und wie groß das Risiko ist. (...) Auf der anderen Seite ist es so ein ganz großer Gewinn, wenn es funktioniert. Weil es ganz viel Entwicklung für jeden Einzelnen birgt und andere Arbeitsbedingungen hervorbringt.“⁷

Die zitierte Passage bestätigt Maurers Beschreibung des experimentellen Kerns des Utopischen: „Die Vorstellung, Utopisches sei lebbar im Gegenwärtigen, erscheint – oder stilisiert sich – als Immer-Wieder-Neu-Aufbrechen, als permanentes Experiment, als permanentes Riskieren der eigenen Sicherheit, der eigenen Existenz (...)“. (Maurer 2012, 82) In dieser Perspektive des Experimentellen, Verunsichernden und Verunsicherten, zeichnet sich bereits ab, dass ein feministischer Begriff des Utopischen nicht mit hegemonialen Konstruktionen des Utopiediskurses beschrieben werden kann. Der folgende Abschnitt arbeitet sich in diesem Sinne kritisch an bereits vorliegenden utopietheoretischen Überlegungen ab, um Anknüpfungspunkte und Vermittlungsschwierigkeiten mit einer eigenständigen feministischen Position in diesem Feld auszuloten.

Exkurs: Zur Verortung einer feministischen Position in der Taxonomie des Utopischen

Der differenzierteste, disziplinär facettenreichste und teilweise auch scharfzüngigste Überblick über den aktuellen Stand der theoretischen Debatten zu Utopie findet sich in der bereits erwähnten Ausgabe der Zeitschrift „Erwägen Wissen Ethik“ von 2005. Der wohl aktuell einflussreichste deutschsprachige Utopieforscher Richard Saage eröffnet dort die Auseinandersetzung mit einem entschiedenen Plädoyer für den klassischen Utopiebegriff. Saage wendet sich damit gleichzeitig gegen eine Ausweitung des Utopiebegriffs auf vielfältige mediale, geistige und ästhetische Prozesse, wie sie von VertreterInnen eines intentionalen Utopie-Begriffs im Sinne Ernst Blochs vorgenommen wurde: „Wenn sich das Utopische auch in Tagträumen, in der Neunten Symphonie Beethovens, in Jahrmärkten, der bildenden Kunst etc. Bahn bricht, mag es sich um Manifestationen *utopischer Elemente* handeln, aber niemals *Utopie* im strikten Wortsinne“ (Saage 2005, 292, kursiv i. Orig.). Daran anschließend setzt Saage seine *conditio sine qua non* aus der Sicht eines Vertreters des klassischen Utopiebegriffs: „Als solche übersteigt sie (die Utopie, M.D.) stets das nur Subjektive und ist auf überindividuelle Interaktionszusammenhänge einer idealen oder negativ akzentuierten Solidargemeinschaft gerichtet, selbst dann, wenn sie ein anarchistisches Gemeinwesen imaginiert“ (ebd.).

Zur Frage, warum der Utopie-Begriffs Bloch'scher Prägung dagegen tatsächlich so wenig auf diesen von Saage eingeforderten „überindividuellen Interaktionszusammenhang“ angewiesen zu sein scheint, lässt sich im Anschluss an Heyer (2010) folgende Überlegung anstellen: Möglicherweise hängt die starke Betonung des in-

dividualistischen, pluralistischen Charakters des Utopischen in der intentionalen Sichtweise damit zusammen, dass Bloch den utopischen Impuls zwar als eine Grundkategorie (gesellschafts)theoretischer Philosophie propagiert. Bei der Lektüre vor allem seines Hauptwerkes „Das Prinzip Hoffnung“ (Bloch 1959), in dem er den Gedanken der „konkreten Utopie“ entwickelt, kann jedoch leicht der Eindruck entstehen, dass der utopische Impuls bei genauerer Betrachtung nur quasi als Symptom einer „eigentlichen“ Idee in der Gesellschaft auftritt und identifiziert werden kann: der Idee des Kommunismus Marx'scher Prägung. Blochs Anliegen ist es ja auch explizit, den historischen Materialismus als geschichtliche Notwendigkeit mit dem Utopischen zu vermitteln, insofern eine Aufhebung des so genannten „Bilderverbots“ *im Rahmen* und *auf dem Fundament* marxistischer Theorie zu betreiben. Die Utopie, so lässt es sich vielleicht zugespitzt formulieren, ist stets nur Veräußerungsmoment einer übergeordneten Idee des Kommunismus – und da diese bei Bloch nie grundsätzlich infrage gestellt wird, bleibt Spielraum für Individualisierung, Ästhetisierung, Unverbindlichkeit, gewissermaßen also für die Verspieltheit des utopischen Impulses: „Das ‚Utopische‘ geht – intentional umgedeutet – bei Bloch im Kommunismus auf“ (Heyer 2006, 106).

Vor dem Hintergrund einer solchen Lesart wird möglicherweise nachvollziehbarer, weshalb vorliegende Positionierungen feministischer Utopieforschung eher dem klassischen Modell der Utopie zugeneigt sind (vgl. hierzu bspw. die Positionierung von Barbara Holland-Cunz 2005, 305): So ist die zweite Frauenbewegung zwar im Kontext der marxistisch orientierten Studentenbewegung von 1968 entstanden, hat sich jedoch (in Teilen) bereits sehr früh kritisch davon abgegrenzt. Es lag daher womöglich nahe, der „sozialistisch-wissenschaftlichen“ Dogmatik prinzipiell erst einmal auch die Möglichkeit eines fantasievollen Ausmalens des ganz Anderen als legitim entgegenzusetzen.

Zurück aber zu Saages Verteidigung des klassischen Utopiebegriffs: Dessen oben zitierter Verweis auf den „überindividuellen Anspruch“ der Utopie holt die Gesellschaft und die Frage nach ihrer Ordnung also sozusagen zurück aus der „sozialistischen Idee“ und bringt sie (paradoxiertweise⁸) überhaupt erst zurück in den „Zuständigkeitsbereich“ der „konkreten Utopie“.

In dem Bemühen, einer weiteren, häufig geäußerten Kritik am klassischen Utopie-Begriff, entgegenzutreten, nämlich dem Vorwurf, sie sei zu eng auf ihren literarischen, romanhaften Charakter festgelegt, schlägt Saage zudem vor, Utopie als einen „Idealtypus“ nach Max Weber zu begreifen:

Stilisieren wir das klassische Utopiekonzept in methodologischer Absicht zu einem Idealtypus, so ergeben sich aus ihm zwei genuine Forschungsvorteile. Wir verfügen einerseits über ein Instrumentarium, mit dessen Hilfe wir die Utopien von anderen geistesgeschichtlichen Phänomenen präzise abgrenzen und unterscheiden können. Und wir haben, fast wichtiger noch, zugleich auch die Möglichkeit, Mischformen zu identifizieren, die die Utopie mit anderen Konzeptionen eingegangen ist (Saage 2005, 292ff.).

Allerdings kann mit dem Modell à la Saage in Anlehnung an Webers Idealtypus Utopie im Prinzip nur abgegrenzt werden von dem, was eben nicht Utopie ist oder eine Mischform. Dieses methodologische Modell hat auch explizit keinen anderen Anspruch. Saages Vorschlag folgt insofern (nur) dem selbstbezüglichen Interesse, den eigenen Forschungsgegenstand (Utopie) zu definieren und ihn darüber hinaus im akademischen Feld zu verteidigen, wie Holland-Cunz kommentiert (vgl. Holland-Cunz 2005, 306). Er gibt aber keine Antworten darauf, wie das, was dann als Utopie zu gelten hat, in der konkreten Gesellschaft wirksam wird. Zur Bestimmung des utopischen „Modus“ hilft das Modell des Idealtypus also nicht weiter. Damit verknüpft geht eine zweite, m.E. wichtigere Einschränkung einher, die Saages Modell für feministische Forschungsinteressen eher ungeeignet erscheinen lässt: Das Modell des Idealtypus nach Weber ist als soziologisches Instrument im Kontext eines empirischen, positivistischen Blicks auf Gesellschaft angelegt. Das transformatorische Potenzial jedoch, das sich ja gerade aus dem Nicht-Vorfindlichen, dem „Noch-Nicht“ eines gesellschaftlichen Zustands speist, kann im „idealtypisch“ als utopisch Klassifizierten überhaupt nicht oder zwangsläufig in einer eben idealisierten, und damit hypothetisch-erstarrten Form in den Blick kommen (vgl. Sommer 2005, 337f.).

Das Utopische als gefährdete Transzendenz im demokratischen Selbstverständigungsprozess?

Bevor ich, inspiriert vom Aspekt der Unsicherheit und des Experimentellen, schließlich mit einem Vorschlag zur weiteren theoretischen Differenzierung und Verortung des Utopischen im Rahmen von feministischer Gesellschaftstheorie enden möchte, nehme ich an dieser Stelle zunächst eine Zusammenführung der vorläufigen Überlegungen zu Inhalt und analytischem Begriff des Utopischen aus feministischer Perspektive vor. Vor dem Hintergrund des oben Dargestellten lässt sich ein für die feministische Gesellschaftsanalyse brauchbarer, aktualisierter Utopie-Begriff vorläufig folgendermaßen skizzieren:

- 1) Ein feministisches Konzept von Utopie liegt quer zu den etablierten Diskursen der Utopieforschung im Feld zwischen intentionalem und klassischem Utopiebegriff. Es lässt es weder zu, den utopischen Impuls ausschließlich im Subjekt noch ausschließlich im imaginierten gesellschaftlichen Gesamtentwurf zu sehen, sei es nun in literarischer oder sozialwissenschaftlicher Form.
- 2) Die Zurückweisung dieser Dichotomie scheint aber vereinfacht, wenn sie in einer bloßen Addition mündet und damit unter der Hand auch das Spannungsverhältnis zwischen Individuum und Kollektiv „wegharmonisiert“. In den großen utopischen feministischen Romanen ist genau dieses Spannungsverhältnis⁹ ein wichtiges Motiv – es sollte bei einem Transfer des Utopischen in den realen gesellschaftlichen Raum im Sinne einer gesellschaftstheoretischen Analysekategorie nicht unter den Tisch fallen. Das Utopische ist in feministischer Perspektive

eher im Kontext von Streit, Widerspruch und Konflikten zu suchen als in Praxen scheinbar „heiler Welt“ – bzw. wäre es die Aufgabe einer utopietheoretisch informierten feministischen Perspektive, diese Konflikte unter der Oberfläche der „heilen Welt“ aufzudecken (vgl. hierzu auch Maurer 2012; Dierkes 2012b, 70).

- 3) Trotz der Uneindeutigkeit bezüglich der Zuordnung eines (natürlich noch weiter auszuarbeitenden) feministischen Utopiebegriffs im etablierten Diskursfeld zwischen intentionalem und klassischem Utopiebegriff liegt jedoch m.E. eine größere Affinität zu einem eher an der subjektiven Intention orientierten Utopiekonzept vor. Dies hängt m.E. damit zusammen, dass eine feministische Perspektive nach wie vor, und im Zweifelsfall auch gegen „Hardliner-Varianten“ postmoderner Theoriebildung, darauf angewiesen ist, an der Handlungsfähigkeit eines kritikfähigen Subjektes festzuhalten (vgl. hierzu bspw. die Position von Seyla Benhabib (1994) in der Auseinandersetzung mit Judith Butler um „die“ Postmoderne). Das Subjekt, wie auch immer es sich diversen modernen oder postmodernen Ansätzen zufolge konstituieren mag, scheint der für eine feministische Utopietheorie naheliegendere Ausgangspunkt zu sein, als die übersubjektiven „großen Erzählungen“ der UtopistInnen als normative Erzählungen von einer erwünschten Gesellschaft, analytisch erfasst als „Idealtypus“. Meine Einschätzung beruht unter anderem auch auf den Überlegungen von Maurer, die das Utopische ganz wesentlich im „Selbst-Erfahrenen“, „Selbst-Empfundenen“ ausmacht, das, in Abgrenzung zum eher kollektiv konnotierten „Begehren“, sich entlang der „Fluchtlinien der Sehnsucht“ entwirft (vgl. Maurer 2012; Dierkes 2012b).
- 4) Als eine mögliche gesellschaftliche Äußerungsform des Utopischen bezeichne ich Demokratie in ihren auf radikale Demokratie ausgerichteten Varianten. Gedacht als konkret-prozessuale Utopie unvollendeten Charakters, als Vermittlungsdiskurs zwischen kritik- und handlungsfähigen Subjekten auf der einen, und gesellschaftlichen Ansprüchen auf der anderen Seite, identifiziere ich sie als den realen gesellschaftlichen „Vorschein“ (Bloch) des Utopischen.
- 5) Damit eine solche demokratische Repräsentanz von Utopie allerdings herrschaftskritische und emanzipatorische Wirkung entfaltet und nicht dem (intentionalen Ansätzen gegenüber mit einigem Recht vorgebrachten) Vorwurf der Beliebigkeit ausgesetzt ist, muss sie im Kontext materieller Verhältnisse gedacht werden. Das wiederum hieße letztlich, dass eine utopietheoretisch fundierte Gesellschaftskritik in feministischer Perspektive ganz grundsätzlich und zentral auf der Verknüpfung von demokratietheoretischen mit ökonomiekritischen Perspektiven basieren müsste.

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass sich neue gesellschaftlich ökonomische Experimente, die besagten „Halbinseln“, oftmals genau im Rahmen dieser Schnittmenge von Demokratie- und Ökonomiekritik bewegen und sich dabei klassischen Erklärungsansätzen politischer Ökonomie entziehen, lohnt es sich, diese Gedanken

weiterzuentwickeln. Zu fragen wäre dann auch, an welche zur Verfügung stehenden theoretisch-analytischen Perspektiven auf Gesellschaft und, genauso wichtig, auf die Subjekte als „Utopieträger“ einer Gesellschaft, dabei angeknüpft werden könnte. Dies gilt umso mehr mit Blick auf das Problem der Gleichwertigkeit und der Vermittlung von subjektiven mit materialistisch-strukturellen Perspektiven auf Gesellschaft. Als inspirierend empfinde ich in diesem Zusammenhang wiederum einen Gedanken von Barbara Holland-Cunz. Sie wirft in ihrer neu erschienenen Studie zum Werk von Hannah Arendt und Simone de Beauvoir die Frage auf, ob es möglicherweise kein Zufall ist, dass diese beiden wichtigsten weiblichen Theoretikerinnen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts biographisch, vor allem aber auch ideengeschichtlich, eine hohe Affinität zu existenzialistischen Theorieansätzen aufweisen: „Der Existenzialismus als eine Konzeption des Werdens, der Unfertigkeit, des Entwurfs, der Entwicklung und Herausforderung könnte eine soziale Gruppe, die um ihren gerechten Platz in der Gesellschaft noch individuell und kollektiv kämpfen muss, möglicherweise positiv ansprechen (...)“ (Holland-Cunz 2012, 117). Nun lässt das Geschlecht der Theoretikerinnen ja noch keinen Schluss auf daraus resultierende feministische Perspektiven zu – im Falle von Simone de Beauvoir zumindest aber, die sich anders als Arendt sehr wohl als Feministin verstand, lohnt eine differenziertere, aktualisierte Bestimmung des Verhältnisses zwischen feministischer Perspektive und einer „existenzialistischen Ethik“, die von Beauvoir (2002, 25) explizit als Grundlage ihres Standardwerks „Das andere Geschlecht“ benannt wird.

Die Beauvoir'sche „existenzialistische Ethik“ feministischer Prägung scheint mir vor allem auch deshalb interessant, weil sie sehr eindeutig die materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse ganz grundlegend in die Analyse der geschlechtlichen Herrschaftsverhältnisse mit einbezieht. Vor diesem Hintergrund erscheint es lohnenswert, die alten existenzialistischen Entwürfe von Beauvoir noch einmal in aktualisierter Perspektive kritisch gegenzulesen. Beauvoirs existenzialistische Sicht geht radikal vom Subjekt aus – vom Subjekt, das sich als „Transzendenz“ in die Zukunft entwirft und nur darin seine volle Menschlichkeit entfaltet. Dieser Selbstentwurf, die „Selbsttranszendierung“ ist kein konfliktfreier Vorgang – er muss, vor allem, wenn es sich um weibliche Subjekte handelt, den Verlockungen der „mauvaise foi“, der passiven, trügerischen, ängstlichen Immanenz und den gesellschaftlichen Umständen abgerungen werden. Er ist zudem ein niemals abgeschlossener und für ein freies Leben absolut notwendiger Prozess – gemeint ist hier allerdings eine Freiheit, die in der feministischen Variante bei Beauvoir immer als eine äußerst gefährdete gedacht wird (vgl. dazu Holland-Cunz 2012). Die Transzendenz des menschlichen Subjektes als Entwurf in Freiheit und in eine offene Zukunft, die utopische, suchende Bewegung des/der Einzelnen entlang von „Fluchtlinien der Sehnsucht“ (Maurer): Vielleicht ließen sich ganz offensichtliche, gemeinsame Anklänge hier mithilfe von noch zu entwickelnden Denkbewegungen enger im Sinne einer Perspektivierung gesellschaftlich-ökonomischer Verhältnisse miteinander verknüpfen – das Utopische als gefährdete Transzendenz?

Anmerkungen

- 1 Im Falle von Frigga Haugs „Vier-in-Einem-Perspektive“ beispielsweise wäre das, neben anderem, ein konkret ausgearbeitetes Arbeits- und Lebenszeit-Modell.
- 2 Die Rede von der „Halbinsel“ rekurriert begrifflich auf die „Urform“ der Utopie – nämlich eine Lebenswelt, verortet auf einer Insel, und (anders als die „Halbinsel“) mehr oder weniger ohne Verbindung zur übrigen Welt.
- 3 Der Begriff „hegemonial“ steht hier deshalb in Anführungszeichen, weil der Utopie-Diskurs selbst eher ein marginalisierter ist und im akademischen Kontext, zumindest der Sozialwissenschaft, beständig um Anerkennung ringen muss.
- 4 Vgl. zu den zahlreichen „unterschlagenen“ (feministischen) Utopien von Frauen die Erwiderung von Hannelore Schröder (2005) auf Richard Saages „Plädoyer für den klassischen Utopie-Begriff“ (2005).
- 5 Barbara Holland-Cunz wirbt dagegen für eine Reaktivierung und Verknüpfung utopischer Inhalte vor allem in Hinsicht auf demokratietheoretische und ökologische Fragestellungen in feministischer Wissenschaft und Praxis (vgl. Holland-Cunz 2010, 38f).
- 6 Die Frage, wie der Utopiebegriff formal gedacht und konzeptioniert werden kann, steht seit langem im Zentrum eines sich positiv auf den Utopie-Begriff beziehenden theoretischen Diskurses. Dort sehen sich zwei Forschungstraditionen einander gegenüber: Fürs erste knapp formuliert, handelt es sich dabei um die Positionen eines „klassischen Utopiebegriffs“, verstanden als „Thomas-Morus-Weise“ im Sinne eines alternativen, bevorzugt literarischen Gesamtentwurfs, versus diejenigen AutorInnen, die für einen „intentionalen Utopiebegriff“ plädieren, der sich mit dem Namen Ernst Bloch verbindet. Die „Ernst-Bloch-Weise“ betont, im Unterschied zur „Thomas-Morus-Weise“, das individuelle Moment und die unzähligen diversen künstlerischen und sozialen Ausdrucksformen des Utopischen (vgl. dazu detaillierter im vierten Abschnitt).
- 7 Die zitierte Passage wurde im Rahmen einer Studie erhoben für meine noch nicht veröffentlichte Dissertation. Diese geht in ihrem empirischen Anteil der Frage nach, ob und wie sich Spuren utopischen Denkens und Handelns in aktuellen Organisationsweisen von Arbeit ermitteln und beschreiben lassen. Konkret wurden dafür qualitative Interviews in einem (zum Erhebungszeitpunkt) „alternativ“ organisierten mittelständischen und international agierenden Betrieb (Branche: Erneuerbare Energien) geführt, ausgewertet und mit utopietheoretischen Hypothesen vermittelt.
- 8 Paradox insofern, als das eigentlich die intentionale Utopietradition zurückgehend auf Ernst Bloch, den Begriff des „Konkreten“ im Zusammenhang mit Utopie beansprucht.
- 9 Vgl. hierzu zum Beispiel die Konflikte zwischen dem Wunsch nach individueller intellektueller Selbstverwirklichung und den Ansprüchen eines gemeinwohlorientierten Systems unter den Bedingungen knapper ökologischer und ökonomischer Ressourcen seines Heimatplaneten Anarres, unter denen der Protagonist Shevek in Ursula K. Le Guins „Planet der Habenichtse“ zunehmend leidet.

Literatur

- Beauvoir**, Simone de, 2002 (1949): Das andere Geschlecht. Sitte und Sexus der Frau. 2. Auflage. Reinbek bei Hamburg.
- Benhabib**, Seyla, 1994: Feminismus und Postmoderne. Ein prekäres Bündnis. In: Benhabib, Seyla/Butler, Judith/Cornell, Drucilla/Fraser, Nancy (Hg.): Der Streit um Differenz. Feminismus und Postmoderne in der Gegenwart. 2. Auflage. Frankfurt/M., 9-30.
- Benhabib**, Seyla, 2009: Kosmopolitismus und Demokratie. Von Kant zu Habermas. Internet: www.eurozine.com/articles/2009-06-09-benhabib-de.html (13.02.2013).
- Bloch**, Ernst, 1959: Das Prinzip Hoffnung Kapitel 1-32, Gesamtausgabe, Bd. 5. Frankfurt/M.
- Dierkes**, Mirjam, 2012a: Konkret-utopische Praxis im selbstverwalteten Betrieb und erste Überlegungen zu utopietheoretischen Implikationen in feministischer Perspektive. In: Reader zur Tagung „In Arbeit: Demokratie. Feministische Perspektiven auf Emanzipation und Demokratisierung“. Marburg, 85-96.

- Dierkes**, Mirjam, 2012b: Von der (ausgegrenzten) Erfahrung zum „Noch-Nicht“. Emanzipation als Theorie und Praxis feministischer Herrschafts(verschleierungs)kritik. In: Birkle, Carmen/ Kahl, Ramona/Ludwig, Gundula/Maurer, Susanne (Hg.): Emanzipation und feministische Politiken. Verwicklungen, Verwerfungen, Verwandlungen. Königstein/Ts., 69- 74.
- Fest**, Joachim, 1991: Der zerstörte Traum. Vom Ende des utopischen Zeitalters. Berlin.
- Habermann**, Friederike, 2009: Halbinseln gegen den Strom: Anders leben und wirtschaften im Alltag. Königstein/Ts.
- Habermas**, Jürgen, 1994: Die Moderne – ein unvollendetes Projekt. Philosophisch-politische Aufsätze 1977-1990. Leipzig: Reclam.
- Haug**, Frigga, 2008: Die Vier-in-einem-Perspektive. Politik von Frauen für eine neue Linke. Hamburg.
- Heyer**, Andreas, 2006: Die Utopie steht links! Ein Essay (Reihe: Texte/ Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bd. 26). Berlin.
- Holland-Cunz**, Barbara, 2005: Bloch versus Morus – eine Diskurs-Konstruktion der Utopieforschung. In: Erwägen Wissen Ethik 16 (2005) H. 3, 305-306.
- Holland-Cunz**, Barbara, 2010: Krisen und Utopien: Eine Rückbesinnung auf den Feminismus als visionäres Projekt. In: Zentrum für Gender Studies und feministische Zukunftsforschung (Hg.): Kritik, Emanzipation, Utopie. Gender Lectures Wintersemester 2009/10 (Schriftenreihe Bd. 13). Marburg, 23-40.
- Holland-Cunz**, Barbara, 2012: Gefährdete Freiheit. Über Hannah Arendt und Simone de Beauvoir. Opladen/Berlin/Toronto.
- Kurz-Scherf**, Ingrid, 2007: Soziabilität – auf der Suche nach neuen Leitbildern der Arbeits- und Geschlechterpolitik. In: Aulenbacher, Brigitte/Funder, Maria/Jacobsen, Heike/Völker, Susanne (Hg.): Arbeit und Geschlecht im Umbruch der modernen Gesellschaft. Forschung im Dialog. Wiesbaden, 269-284.
- Kurz-Scherf**, Ingrid, 2010: The Great Transformation – Ausstieg aus dem Kapitalismus? Ein Plädoyer für feministischen Eigensinn in den aktuellen Krisen- und Kritikdynamiken. In: Kurz-Scherf, Ingrid/Scheele, Alexandra (Hg.): Macht oder ökonomisches Gesetz? Zum Zusammenhang von Krise und Geschlecht. Münster, 81-105.
- Maurer**, Susanne, 2012: Utopisches Denken statt Utopie? Gedankenexperiment und (unbestimmte) Grenzüberschreitung als feministische Politik. In: Birkle, Carmen/Kahl, Ramona/ Ludwig, Gundula/Maurer, Susanne (Hg.): Emanzipation und feministische Politiken. Verwicklungen, Verwerfungen, Verwandlungen. Königstein/Ts., 75-93.
- Saage**, Richard, 2005: Plädoyer für den klassischen Utopiebegriff. In: Erwägen Wissen Ethik 16 (2005), H. 3, 291-298.
- Schröder**, Hannelore, 2005: Sechshundert Jahre feministische Utopie von und für Frauen. Gegen die Beschränktheiten „des klassischen Utopiebegriffs“. In: Erwägen Wissen Ethik 16 (2005), H. 3, 333-337.

Das Konzept des Buen Vivir in der ecuadorianischen Verfassung aus feministischer Perspektive

ANNA-LISA GANN

Die Debatte um das Buen Vivir hat in Lateinamerika vor einigen Jahren eine neue Ebene erreicht: Die Erlangung eines „Guten Lebens für alle“ (Gudynas 2011) hat in Ecuador (2008) und Bolivien (2009) Verfassungsrang erhalten. Aus indigenen Kosmovisionen erwachsen, wird das Buen Vivir in Deutschland und Europa selten als progressiver Ansatz einer alternativen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wahrgenommen. Das Konzept umfasst jedoch in der Theorie tief greifende Transformationen, die durchaus Ähnlichkeiten mit Forderungen aufweisen, die in Europa, teilweise seit Jahren und insbesondere im Rahmen der multiplen Krise, verstärkt diskutiert werden.

Dieser Beitrag betrachtet das Buen Vivir, wie es in der ecuadorianischen Verfassung konzeptuell ausgestaltet ist, und untersucht, inwiefern dieses Buen Vivir aus feministischer Perspektive einer ökologisch wie sozial gerechten, insbesondere auch geschlechtergerechten Gesellschaftsutopie nahe kommt. Der Fokus liegt dabei auf theoretischen Anknüpfungs- und Bereicherungsmöglichkeiten für feministische Kritik durch zwei der radikalsten Umwälzungen des Konzepts: Zum einen enthält das Konzept eine Neudefinition des Arbeitsbegriffs und greift damit Aspekte sozialer Gerechtigkeit auf, zum anderen fasst das Buen Vivir die Natur als Rechtssubjekt auf, wodurch das Thema ökologischer Gerechtigkeit angesprochen wird. Meine Perspektive lehnt sich dabei an Standpunkte feministischer Ökonomie bzw. von Care-Ökonomie und an Erkenntnisse des Projekts „Green Economy: Gender_Gerecht“¹ an.

Grundlagen des Buen Vivir ...

Zwischen 2006 und 2008 waren in der verfassungsgebenden Versammlung Ecuadors in Montecristi sowohl TheoretikerInnen aus Akademie und Wissenschaft als auch VertreterInnen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen in Form von zehn mesas beteiligt, Kommissionen oder Arbeitsgruppen, die über konkrete Themen berieten. Auch Vertreterinnen von Frauengruppen waren anwesend und reichten eine „Agenda der Frauen für die neue Verfassung“ ein (vgl. León 2008a, 38). Im Vorfeld wurden Informationskampagnen durch Medien betrieben sowie öffentliche Informationsveranstaltungen mit Einsicht in die erarbeiteten Texte veranstaltet (veedurías públicas). Umfragen in der Bevölkerung dienten der Sondierung von Prioritäten². Dieser partizipative Ansatz förderte die Zustimmung in breiten Bevölkerungsteilen, brachte aber auch einen hohen Zeitaufwand mit sich.

Der Verfassungsprozess nahm vielfältige Einflüsse aus sozialen Bewegungen und theoretisch-kritischen Denkweisen auf. Essentiell war dabei die Bewegung andiner

indigener Kleinbauern und -bäuerinnen, in deren Kosmvisionen der Ursprung des Konzepts des Sumak Kawsay (Buen Vivir) liegt. Wie andere mesas reichten auch sie konkrete Vorschläge ein, was in ihren Augen ein „Gutes Leben“ ausmacht und wie es zu erreichen sei und beeinflussten so die neue Verfassung.

Die Erlangung des Buen Vivir ist in der Verfassung Ecuadors als oberste Priorität des Staates festgelegt. Das Konzept hat zunächst zum Ziel, ein Leben in Gemeinschaft und Vielfalt sowie in Harmonie mit der Natur zu gestalten. Grundlegendes Element des Buen Vivir ist dabei eine umfassende Kritik am hegemonialen Entwicklungsparadigma (vgl. Larrea 2010). In der Einführung des Plan Nacional para el Buen Vivir ist ausdrücklich festgehalten, dass konzeptuell mit dem Konsens von Washington gebrochen und hegemoniale Entwicklungsbegriffe in Frage gestellt werden sollen (vgl. SENPLADES 2009, 5f). Die Bezeichnung Ecuadors als „plurinationaler Staat“ trägt diesem Ansinnen ebenfalls Rechnung: Die Koexistenz verschiedener Nationalitäten wird rechtlich anerkannt, indigene Gruppen sind nicht als ethnische Minderheiten zu behandeln, sondern als wichtige soziale und politische AkteurInnen innerhalb eines Territoriums. Ihre Sprachen, ihre Verwaltungs- und Tauschsysteme sowie ihre spezifischen Rechtsprechungen werden staatlich anerkannt, insofern sie nicht im Widerspruch zu den Rechten in der Verfassung stehen.

Das Buen Vivir ist vom Gedanken der Kollektivität und Vielfalt geprägt. In der ihm zugrunde liegenden indigenen Vorstellungswelt ist das Leben in Gemeinschaft der zentrale Aspekt. Der Mensch soll als Individuum und als Teil der Gemeinschaft Wertschätzung erfahren: Buen Vivir wird manchmal auch mit „gut zusammenleben“ übersetzt. In dieser Werthaltung liegt begründet, dass eine soziale und solidarische Wirtschaftsform angestrebt wird (vgl. Art. 283, 140).³ Mensch und Natur sowie ihre jeweiligen Bedürfnisse und Rechte sollen im Mittelpunkt stehen. Da sich die Wirtschaft in einem „Regime des Guten Lebens“ (Art. 283, 159) dem Wohl der Menschen und der Natur unterzuordnen hat, sollen u.a. mit Hilfe eines „Rats zur Bürgerbeteiligung und sozialen Kontrolle“ als vierter Gewalt im Staat Prozesse bürgerlicher Partizipation gefördert und demokratische Freiheiten gestärkt werden (vgl. Art. 61-65, 45ff).

... und feministische Schnittstellen

Hier werden erste Gemeinsamkeiten mit feministischen Standpunkten sichtbar: Nur mit transparenten politischen Prozessen und direkter und realer Demokratie können Transformationsprozesse vorangetrieben und ein tiefer gesellschaftlicher Wandel vollzogen werden (vgl. Wichterich 2011). Ansätze feministischer Ökonomie fordern ebenfalls ein solidarisches Wirtschaftssystem anstelle des Konkurrenzprinzips des Neoliberalismus (vgl. Biesecker u.a. 2000; León 2008a). Der Mensch und seine Bedürfnisse sollen als Gegenstand und Ziel des Wirtschaftens verstanden werden, deshalb müssen Menschenrechte bei einer Neugestaltung zugrunde gelegt werden. So formulierte Christa Wichterich aus feministischer Perspektive „Gretchenfragen“, die sie an alle Zukunftskonzepte stellt: bezüglich der Spaltung zwischen Sorge- und

Marktökonomie und der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung, bezüglich der Machtasymmetrien zwischen Männern und Frauen, zwischen sozialen Klassen, Nord und Süd, bezüglich der Einlösung sozialer Rechte und des zugrunde liegenden Naturverhältnisses (vgl. Wichterich 2011).⁴

Das Buen Vivir debattiert alle diese Fragen. Es geht von der Grundlage der Menschenrechte und sozialer Gerechtigkeit aus. Zunächst legt der Verfassungstext die „Rechte des Guten Lebens“ (Art. 12 ff, 24) als Grundrechte fest. Sie beinhalten, was beispielsweise im feministischen Netzwerk „Vorsorgendes Wirtschaften“ (Biesecker u.a. 2000) unter dem Grundprinzip der Orientierung am für ein gutes Leben Notwendigen verstanden werden könnte: Die Rechte auf Nahrung, Wasser, eine saubere und intakte Umwelt, Zugang zu und Nutzung von Kommunikationstechnologien, kostenlose Bildung und Freiheit der Lehre, Ausübung kultureller Vielfalt, ein sicheres Obdach, Gesundheitsversorgung sowie Arbeit und soziale Absicherung (vgl. República del Ecuador 2008, 24-29).

Ich sehe ein gemeinsames Anliegen feministischer Ökonomie und des Buen Vivir darin, die Sphären des Ökologischen, Ökonomischen und Sozialen nicht weiterhin als voneinander losgelöst zu betrachten. Materieller Reichtum ist in beiden Theorien nicht unhinterfragt gleichzusetzen mit Wohlstand: Der Wert der Dinge für den Menschen soll vor deren Marktwert stehen (vgl. Acosta 2010). Dieser Logik folgend sind z.B. das Verbot der Privatisierung von Wasser und das Prinzip der Ernährungssouveränität im Buen Vivir verankert. Das Buen Vivir macht sich darüber hinaus auf die Suche nach neuen Indikatoren zur Wohlstandsmessung. Statt des rein wirtschaftlichen Wachstums müsse die Lebensqualität der Menschen anhand der Befriedigung von Bedürfnissen gemessen werden (vgl. SENPLADES 2009, 17). Es soll dabei einbezogen werden, welche Entfaltungsmöglichkeiten Menschen haben, nicht nur, wie viel und was sie besitzen. Die marktwirtschaftlichen Ziele müssen der Funktionalität natürlicher Systeme untergeordnet werden und gleichzeitig die menschliche Würde und die Verbesserung des Lebensstandards in den Blick nehmen (vgl. Acosta 2010, 17). Dies bedeutet auch, dass Ethik und Moral aus wirtschaftlichem Handeln nicht ausgeklammert werden dürfen, sondern dass ein neues Wirtschaftskonzept explizit normativ sein muss, was auch Feministinnen für notwendig erachten (vgl. Biesecker u.a. 2000, 32).

Das Naturverständnis im Buen Vivir

Das Buen Vivir kritisiert den exzessiven Neo-Extraktivismus. In lateinamerikanischen Ländern führt die Rohstoffpolitik das neokoloniale Verhältnis zu produzierenden Ländern fort und bestätigt eine wachstumskritische feministische Analyse, nach der das westliche Wohlstandsmodell nur auf Kosten von Kolonien zu erlangen ist (vgl. Bennholdt-Thomsen u.a. 1992). Dabei ist die (öko-)feministische Bezeichnung der Natur als weitere Kolonie hier durchaus anschlussfähig an die im Buen Vivir geäußerte Kritik. Beiden geht es um die Aufhebung hegemonialisierter Verhältnisse – zwischen Gesellschaft und Natur sowie zwischen Industrieländern und

ehemaligen Kolonien. Feministische Kritik arbeitet zudem die strukturellen Zusammenhänge der Geschlechterverhältnisse in diesem Rahmen heraus und fügt den zu überwindenden Machtverhältnissen auch jenes zwischen den Geschlechtern hinzu. Entwicklungskritische feministische Beiträge legen globale (und globalisierte) wirtschaftliche, politische und historische Zusammenhänge offen, welche weltweit über Chancenverteilung und Entwicklung entscheiden. Die Kritik am rein wirtschaftlich-industriellen Verständnis von Entwicklung steht dabei ebenso im Mittelpunkt wie die Geschlechterbeziehungen und gesellschaftliche oder politische Prozesse, durch die solche Differenzierungen aufrechterhalten oder modifiziert werden (vgl. Zdunnek 2004, 93). Da die hegemonialen Verhältnisse inhaltlich und strukturell zusammenhängen, muss aus feministischer Perspektive jede Strategie zur Aufhebung eines einzelnen dieser Verhältnisse auch die Aufhebung der anderen miteinbeziehen (vgl. Bennholdt-Thomsen u.a. 1992, 139). Das Buen Vivir wird in seiner argumentativen Herleitung zwar nicht so explizit, verlangt in seinen Ausführungen aber dennoch strukturelle Veränderungen, die auch patriarchale Strukturen auflösen können.

Es ist Bestandteil des Buen Vivir und eine Institutionalisierung indigener Philosophie, dass die Natur als Rechtssubjekt anerkannt wird. Der Verfassungstext führt aus: „Die Natur oder Pacha Mama, in der sich das Leben reproduziert und verwirklicht, hat das Recht, dass ihre Existenz sowie die Erhaltung und Regeneration ihrer Lebenskreisläufe, Strukturen, Funktionen und Evolutionsprozesse vollständig respektiert werden“ (Art. 71, 52). Das Buen Vivir unterscheidet das Recht der Menschen auf eine saubere und intakte Umwelt von dem Recht der Natur auf Erhaltung und Entfaltung und erkennt damit einen Eigenwert der Natur an, unabhängig von jedweden Nutzen für Menschen.

Dies weist Parallelen zu (öko)feministischen Auffassungen auf, die die Natur nicht nur im Zusammenhang mit menschlicher In-Wert-Setzung verstehen. Das dem feministischen Netzwerk „Vorsorgendes Wirtschaften“ zugrunde liegende Naturverständnis drückt sich beispielsweise in dem Begriff der „natürlichen Mitwelt“ (Biesecker u.a. 2000, 29f.) aus: Natur wird nicht, wie in der vorherrschenden marktwirtschaftlichen Sichtweise, als Ressource gesehen, im besten Falle als Umwelt des Menschen, sondern ist Partnerin und lebendige Mitwelt. Dies impliziert eine aktive Beziehung und macht respektvolles Handeln gegenüber der Natur unabdinglich. Auf diese Weise ist Leben eingebettet in menschliche Gemeinschaft und natürliche Mitwelt. Nichtmenschliches Leben erhält ungeachtet ökonomischer Verwertbarkeit einen Eigenwert.

Der Schritt, der Natur Rechte zuzugestehen, ist aus feministischer Sicht radikal. Die Perspektiven feministischer Ökonomie fordern das Abrücken vom androzentrischen Denken, das den weißen Mittelschichtmann im Wirtschafts- und Wertesystem als Norm nimmt (vgl. Bennholdt-Thomsen u.a. 1992; Zdunnek 2004). Aus einer emanzipatorischen (aber immer noch rein anthropozentrischen) Denkweise heraus müssen die Vielfalt an Lebensformen und Werten einbezogen und periphere Sichtweisen gleichrangig beachtet werden – die Subalternen müssen gehört werden. Dagegen

schaft das Buen Vivir erst einmal ein neues Subjekt, welches gehört werden muss. Acosta spricht von einem „Sozialbiozentrismus“, einem Sozialismus des guten Lebens, welcher die Fehler des Sozialismus im Umgang mit der Natur und bezüglich demokratischer Beteiligung überwinden müsse (vgl. Acosta 2010, 19). Darin lässt sich ein Abrücken von klassisch androzentrischen Sichtweisen und eine mögliche Verknüpfung mit feministischen Standpunkten erkennen. Zugrunde liegen zwar noch immer die Menschenrechte, die geachtet werden müssen. Die Vielfalt an Lebensformen erhält jedoch einen höheren Status im wirtschaftlichen Handeln. Deutlich wird das auch in einer Aufspaltung in den Begrifflichkeiten im Buen Vivir. Die natürliche Mitwelt wird einmal als „naturaleza“ bezeichnet, die für sich selbst steht. Zum anderen wird der Begriff „ambiente“ verwendet, der durch seine räumliche Dimension den Menschen einschließt. Er bezeichnet die natürliche Umwelt der Menschen, Natur im Verhältnis zu Menschen. Auf rechtlicher Ebene wird entsprechend zwischen „Naturrechten“ und „Umweltrechten“ unterschieden. Menschen(gruppen) können und müssen entschädigt werden, wenn Umweltschäden ihnen ein *vivir bien* unmöglich machen – ein Punkt, für den sich (öko)feministische Aktivistinnen bereits sehr früh einsetzten und der viele Frauen politisierte (vgl. z.B. Merchant 1991). Feministische Perspektive und Buen Vivir haben so den gleichen Ansatzpunkt: Der Subjektstatus, den die Natur im Buen Vivir erlangt, macht ein respektvolles Interagieren mit ihr notwendig. Dass menschlich-soziales Handeln ihr dabei rücksichtslos unterworfen wird, ist unwahrscheinlich – schließlich sind es nach wie vor Menschen und deren Gemeinschaften, die sich für die Rechte der Natur einsetzen müssen (dies ist ein vieldiskutiertes anthropozentrisches Dilemma des Konzepts). Es geht hier nicht darum, Natur in allen Bereichen unberührt sich selbst zu überlassen, sondern Systeme des Lebens, also menschliche Kollektive und Ökosysteme, in Einklang zu bringen; Nutzen zu ziehen und gleichzeitig zu gewährleisten, dass natürliche Prozesse und ursprüngliche Flora und Fauna erhalten bleiben (vgl. Acosta 2010, 20). Auch der Gedanke an zukünftige Generationen ist im Buen Vivir einbezogen (Artikel 395, 177). Beide, die Rechte der Menschen auf intakte Umwelt und ein Gutes Leben, sowie das Recht der Natur auf Erhaltung und Entfaltung, müssen im Buen Vivir gemeinsam angewendet und verteidigt werden (vgl. Acosta 2010, 20). Gleich zwei Wichterichsche „Gretchenfragen“ werden hier also beantwortet: zum einen werden bei der Entfaltung des Buen Vivir Menschenrechte und die Erlangung sozialer Gerechtigkeit zugrunde gelegt. Zum anderen wird das bisherige Naturverhältnis massiv in Frage gestellt und (rechtliche) Strukturen für eine Neugestaltung geschaffen. Aus den Rechten der Natur leitet sich ab, sie nicht unter rein vermarktungstechnischen Aspekten zu betrachten. Die „De-Merkantilisierung der Natur“ (Acosta 2010, 20) muss erfolgen. Das hat Folgen für die staatliche Rohstoffpolitik: So ist (im theoretischen Konzept des Buen Vivir, das in der Praxis leider noch viel zu selten umgesetzt wird) beispielsweise die Zustimmung indigener Nationalitäten einzuholen, wenn in deren Territorien Ressourcen gefördert werden sollen, Rohstoffvorkommen sollen in großen Teilen verstaatlicht und damit der Willkür multinationaler

Unternehmen entzogen werden. BürgerInnenentscheide über Infrastrukturprojekte sollen abgehalten werden.

Das Buen Vivir bietet vielzählige Schnittpunkte mit feministischen Diskussionen um verschiedene Formen von Selbstorganisation, Gemeingüter und um die Verteilung und Verwaltung von sowie den Zugang zu Ressourcen. So ist ein weiteres Grundrecht der Menschen in Ecuador, und im Sinne der oben erwähnten De-Merkantilisierung auch ein Naturrecht, das Verbot der Privatisierung von Wasser (vgl. Art. 12, 24; Art. 282, 139). Die zahlreichen und intensiven Kämpfe um Wasser im Andenraum machen deutlich, welche weit reichende politische Bedeutung dieses Verbot hat. Auch die Geschlechterverhältnisse sind von dieser Regelung betroffen: Frauen und Mädchen sind aufgrund von tradierten Rollenzuschreibungen in Teilen Ecuadors noch immer zuständig für die tägliche Beschaffung von Trinkwasser. Die gesicherte Versorgung mit sauberem Wasser und sanitären Anlagen ist eine unabdingbare Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit und Entwicklung, insbesondere von Frauen und Mädchen – angefangen beim Schulbesuch bis zur aktiven Teilhabe im Erwerbsarbeitsleben (vgl. Women Major Group 2011, 6). Die feministische Ökonomin Magdalena León aus Ecuador bewertet diesen Punkt des Buen Vivir als zentral, um die Lebensdienlichkeit öffentlicher Güter wieder vor deren Rolle als Spekulationsobjekte privater Interessen zu stellen (vgl. León 2008a).

Das Konzept der Ernährungssouveränität ist ein weiterer Bestandteil der neuen ecuadorianischen Verfassung (vgl. Art. 281, 138). Bis zu 95% der Lebensmittel Ecuadors stammen aus kleinbäuerlicher Produktion. Bisher wurden große Mengen für den Export verwendet und den Menschen der Zugang zu erschwinglichen Lebensmitteln erschwert. Das im Globalen Süden entwickelte Konzept der Ernährungssouveränität stellt sicher, dass der würdevolle Zugang zur Befriedigung materieller Bedürfnisse Einzelner gesichert wird (vgl. Espinel 2011). Dafür sind die Umsetzung von Landreformen und die Einführung einer neuen Subventionspolitik, wie sie die Verfassung im Rahmen des Buen Vivir vorsieht, vonnöten (vgl. Art. 281 Abs. 4 und 281 Abs. 5, 138). Das Vorhaben, die Wirtschaftsweise solidarisch und sozial zu gestalten, wird so in diversen Dimensionen auf ein solides Fundament gestellt. Aus feministischer Perspektive betrachtet, leistet dies einen wichtigen Beitrag zu einer ökologisch und sozial gerechten Gesellschaft. Lebensnotwendige Güter werden der Spekulation und marktwirtschaftlichen Zwängen entzogen. Die internationale Organisation von Kleinbauern und Kleinbäuerinnen Via Campesina hat das Konzept der Ernährungssouveränität mitentwickelt. Eine Aufnahme in die Verfassung ist bisher nur in wenigen Ländern durchgesetzt worden und verspricht familiären und Kleinbetrieben weitgehende Vereinfachung in der Selbstversorgung und im Handel. Ein „Bauernrat“ wurde in Ecuador gebildet und tritt für die Umsetzung der Rechte kleinbäuerlicher Betriebe ein. Auch auf ursprüngliches Wissen und indigene Anbauweisen wird im Buen Vivir zurückgegriffen, verknüpft mit dem freien Handel mit Saatgut (Art. 281 Abs. 6, 138). Die Rückorientierung auf den Binnenmarkt, Transformationshebel für eine Neugestaltung wirtschaftlicher und sozialer Verhältnisse, nimmt

auf diese Weise Gestalt an. Der „neokoloniale-neoliberale Sozialpakt“ (Wichterich 2011) wird stückweise aufgekündigt. Gerade die Geschlechterdimension ist davon betroffen, da ein Großteil der in prekären Verhältnissen im Agrarsektor Beschäftigten Frauen sind (vgl. León 2011). Sie werden durch das Konzept der Ernährungssicherheit ebenso gestärkt wie durch das gewandelte Verständnis von Arbeit.

Der Arbeitsbegriff im Buen Vivir

Das Buen Vivir nimmt eine umfassende Neubestimmung des Begriffs von Arbeit und deren Stellenwert im Wirtschaftssystem vor. Die Verfassung geht im Kapitel „Arbeit und Produktion“ auf weiter gefasste Begriffe produktiver Tätigkeiten ein:

Es werden vielfältige Formen der Organisation von Produktion in der Wirtschaft anerkannt, unter anderem kommunitäre, kooperative, betriebliche, öffentliche und private, assoziative, familiäre, haushaltliche, autonome und Mischformen. Der Staat fördert jene Formen von Produktion, die ein gutes Leben (Buen Vivir) der Bevölkerung sichern, nicht aber solche, die gegen ihre Rechte oder die der Natur verstoßen. (Art. 319, 151).

Im Weiteren wird konkretisiert:

Der Staat garantiert das Recht auf Arbeit. Es werden alle Formen von Arbeit anerkannt, in Abhängigkeitsverhältnis oder autonom, inklusive Arbeiten der Subsistenz und menschlichen Pflege, und alle Arbeiterinnen und Arbeiter gelten als produktive soziale AkteureInnen. (Art. 325, 152).

Die Notwendigkeit einer solchen Neubestimmung sieht auch feministische Kritik gegeben. Vertreterinnen feministischer Ökonomie fordern seit langem eine

Umverteilung und Umbewertung aller Arbeit, sorgeorientierter und marktförmiger, unbezahlter und bezahlter Arbeit, basierend auf einer Neudefinition von Arbeit, die nicht nur von Markt und Effizienz bestimmt ist, sondern Sorge- und Subsistenzarbeit sowie Formen informeller Arbeit, der Naturnutzung und Ressourcensparens einschließt und Geschlechterstereotype aufbricht. (Wichterich 2011, 7).

Der Diskurs um Care-Ökonomie kritisiert, dass die Marktwirtschaft kostenlose Sorgearbeiten ebenso wie den Verbrauch von Naturressourcen aus ihren Berechnungen ausschließt. Die im Bereich des Privaten aufgrund sozialer Rollenzuschreibungen meist von Frauen verrichtete Sorgearbeit wird unhinterfragt als existent vorausgesetzt, die „natürlichen“ Grundlagen des Wirtschaftens ebenso – und beide werden nicht als wertschaffend (an)erkannt. Neben einer Umbewertung von Arbeit ist zusätzlich eine Umverteilung von Reichtum notwendig, beispielsweise durch Besteuerung, um monetäre Machtstrukturen aufzubrechen, soziale Rollenbilder zu verändern und mehr Gerechtigkeit zu ermöglichen (vgl. Wichterich 2011, 7). Dies ist im Buen Vivir ebenfalls vorgesehen (vgl. Art. 285 Abs. 2, 141).

Das ecuadorianische Buen Vivir entwirft mit dem neuen Arbeitsbegriff und dem neuen Naturverständnis also einen Gesellschaftsvertrag, der ökologische Ressourcen und menschliches soziales Handeln als Grundlage des Wirtschaftens anerkennt

und Care-Arbeit ebenso wie Natur(ressourcen) als produktiv einbezieht. Damit sind große Gemeinsamkeiten mit feministischen Forderungen gegeben (vgl. Genant u.a. 2011, 1). Schließlich wird die von Feministinnen nördlicher Länder ebenso wie von Vertreterinnen südlicher Frauenorganisationen (vgl. León 2008a) geforderte Anerkennung in Artikel 333 explizit benannt: „Unbezahlte Subsistenz- und Pflegearbeiten, die zuhause verrichtet werden, werden als produktive Arbeit anerkannt.“ (Art. 33, 156). Die im bisherigen Modell von Wirtschaft enttante, weil meist im privaten Haushalt geleistete Sorgearbeit⁵, wird begrifflich gleichgestellt mit monetär entlohnter, im bisherigen Wirtschaftssystem als einzig produktiv wahrgenommener Arbeit. Das Buen Vivir stellt also, ebenso wie feministische Ansätze, die Frage nach der Spaltung von Markt- und Sorgeökonomie und den Machtasymmetrien zwischen Männern und Frauen und zeigt einen Lösungsansatz auf. Dieser erweiterte Arbeitsbegriff zieht eine Reihe von Konsequenzen nach sich. So wird im Rahmen des ecuadorianischen Buen Vivir ein Arbeitsmodell angestrebt, das explizit im Einklang mit menschlichen Sorgebedürfnissen steht, also Dienstleistungen, Infrastruktur und Arbeitszeitmodelle entsprechend ausrichtet. Darüber hinaus soll die Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen ausgebaut werden (Art. 333, 156). Im letzten Satz des Artikels wird die gesellschaftliche Ungleichverteilung dieser Arbeiten zwischen Männern und Frauen aufgegriffen: „Der Staat (...) fördert die gemeinsame Verantwortlichkeit und die Reziprozität von Männern und Frauen in haushaltlicher Arbeit und familiären Pflichten.“ (ebd.). Diese Formulierungen sind bedeutsam, nicht nur für ecuadorianische Frauen. Setzen sich die Neuerungen bis auf die gesetzliche Ebene durch, das heißt, werden ArbeitgeberInnen tatsächlich verpflichtet, neue Zeitmodelle, eine verbesserte Infrastruktur etc. anzubieten (bisher geschieht dies leider nicht), könnten massive Umverteilungen auch im Bereich der Erwerbsarbeitstätigkeit erreicht werden. Feministische Ideen zu Teilzeitmodellen könnten zusammen mit ausgebauter Kinderbetreuung und verbesserten Pflegestrukturen eine neue Stellung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und im öffentlichen Leben ermöglichen. Eine Neujustierung lebenslaufbegleitender Institutionen muss die Verbindung von Bildungs-, Erwerbs- und Sorgearbeit individuell gestaltbar machen und damit die traditionell nach Geschlecht getrennten Lebenswege auflösen. Die Neubewertung aller gesellschaftlich notwendigen Arbeitsformen ist dafür unabdingbare Voraussetzung (vgl. Genant u.a. 2011, 6). Die Festschreibung des Buen Vivir in der Verfassung macht diese Absichten einklagbar und ist damit zentrales Umsetzungsinstrument. Weitere wichtige Voraussetzung für die Teilhabe im Erwerbsarbeitsleben ist – gerade für Mädchen und Frauen, die aus finanziellen Gründen allzu oft im Haushalt verbleiben – der Zugang zu Bildung. Im Rahmen des Buen Vivir soll kostenlose Bildung bis in den tertiären Bereich garantiert werden (vgl. Art. 28, 28). Darüber hinaus beinhaltet das Buen Vivir die Einführung einer allgemeinen Sozialversicherung auch für unbezahlte ArbeiterInnen und Arbeitslose (vgl. Art. 34, 29). Weitere für Geschlechtergerechtigkeit grundlegende Weichenstellungen im Buen Vivir sind unter den „Rechten des Guten Lebens“ erfasst, beispielsweise die allgemeine körperliche,

psychische, moralische und sexuelle Integrität (vgl. Art. 66 Abs. 9, 48), reproduktive Rechte, das Recht auf Freiheit der sexuellen Orientierung und Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften (vgl. Art. 66 Abs. 3a, 47), eine allgemeine und kostenlose Gesundheitsversorgung sowie der Grundsatz des Gender Mainstreaming in allen Praktiken und Politiken des Staates Ecuador (vgl. Art. 70, 52).

Das Buen Vivir als Utopie

Es ist deutlich geworden, dass feministische politische Ökonomie und Buen Vivir Vorstellungen der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Transformation teilen. In Hinblick auf den Arbeitsbegriff greifen feministische Theorie und die in der ecuadorianischen Verfassung vorgenommene Neubewertung ineinander. In Bezug auf den Umgang mit der Natur hat das Buen Vivir den Schritt gewagt, ihr eigene Rechte zuzusprechen und ist damit (öko)feministischen Forderungen voraus. Feministische Theorie könnte Impulse aus der dem Buen Vivir zugrunde liegenden indigenen Vorstellungswelt ziehen, bleibt erstere doch leicht verhaftet in westlichen Gesellschaftsmustern und Argumentationen. So kann beispielsweise die weibliche Personifizierung der Natur im Konzept der Pacha Mama kritisiert werden – im Anschluss an die Kritik vergeschlechtlichter Naturkonzeptionen im Allgemeinen (vgl. z.B. Moeckli/Braun 2001) – hier werden allerdings m.E. die Auswirkungen auf das Verhalten menschlicher Gesellschaften und die Vorstellungswelt nicht anerkannt. Im Gegenzug könnte das Buen Vivir in seiner argumentativen Herleitung noch deutlicher auf die Zusammenhänge zwischen Geschlechterverhältnis, wirtschaftlichem Handeln und gesellschaftlichem Wohlstand eingehen. Wichtig erscheint mir jedoch, dass die gemeinsamen postulierten Ziele hervorgehoben und weiter getragen werden. Ein fruchtbares Beispiel dafür ist die ecuadorianische Organisation Fedaeaps (Fundación de Estudios, Acción y Participación Social – Stiftung für Studien, Aktionen und soziale Teilhabe, Übers. A.G.), die unter anderem Belange feministischer politischer Ökonomie und des Buen Vivir zusammenbringt (www.fedaeps.org).

Die Transformationen, die das Buen Vivir anstrebt, haben konkrete wirtschaftstheoretische Konsequenzen im Sinne eines „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ (Rafael Correa). Im Grunde geht diesen jedoch ein gesellschaftlicher Wandel voraus, ein Umdenken in den Köpfen der Menschen. Die Neubewertung von Arbeit als zentralem gestaltenden Element des Wirtschaftens und die Anerkennung der Natur als (Rechts-)Subjekt sind nur zwei Aspekte eines tief greifenden Paradigmenwechsels, der eine neue Perspektive auf die Lebenswelt ermöglicht und den Fokus auf die Lebensdienlichkeit aller wirtschaftlichen Aktivitäten richtet. Die Festschreibung des Grundsatzes des Guten Lebens in einer Verfassung ist von hoher Bedeutung. Auch wenn es derzeit augenscheinlich bei Worten geblieben ist und den Regierungen von Ecuador und Bolivien, das gleichfalls das Konzept des Vivir Bien in der Verfassung verankert hat, ein eklatanter Mangel an Wille zur Umsetzung, wenn nicht sogar eine Missachtung der postulierten Ziele vorgeworfen werden kann, so hat doch der Prozess der Verfassungsgebung die gesamte Bevölkerung involviert und sensibilisiert.

Utopische Momente sind in Bezug auf das Buen Vivir insbesondere dann zu erkennen, wenn der Prozess der Entstehung in den Blick genommen wird: Partizipation lautet das Schlüsselwort. Aus allen Teilen des Landes und aus allen Bevölkerungsschichten wurden im Verfassungsprozess 2006-2008 utopische Vorstellungen eines Guten Lebens zusammengetragen. In Form von Agenden und bei öffentlichen Sitzungen wurden unter dem Vorsitz Alberto Acostas vielfältige Ideen gesammelt und großer Aufwand betrieben, um diesen bei der Ausformulierung gerecht zu werden. In diesem Sinne kann das Buen Vivir wohl im klassischen Sinne mit Bloch als „konkret werdende Utopie“ gesehen werden, die reale Möglichkeiten von sozialer Veränderung enthält. Einem zukünftigen Gesellschaftszustand nähert sich die Gesellschaft dabei experimentierend an, indem die Bedürfnisse aller Beteiligten ständig neu erörtert werden. Strukturelle Ansätze zu mehr Geschlechtergerechtigkeit und ökologischer Gerechtigkeit sind als reale Optionen beinhaltet. Was genau das Gute Leben ermöglicht, wird in gesellschaftlichen Prozessen und politischen Entscheidungen gemeinsam ausgehandelt (vgl. Acosta 2010; Gudynas 2011). Die aktive Einbeziehung der Bevölkerung und die ständig weiter zu verhandelnde Definition des Guten Lebens und der Prozesse, die dorthin führen, sind im Bewusstsein der Menschen seit Jahren präsent. Ein „Volk von PhilosophInnen“ (Bennholt-Thomsen 2011) nimmt die Debatte selbst in die Hand und überlässt die Gestaltung nicht nur TechnokratInnen und ExpertInnen, wie es in Ländern des Globalen Nordens allzu oft geschieht. Zusammen mit Verfassungsparagrafen, auf die Bezug genommen werden kann, wird nicht zuletzt auf diese Weise der beabsichtigte Wertewandel greifbar. Damit eine Gesellschaft (geschlechter-)gerecht wird und handelt, braucht es einen Transformationsprozess, der alle einbezieht und der den Paradigmenwechsel von unten angeht – gesellschaftliche Wohlfahrt kann auch in feministischen Utopien nur vieldimensional und vielfältig entwickelt werden (vgl. Genant u.a. 2011, 4).

Das Buen Vivir hat darüber hinaus insofern utopische Züge, als es eine „kritische Verneinung der gegenwärtigen Zeit mit Aussicht auf eine bessere Zukunft“ (Bach 1999, 18) vornimmt. In den Worten des deutschen Sozialpsychologen Harald Welzer ausgedrückt, ist derzeitige Realpolitik Illusionspolitik, und was Utopismus ist, ist Realismus, da utopische Handlungsmaxime insofern realistisch sind, als sie davon ausgehen, dass so wie bisher nicht weitergemacht werden kann. Es braucht einen fundamentalen Wandel, und zwar keinen im Rahmen bestehender Praktiken, sondern einen Wandel des Rahmens selber (vgl. Habermann 2012).

Die dem Buen Vivir zugrunde liegende postkoloniale Kritik am hegemonialen Entwicklungsverständnis und an den entsprechenden Politiken schließt eine kritische Betrachtung der sozialen Gegenwart (nicht nur) in Ecuador notwendigerweise mit ein. Das Buen Vivir bedient sich dabei der Projektion einer alternativen sozialen Ordnung, die z.B. im Plan Nacional para el Buen Vivir 2009-2013 schrittweise für gesellschaftlich und wirtschaftlich relevante Bereiche dargelegt wird. Die Negierung dessen, was ungewollt ist, spielt dabei eine wichtige Rolle: In der Theorie des Buen Vivir sind das unter anderem westliche Wohlstandsmodelle und deren Mess-

verfahren, kapitalistische Systemzwänge wie die Abhängigkeit von Exporteinnahmen und die Vernachlässigung des Binnenmarktes oder, auf konkreter Ebene, eine Ausbeutung der Natur oder menschlicher Arbeitskräfte. Bei allen expliziten Formulierungen des Verfassungstexts und der Regierungsprogramme ist bezüglich des utopischen Charakters des Buen Vivir jedoch der Effekt, den der gesamte Prozess auf die ecuadorianische Gesellschaft hatte, am bedeutsamsten.

Als ein Beispiel dafür, wie Verfassungstext und bürgerliches Engagement positiv ineinander greifen können und eine Gesellschaft sich damit einer Utopie konkret annähern kann, sei die Initiative Yasuní ITT genannt. Diese setzt sich dafür ein, dass die Rohstoffvorkommen unter einem Naturschutzgebiet gegen Entschädigungszahlung durch die Weltgemeinschaft dort belassen werden. Dies entspricht einer Care-Logik, die Schonung und Nicht-Handeln in Bezug auf Naturressourcen als Optionen sieht (vgl. Biesecker u.a. 2000, 50).⁶ Auf nationaler wie internationaler Ebene kämpft die Initiative Yasuní ITT um eine Fortführung – und kann sich dabei immer wieder auf die Verfassung berufen. So lässt der Artikel 407 rechtliche Schritte zu und gibt den VertreterInnen der Umweltschutzorganisationen wichtige Mittel zur Verteidigung der Rechte der Natur an die Hand. Dort ist festgehalten, dass die Förderung fossiler Rohstoffe in geschützten Gebieten verboten ist und, wenn überhaupt, erst nach Zustimmung der Bevölkerung angegangen werden darf (vgl. Art. 407, 180). Es lassen sich Parallelen ziehen zur Anführung des Gleichstellungsparagrafen im Grundgesetz in verschiedenen Debatten in Deutschland – Festschreibungen in der Verfassung eines Landes geben engagierten BürgerInnen die Möglichkeit, Rechte einzuklagen. Dies ist wohl umso bedeutsamer, als, wie bereits erwähnt, die Regierungen nahezu autistisch den bisherigen Weg weiterverfolgen: verhaftet in alten Entwicklungsmodellen, Rollenbildern und Machtverhältnissen.

Bei aller verfassungsmäßigen Festschreibung darf nicht vergessen werden, dass das Buen Vivir noch immer als offenes Konzept kursiert und beständig Erweiterung erfährt. Eduardo Gudynas bezeichnet es als ein „Konzept in Konstruktion“ (Gudynas 2011), welches kulturell veränderbar sei, ohne dabei seinen Grundgedanken zu verlieren: Kein dolce vita für wenige, sondern ein gutes Leben für alle, in Vielfalt und Gleichberechtigung und in Einklang mit der Natur und ihren Bedürfnissen. Das Buen Vivir hat offenbar das Potenzial, eine gesellschaftliche Eigendynamik zu entwickeln. So gilt es, auch in den nördlichen Ländern diese „Stimmen der Peripherie“ (Acosta 2010, 9) wahr- und ernst zu nehmen bei der gemeinsamen Suche nach alternativen, gerechten Modellen des Wirtschaftens und Zusammenlebens. Die Einbeziehung der Sicht „von unten“ (Zdunnek 2004, 92) erinnert die wirtschaftlich Handelnden dabei an die Grundlagen und die Zielrichtung dieses Handelns. Eine konsequente Umsetzung des Buen Vivir benötigt viel Zeit, politische Konsequenz und Stabilität, demokratische Beteiligung sowie eine regulierte Wirtschaft und ist damit ein Prozess, der ganze Generationen betrifft. So plädiert auch der portugiesische Soziologe Boaventura de Sousa Santos dafür, sich lieber heute als morgen an die zivilisatorische Neugestaltung zu machen (vgl. de Sousa Santos nach León 2008b, 139).

Anmerkungen

- 1 Beiratspartner: genanet, Deutscher Frauenrat, Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg, Katholische Frauengemeinschaft Deutschland (KfD) und Verband deutscher Unternehmerinnen (VdU). Projektstart im April 2011. Nähere Informationen unter www.genanet.de/greeneconomy.html.
- 2 Zum Verfassungsprozess vgl. Secretaría Nacional de Planificación y Desarrollo SENPLADES (2009), Plan Nacional para el Buen Vivir, sowie die Präsentation auf der dort beiliegenden CD-Rom.
- 3 Zitate des Verfassungstextes sind dem Dokument „República del Ecuador, 2008: Constitución de la República del Ecuador, Quito“ entnommen, sie werden hier jeweils nur mit Artikel- und Seitenangabe zitiert, Übersetzungen: AG.
- 4 Fachgespräch am 11. November 2011, organisiert von der AG Frauen im Forum Umwelt & Entwicklung und genanet, mit dem Titel „Green Economy – Wirtschaften für nachhaltige Lebensbedingungen. Erkenntnisse zu politischen Perspektiven gender_gerechten Wirtschaftens“ u.a. mit einem Vortrag von Christa Wichterich. Der zitierte Artikel kommt diesem inhaltlich sehr nahe und wurde deshalb als Quelle verwendet.
- 5 Wie aus feministischer Sicht diese Entnennung erklärt werden kann, erörtern die Beiträge von Gabriele Michalitsch und Beatrice Müller in diesem Heft.
- 6 Das Diskussionspapier zu Care von Daniela Gottschlich im Rahmen des Projekts „Green Economy: Gender_Gerecht“ geht ebenfalls näher auf das Beispiel Yasuní ein. Internet: genanet.de/fileadmin/downloads/Green_Economy/Hintergrundpapier_Care_de.pdf.

Literatur

- Acosta**, Alberto, 2010: *El Buen Vivir* en el camino del post-desarrollo. Una lectura desde la Constitución de Montecristi. Quito.
- Bach**, Ana Maria, 1999: Utopie, Philosophie und Feminismus. In: *Widerspruch* 33 (1), 15-19
- Bennholdt-Thomsen**, Veronika/**Mies**, Maria/**von Werlhof**, Claudia, 1992: *Frauen, die letzte Kolonie*. Zur Hausfrauisierung der Arbeit. Zürich.
- Bennholdt-Thomsen**, Veronika, 2011: *Vivir Bien – Gut leben! Briefe aus Bolivien und Ecuador (I+II)*, Internet: www.social-innovation.org/?p=3307 und www.social-innovation.org/?p=3303 (27.12.2012)
- Biesecker**, Adelheid/**Mathes**, Maite/**Schön**, Susanne/**Scurell**, Babette (Hg.), 2000: *Vorsorgendes Wirtschaften. Auf dem Weg zu einer Ökonomie des Guten Lebens*. Bielefeld.
- Espinell**, Ramón L. ecuadorianischer Agrarminister, im Interview mit der Agència Catalana de Cooperació al Desenvolupament, Videoquelle, Internet: www.youtube.com/watch?v=msEvquSKP5s (Stand 17.9.2012)
- Genanet/Deutscher Frauenrat/Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg/Katholische Frauengemeinschaft Deutschland/Verband deutscher Unternehmerinnen**, 2011: *Diskussionspapier Green Economy Gender_Gerecht*, Internet: www.genanet.de/fileadmin/downloads/Green_Economy/Diskussionspapier_alle.pdf (27.12.2012)
- Gudynas**, Eduardo, 2011: *Buen Vivir: Germinando alternativas al desarrollo*. In: *América Latina en movimiento* 462 (2), 1-20.
- Habermann**, Friederike, 2012: *Ecomony: Strukturelle Gemeinschaftlichkeit statt Negatives Wachstum*. Internet: feministischeoekonomie.wordpress.com/2012/10/24/friederike-habermann-ecomony-strukturelle-gemeinschaftlichkeit-statt-negatives-wachstum/ (15.11.2012)
- Langer**, Michael, 2008: *Eine neue Verfassung für Ecuador? Eine Analyse des Verfassungsentwurfs*. In: *Kurzberichte der Friedrich-Ebert-Stiftung*. Quito.
- Larrea**, Ana María, 2010: *La disputa de sentidos por el Buen Vivir como proceso contrahegemónico*. In: Secretaría Nacional de Planificación y Desarrollo, 2010: *Los nuevos retos de América Latina: Socialismo y el sumak kawsay*. Quito.

- León, Magdalena**, 2008a: Después del 'desarrollo': el 'Buen Vivir' y las perspectivas feministas para otro modelo en América Latina. In: Umbrales, 18 (1), 35-44.
- León, Magdalena**, 2008b: El Buen Vivir: objetivo y camino para otro modelo. In: Análisis: La Nueva Constitución, La Tendencia. August 2008. Quito.
- León, Irene**, 2010: Ecuador, la tierra, el Sumak Kawsay y las mujeres. In: León, Irene (Hg.): Sumak Kawsay / Buen Vivir y cambios civilizatorios. Quito.
- Merchant, Carolyn**, 1991: Radical Ecology. New York.
- Moeckli, Jane/Braun, Bruce**, 2001: Gendered Nature: Feminism, Politics and Social Nature. In: Castree, Noel/Braun, Bruce (Hg.): Social Nature. Theory, Practice, and Politics. Oxford, 112-132.
- República del Ecuador**, 2008: Constitución de la República del Ecuador. Quito.
- Secretaría Nacional de Planificación y Desarrollo (SENPLADES)**, 2009: Plan Nacional para el Buen Vivir 2009-2013. Quito.
- Wichterich, Christa**, 2011: Kapitalismus mit Wärmedämmung. In: Frauenrat - Informationen für die Frau (5), 5-7.
- Women Major Group**, 2010: A Gender Perspective on the Green Economy, Position Paper, In: ternet: www.wecf.eu/english/articles/2011/02/green_economy_MARCH_6.pdf (Stand 17.09.2012)
- Zdunnek, Gabriele**, 2004: Ausschluss aus der Moderne, Drittweltisierung und Nachhaltigkeit. Zur feministischen Kritik der Entwicklungstheorie. In: Gerlach, Olaf/Kalming, Stefan/Kumitz, Daniel/Nowak, Andreas (Hg.), 2004: Peripherie und globalisierter Kapitalismus. Zur Kritik der Entwicklungstheorie. Frankfurt/M., 90-110.

„Commons will become increasingly important for feminists movements in Europe“

Interview mit Silvia Federici

Silvia Federici, geboren 1942 im italienischen Parma, lebt und arbeitet seit vielen Jahren in New York City. Sie ist feministische Aktivistin, Autorin und emeritierte Professorin für politische Philosophie und internationale Politik. 1972 war sie Gründungsmitglied des International Feminist Collective, das die internationale „Lohn für Hausarbeit“-Kampagne initiierte. Sie hat zahlreiche Bücher und Essays zu marxistischer und feministischer Theorie und zur Globalisierungskritik und neuerdings zum Konzept der Commons (Gemeingüter) veröffentlicht. 2012 erschienen ihre Bücher „Aufstand aus der Küche. Reproduktionsarbeit im globalen Kapitalismus und die unvollendete feministische Revolution“ und „Caliban und die Hexe. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation“ in deutscher Übersetzung.¹ Magdalena Freudenschuss und Alexandra Scheele haben sie gebeten, für diesen Schwerpunkt schriftlich einige Fragen zu beantworten.

***Femina Politica:** Since the onset of the 2008 financial crisis, we've heard about many different justifications and criticisms of the global system, coming from li-*

*berals, from Marxists and other critics on the Left. But we haven't heard a lot of feminist explanations for what occurred. What does a feminist critique of finance capitalism look like?*²

Silvia Federici: Finance capitalism is not very different in nature from capitalism, in general. The idea that there is something more wholesome about production-based capitalism is an illusion we must abandon. It ignores the fact that finance capitalism is also based on production, and unequal and exploitative class relations, although in a more circuitous way. A feminist critique of financial capitalism, then, cannot be substantially different from a critique of capitalism in every other form. Nevertheless, looking at finance capitalism from the viewpoint of women, we can gain insights into some of the ways in which our everyday reproductive labor and the relations between women and capital have changed. We see, first, that financial transactions – whether they are based on credit cards, student loans, or mortgages – have become part of our everyday means of subsistence. Like male workers, many women have come to rely on them to make ends meet and to satisfy their desires. This by itself indicates that the world of finance is not a fictitious sphere of capitalist relations but reaches deeply into our day-to-day lives. It also indicates that, increasingly, women now confront capital directly, rather than through the mediation of the male wage, as had been the case for women who worked exclusively in the home, or through the mediation of the state, as was and remains the case for women on welfare and other forms of social assistance. Indeed, through the entanglement of finance capital in the working of our daily lives, financialization has become one of the main reasons for confrontation between women and capital, and this is an international phenomenon.

We see the same dynamics arising with the development of micro-credit in Africa, Latin America, and parts of Asia. Micro-finance has become one of the main tools by which international agencies have attempted to bring a whole population of women formerly engaged in subsistence economies under the control of global monetary relations, that is, by encouraging them to see themselves as market entrepreneurs and to take out loans for small enterprises. While these programs have been heavily promoted by investors, banks and “development” professionals in the global North, they have proven to be one of the most contested policies directed towards women worldwide, since far from “empowering” women (as the rhetoric goes), they are turning them into debtors and, in this way, transforming their daily micro-reproductive/marketing activities into sources of value-creation and accumulation for others. In some cases (e.g., in Bolivia in 2002), women have besieged the banks to protest their debts and the extortionist policies banks and lenders have enforced. There have also been cases of women who have hanged themselves because they could not pay back their debts.

This situation shows that when we speak of a “financial crisis,” we must be very careful not to assume that we are speaking of one reality alone. For surely the massive

indebtedness that women have incurred both in the North and the South, through credit cards, loans or micro-credit, is a financial crisis in itself!

As for the other financial crisis, the one which capital declared began in 2008 and which continues to this day, we can see that it amounts to one more twist and turn in a process that has been unfolding now for 35 years, starting in the mid 1970s, when I wrote my first paper on women and the crisis. At the time, the economic crisis could have been interpreted as a contingent phenomenon caused by the sudden hike in the price of oil, in the wake of the oil embargo imposed in 1974, which then triggered an inflationary spiral affecting all prices, especially agricultural and energy prices. To many of us, however, it was clear that this was but the first salvo of a war against workers that has lasted to this day, attempting to regain at the pump and the supermarket what employers had been forced to concede on the factory floor or in the welfare office. As I wrote at the time, to a large extent, capital's crisis was artificially created to restore work-discipline and adequate profit-rates, which the struggle of the 1960s and 1970s in the colonies and the metropolitan area had undermined.³

Since then, we have been living in a state of permanent crisis, insofar as global capitalism has been waging a continuous attack on people's means of subsistence, and on women's, in particular. This has been especially devastating for women in Africa, Latin America, and Asia. The difference today is that the crisis has been unleashed on populations that by now have nothing left; the attack has also been extended to once relatively affluent people in Europe and North America. Its objectives, and the effects it has on women, are predictable, however. Not surprisingly, the reports on this subject stemming from international institutions (like the United Nations) are increasingly formulaic. Once again, we hear that "the conventional conceptual frameworks used to design macro-economic policies are gender blind." We nonetheless hear about "the disproportionate burden women bear in the financial crisis," and the negative impact this will have on their access to education and healthcare. We are told that the crisis "threatens women's meager gains" and will lead to a further expansion of women's unpaid and "informal" labor. How many times have we heard these laments, often from women themselves (self-described feminists included) who are totally complicit with the institutional system responsible for the policies that have caused the crisis in the first place, over which now they shed crocodile tears?

Clearly, employers and the state once again expect women to absorb the cost of the new austerity programs being introduced and to compensate both for the cuts in social services and for the increased costs of food, fuel and housing with extra labor, both in the home and outside the home. This is what British Prime Minister David Cameron's "Big Society" program is about: downloading the costs of reproduction from society and government onto women – never mind demanding a greater share from corporations and capital, despite the fact that they depend on that reproduction. The financial crisis is an excuse to extend these policies.

FP: *You promote the concept of the commons very strongly. We have the impression that so far this concept has rather been marginal within current feminist debates. In what respects would you consider the politics of the commons an appropriate way for feminists to intervene in the political economy?*

S.F.: Outside Europe, the question of the commons has already become a key issue for feminists, inspired, on the one hand, both by the neo-liberal drive to enclose lands, waters, forests and, on the other hand, by the many forms of collective reproduction (e.g., collective kitchens, urban gardens) that women have created in response to economic liberalization and the austerity programs it has imposed. I am thinking here of the work of feminists like Vandana Shiva, who for years has fought against the material and spiritual impoverishment that new land and water “enclosures” have produced. Among others, Shiva has argued that women are those most negatively affected by the destruction of the existing “commons”; for the same reason, they are the people most interested in their preservation, having a more precarious relation to monetary income and being directly responsible for the reproduction of their families and communities. Shiva has also documented some of the struggles that women are undertaking to prevent the logging of forests, like the battle of the Chikpo Movement in India, and the many campaigns in which she has herself participated against the privatization and commercialization of natural resources and knowledge systems. Her work, “Earth Democracy” (2005) is dedicated to the question of the commons.

I am convinced that the question of the commons will become increasingly important for feminist movements in Europe as well, since it is the main vehicle through which we can imagine an alternative to capitalist society as well as to the crisis involving our reproduction. Because waged work is becoming more precarious and all forms of state investment in pensions, healthcare, education are quickly vanishing, the construction of new forms of co-operations providing for our needs and forming a base from which to confront the state is becoming an urgent necessity in Europe, too. Solidarity economies (time banks, urban gardens, community-run nurseries and daycares) are already proliferating. As the crisis intensifies, these initiatives will increase, as appears to be happening today in Spain and Greece. Most importantly, the principle of the commons expresses our aspiring to become a society governed by cooperation rather than by competition, a society in which decisions concerning our lives are made collectively and from the ground up, and in which we have access to the wealth we produce, rather than having it expropriated from us. For feminists the principle of the commons also represents a foundation for rethinking the organization of domestic work and the home, enabling more collective forms of reproduction and less isolating ways of organizing everyday life.

FP: *Given the scarcity of feminist uptakes of the politics of the commons, which theoretical and activist trajectories do you consider central for introducing feminist currents within the debates on commoning?*

S.F.: Several theoretical and activist trajectories are important for building a feminist politics based on the principle of the commons. The first is the eco-feminist trajectory, represented by the work of Vandana Shiva, Ariel Salleh, and Maria Mies, who stress the contributions that women have made to the defense of our eco-systems and bio-diversity, as well as to the preservation and creation of systems of reproduction (e.g., subsistence farming) not governed by the logic of the market. A second trajectory draws on the work of Dolores Hayden, a North American historian of urban planning who has inspired much feminist thinking concerning the reconstruction of domestic and urban space, in addition to expanding our knowledge of the efforts feminists have undertaken in the past to re-imagine the home and overcome the isolation in which domestic work is performed. However, feminist visions of the commons are also shaped today by the initiatives and experiments that women are conducting on the ground, like the hundreds of kitchen, shopping or gardening committees that women have formed in many South American countries to cut the cost of reproductive family labor, stretch their budgets and gain more strength through collective action. Indeed, there is a silent revolution taking place in many parts of the world in which women are the protagonists; in response to the collapse of family wages and often their marriages, they are forming new communities, new cooperative relations, and revolutionizing the conditions of reproduction. With the men abroad or unable to support their families, women have stepped forward, joining with other women to create new extended families; as squatters, they are occupying farm lands and urban spaces, negotiating and fighting with the state to obtain services, organizing networks of micro-trading, bartering activities. What matters in these developments is not only the economic dimension but the transformation of everyday life and the social relations they generate.

A new society is being created amidst the crisis in which women, as well as men, are learning to structure their lives in common; I believe this is a precondition for the success of any other struggle and, in particular, for the reclamation of the wealth that generations have produced which is now being held hostage in the hands of the state. We cannot construct new social relations, or even a new mode of production over time, unless we have access to farmlands, fisheries, houses, buildings for schools, and means of transport. This is why we need to defend our “public” wealth, prevent its privatization.

But the “public” remains a factor in defining the private. The management of public wealth is a function of the state’s organization of social reproduction, which aims to guarantee capital a sufficiently disciplined workforce and adequate rates of labor exploitation. Thus, we do not control it. At any point, this can be taken away from us, as so often happens today. This means that even as we defend our access to the

“the public sphere” we need to develop forms of struggle whose horizon focuses on commonly shared wealth, built and cared for from the ground up, through grassroots structures and organizations, on the basis of equal access, fair use and collective decision making.

Naturally one precondition for this development would be the construction of a common interest, and collective subject, against the many ways in which we have been divided.

FP: Looking at the recipes governments world-wide have chosen to combat the outcomes of the financial and economic crisis, one gets the impression that they are more or less following the old neo-liberal strategy of further deregulation, increased flexibility and the further privatization of care work. Do you see any chance that the ideals and concepts of the commons will receive more attention or are even being discussed within the official political arenas?

S.F.: The idea of “the commons” is already amply used and manipulated by neo-liberal governments, both in order to respond to the social reproduction crisis that their policies have generated and to create new areas of “social investment” and new sources of accumulation. Of course, the idea of the commons used in government and financial circles is the opposite of that which inspires radical politics and shapes grass roots practice at present, but it does pretend to be motivated by the desire to enhance social cohesion and cooperation. One example is the “Big Society”-Program already mentioned, which the British Government has promoted since 2010. In the name of “empowering” the community and boosting communitarian values, it legitimizes cuts in social services and mobilizes our unpaid labor. According to this program, banks will invest, on a competitive basis in social activities and organizations that replace government-provided services; the activities and associations likely to be selected will be those that promise the biggest cuts. In this way, as with micro-finance – to which I will return – we have a shift in the direction of financializing our reproduction, in the sense that reproduction becomes a terrain of financial investment and accumulation. We also see an expansion of voluntary/unwaged reproductive labor, masquerading as community involvement, community autonomy, and community control over reproductive activities. But as Emma Dowling has put it, in an article on this issue, “The ‘Big Society’ is about increasing the huge amount of work we do in its unwaged form (...). Using the affectively enticing discourses of mutualism, cooperation, collectivity and empowerment, the state off-loads the cost of the crisis directly onto all of us (...) in the name of caring directly for one another as opposed to asking the State to do so – the Government is drastically reducing the social wage and making us work more for less and, in many cases, for free.”²⁴

Needless to say, the targets here are primarily women, who are still the main subjects of reproductive work and who continue to perform most of the world’s unpaid labor. The introduction of “micro-finance” also feeds on the model of the commons but

as with the “Big Society” actually uses the commons to commercialize and privatize social relations. Micro-finance programs are patterned on the various systems that women across the world have created in order to pool their resources, like the tontines system⁵ widespread in many parts of Africa and beyond. In fact it is now spread also among women immigrants in the US. As we know, loans are given to individuals who are part of a group, but each group member is made responsible for repayment, so that the group itself ceases to be a support system, becoming instead a policing mechanism at the service of the banks and the NGOs that administer the loans. We have to be very careful, then, in our discussions of the commons and commoning practices to ensure that they actually expand the wealth available for reproduction and represent genuine forms of self-government, but do not become vehicles for further privatizations and institutionally manufactured social forms.

FP: Nancy Fraser argued some years ago that feminist ideas have been taken up over time by neo-liberal ideologies, thereby “helping” these kinds of politics to persist. Your argumentation sounds similar: If the idea is taken up in a perverted way by current policies, how can feminist movements (or other social movements) avoid this dilemma?

S.F.: This is not an easy question to answer, yet it is an essential one. Nancy Fraser is right. Starting with the mid 1970s, the Feminist Movement was increasingly institutionalized through the intervention of the United Nations in feminist politics and subsequently used as a prop for the neo-liberal agenda, at the very time when the agencies that were part of the UN system began adopting economic policies that devastated the lives of millions of women worldwide. How do we prevent our ideas, our slogans, and our principles from being distorted or co-opted? We cannot prevent economic and political planners from trying to appropriate our language. Think of what has happened to democracy and, as we mentioned, feminism. What we can do, however, is to gain clarity as to the social relations we are creating. One simple method is to question, at all points, whether the commons we create do, in fact, give us the power, or at least more power, to resist exploitation, whether or not they undermine the hierarchies and divisions among the world’s proletariat, and extend the control we have over our lives. From this vantage point, we have to reject the gated communities that are sprawling across the world built on the principles of exclusion and the homogeneity of their members. We must also distance ourselves from commoning projects that claim to better the lives of people but lack interest in broader processes of social transformation, envisioning the collectivity only as a means to exercise more power with regard to the market. The commons should not become happy islands in a sea of exploitative relations but rather autonomous spaces from which to challenge existing relations.

We avoid co-optation when we pursue commoning as a means for building alternatives to the existent order of things; we need to be clear about its essential guidelines,

regardless of what forms our commons may take. First, “no commons without a community” consisting of not only users of shared wealth but also of persons bearing responsibilities with regard to it. This is why I, among others, oppose the notion of “the global commons”, not surprisingly promoted by the World Bank, which would like to appear as a representative of humanity. No such global community exists or can exist. Thus, while we should be concerned with the quality and treatment of the world’s waters, airs and forests, we should not advocate our right to decide what happens in localities in which we are not present, for which we have no responsibility, and to which we have not contributed our care and our work. While we should be concerned about the destiny of the Amazon or the Arctic, we should not pretend that we have claims over these regions. Another essential requirement (already noted) should be the refusal to reduce commoning to schemes for mobilizing unpaid labor. The challenge we face is to build a commons that must necessarily be transitional in form, thus to some extent they must be of an experimental nature, existing as they do in a society where private property relations, for now, remain hegemonic.

FP: Thank you very much for your reflections.

Anmerkungen

- 1 Federici, Silvia: *Aufstand aus der Küche. Reproduktionsarbeit im globalen Kapitalismus*. Münster 2012; Dies.: *Caliban und die Hexe. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation*. Wien 2012.
- 2 The first question and answer have been taken from an interview with Silvia Federici conducted by Max Haiven, titled “Feminism, Finance, and the Future of #Occupy.” Friday November 25, 2011. Communications | Feminism, Finance and the Future of #Occupy ...www.zcommunications.org/feminism-finance-and-the-future-of-occupy-an-interview-with-silvia-federici-by-max-haiven
- 3 Silvia Federici, „Wages For Housework And The Crisis,” paper presented at the Second Conference of the International Wages For Housework Campaign, held in Montreal (Canada) in February 1975.
- 4 Emma Dowling, „Capital’s Other Possible World: Harnessing Social Values On the Path To Recovery. The Case Of The ‚Big Society’ In The UK.” Transcript of the talk given at the workshop “State, Crisis and the Refusal of Recovery”, Istanbul Bilgi University, July 2011. For further discussions by Emma Dowling on the ‚Big Society’ program see: www.newleftproject.org/index.php/site/authors/tag/Emma+Dowling.
- 5 The “tontines” is a popular, grassroots, saving system widespread in Africa, Asia, Latin America, the Caribbean Islands. Participants are informal women’s groups who periodically (on a weekly or monthly basis) contribute a stipulated sum to a common fund, that is later redistributed at the end of a cycle or when a member needs to draw from it.

Was wir nie über Geschlecht wissen wollten. Potenziale des politologischen Feminismus

INA KERNER

Feminismus war immer unbequem. Für alle anderen, aber auch für sich selbst. Dieser Umstand ist wenig erstaunlich. Denn der Androzentrismus und die von ihm geprägten Denkmuster, Institutionen und Strukturen, die den Feminismus einst ins Leben riefen, waren für Feministinnen stets unbequem. Unbequem, und meist auch ein Ärgernis. Den Feminismus zeichnet nun aus, dass er sich mit diesem Ärgernis nie abgefunden hat, dass er ihm gegenüber weder die Augen verschließt, noch den Ärger als Normalzustand akzeptiert, sondern stattdessen nach Wegen sucht, dem Androzentrismus und seinen Effekten kritisch und transformativ zu begegnen. Dass das für niemanden bequem ist, weder für jene, denen der Androzentrismus behaglich erscheinen könnte, noch für jene, die sich in das auf ihn bezogene Großprojekt kritischer und transformatorischer Anstrengungen hineingezogen sehen, liegt also gewissermaßen auf der Hand.

Transformationsprogrammatiken des politologischen Feminismus

Seine transformatorischen Ziele verfolgt der politologische Feminismus mit einem inzwischen umfangreichen und ausdifferenzierten Programm, das unterschiedliche, in der wissenschaftlichen Praxis sich teilweise überlappende Teilprogrammatiken vereint:

Erstens deckt der politologische Feminismus geschlechtliche Kodierungen und Asymmetrien des politischen Denkens, der politikwissenschaftlichen Forschung und der Politik auf. Geschlecht kommt nicht erst mit dem Feminismus in die politische Theorie und Wissenschaft, sondern hat dort eine lange Geschichte – in der Regel im Zusammenhang mit der Legitimierung von Dominanz und Vorherrschaft. Der politologische Feminismus macht diese Zusammenhänge sichtbar und ist normativ vom Ziel der Geschlechtergerechtigkeit geleitet – wobei dieses Ziel auf ganz unterschiedliche Weisen interpretiert werden kann.

Zweitens hat der politologische Feminismus eigene Begriffe und Konzepte hervorgebracht, um den Androzentrismus in politischer Theorie und Praxis bzw. seine Manifestationen und Implikationen angemessen fassen, beschreiben und erklären zu können. Damit geht er über den Akt des Aufdeckens geschlechtlicher Kodierungen und Asymmetrien insofern hinaus, als dass er sich darum bemüht, das Politische aus einer

dezidiert *feministischen* Perspektive zu betrachten, und die geschlechterbezogenen Machtmechanismen, Organisationsprinzipien und Ordnungsmuster, die aus dieser Perspektive sichtbar werden, in ihrer Bedeutung nicht nur für einzelne vergeschlechtlichte Subjekte, sondern just in ihrer Bedeutung für die Politik und das Politische zu verstehen. Beispielhaft kann hier Eva Kreiskys Konzept vom „Staat als Männerbund“ angeführt werden, mit dem sie die große Bedeutung von Männerbeziehungen für staatliche bzw. politische Organisationsmuster verdeutlicht hat (Kreisky 1995); oder auch Birgit Sauer's Überlegungen zur „Androkratie“ bzw. zur „Prädemokratie“, die sie, einer feministischen Perspektive verpflichtet, dem derzeit breit diskutierten Befund postdemokratischer Verhältnisse entgegenhält (Sauer 2011).

Drittens schließlich ist das „transsubdisziplinäre“ Arbeitsgebiet „Politik und Geschlecht“ längst zu einem eigenständigen Diskussionsfeld geworden – und zwar zu einem, das eine besondere Beziehung zu den unterschiedlichen Spielarten feministischer Politik unterhält. Diese Beziehung ist nicht klar definiert, doch sie führt zu wenigstens potenziellen Ansprüchen auf beiden Seiten. Dieser Umstand hat in den letzten Jahren und Jahrzehnten immer wieder zu Auseinandersetzungen mit und über angemessene Inhalte und Organisationsformen der Frauen- und Geschlechterpolitik geführt, die jeweils distinkte Bezugnahmen und Verbindungen zu den unterschiedlichen Arenen feministischer Praxis sichtbar machten – von Formen der Politikberatung über gegenseitige Einflussnahmen und Aneignungen hin zu offener Kritik. Inhaltlich reicht das Spektrum dabei von Gleichstellungspolitik und Gender Mainstreaming bis hin zu queerfeministischem Aktivismus.

Im Folgenden werde ich auf die androzentrismuskritische Teilprogrammatik des politologischen Feminismus näher eingehen und dabei exemplarisch die feministische Theorie fokussieren.

Androzentrismuskritik in der politischen Theorie

Einer der ersten Ansatzpunkte des politiktheoretischen Feminismus waren Nachweis und Kritik androzentrischer Denk- und Politikmodelle. Aufwändig und unbequem ist dieses Unterfangen, weil das moderne, aufklärerische Denken mit universalistischen Präntentionen einhergeht, denen gegenüber jeder Androzentrismus eigentlich einen Widerspruch darstellen sollte. Allerdings wurden besagte Präntentionen von Anbeginn durch geschlechteranthropologische Differenzpostulate abgedeckt. Androzentrismusstützende Differenzpostulate durchziehen das politische Denken und stehen in komplexen Beziehungen zu universalistischen Argumentationsweisen, die wiederum zum Teil überzeugend, zuweilen aber auch weniger überzeugend nahe legen, der Androzentrismus und die ihn stützenden Differenzbehauptungen stellten lediglich den historischen Umständen geschuldete theoretische Betriebsunfälle dar. Für die feministische Kritik am Kanon der Politischen Theorie ergibt sich daraus die diffizile Aufgabe, Fall für Fall, d.h. Autor für Autor, Modell für Modell oder sogar Text für Text nachzuvollziehen, wie es dort jeweils um den systematischen Stellenwert des Androzentrismus und der ihn stützenden Differenzpostulate bestellt ist.

Daran anschließend gilt es zu überlegen, welche Rückschlüsse sich daraus für die Tauglichkeit der kanonisierten Autoren, Modelle und Texte für das Projekt einer politischen Theorie ergeben, die das Kriterium der Geschlechtergerechtigkeit erfüllen soll – wie auch immer dieses definiert wird. Ein bekanntes Beispiel für diese Spielart feministischer Kritik ist Carole Patemans Studie „The Sexual Contract“ (Pateman 1988), in der sie die kontraktualistische Denktradition als derart durchdrungen von Androzentrismus charakterisiert, dass auch bei ihren aktualisierten Varianten für FeministInnen kaum etwas zu holen sei. Dass diese These wiederum als überzogen zurückgewiesen wurde und an diesem Punkt eine ausführliche Debatte entstanden ist (vgl. u.a. Fraser 2001; Okin 1990; Brown 1995; Gatens 1996), zeigt, dass es sich bei der politiktheoretischen Androzentrismuskritik um ein vergleichsweise kompliziertes und alles andere als abgeschlossenes Unterfangen handelt.

Wenn nun aber der Stellenwert androzentrischer Elemente im politiktheoretischen Denken sowie in den politischen Institutionen und Prozessen bislang weder umfassend noch abschließend geklärt ist, die Existenz derartiger Elemente aber unterstellt werden muss, so lässt sich schlussfolgern, dass mit der Möglichkeit stets zu rechnen ist, dass solche Elemente nennenswerte Effekte erzeugen. Für eine politische Theorie, die um Geschlechtergerechtigkeit bemüht ist, heißt das, dass sie den ihr womöglich eingelagerten Elementen des Androzentrismus aktiv entgegenwirken muss. Denn Geschlechtsneutralität in den Präntentionen bedeutet eben nicht automatisch auch Geschlechtsneutralität in der Praxis, sondern häufig eine Reproduktion oder zumindest die mangelnde Adressierbarkeit überkommener Geschlechterasymmetrien.

Was auch viele Feministinnen lange nicht über Geschlecht wissen wollten

Die feministische Theorie und Politik kommt kaum umhin, sich auf die Genusgruppen der Männer und Frauen zu beziehen, will sie androzentrische Denk- und Organisationsmuster aufdecken und kritisieren. Derartige Bezugnahmen haben jedoch insbesondere in den langen 1990er Jahren zu heftigen Auseinandersetzungen über Essentialismus sowie über binnenfeministische Asymmetrien und Ausschlussmechanismen geführt, letztere insbesondere im Zusammenhang weißer heterosexueller Mittelschichtprivilegien. Diese Auseinandersetzungen wurden mitunter bedauernd als feministische Selbstlähmung oder sogar Selbstzerfleischung beschrieben. Mittlerweile, d.h. mit einiger Verspätung, führen sie jedoch zu bemerkenswerten Reorientierungen des feministischen Mainstreams, dem man daher attestieren kann, dass er sich langsam zu Herzen genommen hat, was er selbst lange nicht über Geschlecht wissen wollte. Diese Lernfähigkeit bzw. feministische Selbsttransformationskraft manifestiert sich vor allem darin, dass der Mainstream des Feminismus zunehmend Positionen ernst nimmt und berücksichtigt, die zunächst an dessen Rändern entstanden sind – nämlich jene Positionen, welche die genannten Einwände ausformuliert und zu eigenen, alternativen theoretischen Entwürfen ausgebaut haben. Zu nennen sind hier in besonderem Maße queere, postkoloniale und intersektionale Ansätze, die allesamt dadurch gekennzeichnet sind, dass sie neben Aspekten der feministischen

Binnenkritik Bausteine und Elemente einer feministischen Gesellschaftskritik anzubieten haben.¹

Die Queer-Theorie kritisiert die Heteronormativität des feministischen Mainstreams sowie dessen Reproduktion zweigeschlechtlicher Denkmuster und erweitert damit die feministische Androzentrismuskritik. Judith Butler, die in der Politikwissenschaft wohl bekannteste und einflussreichste Vertreterin der Queer-Theorie, hat diese Erweiterung in ihrem Buch „Gender Trouble“ durch die Unterstellung einer „Zwangsordnung von Sex, Gender und Begehren“ (Butler 1990, 6, Übers. IK) ermöglicht. Damit legt sie eine Verkettung verschiedener Aspekte der Geschlechternormierung nahe und verknüpft die etablierte feministische Kritik an komplementär gedachten Mustern oder Charakteristika von Männlichkeit und Weiblichkeit – die sich nicht zuletzt in überkommenen öffentlich/privat-Unterscheidungen und dem Androzentrismus des politischen Betriebs widerspiegeln – mit der Kritik der Zweigeschlechtlichkeit und der Heteronormativität. So hinterfragt sie erstens die Annahme, Zweigeschlechtlichkeit sei durch die menschliche Natur vorgegeben und damit als gesellschaftliches Ordnungsmuster alternativlos; zweitens problematisiert sie die gesellschaftliche Privilegierung der Heterosexualität samt der daraus erwachsenden Subjektivierungseffekte.

Postkoloniale Feministinnen wiederum beanstanden am feministischen Mainstream Eurozentrismus sowie Blindheit für die Wirkungen globaler Verflechtungen und Machtverhältnisse – eine Blindheit, die sich in der Geschichte des Feminismus z.B. in der Proklamation „globaler Schwesternschaft“, d.h. einer geteilten Problemen entspringenden Solidargemeinschaft aller Feministinnen ausgedrückt hat. Aber auch der feministische Postkolonialismus beschränkt sich nicht auf feministische Binnenkritik, sondern ist mindestens genauso an der Entwicklung von Alternativen sowie an Gesellschaftskritik interessiert. So ist etwa Chandra Talpade Mohanty, die mit einer beißenden Kritik an viktimisierenden Darstellungen von Frauen im globalen Süden in den Texten feministischer Wissenschaftlerinnen aus der euroatlantischen Welt berühmt geworden ist – „Under Western Eyes“ heißt der entsprechende, inzwischen vielfach nachgedruckte Aufsatz (Mohanty 1991) – seit jeher bemüht, Alternativen zu den von ihr beanstandeten Varianten feministischer Wissensproduktion aufzuzeigen. Dies sind lokalspezifische und kontextsensible Studien, die methodologischen Eurozentrismus, d.h. eine unreflektierte Applikation westlicher Denkmuster, zu vermeiden trachten und auch von vorschnellen Verallgemeinerungen ihrer Ergebnisse absehen. Darüber hinaus hat Mohanty Alternativen zum Konzept der globalen Schwesternschaft entwickelt, indem sie sich für politische Solidarität im Sinne von Differenzen überbrückenden Koalitionen mit prozessual ermittelten Zielen anstelle von Solidarität auf der Basis unterstellter oder zumindest vordefinierter Gemeinsamkeiten ausgesprochen hat (vgl. Mohanty 2003, 106). Ein zeitgenössischer globaler Feminismus sollte angesichts einer zunehmend neoliberal strukturierten Welt Mohanty zufolge ferner globalisierungskritisch sein und in diesem Sinne ausgehend von den Lebenssituationen marginalisierter Frauen im globalen Süden die Ungleich-

heitseffekte und Gerechtigkeitsdefizite ausweisen und anprangern, die der globale Kapitalismus produziert (vgl. ebd. 249f.).

Der Begriff der Intersektionalität schließlich steht für das Zusammendenken verschiedener Formen von Macht und Ungleichheit. Die feministische Binnenkritik intersektionaler Ansätze lautet, dass der feministische Mainstream ein solches Zusammendenken bis dato unterlassen, Geschlecht analytisch isoliert und damit sowohl inner- bzw. intrakategoriale Komplexitäten der Genusgruppen als auch interkategoriale Verschränkungen verschiedener Differenzachsen und Ungleichheitsdynamiken ausgeblendet hätte.² Die Revision der diagnostizierten Unterkomplexität des feministischen Mainstreams, d.h. die Komplexitätsproduktion, die intersektionale Ansätze propagieren, wird dabei in der Regel als analytische Voraussetzung eines tatsächlich inklusiven Feminismus ausgewiesen: nur so sei es möglich, den Biases und Blindstellen zu begegnen, die mit vorintersektionalen Ansätzen einhergingen. Intersektionale Ansätze sind vor allem im Kontext des Black Feminism (vgl. z.B. Combahee River Collective 1997, orig. 1977) in den USA entwickelt worden, ihr thematischer Fokus liegt daher traditionellerweise bei der Zusammenführung feministischer und antirassistischer Motive, Ansätze und Theorien. Der Begriff selber wurde von Kimberlé Crenshaw (1989) entwickelt. Grundsätzlich handelt es sich bei Intersektionalität um ein inhaltlich offenes Konzept, welches nicht zuletzt auch queertheoretische und postkoloniale Anliegen integrieren könnte.

Was wir alle über Geschlecht wissen wollen sollten – Feminismus und Politologie

Inwieweit nun lässt sich behaupten, die skizzierten Anliegen, Diskussionen und Konzepte der feministischen Theorie seien auch außerhalb des Feminismus interessant und richtungsweisend, namentlich in der Politikwissenschaft? Hier sind drei Aspekte zu nennen.

Erstens: Wie der Schnelldurchlauf durch queere, postkoloniale und intersektionale Ansätze verdeutlicht haben sollte, pflegt die politologisch anschlussfähige feministische Theorie den transdisziplinären Austausch. Entscheidende Impulse verdankt sie oftmals AutorInnen, die in Nachbarfächern oder in den selbst mittlerweile zur Disziplin gewordenen Gender Studies verankert sind. Vielleicht ist die Offenheit, die mit der relativen Unabhängigkeit von etablierten, fest gefügten Fach- und Schulzusammenhängen einhergeht, einer der Gründe dafür, dass sich die feministische Theorie in den vergangenen Jahren so rasant transformieren konnte. Unumstritten ist in jedem Falle, dass die feministische politische Theorie nicht nur von transdisziplinären Brückenschlägen gekennzeichnet ist, sondern auch von deutlichen Querverbindungen in den außerakademischen Feminismus, dem sie ebenfalls entscheidende Ideen und Impulse verdankt. Nicht zuletzt Queer-Theorie, postkolonialer Feminismus und Intersektionalität, die mittlerweile respektable akademische Forschungsfelder darstellen, gründen in bewegungspolitischen Auseinandersetzungen. Auch der Bewegungsnähe der feministischen Theorie erwächst also ein besonderes Trans-

formationspotenzial, das zumindest potenziell den Weg zu produktiven Öffnungen auch anderer Teilbereiche der Politikwissenschaft weisen könnte.

Zweitens: Der Feminismus ist ein äußerst erfolgreiches Beispiel für Bewegungspolitik. Mittlerweile ist er sowohl stark ausdifferenziert als auch global vernetzt. Sein Aktionsspektrum reicht von autonom organisierten Aktionsgruppen über so unterschiedliche Zeitschriften wie Emma und Missy bis hin zu Frauenbeauftragten und Gender Mainstreaming-ExpertInnen im Bereich der öffentlichen Verwaltung und Managing Diversity Officers in internationalen Unternehmen; und auch der akademische Feminismus sollte in dieser Liste nicht vergessen werden. Bezeichnend ist nun, dass sich der Feminismus stets selbst reflektiert und in diesem Prozess einen reichhaltigen Wissensfundus erzeugt hat. Dass er sich hierbei mit Fragen befasst hat, denen man auch für Kontexte jenseits der Geschlechterpolitik Relevanz unterstellen kann, liegt auf der Hand, ging und geht es doch in besagten Reflexionen wesentlich um allgemeine bewegungspolitische Fragen. Pessimistisch gestimmt müsste man vermutlich konstatieren, dass das Potenzial, das in diesem Fundus liegt, von den VertreterInnen des politikwissenschaftlichen *Malestreams* nicht einmal annähernd ausgeschöpft wird. Mit einem optimistischeren Blick wäre hingegen darauf hinzuweisen, dass aktuell die vor allem im Rahmen der feministischen Theorie geführten Diskussionen über Fragen der Kollektivität, Modi der Koalitionsbildung und Formen post-identitärer Politik auf ein nennenswertes Interesse auch außerhalb des Feminismus zu stoßen scheinen (vgl. u. a. Jähnert/Aleksander/Kriszio i. E.).

Drittens: Der politologische Feminismus ruft dem politikwissenschaftlichen Mainstream ins Gedächtnis, dass wir in einer Welt leben, die zutiefst von machtvollen Geschlechterasymmetrien geprägt ist. Darüber hinaus bietet er Instrumentarien an, die dabei helfen können, die Implikationen dieser Einsicht zu verstehen und eine Wissenschaft zu betreiben, die Geschlechterasymmetrien nicht nur nicht reproduziert, sondern zu minimieren hilft. Denn hierzu müssen sie zunächst einmal in ihrer Komplexität verstanden werden. Gerade die jüngeren Debatten innerhalb der feministischen Theorie haben die Aufmerksamkeit auf den Umstand gelenkt, dass gegenwärtige Geschlechterasymmetrien vielfach verflochtene Konstellationen sind, die durch Rekurse auf Mann-Frau-Beziehungen und auf männlich-weiblich-Dichotomisierungen nur äußerst unvollständig zu erfassen sind. Geschlechtliche Kodierungen und Ordnungsmuster interagieren vielmehr auf vielfältige Weise mit sexuellen, ethnischen, religiösen und nationalen Ordnungsmustern sowie mit sozio-ökonomischen Bedingungen und Prozessen. Die binnenfeministischen Debatten und Verschiebungen werfen damit die Frage auf, ob es tatsächlich ausreicht, bei feministischen Analysen der Politik und der Politikwissenschaft Formen des Androzentrismus zu fokussieren, oder wie Androzentrismus konzeptualisiert werden muss, damit er den Ansprüchen der gegenwärtigen feministischen Theorie an ihre zentralen Analysebegriffe genügt. Für die Angebote und Forderungen des Feminismus in Richtung des politologischen *Malestreams* heißt das, dass es auch hier nicht damit getan sein darf, eindimensional nach Männern und Frauen bzw. nach Männlichkeit und Weiblichkeit differenzie-

rende Geschlechtereffekte-Tests aller Überlegungen, Forschungsdesigns und Theorien nach den Methoden des Gender Mainstreaming einzuführen. Vielmehr geht es darum, angemessene Begriffe und Konzepte zu entwickeln, um das Ineinandergreifen verschiedener Differenz- und Machtverhältnisse zu verstehen, empirisch auszu-leuchten und wo nötig kritisieren zu können. Dass differenz- und machtblinde Theorien und Forschungsansätze für dieses Unterfangen eher einen Teil des Problems als einen Teil der Lösung darstellen, sollte sich von selbst verstehen.

Anmerkungen

- 1 Für eine detailliertere Ausführung dieser Überlegung vgl. Kerner (2012).
- 2 Zur inzwischen fast schon kanonischen Unterscheidung zwischen anti-, intra- und interkategorialen Intersektionalitätsansätzen vgl. McCall (2005).

Literatur

- Brown**, Wendy, 1995: Liberalism's Family Values. In: Dies.: States of Injury. Power and Freedom in Late Modernity. Princeton, 135-165.
- Butler**, Judith, 1990: Gender Trouble. Feminism and the Subversion of Identity. London, New York.
- Combahee River Collective**, 1997, orig. 1977: A Black Feminist Statement. In: Nicholson, Linda (Hg.): The Second Wave. A Reader in Feminist Theory. New York, London, 63-70.
- Crenshaw**, Kimberlé, 1989: Demarginalizing the Intersection of Race and Sex: A Black Feminist Critique of Antidiscrimination Doctrine, Feminist Theory and Antiracist Politics. In: The University of Chicago Legal Forum, 139-167.
- Fraser**, Nancy, 2001: Jenseits des Herr/Knecht-Modells. Über Carol Patemans The Sexual Contract. In: Dies.: Die halbierte Gerechtigkeit. Schlüsselbegriffe des postindustriellen Sozialstaats. Frankfurt/M., 322-337.
- Gatens**, Moira, 1996: Sex, Contract and Genealogy. In: The Journal of Political Philosophy. 4(1), 29-44.
- Jähner**, Gabriele/**Aleksander**, Karin/**Kriszio**, Marianne (Hg.): Kollektivität nach der Subjektkritik. Bielefeld (im Erscheinen).
- Kerner**, Ina, 2012: Varianten feministischer Kritik. In: Birkle, Carmen u.a. (Hg.): Emanzipation und feministische Politiken. Verwicklungen, Verwerfungen, Verwandlungen. Sulzbach/Ts., 51-65.
- Kreisky**, Eva, 1995: Der Stoff aus dem die Staaten sind. Zur männerbündischen Fundierung politischer Ordnung. In: Becker-Schmidt, Regina/Knapp, Gudrun-Axeli (Hg.): Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften. Frankfurt/M., New York, 85-124.
- McCall**, Leslie, 2005: The Complexity of Intersectionality. In: Signs. 30 (3), 1771-1800.
- Mohanty**, Chandra Talpade, 1991: Under Western Eyes. Feminist Scholarship and Colonial Discourses. In: Mohanty, Chandra Talpade u.a. (Hg.): Third World Women and the Politics of Feminism. Bloomington, Indianapolis, 51-80.
- Mohanty**, Chandra Talpade, 2003: Feminism without Borders. Decolonizing Theory, Practicing Solidarity. Durham, London.
- Okin**, Susan Moller, 1990: Feminism, the Individual, and Contract Theory. In: Ethics. 100(3), 658-669.
- Pateman**, Carole, 1988: The Sexual Contract. Stanford.
- Sauer**, Birgit, 2011: Die Allgegenwart der „Androkratie“. Feministische Anmerkungen zur ‚Postdemokratie‘. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 61 (1-2), 32-36.

Diffraktion. Ein Phänomen, eine Praktik und ein Potenzial feministischer Kritik

FLEUR WEIBEL

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts wird von verschiedenen Theoretiker_innen von einer Krise feministischer Kritik gesprochen (vgl. u.a. Castro Varela 2003; Hekman 2008). Diese manifestierte sich in den Fronten zwischen essentialistischen und (de)konstruktivistischen Positionen, die sich spätestens mit dem „so-called cultural turn“ (Coole/Frost 2010, 3) in den 1990er Jahren verhärtet hätten. Während für die einen die Einsicht in die Performativität von sich diskursiv materialisierenden Geschlechtskörpern (vgl. Butler 1990, 1993) wegweisend für deren Analysen von Machtverhältnissen geworden ist, stellt diese (oft als beliebig und unpolitisch missverstandene) Dekonstruktion essentialistischer Annahmen von Geschlecht für andere einen Verlust politischer und theoretischer Kategorien und insbesondere der Sicherheit eines allgemein gültigen Standpunktes (der u.a. in den materiellen Erfahrungen eines „weiblichen“ Körpers gründe) dar. Gleichzeitig zu dieser Frontenbildung sind die patriarchalen Herrschaftsstrukturen des westlichen Kapitalismus, welche als Abgrenzungsfolie für die Formulierung feministischer Politiken fungierten, im Zuge des neoliberalen Umbaus der Gesellschaft und der staatlichen Vereinnahmung feministischer und sexualpolitischer Anliegen diffuser geworden (vgl. Butler 2010). Die durch diese Prozesse von einer paradoxen „Gleichzeitigkeit von Wandel und Persistenz“ (Maihofer 2007, 302) charakterisierten Geschlechterverhältnisse werfen dabei Fragen auf, die nicht durch feministische Positionskämpfe beantwortet werden können: Wie kann feministische Kritik den gegenwärtigen Herausforderungen einer digital vernetzten, global ökonomisierten, Freiheit postulierenden aber gleichzeitig mit gewaltsamen Ausschlüssen und enormen Ungleichbehandlungen operierenden Welt begegnen, von der sie selbst ein Teil ist? Wie können materielle Körper innerhalb diskursiver Verhältnisse gedacht werden und wie lässt sich Widerstand gegen deren real wirkmächtige Ausbeutung formieren, wenn es keine gemeinsame Identität als Ausgangspunkt für die Formulierung feministischer Politik gibt? Wie also kann Kritik geübt werden, „wenn alle, auch die politisierten Subjekte (des Feminismus), gefangen scheinen in Machtkonfigurationen (und) der Feind nicht mehr einfach zu lokalisieren ist“ (Castro Varela 2003, 99)?

Diese Fragen nach den Möglichkeiten feministischer Kritik werden derzeit vielerorts aufgegriffen und mit dem Anliegen diskutiert, die verhärteten Fronten feministischer Kritik zu überwinden. Dabei geht es gerade nicht um einen Streit um die „richtigen“ (feministischen, antirassistischen oder auch intersektionalen) Kategorien der Kritik oder um das Verteidigen einer Perspektive in Abgrenzung zu einer anderen. Vielmehr geht es darum, ein Denken in binären Kategorien grundsätzlich zu unterwandern und die Frage nach dem adäquaten Subjekt der Kritik zu verschieben.

Ein Beispiel für solch dezentrierende Durchquerungsversuche stellen theoretische Bewegungen dar, die im Anschluss an Donna Haraways Arbeiten „posthumane“ resp. „non/humane“ (vgl. Giffney/Hird 2008, 3) Phänomene als Akteur_innen aufgreifen. Mit dieser Abkehr von einem subjektzentrierten Denken wird die Absicht verfolgt, Materie in feministischer Wissensproduktion zu thematisieren, ohne dabei hinter die Einsichten diskursiver Dekonstruktionen „biologischer Determinismen oder kultureller Essentialismen“ (vgl. Lykke 2010, 131) zurückzufallen. Über ein transdisziplinäres Zusammendenken statt Abgrenzen bestehender Positionen soll so ein „materiell-diskursives“ (vgl. Barad 2007) Verständnis der wirkmächtigen Verschränkungen von Körpern, Sprache, Affekten und Technologien entwickelt und darüber nach neuen Formen – statt nach neuen Subjekten – der Kritik gesucht werden. Exemplarisch für das Anliegen posthumaner Ansätze, *im Anschluss* an diskurstheoretische Analysen die *gleichzeitig/gleichberechtigte* Berücksichtigung der Wirkmächtigkeit von Materie zu fordern und damit das menschliche Subjekt und seine herrschaftliche Stellung gegenüber der Natur und den Anderen (vgl. Haraway 1995) zu destabilisieren, wird im Folgenden der vielschichtige Begriff der Diffraktion vorgestellt, den Karen Barad im Rahmen ihres Konzepts des „agential realism“ (vgl. 2003, 2007) sowohl als physikalisches Phänomen als auch als methodologische Metapher einführt: „A diffractive methodology provides a way of attending to entanglements in reading important insights and approaches through one another“ (Barad 2007, 30). Dieses wechselseitige Durcheinanderlesen wendet Barad auf Butlers diskurstheoretisches Performativitätskonzept und Haraways naturwissenschaftliche Vorstellung des Körpers resp. des Objekts als wirkmächtigem „materiell-semiotische(m) Akteur“ (Haraway 1995, 96) an. Darüber reformuliert sie Performativität als Intra-Aktivität posthumaner Phänomene, wodurch das menschliche Subjekt als materiell-diskursives Phänomen in der intra-aktiven Verschränkung von Natur und Kultur dezentriert wird. Von dieser diffraktiven Verknüpfung der Ansätze von Butler und Haraway in einem „posthumanist materialist account of performativity“ (Barad 2003, 827) verspricht sich Barad eine Möglichkeit zur Bewältigung gegenwärtiger Schwierigkeiten feministischer Kritik, die insbesondere darin bestünden, mit der materiell-diskursiven „weightiness“ (ebd.) der Welt umzugehen: „Language matters. Discourse matters. Culture matters. There is an important sense in which the only thing that doesn't seem to matter anymore is matter“ (Barad 2007, 132). Anhand Barads transdisziplinärer Reformulierung von performativen Materialisierungsprozessen werde ich im Folgenden ihre Praktik des diffraktiven Lesens als einen spezifischen Gestus der Kritik diskutieren. Dafür zeichne ich zunächst nach, was mit Barad unter Diffraktion als einem materiell-diskursiven Phänomen zu verstehen ist und skizziere anschließend, welche methodologischen Implikationen Barad aus dem Phänomen der Diffraktion, das sie als konstitutiv für die Verfasstheit der Welt versteht, für eine wissenschaftliche Praktik ableitet. In einem Resümee werde ich fragen, welches Potenzial ein diffraktiver Gestus, der anthropozentrische Kategorien zu durchqueren versucht, für feministische Kritik haben kann.

Diffraktion – ein materiell-diskursives Phänomen

Im Phänomen der Diffraktion, das Barad mithilfe der Quantenphysik Niels Bohrs erläutert, manifestiert sich ein Paradox, das konstitutiv für die Wahrnehmung der Realität ist und ein Denken in binären Kategorien verkompliziert: „Diffraction is a material-discursive phenomenon that challenges the presumed inherent separability of subject and object, nature and culture, fact and value, human and nonhuman“ (Barad 2007, 381). Barad nützt die Diffraktion zugleich auch als Metapher, um auf die zentrale Bedeutung eines Denkens in Verschränkungen von posthumanen Phänomenen ohne vorgängig bestimmte und stabile Grenzen zu verweisen (vgl. ebd.) Dabei bezeichnen posthumane Phänomene sowohl Forschungsobjekte und Apparaturen als auch Wissenssubjekte und wissenschaftliche Praktiken, deren Differenzen erst in der konkreten Forschungssituation erwirkt werden. Die spezifischen Handlungsverschränkungen dieser Phänomene fasst Barad mit dem Begriff der Intra-Aktion, wobei entscheidend ist, dass die intra-aktive Handlung selbst ein materiell-diskursives Phänomen ist. Mit dieser Vorstellung intra-agierender Phänomene will Barad den modernen Wissenschaftspraktiken inhärenten Repräsentationalismus noch radikaler herausfordern, als dies durch feministische Kritiken wie Butlers Performativitätstheorie (vgl. 1990, 1993) oder Haraways Konzept des „Situiereten Wissens“ (vgl. 1995) bereits geschehen sei. Denn durch Phänomene werde nicht nur die *epistemologische* Untrennbarkeit von Beobachtendem und Beobachtetem markiert, vielmehr seien Phänomene „the *ontological* inseparability of agentially intra-acting components“ (Barad 2007, 33). Mit diesem Wechsel von einer Metaphysik der Dinge hin zu Phänomenen als grundlegenden Einheiten der Realität verspricht sich Barad insofern einen enormen Unterschied im Verständnis von Wissenschaft (vgl. ebd.), als separierte Entitäten wie Dinge oder Subjekte neu als sich gegenseitig hervorbringende, intra-agierende Phänomene verstanden werden. In diesem Sinne existieren Phänomene auch nicht vorgängig und treten dann in Interaktion. Sie sind vielmehr immer schon im Werden begriffen, das heißt, Phänomene sind die Intra-Aktionen materiell-diskursiver Faktoren, die nicht endgültig fixiert werden können: „The neologism ‚intra-action‘ *signifies the mutual constitution of entangled agencies*“ (ebd., H.i.O.). Um diese verschränkten Handlungsströme intra-agierender Phänomene ohne stabile Grenzen fassen zu können, greift Barad das physikalische Phänomen der Diffraktion auf. Dieses zeigt sich im Verhalten von Wellen, die auf ein Hindernis treffen – beispielsweise wenn Steine ins Wasser fallen, wodurch an der Wasseroberfläche sich überlappende Muster von Licht und Dunkel entstehen (vgl. ebd., 75). In diesem optischen Phänomen, welches als ambivalentes Diffraktionsmuster keine eindeutigen Grenzziehungen ermöglicht, manifestiert sich nach Barad „the extraordinary liveliness of the world“ (ebd., 91), die nicht zuletzt auch über das menschliche Denken in dichotomen Anordnungen und binären Kategorien hinausreiche. Diese eigensinnige Lebendigkeit spezifiziert Barad am Beispiel des Doppel-Spalt-Experiments, in dem sich das quantentheoretische „wave-particle duality paradox“ (ebd., 83) zeigt. Das Paradox besagt, dass Materie unter bestimmten Umständen wellenartiges Verhalten

aufweist, also sowohl Welle als auch Partikel ist. Diese grundsätzliche Ambivalenz im Verhalten beweglicher Realitäten ergibt Barad zufolge letztlich ein Paradox für die Wahrnehmung der Wirklichkeit, weswegen Natur und Kultur nicht als voneinander getrennte Entitäten konzipiert werden können. Stattdessen werden Materie und Diskurs in Barads transdisziplinärem Konzept intra-agierender Phänomene als immer schon in Verschränkung vorgestellt. Wichtig für feministische Theoriedebatten ist in diesem Zusammenhang insbesondere Barads posthumane Reformulierung jener Vorstellung diskursiver Praktiken, auf der Butlers Konzept der performativen Materialisierung von Geschlecht basiert und welches in feministischen Debatten das Missverständnis ausgelöst hat, Geschlecht könne unabhängig vom materiellen Körper konstruiert werden: „Discursive practices are not human-based activities but rather specific material (re)configurations of the world (...). And matter is not a fixed essence; rather, matter is substance in its intra-active becoming – not a thing but a doing, a congealing of agency. And performativity is not understood as iterative citationality (Butler) but rather iterative intra-activity“ (Barad 2003, 828). Durch das diffraktive Durcheinanderlesen von diskursiven Praktiken und materiellen Phänomenen konzipiert Barad anstelle einer subjektzentrierten Performativität eine posthumane Intra-Aktivität als unauflösbare Verschränkung von Diskurs und Materie. Indem Materie also weder als faktische Substanz von Dingen noch als diskursives Gewicht von Materialität (vgl. Butler 1993), sondern als intra-aktives Werden gefasst wird, soll neben dem Gewicht von Diskursen auch die posthumane Dynamik von Materie (wieder) von Bedeutung für feministische Kritik werden. Dafür schlägt Barad eine transdisziplinäre Kombination epistemologischer und ontologischer Fragen in einer diffraktiven Methodologie vor, die sie zudem mit einer ethischen Diskussion wissenschaftlicher Praxis verknüpft. In diesem Sinne versteht Barad Diffraktion dann auch als „an ethico-onto-epistemological matter“ (Barad 2007, 381).

Diffraktion – eine wissenschaftliche Praxis

Barad versucht die verhärteten Positionen feministischer Kritik zwischen Essentialismus und Konstruktivismus zu überwinden, indem sie durch die Reformulierung von Performativität als Intra-Aktivität posthumaner Phänomene eine explizit materiell-diskursive Konzeption von Geschlechtskörpern im Werden anbietet. Mit ihrer diffraktiven Bewegung durch bestehende Positionen feministischer Kritik hindurch impliziert Barad zudem einen Gestus wissenschaftlichen Arbeitens, der verpflichtete zu verstehen, „which differences matter, how they matter, and for whom. It is a critical practice of engagement, not a distance-learning practice of reflecting from afar“ (Barad 2007, 90). Diese Praktik wissenschaftlichen Engagements, welche Barad aus der Einsicht in die diffraktive Verschränkung von posthumanen Phänomenen ableitet, verweist auch auf einen verkörperten Gestus der Kritik. Denn anders als bei einer reflexiven Praktik, mit der das Wissenssubjekt die Welt nach wie vor auf Distanz hält (vgl. ebd., 87), erscheint das Subjekt durch die Diffraktion selbst als intra-agierendes Phänomen, das sich nicht in Distanz, sondern vielmehr inmitten der

materiell-diskursiven Verschränkungen einer posthumanen Welt im Werden befindet: „each of us’ part of the intra-active ongoing articulation of the world in its differential mattering“ (ebd., 381). Aus dieser unauflösbaren Involvierung der eigenen Person in das differentielle Werden der Welt ergibt sich die forschungspraktische Verantwortung, Grenzziehungen zwischen sich und den anderen, zwischen Natur und Kultur sowie zwischen theoretischen Positionen permanent zu hinterfragen. Dafür skizziert Barad ein methodologisches Vorgehen, das im Unterschied zu einem „reading against (some fixed target/mirror)“ eine Bewegung des „reading through“ (ebd., 90) darstellt. Damit ist eine transdisziplinäre Bewegung gemeint, die nach den Herstellungsprozessen und der differenzierenden Bedeutung von Wissen fragt. Denn Diffraktion hat mit ineinander verschränkten, im Werden begriffenen und nicht mit absolut gegebenen Differenzen zu tun: „*Diffraction is not merely about differences, and certainly not differences in any absolute sense, but about entangled nature of differences that matter. This is the deep significance of a diffraction pattern*“ (ebd., 381, H.i.O.).

Das Universum, von dem wir intra-agierender Teil sind, ist mit Barad also als vielschichtiges Diffraktionsmuster zu verstehen, das von verschränkten Handlungsströmen posthumaner Phänomene permanent rekonfiguriert wird. Diese komplexe Vorstellung einer diffraktiven Welt im Werden durchquert lineare und dichotome Logiken des menschlichen Denkens und erfordert eine Dezentrierung des Wissenssubjekts durch die Hinterfragung der selbstverständlich geltenden Differenzen eines anthropozentrischen Weltbildes, was Barad mit dem Titel ihres Buches, „meeting the universe halfway“ (2007), zum Ausdruck bringt. Diese Formulierung verdeutlicht, dass das Universum nicht über neutrale Visualisierungstechniken zum beobachtenden Wissenssubjekt zurück gespiegelt und von diesem gleichsam körperlosen Ort aus unbeteiligt repräsentiert und kategorisiert werden kann. Vielmehr begegnen sich Materie und Bedeutung, Subjekt und Objekt, Natur und Kultur in Barads Universum auf halbem Weg und bilden dort in unauflösbarer Intra-Aktion das Phänomen, das es in seiner differenzierenden Bedeutung zu erfassen gilt. Dabei macht eine verschränkte Vorstellung der unterschiedlich an wissenschaftlicher Praxis beteiligten Handlungsströme einerseits einen größeren Raum von Handlungsfähigkeit denkbar und impliziert andererseits eine direkte Verantwortlichkeit für die eigenen differenzierenden Praktiken, denn „*we are part of that nature that we seek to understand*“ (Barad 2007, 26, H.i.O.).

Diffraktion – ein Potenzial für feministische Kritik?

Im Anschluss an Barads Diffraktion – verstanden als Phänomen und wissenschaftliche Praktik, Differenzen permanent zu hinterfragen und zu durchqueren – wird erstens von einer unauflösbaren Intra-Aktion von materiellen Faktoren und diskursiven Praktiken ausgegangen, weshalb Bedeutung und Materie gleichzeitig/gleichberechtigt in ihrer Verschränkung zu verstehen sind. In Bezug auf die eingangs formulierte Kritik an einem subjektzentrierten Denken eröffnet dieser Fokus

auf materiell-diskursive Phänomene einen Handlungsspielraum für feministische Kritik, der gerade kein spezifisches Subjekt voraussetzt, sondern vielfältige Formen als Ausgangspunkt für Kritik denkbar macht. Zweitens wird mit der Diffraktion die materiell-diskursive Beteiligung und Transformation der eigenen Person in und durch die Forschungstätigkeit betont, denn auch Wissen und Denken sind materielle Praktiken und keine körperlosen Handlungen eines von der Welt distanzierenden und unabhängigen Wissenssubjekts. Dabei geht es nicht einfach nur darum „to put the observer or knower back in the world (as if the world were a container and we needed merely to acknowledge our situatedness in it) but to understand and take account of the fact that we too are part of the world’s differential becoming“ (Barad 2007, 91). Indem Forscher_innen nicht nur spezifisch situiert in der Welt sind, sondern diese und sich durch ihr Handeln permanent materiell-diskursiv rekonfigurieren, setzt wissenschaftliche Kritik eine verkörperte Haltung voraus, die aufmerksam ist für die intra-aktive Produktion von Grenzen, für die materiell-diskursive Beschaffenheit dieser grenzziehenden Praktiken und für die konstitutiven Ausschlüsse, die mit der Hervorbringung von Phänomenen erwirkt werden. Indem mit Barad nicht Separiertheit von „irgendetwas“ angenommen, sondern vielmehr die grundsätzliche Verschränkung von allem betont wird, rückt die gemeinsame Verwobenheit und damit die gemeinsame Verantwortung für eine posthumane Welt ins Zentrum: „We are responsible for the world within which we live, not because it is an arbitrary construction of our choosing, but because it is sedimented out of particular practices that we have a role in shaping“ (ebd., 203).

Dabei spricht die Wendung posthuman drittens nicht allein die Grenze zwischen menschlichen und nicht-menschlichen Phänomenen, sondern insbesondere auch die Begrenzung der Handlungsfähigkeit von submenschlichen, transmenschlichen und unnormal menschlichen Phänomenen an (vgl. Giffney/Hird 2008, 8). In diesem Sinne impliziert ein diffraktiver Gestus auch die Erfassung der real erfahrbaren Ausgrenzungen durch die Kategorien des Nicht/Menschlichen, wofür Butlers Frage „Wer gilt als Mensch? Wessen Leben zählt als Leben?“ (Butler 2005, 36) posthuman gestellt wird. Für feministische Kritik bedeutet das, den unterschiedlichsten Erfahrungen und mannigfaltigen Anliegen einer posthumanen Welt im Werden Gehör zu verschaffen, indem Handlungs- und Diskussionsräume nicht entlang der Kategorisierungen eines anthropozentrischen Denkens mit seinen Vorstellungen von Normalität, Entwicklung und Modernität voreilig geschlossen werden. Es geht also um „nothing less than a challenge to some of the most basic assumptions that have underpinned the modern world, including its normative sense of the human and its beliefs about human agency“ (Coole/Frost 2010, 4). Entsprechend wird mit Barad der Natur, der Materie und „den Anderen“ Handlungsfähigkeit in der gleichzeitig/gleichberechtigten Erwirkung intra-aktiver Phänomene zugestanden und damit das Konzept eines körperlosen Wissenssubjekts verabschiedet. Indem ausgehend von der konstitutiven Ambivalenz sich überlappende Diffraktionsmuster – von denen wir selbst immer intra-aktiver Teil sind – der Fokus auf die bewegliche Verschrän-

kung von Materie und Bedeutung, Subjekt und Objekt, Selbst und Anderem gelegt wird, könnte allenfalls auch der Streit um theoretisch „richtigere“ Perspektiven, Subjekte oder Kategorien überwunden werden. Einen diffraktiven Gestus feministischer Kritik zu verkörpern bedeutet diesbezüglich, der materiell-diskursiv verschränkten Welt in Intra-Aktion, das heißt auf halbem Weg zu begegnen. „We do not obtain knowledge by standing outside of the world; we know because we are part of the world“ (Barad 2003, 829).

Literatur

- Barad**, Karen, 2003: Posthumanist Performativity: Toward an Understanding of How Matter Comes to Matter. In: *Signs. Journal of Woman in Culture and Society*, 28 (3), 801-831.
- Barad**, Karen, 2007: *Meeting the Universe Halfway. Quantum Physics and the Entanglement of Matter and Meaning*. Durham, London.
- Butler**, Judith, 1990: *Gender Trouble. Feminism and the Subversion of Identity*. New York, London.
- Butler**, Judith, 1993: *Bodies that Matter. On the Discursive Limits of „Sex“*. New York, London.
- Butler**, Judith, 2005: Gewalt, Trauer, Politik. In: Butler, Judith: *Gefährdetes Leben. Politische Essays*. Frankfurt/M., 36-68.
- Butler**, Judith, 2010: Sexualpolitik, Folter und säkulare Zeit. In: Butler, Judith: *Raster des Krieges. Warum wir nicht jedes Leid beklagen*. Frankfurt/M., New York, 99-128.
- Castro Varela**, María do Mar, 2003: Vom Sinn des Herum-Irrrens. Emanzipation und Dekonstruktion. In: Koppert, Claudia/Selders, Beate (Hg.): *Hand aufs dekonstruierte Herz. Verständigungsversuche im Zustand der politisch-theoretischen Selbstabschaffung*. Königstein, Ts., 91-115.
- Coole**, Diana/**Frost**, Samantha, 2010: Introducing the new materialisms. In: Coole, Diana/Frost, Samantha (Hg.): *New Materialisms: Ontology, Agency and Politics*. Durham, London, 1-46.
- Giffney**, Noreen/**Hird**, Myra J., 2008: Introduction: queering the non/human. In: Giffney, Noreen/Hird, Myra J. (Hg.): *Queering the Non/Human*. Hampshire, 1-16.
- Haraway**, Donna, 1995: *Die Neuerfindung der Natur. Primaten, Cyborgs und Frauen*. Frankfurt/M., New York.
- Hekman**, Susan, 2008: Constructing the Ballast: an Ontology For Feminism. In: Alaimo, Stacy/Hekman, Susan (Hg.): *Material Feminisms*. Bloomington, Indianapolis, 85-119.
- Lykke**, Nina, 2010: The Timeliness of Post-Constructionism. In: *NORA – Nordic Journal of Feminist and Gender Research*. 18 (2), 131-136.
- Maihofer**, Andrea, 2007: Gender in Motion: Gesellschaftliche Transformationsprozesse – Umbrüche in den Geschlechterverhältnissen? Eine Problemskizze. In: Grisard, Dominique/Häberlein, Jana/Kaiser, Anelis/Saxer, Sibylle (Hg.): *Gender in Motion. Die Konstruktion von Geschlecht in Raum und Erzählung*. Frankfurt/M., New York, 281-315.

Milieus, Geschlecht, Migration. Zur gesellschaftlichen Organisation von Arbeit bei SpätaussiedlerInnen und türkeistämmigen Deutschen¹

ANDREA KÖNIG. STEPHAN MEISE

Einleitung

In der Geschlechterforschung ist weitgehend unstrittig, dass Migrantinnen in Deutschland in mehrfacher und spezifischer Weise von den Ungleichheitsstrukturen moderner Gesellschaften betroffen sind (vgl. Aulenbacher u.a. 2012; Bührmann 2009; Degele/Winker 2011). Als wesentliche Ungleichheitsdimensionen, die in der gesellschaftlichen Organisation von Arbeit ihren Ausdruck finden (vgl. Klinger 2003), werden in der Regel in Anlehnung an US-amerikanische Debatten „Race, Class, Gender“ genannt. Die Übertragbarkeit dieser Kategorien aus dem US-amerikanischen in den deutschsprachigen Diskurs wird gleichwohl seit längerem kritisch diskutiert. Dies gilt insbesondere für den Begriff Race, der aufgrund der problematischen Konnotationen von „Rasse“ im Deutschen eher als Ethnizität oder Nationalität wiedergegeben wird (vgl. Knapp 2008, 48; Müntz 2008, 43ff.). Auch der Begriff Class ist in diesem Kontext umstritten, insbesondere weil der Ausdruck „Klasse“ als (zu) eng mit ökonomistischen und dualistischen Lesarten der Marxschen Klassentheorie verknüpft gilt (vgl. Geißler 2011, 93ff.; Vester u.a. 2001, 121ff.; Weischer 2011, 346ff.). Deshalb auf eine differenzierende Betrachtung von Klassenlagen zu verzichten, hieße aber zu ignorieren, dass trotz aller Individualisierungstendenzen weiterhin erhebliche sozioökonomische Unterschiede zwischen sozialen Gruppen bestehen. Eine einseitige Subjektorientierung unter Vernachlässigung sozioökonomischer Zwänge würde daher zu kurz greifen. Alternativen zum Klassenbegriff sind jedoch in der Geschlechterforschung bislang selten. Zur Rezeption von Class im Rahmen intersektioneller Analysen bietet sich unseres Erachtens der in der deutschen Sozialstrukturforschung verbreitete und an die politische Soziologie Pierre Bourdieus (1982) anknüpfende Begriff des sozialen Milieus an, da er die Kategorie Klasse aufgreift und um kulturelle Aspekte ergänzt. Ebenso können damit zugleich objektive Feldzwänge und subjektive Wahrnehmungen, Beschränkungen und Potenziale berücksichtigt werden (vgl. Geiling u.a. 2011; Vester u.a. 2001). In einem sozialen Milieu befinden sich AkteurInnen, die sich aufgrund ihrer sozialen Herkunft, ihrer alltäglichen Praktiken und ihrer Position in der Sozialstruktur ähneln und darüber eine gemeinsame gesellschaftlich-politische Grundhaltung, einen gemeinsamen Habitus, ausbilden. Je nach Milieuzugehörigkeit verfügen die AkteurInnen über ungleich verteilte Kapitalressourcen ökonomischer, kultureller sowie sozialer Art und haben damit auch unterschiedliche Handlungs- und Teilhabeoptionen. Während Migrationserfahrung in der Literatur als ein eigenständiger Faktor sozialer Ungleich-

heit betrachtet wird, der häufig damit verbunden ist, dass MigrantInnen die untersten sozialen Positionen einnehmen (vgl. Geißler 2011, 248ff.), wird die zugleich bestehende Vielfalt der zugewanderten Bevölkerungsteile erst allmählich in den Blick genommen (vgl. z.B. Wippermann/Flaig 2009). Für die Analyse heterogener Migrationserfahrungen im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen und insbesondere geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung bietet der Milieubegriff unseres Erachtens gute Anknüpfungspunkte, da er auf mehrdimensionale Ungleichheitsstrukturen und deren subjektive Inkorporierung verweist.

Im vorliegenden Beitrag wird die Tragfähigkeit des Milieubegriffs durch einen empirischen Zugang zur Lebenswirklichkeit von MigrantInnen in Deutschland aufgezeigt. Am Beispiel von SpätaussiedlerInnen und türkeistämmigen Deutschen gehen wir der Frage nach, wie die grundlegenden sozialen Strukturkategorien Milieu, Geschlecht und Migration im Bereich der gesellschaftlichen Organisation von Arbeit in Deutschland mit Teilhabechancen von Frauen mit Migrationshintergrund zusammenhängen. Aufbauend auf den Ergebnissen unserer umfassenderen Studie „Migration – Teilhabe – Milieus“ (Geiling u.a. 2011; vgl. auch Korinth/Meise 2010), in der wir unterschiedliche soziale Milieus mit Migrationshintergrund ermittelt und die jeweiligen sozialen und politischen Partizipationschancen von MigrantInnen erforscht haben, nehmen wir im Folgenden zwei Aspekte in den Blick: Erstens beschreiben wir von Frauen mit Migrationshintergrund geteilte Benachteiligungen auf dem deutschen Erwerbsarbeitsmarkt. Zweitens explorieren wir, welche milieuspezifischen Unterschiede zwischen den befragten Migrantinnen im Kontext geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung bestehen und inwiefern das Geschlechterverhältnis in den verschiedenen ermittelten Milieus unterschiedlich ausgeprägt ist. Da die befragten Migrantinnen vorwiegend in heterosexuellen Paarkonstellationen leben, fokussieren wir hier sowohl auf Frauen als auch auf Männer und nehmen deren soziale Positionierungen ebenso wie deren milieuspezifische Grundhaltungen zu Geschlechterfragen in den Blick.²

Mehrfache Benachteiligung in der Erwerbsarbeit

Die erwerbstätigen befragten Frauen sind zumeist Mütter mit niedrigem Einkommen, die in mehr oder weniger informellen und prekären Beschäftigungsverhältnissen stehen. Sie zählen durch ihre doppelte Zuständigkeit für Familie und Zuverdienst zur Gruppe der am stärksten belasteten Frauen (vgl. Nave-Herz 2007). Die Doppelbelastung stellt eine bekannte geschlechtsspezifische Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt gegenüber Männern dar, die im Kontext der weiterhin vorherrschenden geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung tendenziell von der Reproduktionsarbeit entlastet sind. Bei den Befragten kommen zu den geschlechtsspezifischen Schwierigkeiten weitere migrationsspezifische Nachteile hinzu: Sofern sie im Herkunftsland ausgebildet wurden, können die Befragten in der Regel aufgrund unzureichender Anerkennung ihrer Qualifikationen und zum Teil auch aufgrund sprachlicher Hürden nicht in ihren früheren Berufen arbeiten und müssen einen beruflichen Abstieg

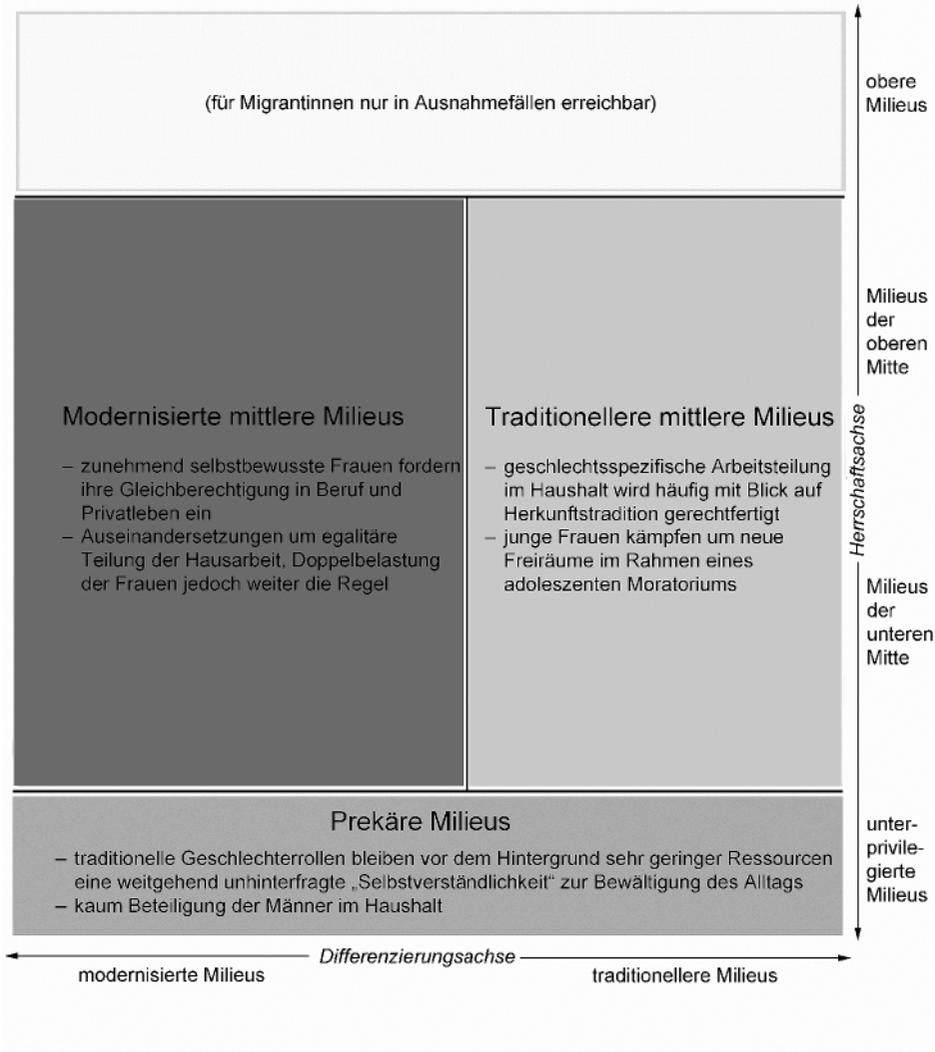
hinnehmen. Von beiden genannten Aspekten sind zum Beispiel Spätaussiedlerinnen betroffen, die in Russland Deutschlehrerinnen waren. Die jüngeren Befragten, die ihre Berufsausbildung in Deutschland absolvieren, sehen sich bereits vor dem Einstieg ins Erwerbsleben mit geschlechts- und migrationsspezifisch eingeschränkten Chancen auf berufliche Qualifizierung konfrontiert, weil sie als Migrantinnen regelmäßig von Benachteiligungen bei der Ausbildungsstellenvergabe betroffen sind (vgl. Bednarz-Braun/Heß-Meining 2004, 197). Aufgrund migrationsspezifisch niedriger oder abgewerteter Qualifikationen bleibt den befragten Frauen häufig nichts anderes übrig, als sich für die am schlechtesten bezahlten Tätigkeiten im Pflege- und Gesundheitswesen zu „entscheiden“, bei denen Entgelt, Aufstiegsmöglichkeiten und Arbeitsschutz gering sind. Durch die Übernahme dieser vermeintlich typisch weiblichen Tätigkeiten entlasten Migrantinnen zugleich einige autochthone³ Frauen und ermöglichen diesen einen gewissen Aufstieg in höhere soziale Positionen (vgl. Westphal 2007). Somit nehmen Frauen mit Migrationshintergrund mit größerer Wahrscheinlichkeit Positionen im unteren Bereich des sozialen Raums ein als autochthone Frauen (vgl. auch Geiling u.a. 2011, 269).

Im Vergleich zu den befragten männlichen Spätaussiedlern und Türkeistämmigen gleicht die Verteilung von Frauen im Sample über die sozialen Milieus nur auf den ersten Blick der von Männern. Bei näherer Betrachtung nehmen Frauen im Vergleich zu Männern insgesamt niedrigere Positionen im sozialen Raum ein (vgl. ebd., 100ff.). Zudem ist auffällig, dass die Etablierungs- und Karrierewege der zugewanderten Frauen in den Milieus der oberen Mitte im Vergleich zu Männern eingeschränkt erscheinen, da diese vielfach in besonderem Maß auf einer Entlastung von Reproduktionsarbeit beruhen – eine Aufgabe, die vor allem Frauen zugewiesen wird.

Milieuspezifische Geschlechterverhältnisse und geschlechtliche Arbeitsteilung

Während Frauen mit Migrationshintergrund durchaus ähnlich eingeschränkte Chancen und Handlungsoptionen in der Erwerbsarbeit vorfinden, zeigen sich in Bezug auf Haus- und Sorgearbeit deutliche Unterschiede zwischen den Befragten. Geschlechtlicher Habitus und alltagspraktische Ausgestaltung des Geschlechterverhältnisses hängen erheblich vom milieuspezifischen sozialen Umfeld der Betroffenen ab. Die festgestellten geschlechtsspezifischen Grundmuster der Befragten (vgl. Abb. 1) verstehen wir als habituelle Praktiken verschiedener sozialer Milieus (vgl. auch Geiling u.a. 2011). In den sozialen Milieus der ArbeitnehmerInnenmitte lassen sich zwei unterschiedliche Einstellungsmuster zur geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung feststellen, die sich auf der Modernisierungsachse unterscheiden; ein weiteres Muster findet sich in den unterprivilegierten Milieus. Insgesamt verlaufen die wesentlichen Trennlinien damit zwischen den unterprivilegierten Positionen und der ArbeitnehmerInnenmitte sowie zwischen den modernisierten und traditionelleren Milieus.

Abb. 1: Milieuspezifische Geschlechterverhältnisse bei Spätaussiedlerinnen und türkeistämmigen Deutschen im sozialen Raum



Quelle: eigene Darstellung

Im Folgenden werden wir auf die milieuspezifischen Geschlechterverhältnisse in Bezug auf die geschlechtliche Arbeitsteilung eingehen und sie vor dem Hintergrund der Migrationsgeschichte der Befragten diskutieren. Unsere Ergebnisse bestätigen dabei den Befund anderer Studien, dass der sozioökonomische Status den Migrationsstatus dominiert (vgl. Wippermann/Flaig 2009).

Prekäre Milieus

In der gesamten deutschen Gesellschaft vorhandene patriarchal geprägte Praktiken und Einstellungen treten in unterprivilegierten Lagen besonders deutlich zu Tage. Die Befragten aus prekären Milieus reagieren auf das Thema geschlechtsspezifische Arbeitsteilung im Haushalt oft mit Unverständnis. Ein traditionelles Geschlechterverhältnis mit der Alleinzuständigkeit von Frauen für Haushalt und Kinder stellt für sie eine nicht in Frage gestellte Selbstverständlichkeit in der Bewältigung des Alltags dar.

Die Kinder, die hören beiden zu. Aber ab und zu hat Papa mehr zu sagen. Die Kinder haben, wie kann man das sagen, mehr Respekt vor Männern. Wir sind beide verpflichtet, das ist kein Thema. Für den Haushalt ist die Frau zuständig. (Paul R., angelernter Arbeiter, z. Zt. erwerbslos)

Der höhere soziale Status des Mannes in der Familie wird offen ausgesprochen und nicht wie in Milieus mit größeren Kapitalressourcen gerechtfertigt. Dass die Frau, obwohl in der Regel auch berufstätig, für den Haushalt zuständig ist, gilt als so selbstverständlich, dass sie allen AkteurInnen nahezu als unhinterfragbar erscheint. Wie unsere Befragungen deutlich machen, stehen dahinter sowohl von der Elterngeneration übernommene Verhaltensmuster als auch Zwänge der Erwerbstätigkeit. So verfügen Angehörige der prekären Milieus nur über äußerst geringe ökonomische und kulturelle Ressourcen und ihr Habitus ist vor diesem Hintergrund auf die Bewältigung der alltäglichen Notwendigkeiten ausgerichtet. Männer aus prekären Milieus müssen zudem oft körperlich besonders belastende Arbeit leisten, um die Funktion des Hauptverdieners ausfüllen zu können (vgl. Geiling u.a. 2011, 242ff.). Dies nehmen Männer zum Teil auch als Rechtfertigung für sich in Anspruch, um sich nicht im Haushalt zu beteiligen.

Traditionellere mittlere Milieus

In den eher traditionellen mittleren ArbeitnehmerInnenmilieus haben tradierte Geschlechterrollen ebenfalls einen großen Einfluss. Die Frau macht den Haushalt, kocht und erzieht die Kinder, der Mann ist für das Handwerkliche und den Garten zuständig. Im Unterschied zu den prekären Milieus, in denen vermeintlich selbstverständlicher geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung kaum Beachtung geschenkt wird, zeichnen sich die traditionellen mittleren Milieus dadurch aus, dass die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung thematisiert wird. Allerdings wird diese vordergründig gerechtfertigt, indem auf schon im Herkunftsland praktizierte Traditionen verwiesen wird.

In Kasachstan hatten wir eine klare Aufteilung: Alles mit dem Stall war Männersache, außer dem Melken. Im Garten gemischt, umgraben Männer, einsäen und ernten Frauen. Alle Arbeit im Haus war Frauensache. Deswegen ist es bei uns ein bisschen so geblieben. Wir haben uns gar nicht abgesprochen: Du machst jetzt das oder du machst jetzt das. Das

läuft irgendwie. Wir helfen uns praktisch gegenseitig.“ (Jekaterina B., Hauswirtschafterin)
Ihr Mann ergänzt: „Die mütterliche Liebe kann kein Vater geben. Ich kann väterliche Liebe geben, aber die Mutter sorgt für das Gemütliche im Hause. (Arthur B., Disponent)

Hinter der von den Befragten formulierten Zufriedenheit mit dieser geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung verbirgt sich allerdings oft der Verzicht von Frauen auf berufliche Qualifizierung und selbstbestimmte Lebensgestaltung. Insbesondere die befragten jüngeren Frauen in den traditionelleren Milieus sind nicht mehr bereit, für die Familie auf „alles“ zu verzichten und entwickeln stärkere eigene Ansprüche auf persönliches Glück. Zwar zählen sie dazu auch Familie und Kinderwunsch; dies wird aber auf einen späteren Zeitpunkt im Leben verschoben, um Ausbildung und Berufseinstieg ermöglichen zu können.

Meine Mutter meint: Du musst erstmal deine Kinder kriegen und dann kannst Du auf Dich gucken. Ich so: Ich muss jetzt auf mich gucken! Das versteht sie aber nicht. (Paulina R., Krankenschwester in Ausbildung)

Gerade in der Adoleszenz artikulieren die befragten Frauen mit Bezug auf die antizipierte Mehrfachbelastung einen Anspruch auf größere Freiräume als ihre Mütter. Mit Beginn ihrer eigenen Mutterschaft werden diese aber wieder eingeschränkt. In der Familienphase ordnen fast alle von uns befragten Frauen ihre Berufstätigkeit der Familie unter, arbeiten oft in Teilzeit oder in prekären Beschäftigungsverhältnissen unterhalb ihres Ausbildungsniveaus. So verläuft ihre Lebensplanung vor dem Hintergrund einer verfestigten und sich weiterhin reproduzierenden geschlechtlichen Arbeitsteilung. Eine Krankenschwester spitzt ihre habitualisierte Anpassung an die Zwänge des Geschlechterverhältnisses auf die tautologische Formel „Familie ist Familie“ zu:

Ich arbeite Teilzeit. Es ist wichtig für mich, dass ich meine Berufstätigkeit und die Familie gut verbinden kann. Natürlich ist die Familie wichtig. Na ja, Familie ist Familie. (Teresa U., Krankenschwester)

Modernisierte mittlere Milieus

In den relativ modernen Milieus der unteren und oberen sozialen Mitte spielen egalitäre Ansprüche eine vergleichsweise große Rolle in Einstellungen und Alltagspraktiken.

Es sollte mehr Gerechtigkeit zwischen Männern und Frauen geben. Es heißt immer: Der Mann hat immer Recht, egal wie es ist. Die Frauen werden unterdrückt. (Nuran O., Hausfrau)

Frauen in diesen Milieus nehmen die Diskrepanz zwischen Anspruch und Realität in Sachen Gleichberechtigung der Geschlechter wahr und reagieren selbstbewusst:

Man kann hier wirklich als Frau vieles schaffen. Das finde ich sehr schön und gerecht. Aber auf der beruflichen Ebene gibt es noch keine Gerechtigkeit. Man muss sich als Frau behaupten. (Irem K., Sozialpädagogin)

Die häusliche Arbeitsteilung folgt teilweise traditionellen Mustern, liegt teilweise aber auch quer dazu. So wird häufig der Anspruch formuliert, dass die Hausarbeit von Mann und Frau gemeinsam erledigt werden soll. Die Arbeitsteilung der (Ehe-) PartnerInnen wird im Unterschied zu den prekären und traditionellen mittleren Milieus explizit thematisiert und ist Teil eines Aushandlungsprozesses.

Allerdings geht die Umverteilung von Hausarbeit vorwiegend von Frauen aus. Sie fordern ihre Entlastung von der alleinigen Haushaltsführung durch die Beteiligung von Männern nicht zuletzt deswegen ein, um eine Möglichkeit auf umfangreichere eigene Berufstätigkeit zu haben.

Mein Freund, er hilft mir unheimlich viel im Haushalt. Wir sind aus diesem Denken von früher: Frau macht den Haushalt – Mann nicht, also da sind wir komplett raus. Für mich persönlich ist es sehr wichtig, dass man sich das teilen kann, weil ich berufstätig bin. (Wilhelmina Z., Ergotherapeutin)

Nach der Geburt von Kindern schränken Frauen ihre Berufstätigkeit in der Regel ein. Dies ist auch für relativ moderne Milieus typisch. Frauen übernehmen die häusliche Arbeit aber mit einem durch ihre berufliche Qualifizierung gestärkten Selbstbewusstsein gegenüber ihren (Ehe-)Partnern, die sich dem Anspruch auf Egalität nicht mehr völlig entziehen können. Der Wandel der Alltagspraktiken in den sich modernisierenden Milieus kommt somit teilweise Frauen zugute. Das Spannungsverhältnis zwischen gestiegenen Ansprüchen sowie Abhängigkeiten und Zusatzbelastungen bleibt allerdings weiterhin bestehen. Dies zeigt sich bei Müttern aus den relativ modernisierten Milieus häufig darin, dass Hoffnungen auf erweiterte Teilhabechancen auf die Töchtergeneration verschoben werden.

Diskussion

Die durch den Ansatz der Habitus- und Milieuforschung ermöglichte doppelte Perspektive auf Arbeits- und Lebenswelten von Migrantinnen erscheint uns sinnvoll, um die Wirkungen mehrdimensionaler Herrschaftsverhältnisse in den Blick nehmen zu können. Damit können nebeneinander bestehende Gemeinsamkeiten und Heterogenitäten aufgezeigt und thematisiert werden. Gemeinsam ist den Migrantinnen, dass sie in der Regel einer dreifachen Benachteiligung ausgesetzt sind: erstens als „Fremde“, denen ökonomische, kulturelle und soziale Ressourcen fehlen und die mit Ausgrenzungen konfrontiert sind; zweitens als abhängig Beschäftigte in oft schlecht bezahlten mittleren und unteren Berufspositionen; drittens als Frauen gegenüber Männern in nach wie vor männlich dominierten gesellschaftlichen Verhältnissen, die sich nicht zuletzt in der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung ausdrücken. Diese Ebenen der Unterschichtung wirken in den Alltagspraktiken gleichzeitig und treten oft in kaum wahrnehmbarer Form auf, sodass sie für die AkteurInnen oft nicht ohne Weiteres erkennbar und auseinanderzuhalten sind. Neben diesen Gemeinsamkeiten weisen die befragten Spätaussiedlerinnen und türkeistämmigen deutschen Frauen allerdings auch Heterogenitäten auf, die wir in Bezug auf unterschiedliche milieuspe-

zifische Grundmuster der geschlechtlichen Arbeitsteilung aufgezeigt haben. Die Persistenz hierarchischer Geschlechterverhältnisse ist in den prekären Milieus am größten, allerdings auch in den traditionelleren Milieus deutlich ausgeprägt. In den modernisierten Milieus zeigen sich Öffnungen, durch die sich in begrenztem Umfang zusätzliche Teilhabechancen für Frauen ergeben. Mit den milieuspezifischen Unterschieden zwischen den Geschlechtern geht eine soziale Ungleichheit zwischen Frauen mit Migrationshintergrund einher. Es zeigt sich aber auch, dass die Zwänge des tradierten hierarchischen Geschlechterverhältnisses in allen Milieus weiterhin eine große Rolle spielen, wie dies auch in der Mehrheitsgesellschaft der Fall ist. Es ist plausibel anzunehmen, dass diese Zwänge sich für Einwanderinnen mit den Problemen des Migrationsprozesses wie etwa der Nicht-Anerkennung beruflicher Qualifikationen und der Neuorientierung in einer nicht vertrauten Umgebung oder mit fremdenfeindlichen Ausgrenzungen verbinden.

Eine milieuspezifisch differenzierte Betrachtungsweise kann unserer Ansicht nach jedenfalls dazu beitragen, das Verständnis unterschiedlicher Praktiken und Einstellungen von Migrantinnen zu verbessern und eine diskursiv-politische Homogenisierung und Kulturalisierung zu vermeiden. Wir meinen, es könnte lohnen, dem weiter nachzugehen. Dazu sind aus unserer Sicht weitere Studien notwendig. Diese müssten die hier explorierten milieuspezifischen Unterschiede in der Ausgestaltung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung auch vergleichend bei Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund untersuchen, um weitere Erkenntnisse zum alltagspraktischen Zusammenhang verschiedener Ungleichheitsdimensionen zu gewinnen.

Anmerkungen

- 1 Wir danken den Herausgeberinnen für sehr hilfreiche Anmerkungen zu einer früheren Fassung des Beitrags.
- 2 Neben 37 Interviews mit ExpertInnen haben wir 60 SpätaussiedlerInnen und türkeistämmige Deutsche – also Personen aus den beiden größten MigrantInnengruppen in Deutschland – im Alter von 18 bis 50 Jahren, je zur Hälfte Männer und Frauen, in themenzentrierten Leitfadenterviews befragt. Die verwendeten Leitfäden enthielten Erzählimpulse und Nachfragen zu den Bereichen Beruf, Familie/Partnerschaft, Freizeit, Gesellschaftsbild und Partizipation (vgl. Geiling u.a. 2011, 293ff.). Mit Hilfe des habitushermeneutischen Typenbildungsverfahrens (vgl. Bremer 2004) konnten wir fünf soziale Milieus mit Migrationshintergrund explorieren und im sozialen Raum der Bundesrepublik Deutschland entlang der vertikalen Machtdimension und der horizontalen Modernisierungsdimension in Relation zueinander verorten. Das dafür notwendige komplexe methodische Vorgehen des Auswertungsprozesses basiert auf Bourdieus (1982) Theorie der Praxis und der sozialstrukturellen Milieuforschung nach Vester u.a. (2001) und ist in unserem Buch im Einzelnen dokumentiert (vgl. Geiling u.a. 2011, 23ff., 43ff.). Um unbewusste Kulturalisierungen der Befragten möglichst zu vermeiden, haben wir uns im Verlauf des gesamten Forschungsprozesses darum bemüht, uns unsere eigene soziale Position als Forschende und unsere Vorannahmen immer wieder ins Bewusstsein zu rufen und kritisch zu reflektieren.
- 3 Als autochthon wird diejenige Bevölkerungsgruppe bezeichnet, die in einem bestimmten Zeitraum im von Zuwanderung betroffenen Gebiet „einheimisch“ war. Im Kontext des vorliegenden Beitrags sind dies seit 1949 in Deutschland ansässige Personen und deren Nachkommen.

Literatur

- Aulenbacher, Brigitte/Meuser, Michael/Riegraf, Birgit**, 2012: Geschlecht, Ethnie, Klasse im Kapitalismus – Über die Verschränkung sozialer Verhältnisse und hegemonialer Deutungen im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess. In: Berliner Journal für Soziologie 22 (1), 5-27.
- Bednarz-Braun, Iris/Heß-Meining, Ulrike**, 2004: Migration, Ethnie und Geschlecht. Theorie, Forschungsstand, Forschungsperspektiven. Wiesbaden.
- Bourdieu, Pierre**, 1982: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt/M.
- Bremer, Helmut**, 2004: Von der Gruppendiskussion zur Gruppenwerkstatt. Ein Beitrag zur Methodenentwicklung in der typenbildenden Mentalitäts-, Habitus- und Milieuanalyse. Münster.
- Bühmann, Andrea D.**, 2009: Intersectionality – ein Forschungsfeld auf dem Weg zum Paradigma? Tendenzen, Herausforderungen und Perspektiven der Forschung über Intersektionalität. In: Gender 1 (2), 28-44.
- Degele, Nina/Winker, Gabriele**, 2011: Intersektionalität als Beitrag zu einer gesellschaftstheoretisch informierten Ungleichheitsforschung. In: Berliner Journal für Soziologie 21 (1), 69-90.
- Geißler, Rainer**, 2011: Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung. 6. Aufl. Wiesbaden.
- Geiling, Heiko/Gardemin, Daniel/Meise, Stephan/König, Andrea**, 2011: Migration – Teilhabe – Milieus. Spätaussiedler und türkeistämmige Deutsche im sozialen Raum. Wiesbaden.
- Klinger, Cornelia**, 2003: Ungleichheit in den Verhältnissen von Klasse, Rasse und Geschlecht. In: Knapp, Gudrun-Axeli/Wetterer, Angelika (Hg.): Achsen der Differenz. Gesellschaftstheorie und feministische Kritik 2. Münster, 14-48.
- Knapp, Gudrun-Axeli**, 2008: „Intersectionality“: ein neues Paradigma der Geschlechterforschung? In: Casale, Rita/Rendtorff, Barbara (Hg.): Was kommt nach der Genderforschung? Zur Zukunft der feministischen Theoriebildung. Bielefeld, 33-53.
- Korinth, Stefan/Meise, Stephan**, 2010: Russlanddeutsche Transmigration. Entstehen neue interkulturelle Milieus? In: Migration und Soziale Arbeit 32 (2), 103-109.
- Münst, A. Senganata**, 2008: Intersektionalität als Perspektive der Migrationsforschung. In: Femina Politica 17 (1), 41-54.
- Nave-Herz, Rosemarie**, 2007: Familie heute. Wandel der Familienstrukturen und Folgen für die Erziehung. Darmstadt.
- Vester, Michael/Oertzen, Peter von/Geiling, Heiko/Hermann, Thomas/Müller, Dagmar**, 2001: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung. Frankfurt/M.
- Weischer, Christoph**, 2011: Sozialstrukturanalyse. Grundlagen und Modelle. Wiesbaden.
- Westphal, Manuela**, 2007: Migration und Genderaspekte. In: Migration und Soziale Arbeit 29 (1), 4-15.
- Wippermann, Carsten/Flaig, Bertholt Bodo**, 2009: Lebenswelten von Migrantinnen und Migranten. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 59 (5), 3-11.

„Freier Geist – mutige Frau“ Zum Gedenken an Annemarie (Anna) Tröger

INGRID KURZ-SCHERF

Nachdem Annemarie (Anna) Tröger nach langer und schwerer Krankheit, dann aber doch überraschend und viel zu früh gestorben war, gab es ein kleines Gerangel unter Freundinnen und Weggefährtinnen in der Frage, ob in einer Traueranzeige einzelne ihrer Wirkungsfelder besonders hervorgehoben werden sollten. Es blieb bei einem sehr kurzen Text: „Wir nehmen Abschied von Annemarie (Anna) Tröger, 8.12.1939 bis 18.2.2013. Freier Geist – Mutige Frau. Sie hat viel bewegt und bleibt unserem Leben verbunden“.¹

Annemarie hat so vieles und so viele bewegt, dass auch dieser Nachruf ihr nicht wirklich gerecht werden kann. Nicht nur die Fülle ihres Lebens sprengt das Korsett der Zeilenvorgaben für einen Nachruf, sie hat auch viele Anstöße gegeben und Spuren hinterlassen, die nicht so offensichtlich mit ihrem Namen gekennzeichnet sind, wie das z.B. in klassisch-akademischen oder klassisch-politischen Karrieren der Fall ist. Annemarie hat keine Karriere gemacht, sondern – pathetisch formuliert – Geschichte. Frauengeschichte, aber nicht nur das. In unterschiedlicher Intensität „war“ Annemarie Tröger die „Frauengruppe Faschismusforschung“ an der FU Berlin. Die Anstöße, die sie in diesem Rahmen gegeben hat, gehen weit über die bis heute anhaltende Rezeption ihrer diesbezüglichen Publikationen hinaus (vgl. u.a. Tröger 1977a, 1981a). Annemarie Tröger „war“ auch die „Gruppe Berliner Dozentinnen“, die die erste Berliner Sommeruniversität für Frauen im Juli 1976 initiiert, organisiert und dokumentiert hat (vgl. Tröger 1977b); sie „war“ ebenfalls die „Vorbereitungsgruppe“ und die „Dokumentationsgruppe“ der 2. Berliner Sommeruniversität im Oktober 1977 (vgl. Dokumentationsgruppe 1978, Vorbereitungsgruppe 1978); sie „war“ in Berlin die „Gruppe erwerbsloser Frauen“ und sie „war“ die bundesweite Initiativgruppe zur Gründung eines Sachverständigen ♀-Rats, der schon in den 1980er Jahren als feministischer Einspruch gegen den wirtschaftsliberalen Dogmatismus des sog. Sachverständigenrats wirksam werden sollte.

Annemarie Tröger war ein politischer Mensch, eine *femina politica*. Sie war Wissenschaftlerin, Aktivistin, Netzwerkerin, sie wollte politisch eingreifen und sie hat auch eingegriffen – beispielsweise hat sie die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in die entstehende Frauenbewegung eingebracht, aber sie hat auch „die Fragestellungen, Inhalte und Forderungen der Frauenbewegung“ (Tröger 1977b, 14) in die Universität im Allgemeinen und in die Faschismusforschung im Besonderen

hineingetragen. Die neue Frauenbewegung war schon in ihren Anfängen nicht nur nach außen, sondern auch nach innen eine höchst streitbare Bewegung. Sie lebte gleichsam aus ihren mehr oder minder harten Kontroversen – etwa um das Verhältnis der Frauenfrage zur Kinder- bzw. Mütterfrage auf der einen Seite und zur sozialen Frage auf der anderen Seite, um das politische Verhältnis nicht nur zwischen Feminismus und Marxismus, sondern auch zwischen Feminismus und lesbischer Lebenspraxis, um die Forderung nach Lohn für Hausarbeit oder die nach Quotierung der qualifizierten Arbeits- und Ausbildungsplätze, um das Autonomiekonzept der Frauenbewegung, ihr Verhältnis zu linken Gruppierungen und Parteien wie zu den Gewerkschaften und zum Staat. Annemarie Tröger hat in diesen Kontroversen nicht nur kämpferisch Position bezogen, sie hat sie teilweise auch initiiert und ihnen zu einem Forum verholfen – sei es bei den Sommeruniversitäten, zu denen Tausende von Frauen in die „Rostlaube“ der Freien Universität Berlin strömten oder sei es durch ihre Beteiligung an der Herausgabe und Redaktion der Feministischen Studien, als einem eigenständigen Organ der feministischen Debatte.²

Ich selbst bin Annemarie Tröger das erste Mal Mitte der 1970er Jahre im Frauenzentrum Berlin, Stresemannstr. 11, begegnet; sie – die fast 10 Jahre Ältere – hat mich sehr beeindruckt. Sie war sehr schön, wirkte sehr selbstbewusst, war ungeheuer klug und eloquent. Sie war eine feministisch-sozialistische Intellektuelle, wie ich es gerne sein oder wenigstens einmal werden wollte. Sie hatte einen bürgerlichen, eher groß- und bildungsbürgerlichen Habitus und stammte auch aus entsprechenden Verhältnissen. Sie war allerdings 1939 in Jena nur in eben diese Verhältnisse hineingeboren, aber schon als Kind wieder aus ihnen hinausgeschleudert worden, nämlich durch den Krieg und die danach erzwungene Umsiedlung ihrer durch Enteignung mittellos gewordenen Familie. Ich weiß nicht, wie und warum Annemarie zur Sozialistin, zur Antikapitalistin, zur Gegnerin westdeutscher Nachkriegsnormen wurde; jedenfalls trat sie schon als junge Studentin Anfang der 1960er Jahre in Göttingen dem SDS bei und blieb in Berlin Mitglied dieser Organisation bis zu ihrer Selbstauflösung. Dabei hatte Annemarie allerdings von Anfang an – nach eigenem, auch öffentlich dokumentiertem Bekunden (vgl. Tröger 1998, 215) – immer schon Simone de Beauvoirs Erörterungen über „Das andere Geschlecht“ im Gepäck und im Kopf. Damit ausgestattet und als „freier Geist und mutige Frau“ erlebte sie den „real-existierenden Sozialismus“ nicht nur in der DDR, sondern auch in den Varianten, die sich im SDS und seinen männerdominierten Nachfolgeorganisationen herausgebildet hatten, als eine durch und durch männerbündische Inszenierung, die sich mit der Marginalisierung von Frauen auch zentraler Herausforderungen sozialistischer Politik entledigt hatte.³

Annemarie Tröger: sozialistische Feministin – feministische Sozialistin? Für große Teile der neuen, autonomen Frauenbewegung waren Sozialismus und Feminismus oder – anders formuliert – Antikapitalismus und Antisexismus eng ineinander verschlungene Projekte. Das hatten viele derjenigen, die sich den Sozialismus und Antikapitalismus auf ihre Fahnen geschrieben hatten, in patriarchaler Verblendung

nicht nur nicht verstanden, sondern sie inszenierten „ihren“ Sozialismus und Antikapitalismus teils gezielt, teils unreflektiert als Legitimationsstrategie ihres tiefgreifenden Antifeminismus und Sexismus. Auch unter tätiger Mithilfe von Frauen. Umgekehrt instrumentalisierten Teile der Frauenbewegung „ihren“ Feminismus als Legitimationsstrategie eines nicht minder tief verwurzelten Elitarismus. Im Großen und Ganzen suchte die autonome Frauenbewegung aber vor allem nach Auswegen aus den falschen Konfrontationen zwischen bürgerlich-liberalem und proletarisch-sozialistischem Feminismus, an denen schon die erste Frauenbewegung gescheitert war. Annemarie Tröger hat diese Suche u.a. dadurch ermutigt, dass sie der westdeutschen Frauenbewegung das Leben und Wirken der russischen Revolutionärin Alexandra Kollontai, einer „sexuell emanzipierten Kommunistin“ (Kollontai 1926), erschlossen hat, also einer Frau die – wie sie selbst – beides war: „Sozialistin und Feministin“ und doch gleichzeitig „zwischen Feminismus und Sozialismus“ (Tröger 1976) stand.

Als sich die neue Frauenbewegung als Bewegung immer mehr in den Institutionen, in die sie hineinwirkte, und in den Projekten, die sie hervorgebracht hatte, auflöste, ließ sie einen nicht unbeträchtlichen Teil ihrer Begründerinnen und Aktivistinnen zurück. Manche haben das nicht verkraftet. Auch Annemarie durchlebte diese Entwicklung phasenweise als persönliche Krise. Letztendlich nannte sie sich dann nicht mehr Annemarie, sondern Anna, knüpfte mit vielen Weiterbildungen und Aktivitäten neu an ihr Studium als Diplom-Psychologin an und praktizierte – so lange und soweit ihr dies gesundheitlich möglich war – als Psychotherapeutin, selbstverständlich wieder in einem kollektiven Zusammenhang in politischer Absicht: dem Verein freier Psychotherapeuten (www.freie-psychotherapeuten-berlin.de).

Auch als praktizierende Psychotherapeutin blieb Annemarie Tröger eine *femina politica*, aber als solche und in ihrem Wirken im Entstehen der neuen Frauenbewegung ist sie den Jüngeren, die sich heute dem Feminismus mehr oder minder streitbar verbunden fühlen, kaum mehr bekannt; ihr Name taucht in den jüngeren Publikationen zur Geschichte der neuen Frauenbewegung nicht auf. Diese Geschichte – das ist mir nicht erst bei den Recherchen für diesen Nachruf aufgefallen – wird erstaunlich unpersönlich erinnert und erzählt; dabei hatte sich doch gerade die neue Frauenbewegung (in Opposition zur üblichen Stellvertreterpolitik) die Politik im eigenen Namen und in der ersten Person zur Aufgabe gemacht.⁴ Aber dies geschah gerade bei denjenigen, die die neue Frauenbewegung überhaupt erst in Bewegung gesetzt haben, in kollektiven Formen, also in Frauengruppen, -zentren, -projekten und -initiativen. Der Tod von Annemarie Tröger und die Trauer um sie sollte uns, die wir uns wissentlich oder unwissentlich in den Spuren bewegen, die sie und andere uns hinterlassen haben, Ansporn sein, diese Spuren auch namentlich zu kennzeichnen.

Anmerkungen

1 Die Traueranzeige wurde von Dagmar Reese initiiert und formuliert und erschien in „Der Tagesspiegel“ am 17. März 2013.

- 2 Mit den Feministischen Studien bot Annemarie Tröger gemeinsam mit Regine Orthler 1990 auch ein Forum zur Präsentation der ostdeutschen Frauenforschung und für die durchaus schwierige Begegnung von ost- und westdeutschen Frauen in der gemeinsamen Hoffnung auf eine gesamtdeutsche Frauenbewegung (vgl. Orthler-Vetter/Tröger 1990).
- 3 Nach Auskunft des Frauenforschungs-, -bildungs- und -informationszentrums (FFBIZ) mit einem umfangreichen Archiv zur Geschichte der neuen Frauenbewegung war Annemarie Tröger nicht Gründungsmitglied des „Aktionsrats zur Befreiung der Frauen“ im SDS, sie war aber an dieser Initialgründung der neuen Frauenbewegung – etwa als Leiterin einer Arbeitsgruppe des Aktionsrats – beteiligt. Sie war auch Mitglied der aus dem Aktionsrat nach seiner Spaltung hervorgegangenen Berliner Frauengruppe „Brot und Rosen“. Ein Teil der Materialien des FFBIZ zur Anfangszeit der neuen Frauenbewegung besteht aus „Originalen und Kopien aus der Sammlung Annemarie Tröger“ (vgl. www.ffbiz.de).
- 4 Annemarie Tröger hatte die spezifisch politische Akzentuierung des Subjektiven in der Frauenbewegung auch methodisch in ihre Forschung integriert, u.a. insofern als sie auch als Wegbereiterin der oral history in der Bundesrepublik Deutschland wirkte. Vgl. u.a. ihre bis heute international beachteten Studien über „German Women’s Memories of the World War II“ (1987) und den Lebensalltag von Frauen im Krieg (1981b).

Literatur

Dokumentationsgruppe der Sommeruniversität (Hg.), 1978: Frauen als bezahlte und unbezahlte Arbeitskräfte. Beiträge zur 2. Berliner Sommeruniversität für Frauen. Oktober 1977. Berlin.

Kollontai, Alexandra, 1926 (1989): Autobiographie einer sexuell emanzipierten Kommunistin. Berlin.

Othmer-Vetter, Regine/**Tröger**, Annemarie (Hg.), 1990: Zwischenzeiten. Frauenforschung aus der DDR. Feministische Studien. 8 (1).

Tröger, Annemarie, 1976: Alexandra Kollontai: Zwischen Feminismus und Sozialismus. In: Fichter, Tilman (Hg.): Alexandra Kollontai. Die Situation der Frau in der gesellschaftlichen Entwicklung. Vierzehn Vorlesungen vor Arbeiterinnen und Bäuerinnen an der Sverdlov-Universität 1921, 2. Aufl. Frankfurt/M., 243-264.

Tröger, Annemarie, 1977a: Die Dolchstoßlegende der Linken: „Frauen haben Hitler an die Macht gebracht“. In: Gruppe Berliner Dozentinnen (Hg.): Frauen und Wissenschaft. Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen. Juli 1976. Berlin, 324-355.

Tröger, Annemarie, 1977b: Einleitende Bemerkungen. In: Gruppe Berliner Dozentinnen (Hg.): Frauen und Wissenschaft. Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen. Juli 1976, Berlin, 13f.

Tröger, Annemarie, 1981a: Die Frau im wesensgemäßen Einsatz. In: Frauengruppe Faschismusforschung (Hg.): Mutterkreuz und Arbeitsbuch: zur Geschichte der Frauen in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus. Frankfurt/M.

Tröger, Annemarie, 1981b: „Ich komme da mit den feministischen Gedanken nicht mit...“: ein Versuch Forschung feministisch zu betreiben. In: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis. 4 (5), 39-50.

Tröger, Annemarie, 1987: German Women’s Memories of the World War II. In: Higonnet, Margaret R. (Hg.): Behind the Lines: Gender and the Two World Wars. New Haven, 285-299.

Tröger, Annemarie, 1998: Kulturrevolutionäre Vorstellungen im SDS und der Beginn einer neuen Frauenbewegung. In: Lönnendonker, Siegwald (Hg.): Linksintellektueller Aufbruch zwischen „Kulturrevolution“ und „Kultureller Zerstörung“. Der SDS in der Nachkriegsgeschichte (1946-1969). Dokumentation eines Symposiums (1985). Opladen, Wiesbaden, 214-219.

Vorbereitungsgruppe, 1978: Rückblick der Vorbereitungsgruppe. In: Dokumentationsgruppe der Sommeruniversität (Hg.): Frauen als bezahlte und unbezahlte Arbeitskräfte. Beiträge zur 2. Berliner Sommeruniversität für Frauen. Oktober 1977. Berlin, 524-528.

Männerpolitik unter der schwarz-gelben Regierung

Auf dem Weg zu einer geschlechtergerechten Gesellschaft?

IRMGARD DIEWALD

Seit einiger Zeit wird der Ruf nach neuen Rollenbildern und Identitätsmustern für Männer laut. Der Spiegel titelt in der ersten Ausgabe 2013 „Oh, Mann! Das starke Geschlecht sucht seine neue Rolle“ (Spiegel 2012). Gefragt wird unter dem Schlagwort der „Männerdämmerung“, ob das männliche Geschlecht vom gesellschaftlichen Wandel überfordert sei (ebd.). Auch in der institutionalisierten Politik findet eine Hinwendung zu diesem Thema statt. Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Kristina Schröder fordert einen Perspektivenwechsel in der modernen Gleichstellungspolitik: Immer mehr Männer seien bereit, beruflich kürzer zu treten; die Arbeitswelt müsse weiblicher und die Fürsorge in der Familie männlicher werden (Schröder 2012). Unter der Schirmherrschaft der Bundesfamilienministerin fand im Oktober 2012 in Berlin die erste Konferenz zur Männerpolitik in Deutschland, Österreich und der Schweiz statt. Im Zentrum stand die Frage, welchen Beitrag Männerpolitik zu einer geschlechtergerechteren Gesellschaft leisten kann. Die klassische Männerrolle des Ernährers soll aufgebrochen werden, und Männern soll die Möglichkeit eröffnet werden, aus einer Vielfalt männlicher Rollenmodelle zu wählen. Aus traditionellen Männern sollen damit moderne Männer werden. Doch welchen Beitrag leistet eine solche Männerpolitik aus einer feministischen Perspektive zu einer geschlechtergerechteren Gesellschaft?

Institutionalisierung und Begründung eigenständiger Männerpolitik

Mit der Festschreibung von expliziter Männerpolitik im Koalitionsvertrag und der Einführung eines Referats für Jungen- und Männerpolitik wurde unter der schwarz-gelben Regierung seit 2009 eine Strategie weitergeführt, die schon 2008 unter Ursula von der Leyen auf die politische Agenda gesetzt worden war. Mit dem Ziel, Männer auf neue Weise in die Gleichstellungspolitik einzubeziehen, wurde das Thema „Rollenbilder erweitern – Neue Perspektiven für Männer“ zum Schwerpunkt gemacht. Dies spiegelt sich im aktuellen (Selbst-)Verständnis der deutschen Gleichstellungspolitik als eine nachhaltige Politik der Chancengerechtigkeit für Frauen und Männer wider.

Anknüpfend an das Forschungsprojekt „Männer in Bewegung“ (2009), finanziert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und durchgeführt unter der Leitung der Gemeinschaft der Katholischen Männer Deutschlands und der Männerarbeit der Evangelischen Kirche in Deutschland, ist es Ziel, die An-

zahl so genannter moderner Männer zu erhöhen. Diese stehen der Frauenemanzipation und der Berufstätigkeit von Frauen positiv gegenüber (Zulehner/Volz 2009, 25). Als weitere Legitimation eigenständiger Männerpolitik wird die Benachteiligung von Männern gegenüber Frauen in vielen Bereichen angeführt. Dies spiegelt sich insbesondere in der Debatte um Jungen als Bildungsverlierer wider, in der problematisiert wird, dass die Schulleistungen von Jungen im statistischen Durchschnitt hinter denen der Mädchen zurückfallen und Jungen vermehrt als Problemkinder gesehen werden (Hurrelmann/Schultz 2012, 11). Des Weiteren wird angeführt, dass Männer im Durchschnitt fünf Jahre früher als Frauen sterben, sich häufiger umbringen sowie öfter an Suchterkrankungen (Alkohol- und Drogenabhängigkeit) leiden (Theunert 2012).

AkteurInnen und Strategien der Männerpolitik

Neben der Regierungskoalition aus FDP und CDU/CSU sind zentrale politische und gesellschaftliche AkteurInnen der aktuellen Männerpolitik christliche Kirchen mit dem Fokus Männerarbeit, Gewerkschaften, welche sich explizit mit der Männer- und Väterperspektive in Bezug auf Vereinbarkeit von Familie und Beruf beschäftigen, Gruppen mit dem Fokus Männergesundheit sowie Vereine, die sich mit männlichen Gewalttätern und Opfern auseinandersetzen (Schölper 2012). Insbesondere die oben erwähnte Studie „Männer in Bewegung“ der evangelischen und katholischen Kirche hat die aktuelle Männerpolitik geprägt: „Die kirchlichen Männerorganisationen und das Ministerium haben (...) gemeinsame männer- und geschlechterpolitische Anliegen“ (Zulehner/Volz 2009, 6). Des Weiteren sind 29 AkteurInnen der Männerarbeit und Männerpolitik seit 2010 unter dem Dachverband „Bundesforum Männer – Interessenverband für Jungen, Männer und Väter e.V.“ vereint, mit dem Ziel der politischen Interessenvertretung nach außen und der fachlichen Vernetzung (Schölper 2012).

Weitere Projekte und Maßnahmen zur Förderung von Jungen und Männern, die das Ziel verfolgen, klassische Frauenberufe für Männer attraktiver zu machen, sind die Bundesinitiative „Mehr Männer in KITAS“ und die Initiativen zur Berufswahl von Mädchen und Jungen, also der Boys' Day, der in Entsprechung zum Girls' Day erstmals 2011 mit Unterstützung des Bundes durchgeführt wurde. Das Netzwerk „Neue Wege für Jungs“ sowie der Beirat Jungenpolitik (BMFSFJ 2012) richten sich an männliche Kinder und Jugendliche, hier steht die Herausbildung von Geschlechtsidentitäten und Rollenbildern im Vordergrund. Ebenso werden Männer als Partner beziehungsweise Väter angesprochen sowie das Thema Männer und Pflege aufgegriffen (Icken 2012).

Männerpolitik und Feminismus

Ziel feministischen Denkens und Handelns ist es, Geschlechterhierarchien und Stereotypen zu überwinden sowie gesellschaftlichen Wandel orientiert an sozialeman-

zipatorischen Zielen und Kriterien anzustoßen. Es geht darum, die gesellschaftliche Benachteiligung von Frauen zu beseitigen und eine geschlechtergerechte Teilhabe an gesellschaftlicher Gestaltung für alle zu ermöglichen. Dies geht nur durch eine grundlegende Veränderung von politischen Machtverhältnissen. Politisches Anliegen von Geschlechterpolitik sollte also die Überwindung von Ausgrenzungs- und Marginalisierungsprozessen sein (Kurz-Scherf u.a. 2009; Thiessen 2008). Ausgehend von diesem Verständnis ergeben sich für die aktuelle bundespolitische Männerpolitik unter anderem folgende Schwierigkeiten und Herausforderungen:

In der aktuellen Interpretation bleibt Männerpolitik in einer identitätspolitischen Logik verhaftet, in der sich Frauen und Männer als geschlossene Gruppen gegenüberstehen. Dabei wird von der Annahme ausgegangen, Frauen seien dem Ziel der Gleichstellung näher gerückt, während Männer sich in einer Identitätskrise befänden. Wenn es mehr moderne Frauen gäbe, brauche es auch mehr moderne Männer, weil es sonst auf partnerschaftlicher Ebene zu Problemen komme (Zulehner/Volz 2009). Damit ist die aktuelle Männerpolitik stark von der Annahme der Zweigeschlechtlichkeit und von heteronormativen Vorstellungen geprägt. Dies geht mit einer teilweisen Umdeutung der Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern einher: Auf der Konferenz zur Männerpolitik wurde beispielsweise von Männern als neuen Opfern und Frauen als neuen Tätern gesprochen.

Als elementar für Gleichstellung wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erachtet. Tendenziell ausgeblendet werden an dieser Stelle gesellschaftliche Bereiche, die über Erwerbsarbeit hinausgehen. Geschlechtergerechte Teilhabe an der Gesellschaft wird größtenteils quantitativ verstanden. Wenn es mehr Frauen gäbe, die arbeiten gehen und Karriere machen, müsse es Männern auch erlaubt sein, Verantwortung für Kinder zu übernehmen oder Tätigkeiten im pflegerischen Bereich auszuüben. Nicht hinterfragt werden grundlegende gesellschaftliche Machtstrukturen sowie intersektionale Ungleichheits- und Ausgrenzungsmechanismen. Verkörpert wird der Typus des modernen Mannes durch die Attribute weiß, ohne Migrationshintergrund, christlich, mittelschichtsangehörig, heterosexuell und ohne Behinderung (Tunç 2012, 102).

Aus feministischer Perspektive bleibt fraglich, ob die aktuelle Männerpolitik der Bundesregierung, die durch christlich-konservative AkteurInnen auf die politische Agenda gesetzt wurde, zu einer geschlechtergerechteren Gesellschaft führt oder nicht vielmehr patriarchale Strukturen aufrechterhält.

Neben der Infragestellung von vergeschlechtlichten Machtpositionen sollten AkteurInnen aktiv einbezogen werden, die eine intersektionale Perspektive mit einbringen. Geschlechtergerechte Männerpolitik sollte mindestens zwei Perspektiven in den Blick nehmen, um nicht Gefahr zu laufen hegemoniale Strukturen zu reproduzieren: einerseits die Kosten männlicher Sozialisation, andererseits aber auch die Privilegien, die daraus erwachsen (Lehner 2012). Nicht zuletzt fehlt eine deutliche Abgrenzung der aktuellen Männerpolitik nach rechts zu maskulinistischen Strömungen oder zur Männerrechtsbewegung, die davon ausgehen, dass „traditionelle

Männlichkeitskonzepte primär Männer benachteiligten und nicht Frauen“ (Schölper 2008).

Abschließend ist festzuhalten, dass die Männerpolitik der Bundesregierung einerseits von der Vereinnahmung feministischer Forderungen und Argumentationsweisen lebt und andererseits von der Abgrenzung zu diesen. Durch biologisierte Identitätsvorstellungen trägt eine solche Männerpolitik zur Aufrechterhaltung von Heteronormativität und damit zur Sicherung und Stabilisierung hierarchisierter vergeschlechtlichter Machtstrukturen bei und nicht zu mehr Geschlechtergerechtigkeit. Um diese zu erreichen, sollte eine kritische Auseinandersetzung mit Männlichkeit (und Weiblichkeit) stattfinden und eine stärkere Verknüpfung mit feministischer Theorie und Praxis erfolgen. In diesem Sinne setzt sich die Heinrich-Böll-Stiftung schon seit einigen Jahren kritisch mit Männerpolitik auseinander und bietet mit dem Konzept der Geschlechterdemokratie eine bedenkenswerte politische Alternative (Heinrich-Böll-Stiftung 2007). Es sollte nicht nur, wie am Ende der Konferenz zur Männerpolitik vorgeschlagen, der Titel und somit das Programm des Ministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend um Männer erweitert werden, sondern eine wirkliche Alternative zu herrschenden Geschlechterverhältnissen eröffnet werden.

Literatur

BMFSFJ, 2012: Gleichstellungspolitik für Jungen und Männer. Internet: <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Gleichstellung/perspektiven-fuer-jungen-und-maenner.html> (16.12.2012).

Heinrich-Böll-Stiftung, 2007: Forum Männer in Theorie und Praxis der Geschlechterverhältnisse. In Dies. (Hg.): Männerpolitik(en). Dokumentation einer Fachtagung, Berlin.

Hurrelmann, Klaus/**Schultz**, Tanjev, 2012: Jungen als Bildungsverlierer – Warum diese Streitschrift? In: Hurrelmann, Klaus/Schultz, Tanjev (Hg.): Jungen als Bildungsverlierer. Brauchen wir eine Männerquote in Kitas und Schulen? Weinheim, 11-16.

Icken, Angela, 2012: Von der Frauenpolitik zur Politik der Geschlechtergerechtigkeit für Frauen und Männer. In: Theunert, Markus (Hg.): Männerpolitik. Was Jungen, Männer und Väter stark macht. Wiesbaden, 335-350.

Kurz-Scherf, Ingrid/**Lepperhoff**, Julia/**Scheele**, Alexandra, 2009: Über formale Gleichheit und Gleichstellung hinaus: feministische Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. In: Kurz-Scherf, Ingrid/Lepperhoff, Julia/Scheele, Alexandra (Hg.): Feminismus. Kritik und Intervention. Münster, 7-22.

Lehner, Erich, 2012: Männer und Gleichstellung: eine spannungsreiche Beziehung. In: Theunert, Markus (Hg.): Männerpolitik. Was Jungen, Männer und Väter stark macht. Wiesbaden, 79-96.

Schröder, Kristina, 2012: Bundesfamilienministerin zur Gleichstellungspolitik. Internet: <http://www.bmfsfj.de/> (10.02.2013).

Schölper, Dag, 2008: Männer- und Männlichkeitsforschung – ein Überblick. Internet: http://web.fu-berlin.de/gpo/pdf/dag_schoelper/dag_schoelper.pdf (10.01.2013).

Schölper, Dag, 2012: Zivilgesellschaftliche Männerpolitik in Deutschland. In: Theunert, Markus (Hg.): Männerpolitik. Was Jungen, Männer und Väter stark macht. Wiesbaden, 351-372.

Spiegel, 2012: Oh Mann! Das starke Geschlecht sucht seine neue Rolle, 31.12.2012.

Theunert, Markus, 2012: Männerpolitik(en): ein Rahmenkonzept. In: Theunert, Markus (Hg.): Männerpolitik. Was Jungen, Männer und Väter stark macht. Wiesbaden, 13-56.

Thiessen, Barbara, 2008: Feminismus: Differenzen und Kontroversen. In: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. Wiesbaden, 37-44.

Tunç, Michael, 2012: Männerpolitiken und Diversität. Von Kulturdifferenzen zu Rassismuskritik und Intersektionalität. In: Theunert, Markus (Hg.): Männerpolitik. Was Jungen, Männer und Väter stark macht. Wiesbaden, 97-125.

Zulehner, Paul M./Volz, Rainer, 2009: Männer in Bewegung. Zehn Jahre Männerentwicklung in Deutschland. Baden-Baden.

Okzidentalistische Überlegenheitsphantasien und heteronormatives Schweigen. Überlegungen zur „deutschen Beschneidungsdebatte“

ANTKE ENGEL

Mit dem Ende 2012 in Deutschland in Kraft getretenen „Gesetz über den Umfang der Personensorge bei der Beschneidung des männlichen Kindes“ (BGBl. I S. 2749 Nr. 61) eröffnet sich eine Chance, die von den Medien forcierte Debatte um Vorhautbeschneidung aus ihrem rassistischen Rahmen zu lösen. Zwar ist zu betonen, dass die Gesetzesbegründung weiterhin von christlich-okzidentalischer Selbstgewissheit und Differenzzuweisungen getragen ist. So heißt es in der Presseerklärung der Bundesregierung zur Verabschiedung des Gesetzes: „Damit stellt Deutschland erneut unter Beweis, dass es ein weltoffenes und tolerantes Land ist und bleibt. Juden und Muslime sind willkommen. Denn Religionsfreiheit und religiöse Toleranz sind tragende Pfeiler unserer demokratischen Gesellschaft.“ (27.12.2012) Hingegen zeichnet sich jedoch der Gesetzestext selbst dadurch aus, dass er Beschneidung nicht als Minderheitenpraxis markiert, sondern für deren Rechtmäßigkeit eine universelle Formulierung entwirft, die mögliche Begründungen und Hintergründe der Praxis bewusst offen hält. Dies würde die in der Presseerklärung reklamierte und auch in die 24-seitige Gesetzesbegründung eingearbeitete Haltung der Toleranz gegenüber dem Anderen eigentlich überflüssig machen, da das vorgeblich Andere Teil der Norm geworden ist. Im Rahmen dieses Textes möchte ich darauf eingehen, dass Diskrepanzen zwischen Gesetzestext, Gesetzesbegründung und Mediendebatte mit unterschiedlichen Ausprägungen okzidentalistischer Überlegenheitsdiskurse zusammenhängen. Der Schwerpunkt meiner Argumentation liegt jedoch darauf zu zeigen, dass die rassistischen und antisemitischen Aspekte des Diskurses unmittelbar verknüpft sind mit heteronormativen Geschlechter- und Sexualitätsverständnissen. Queer-feministische Kritik befasst sich mit dieser Verschaltung; sie betrachtet Geschlecht und Sexualität eben gerade nicht isoliert von Rassisierungen und religiösen Einbettungen. Entsprechend möchte ich auch im Hinblick auf das Gesetz selbst fragen,

inwiefern dessen Universalismusanspruch an implizierten Geschlechternormen und -hierarchien scheitert und sich aus queer-feministischer Perspektive als problematisch erweist.

Anliegen meines Textes ist es jedoch ausdrücklich nicht zu behaupten, dass es eine einzige korrekte queer-feministische Sichtweise auf Vorhautbeschneidung gäbe, oder dass eine einzige Logik Okzidentalismus und Heteronormativität verknüpfe. Vielmehr gehe ich davon aus, dass Argumente der Beschneidungsdebatte sowie soziale Praxen der Beschneidung (wobei zu unterscheiden ist, worauf sich die jeweilige Kritik richtet) zutiefst von *unterschiedlichen* Erfahrungshorizonten, Diskriminierungserfahrungen und Herrschaftsdiskursen durchzogen sind, so dass es keine einfache theoretische Antwort oder politische Schlussfolgerung geben kann. Die im Rahmen der Debatte eher implizit zugrunde gelegten als offen diskutierten Werte der Religionsfreiheit, der Toleranz, des Kindeswohls oder der Integrität und Selbstbestimmung sind weder geschichtslose oder machtfreie Konzepte noch stehen sie konfliktfrei nebeneinander. Entsprechend wäre ein einheitliches, kohärentes Bild nur durch gezielte oder unbewusste oder bewusst in Kauf genommene Ausblendungen oder Priorisierungen möglich. Deshalb sehe ich meine Aufgabe als Theoretikerin nicht darin, eine einzige Sichtweise argumentativ plausibel auszuarbeiten, sondern Leser_innen zum Wagnis der Multiperspektivität einzuladen.

Die Verschaltung von Rassismuskritik und Heteronormativitätskritik

Hinsichtlich der Frage, wie die rassistischen Prämissen und Implikationen der bisherigen Beschneidungsdebatte mit Vorstellungen normativer Heterosexualität und rigider Zweigeschlechtlichkeit verknüpft sind, haben Zülfukar Çetin, Heinz-Jürgen Voß und Salih Alexander Wolter mit ihrem Band „Interventionen gegen die deutsche Beschneidungsdebatte“ (2012) bereits verschiedene interessante Vorschläge präsentiert. Im Vordergrund steht bei ihnen die Kritik an den antisemitischen sowie antimuslimischen Annahmen und Auswirkungen des Kölner Landgerichtsurteils vom 7. Mai 2012, das Auslöser der sommerlichen Mediendebatte und Anlass der Gesetzesreform war. Die Kriminalisierung der Vorhautbeschneidung ohne medizinische Indikation, die das Urteil vorgenommen hat und die durch das neue Bundesgesetz zurückgenommen wird, hat eine Debatte um Religionsfreiheit, Elternrechte, kindliche Selbstbestimmung sowie körperliche Integrität ausgelöst, die, wie die Autor_en zeigen, zutiefst von christlich-abendländischen Überlegenheitsvorstellungen geprägt ist. Neben einer Analyse der in der Debatte wirksamen rassistischen Subjekt- und Gesellschaftsideale und der Macht- und Herrschaftsinteressen beteiligter Subjekte liefert der Band auch pointierte geschlechterpolitische Verweise. So argumentieren die Autor_en, dass in der Debatte das dominante Bild einer „normalen“ maskulinen Sexualität hergestellt wird, indem Stereotype des de-maskulinisierten Orientalen oder wahlweise das gegenteilige Klischee einer durch die Beschneidung forcierten Hypermaskulinität aktiviert werden, dass Sexualität von Frauen allerhöchstens als heterosexuelle Ergänzung eines penetrierenden Penis erscheint, und

dass auf den Wert körperlicher Integrität beharrt, jedoch die gewaltsame Zurichtung intersexueller Körper systematisch ignoriert wird.

Soll untersucht werden, wie Beschneidung – als Praxis und als Diskurs – Geschlechterverhältnisse bestätigt oder verändert, so würde ich im Anschluss an die Darlegungen von Çetin/Voß/Wolter (2012) und meine eigenen Überlegungen vorschlagen, zwei Dimensionen zu unterscheiden: Zum einen lässt sich biopolitisch fragen, wie Geschlechter- und Sexualitätsnormen zum Einsatz kommen, um die Dominanz einer christlich-okzidentalen Gesellschaftsordnung und ihrer Institutionen wie Recht, Medizin, Kirche und Familie zu sichern. Um welche Normen handelt es sich? Welche Rolle spielt ihre Naturalisierung oder Universalisierung (z. B. durch Bezug auf Menschenrechte)? Und wie begründen sich hiermit Hierarchisierungen innerhalb der Bevölkerung? Zum anderen lässt sich subjekttheoretisch und mikropolitisch fragen, welche geschlechtlichen Selbstverständnisse und sozialen Nahverhältnisse diskursiv antizipiert werden bzw. sich praktisch ausbilden. Eine solche doppelte Perspektivierung erlaubt es, die folgenden Fragen jeweils im Hinblick auf die Einzelnen sowie die gesellschaftliche Ordnung zu stellen: Inwiefern können beschnittene Körper sich in das Feld dessen einfügen, was als hegemoniale Männlichkeit Anerkennung findet? Haben (un-)beschnittene Kinder mit Stigmatisierung zu rechnen? Inwiefern wird (un-)beschnittenen Jungen nahegelegt, dass sie an einer besonderen Form der Männlichkeit teilhaben; einer unverletzten oder verletzten, einer vermehrt oder weniger sensitiven, einer ausgezeichneten oder auszeichnenden? Welche Art der religiösen, sozialen oder intimen Beziehungen ermöglichen diese Männlichkeiten? Beruhen sie auf Abgrenzung vom Weiblichen? Forcieren sie binäre Geschlechterdifferenz und/oder das Ideal heterosexueller Komplementarität? Gehen sie mit männerbündischer Solidarität einher?

So gestellt, verdeutlichen diese Fragen, dass ihre Beantwortung nur kontextspezifisch erfolgen kann und auf die Singularität der Einzelnen und die Heterogenität des Gesellschaftlichen verweist. In sie eingelassen ist jedoch eine Grundannahme, die in der bisherigen Debatte nicht problematisiert wurde. Weder bei Gegner_innen noch Befürworter_innen der Beschneidungspraxis finden sich Stimmen, die die soziale Zuschreibung von Männlichkeit an einen Kinderkörper und die klare Unterscheidung von Jungen und Mädchen als pädagogisch oder politisch fragwürdig ansehen. Kaum jemand äußert Sorge, was dies für die soziale Anerkennung von transgender* und intersex* KörperSubjektivitäten bedeutet. Sollen die potenziell uneinheitlichen, womöglich in sich widersprüchlichen Antworten weder rassistisch sortiert noch zweigeschlechtlich verengt werden, so gilt es, die diskursiv-materiellen Felder in den Blick zu nehmen, in denen sich Okzidentalismus und Heteronormativität verschränken, und dort Enthierarchisierungen zu forcieren. Im Hinblick auf Beschneidung können Körperideale und entsprechende Körpermodifikationen oder deren Tabuisierung als ein solches Feld angesehen werden. Enthierarchisierung der biopolitisch forcierten Differenzen der Bevölkerung würde dann damit beginnen zu zeigen, dass im deutschen Gesellschaftsalltag ein ganzes Spektrum anerkannter und

umstrittener Gebräuche, ritueller Formen und Körpermodifikationen existieren, mittels derer sich Geschlechtsidentitäten ausbilden: zweigeschlechtlich differenzierende Namen und Pronomina, Kleidungs- und Bewegungsregulierung, die entsprechende Disziplinierung von Berührungen und Selbstberührungen oder Dis-/Identifizierung mit medialen Bildern. Das Argument, dass Vorhautbeschneidung eine irreversible Veränderung der KörperSubjektivität bedeute, trifft gleichermaßen auf die Wirkungen von Psychopharmakagaben an Kinder mit ADHS-Diagnose, Leistungssport, Diätzwänge oder Operationen bei Intersexualität zu. Soll Vorhautbeschneidung nicht mit anderem Maßstab gemessen werden, hieße es, sie als eine unter diversen Modifikationen anzusehen, die rechtlich, institutionell oder alltagspraktisch legitimiert an Kinderkörpern vorgenommen werden. Bezüglich all derer gilt es zu fragen, inwiefern sie strikte Unterscheidungen und Hierarchien der Geschlechter bestätigen, verschärfen oder anfechtbar machen – und wie sie mit Zuschreibungen von Rasse, Klasse, ethnischer oder religiöser Differenz und Körperidealen komplex verwoben werden. Bezüglich all derer gilt es nach den Maßstäben ihrer Beurteilung zu fragen. Integrität und Selbstbestimmung sind diesbezüglich ins Spiel gebracht worden. Doch sind auch dies keine objektiven Kriterien. Diskursiv sind sie Produkt und Instrument sozio-historischer Herrschaft; praktisch sind sie das Spielfeld sozialer Asymmetrien. So findet jede Ansprache oder Berührung eines Kinderkörpers in einer unauflöselichen Spannung von kindlicher Angewiesenheit, entwicklungsgerechter Selbstbestimmung und verantwortlicher Sorge statt, so dass es durchaus schwierig ist zu beurteilen, wann Zustimmung freiwillig oder unter Zwang, aus Einsicht oder durch Manipulation erfolgt. Kommen hierbei rassistische, antisemitische, sexistische, heteronormative oder körpernormierende Bilder zum Einsatz, so bleiben diese den Körpern nicht äußerlich. Wenn Kinder (oder Erwachsene) dem entgegen auf Selbstbestimmung und Integrität beharren, ist dies immer auch als ein politischer Einsatz zu betrachten – entgeht also der Frage nicht, welche sozialen Hierarchien damit angefochten oder bestätigt werden.

Von einer orientalistischen Debatte zum heteronormativen Gesetz

Systematisch hieße es nun, was den Rahmen dieses Textes sprengen würde, diese biopolitischen und subjekttheoretischen Reflexionen zu Geschlecht und Sexualität differenziert auf vier unterschiedliche Formen der Orientalisierung zu beziehen, die sich in der Debatte ausmachen lassen: Erstens offen antisemitische bzw. antimuslimische Positionen, die die eigene Selbstgewissheit weißer, christlich-säkularer Normalität und Überlegenheit absichern, indem Muslime und Juden als Minderheitengruppen konstruiert und als rückständig oder sogar gefährlich dargestellt werden. Zweitens Positionen, die die Praxis der Beschneidung als archaisch, blutig und brutal dämonisieren und jegliche Vergleichbarkeit mit Praxen des aufgeklärten Europa abstreiten, ohne freilich die Gewalt missionarischer, imperialer oder kapitalistischer Eroberung durch eben dieses Europa in Betracht zu ziehen. Zum dritten Positionen, welche Beschneidung unter Bezug auf Religionsfreiheit verteidigen, aber eine orientalisierende

Logik bedienen, indem sie zu schützende Minderheitengruppen konstruieren und sich selbst in advokatorischer Rolle sehen. Und schließlich viertens die Position, die den Anspruch erhebt, universelle, vorgeblich inkludierende Werte zu vertreten, wenngleich sie Universalität erst durch Abgrenzung von einer als partikular definierten Position gewinnt. Letztgenannte Position kann darauf verzichten, Gruppen oder Praxen als das „ganz Andere“ zu konstruieren; stattdessen wird eine abstrakte Norm universell gesetzt und im Verhältnis zu dieser werden (eher statistisch als moralisch) hierarchisierte Variationen oder Abweichungen statuiert (flexible Normalisierung). Diese Variante des Toleranzpluralismus kommt ohne absolute Ausschlüsse und ohne Homogenisierung aus, setzt aber dennoch das abendländische Wertesystem als unangefochtene Norm. Der jüngst vollzogene Gesetzgebungsprozess und das verabschiedete Gesetz sind den Positionen drei und vier zuzuordnen.

Angesichts der offen rassistischen Mediendebatte des Sommers war es eine positive Überraschung, dass das Gesetz, dessen Entwurf im Oktober vorgelegt und das im Dezember 2012 ohne Änderungen verabschiedet wurde, anders als die daran geknüpften Argumente und Begründungen, auf die Markierung der Beschneidung als jüdischer und muslimischer Praxis verzichtet. Vor dem Hintergrund nationalsozialistischer Geschichte wird ausdrücklich vermieden, ein „Sondergesetz“ zu formulieren. Um stattdessen ein universelles Konzept zu entwerfen, wird nicht auf Religionsfreiheit rekurriert, sondern Beschneidung als eine Frage des elterlichen Sorgerechts interpretiert. Im Sinne des Schutzes elterlicher Sorge, die im bundesdeutschen Recht einen hohen Wert darstellt und nur dann eingeschränkt werden kann, wenn das Kindeswohl gefährdet ist, hat der Staat auf regulierende Eingriffe zu verzichten (Artikel 6 Absatz 2 Satz 1 GG, §§ 1626 ff. BGB und Drucksache 597/12, Begründung des Gesetzes, 12 ff.). Beschneidung ist dementsprechend prinzipiell zu erlauben. Auch die Gründe der Eltern (seien diese religiös, sozial, hygienisch oder sonstige), sich für oder gegen Beschneidung zu entscheiden, müssen staatlichen Instanzen gegenüber nicht offengelegt werden (ebd., 20). Diese Beschränkung staatlicher Regulationsmacht sowie die Entscheidung für eine universelle Formulierung möchte ich positiv hervorheben. Einschränkend ist jedoch zu sagen, dass der Verzicht auf Minorisierung weder in der Gesetzesbegründung noch in den Presseerklärungen der Bundesregierung durchgehalten wird. Vielmehr wird das Gesetz hier als eines ausgewiesen, das die Funktion habe, religiöse Minderheiten zu schützen, deren Praxen als traditionelle Rituale markiert werden, die durch moderne Medizin zu zivilisieren seien (ebd., 2, 8, 21).

Darüber hinaus möchte ich einige weitere Kritikpunkte ergänzen, welche die Konstruktion des Gesetzes selbst betreffen. Zum einen forciert der Gesetzestext eine zweigeschlechtliche Unterscheidung, welche keinerlei Raum für intersexuelle* oder transgender* KörperSubjektivitäten lässt und letztendlich doch ein Sondergesetz, nämlich für Jungen, schafft. Hierbei wird Geschlecht als biologische Gegebenheit angesehen und von den sozialen, symbolischen und materiellen Prozessen der Vergeschlechtlichung entkoppelt. Weder die rigide zweigeschlechtliche Unter-

scheidung noch die Zumutung normativer Geschlechterbilder und auch nicht deren Hierarchisierung werden in ihrer Fragwürdigkeit reflektiert. Deutlich zeigt sich dies, wenn eine kategorische Unvergleichbarkeit der Beschneidung von Jungen und Mädchen statuiert wird, so dass es obsolet erscheint, auch nur zu fragen, entlang welcher Kriterien und unter welchen Bedingungen die eine Praxis als Recht elterlicher Sorge erlaubt und die andere als Menschenrechtsverletzung verboten wird. Die interessante Einschätzung der WHO, dass „Genitalverstümmelung (...) Ausdruck tief verwurzelter Ungleichheit der Geschlechter und eine extreme Form der Diskriminierung von Frauen“ (ebd., 15) sei, könnte durchaus auch im Hinblick auf männliche Beschneidung durchdacht werden. Dies wird jedoch durch Verweis auf die Unvergleichbarkeit verhindert.

Ein zweiter problematischer Aspekt des Gesetzes liegt darin, dass im aktuellen Verständnis des Sorgerechts keine weitere Instanz neben Staat und Familie in rechtlich relevanter Form für das Wohlergehen des Kindes eintreten kann. Im Kontext der Intersexbehandlung wird deutlich, wie tragisch dies ist, da in den meisten Fällen weder Familie noch Staat Kinder und Jugendliche vor gewaltsamen geschlechtlichen Vereindeutigungen schützen. Besorgte Freund_innen, Bekannte, politische Projekte, Lobby-, Interessen- und Selbsthilfegruppen haben keine Chance, im Rahmen des Sorgerechts Kindern individuellen Schutz vor medizinischen Eingriffen und körperlichen Zurichtungen zu gewähren, sondern können lediglich als zivilgesellschaftliche Interessengruppe oder Selbstorganisation politische Artikulationsmacht reklamieren.

Deutlich wird anhand dieser Kritikpunkte, dass bezüglich der Beschneidungsgesetzgebung relevant wird, was im deutschen Recht sowieso ein Problem darstellt, nämlich eine heteronormative Fundierung, die im Personenstandsrecht eine zweigeschlechtliche Unterscheidung von Personen erzwingt und alle weiteren gesetzlichen Regelungen, inklusive der Gleichstellung (Artikel 3 Absatz 2 GG), auf diesem biologischen Fundament entwirft. Des Weiteren dominiert ein ebenfalls biologistisches sowie christlich-säkulares Verständnis von Ehe, Familie und Verwandtschaft das Recht und verhindert unter anderem die Anerkennung von sozialer Elternschaft und Sorge fürs Kindeswohl. Eine Veränderung dieser Grundannahmen wird sich jedoch nicht allein rechtlich erwirken lassen, sondern bedarf politischer Auseinandersetzungen.

Rechtliche Regelungen und politische Auseinandersetzungen

Im Hinblick auf rechtliche Regelungen, mediale Repräsentation wie auch politische Auseinandersetzungen um die Diskurse und Praxen der Beschneidung – oder weiterer Formen der vergeschlechtlichenden Körpermodifikation – stellt sich jedoch die Frage: Wer hat welche Rechte und Ressourcen, Kritik zu üben sowie politische Auseinandersetzung zu initiieren und machtvoll zu gestalten? Die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus, die im Januar 2013 mit dem Paul-Spiegel-Preis geehrt wurde, oder die Petition jüdischer und muslimischer Jugendlicher aus Kreuzberg, die sich gegen die „Rechtsbeschneidung“ durch das Kölner Urteil wendet, sind Beispiele

für eine Selbstorganisation, die mit geringen Ressourcen und unter prekären Bedingungen gegen eine machtvolle mediale Öffentlichkeit antritt. Durch Jahre währenden Intersex-Aktivismus wurde es geschafft, im vergangenen Jahr Anerkennung durch den Deutschen Ethikrat zu gewinnen. Derartige Initiativen zu unterstützen, scheint mir wichtiger als sich auf rechtliche Maßnahmen zu verlassen. Trotzdem denke ich, dass die Stärkung der Positionen jüdischer und muslimischer Bevölkerung durch die aktuelle Gesetzgebung die Chancen erhöht, dass zivilgesellschaftliche Auseinandersetzungen mit enthierarchisierenden Effekten geführt werden können. Wenn Auseinandersetzungen allerdings prädestiniert sind durch rassistische Rhetoriken und heteronormatives Schweigen, reproduzieren und verstärken sie bestehende gesellschaftliche Asymmetrien und Machtverhältnisse. Deshalb muss ein Teil der öffentlichen Debatte darin bestehen zu zeigen, wie die Debatte selbst ebenso wie Gesetzgebungsprozesse als biopolitische Instrumente funktionieren, die orientalisierende und heteronormative Ausschlüsse, Entwertungen und Normalisierungen bewirken. Hinsichtlich einer weiteren Entwicklung der politischen Auseinandersetzungen um Körpermodifikationen sowie geschlechtliche, sexuelle und religiöse Selbstbestimmung von Kindern gilt es zunächst einmal darüber zu streiten, welche Kriterien und Wertmaßstäbe aktiviert werden, wenn es um eine Beurteilung der Praxen geht, und was genau gemeint ist, wenn Begriffe wie Integrität, Selbstbestimmung, Schmerzfreiheit, Kindeswohl, Glaube, Gleichstellung oder hierarchiefreie Differenz genannt werden. Judith Butler schlägt in ihrem jüngsten Buch „Parting Ways“ (2012) vor, dass es in heterogenen, konfliktreichen Gesellschaften sehr wohl nötig ist, sich auf universell geteilte Werte zu berufen. Wichtig sei jedoch zu verstehen, dass diese universellen Werte nicht geschichtslos und absolut sind. Auch scheinbar gleiche Werte, so beispielsweise das Kindeswohl in der Beschneidungsdebatte, sind, so Butler, für verschiedene Menschen auf dem Hintergrund unterschiedlicher Erfahrungen und Biographien entstanden. Politisch sei es wichtig, diese Genealogien nicht zu negieren, sondern sich gegenseitig mitzuteilen. Dies bedeute, sich auf mühsame, vielleicht schmerzhaft, sicher machtdurchdrungene Übersetzungsprozesse einzulassen, diese zu erlernen und zu reflektieren, denn nur so könnten geteilte Werte überhaupt erst entstehen. Zu diesen Übersetzungsprozessen schreibt Butler:

On the one hand, I am describing a counterhegemonic trajectory of translation. One discourse is interrupted by another; it cedes hegemonic ground in order to make room for what challenges its scheme of intelligibility. Translation becomes the condition of transformative encounter, a way of establishing alterity at the core of transmission. On the other hand, I am considering ways of formulating ethics that begin with the question of receiving kinds of messages, injunctions, or commands from another discursive sphere, one that is not readily assimilated into one's own (2012, 17).

Für die Debatte um Beschneidung sowie unterschiedliche Formen von Körpermodifikation wäre diese doppelte Form der Übersetzung, in der hegemoniale Selbstverständlichkeiten ihre Grundlage verlieren und Botschaften aus anderen diskursiven Sphären gehört werden, ein hervorragender Startpunkt.

Literatur

Bundesrat (Hg.), 2012: Gesetzentwurf der Bundesregierung. Entwurf eines Gesetzes über den Umfang der Personensorge bei einer Beschneidung des männlichen Kindes. Drucksache 597/12, Berlin.

Butler, Judith, 2012: Parting Ways. Jewishness and the Question of Zionism. New York.

Çetin, Zülfukar/**Voß**, Heinz-Jürgen/**Wolter**, Salih Alexander, 2012: Interventionen gegen die deutsche „Beschneidungsdebatte“. Berlin.

Stimmen im Widerstand. Der Protest der Asylsuchenden im Kontext der österreichischen Sprachenpolitik

SABINE GATT

Aktuell protestieren Asylsuchende in Österreich. Sie fordern grundlegende Menschenrechte ein und zeigen massive Demokratiedefizite in Österreich auf. Im November 2012 fand ein Protestmarsch ausgehend vom Erstaufnahmezentrum Traiskirchen auf Wien statt. Vor der Wiener Votivkirche wurde das „Refugee Protest Camp“ ähnlich den „Refugee Tent Actions“ in Deutschland aufgebaut. Nach seiner polizeilichen Räumung im Dezember 2012 befinden sich gegenwärtig (Jänner 2013) ca. 40 Asylsuchende im Hungerstreik innerhalb der Kirche. Zu ihrem Forderungskatalog zählen Deutsch-Sprachkurse (vgl. Refugees 2013). Sie fordern somit Inklusion in Integrationsmaßnahmen.

Integration wird im österreichischen Regierungsdiskurs mit Sprachkompetenz gleichgesetzt. Ich zeige im Folgenden auf, dass der Protest der Asylsuchenden diesen Diskurs brüchig werden lässt. Mittels der Diskursanalyse von Presseaussendungen erarbeite ich exemplarisch zwei dominante Narrative des Sprachdiskurses – das Nations- und das Emanzipationsnarrativ – und setze diese in einem weiteren Schritt in Verhältnis zum Protest der Asylsuchenden. Im Regierungsdiskurs sind die beiden Narrative aufs Engste miteinander verwoben. Die Verknüpfung bringt eine Externalisierung von „Frauen aus patriarchalischen Strukturen“ aus der nationalen symbolischen Gemeinschaft hervor.

Sprachkompetenz und Integration: die Integrationsvereinbarung für Drittstaatsangehörige in Österreich

„Sprache ist der Schlüssel zur Integration“ (BM.I 2011). Diese bedeutungsverengende Metapher dominiert das Sprechen über Migration und Integration der österreichischen Regierung. Sprachkompetenz gilt als Synonym für Integration.¹ 2003 wurde in Österreich die Integrationsvereinbarung (IV) für Drittstaatsangehörige

eingeführt. Sie bindet eine verpflichtende Sprachstanderhebung an die Verfestigung des Aufenthaltstitels. Die sog. IV wurde 2005 und 2011 novelliert, das eingeforderte Sprachniveau schrittweise angehoben sowie die Erfüllungsdauer verkürzt. Seit der Fremdenrechtsnovelle 2011 verpflichtet die erstmalige Erteilung eines Aufenthaltstitels Drittstaatsangehörige zu einem Deutsch-Integrationskurs, der zum Sprachniveau A2² führt (IV-V §7 Abs.1). In der politischen Kommunikation der IV werden Sprach-Integrationskurse legitimiert, indem sie in ihrer Funktion zu kultureller Assimilation präsentiert werden (vgl. Mourão Permoser 2010). In diesem Verständnis sollen Sprachkurse dazu dienen, die „österreichische Kultur“ zu vermitteln. Seit 2011 verpflichtet darüber hinaus „Deutsch vor Zuzug“ Drittstaatsangehörige zum Nachweis von Deutschkenntnissen auf dem Sprachniveau A1³ bereits vor Erteilung des Erstaufenthaltstitels – somit vor Einreise und noch in ihrem Herkunftsland (NAG-DV § 9b Abs. 1).

Julia Mourão Permoser hat in ihrer Dissertation die IV in ihrer Fassung von 2005 untersucht und kommt zu dem Schluss, dass das Ziel der Integrationsvereinbarung in ihrer Umsetzung keine kulturelle Assimilation durch Sprach-Integrationskurse sei, jedoch ein „exclusionary symbolism“ (vgl. Mourão Permoser 2010, 201). Dieser These zufolge steht die exkludierende Botschaft, die mit den politischen Maßnahmen transportiert wird, im Vordergrund des Interesses politischer Eliten. Dvora Yanow verweist darauf, dass das Ziel politischen Handelns oft nicht in der tatsächlichen Implementation eines Gesetzes liegt, wie es einem instrumentell-rationalen Ansatz entsprechen würde, sondern in der Botschaft, die ausgesendet wird, um ein bestimmtes Narrativ zu (re-) produzieren (vgl. Yanow zit. nach Mourão Permoser 2012, 182).

Exklusionen im Namen der Nationalsprache: das Nations- und Emanzipationsnarrativ

Das Nationsnarrativ strukturiert den Diskurs grundlegend. In einer Presseaussendung des Bundesministeriums für Inneres hieß es: „Ohne das Beherrschen unserer Sprache kann richtige Integration nicht funktionieren“ (BM.I 2008, o.S.). Die Sprache ist somit nicht eine Sprache, sie ist Deutsch. Das Symbol Nationalsprache verweist direkt auf das kulturelle Konstrukt einer Sprachnation, die monolingual definiert wird (vgl. de Cillia/Wodak 2006) und in die es sich zu integrieren gilt. Es bringt Fremdheit hervor und (re-)produziert Differenzen innerhalb der Migrationsgesellschaft Österreich. Anhand einer nationalistischen Schablone wird homogenisiert und die multilinguale Realität verschleiert. Wer des Deutschen nicht mächtig ist, scheint sprachlos zu sein und wird aus der kulturell gesetzten Nation exkludiert. Der monolinguale Habitus (vgl. Gogolin 2001) produziert Sprachdominanz und Sprachlosigkeit sowie Hierarchien über eine Defizitorientierung, die Mehrsprachigkeit unsichtbar macht. Gleichzeitig wird das Nationsnarrativ durch ein Emanzipationsnarrativ gestützt. In einer weiteren Presseaussendung ist zu lesen: „Zudem eröffnet diese Maßnahme vielen Frauen, die aus patriarchalischen und sehr traditionellen Strukturen kommen, erstmals einen Bildungszugang, den sie sonst nicht hätten und ermöglichen ihnen da-

mit eine aktive Teilhabe an der Gesellschaft“ (sic; BM.I 2011, o.S.). Die Regierung legitimiert die Einführung von Sprachstanderhebungen vor Zuzug mit Hilfe eines Emanzipationsnarratives, das die Maßnahme selbst als ermächtigende Strategie präsentiert. Diese Argumentation bedient sich einer pauschalisierenden Konstruktion, die zuziehende Frauen anhand einer heteronormativen Schablone viktimisiert und ihnen Handlungsmacht aberkennt. Gleichzeitig liegt dem Othering (Spivak 1985) eine Kulturalisierung zu Grunde, die das Patriarchat einer als fremd konstruierten Kultur zuschreibt. Die paternalistische Haltung der Regierung homogenisiert und stigmatisiert auf diese Weise anhand von Geschlechterverhältnissen wandernde Frauen und schreibt wandernde Männer pauschal als patriarchal fest. Gleichzeitig werden hierarchische Geschlechterverhältnisse innerhalb der Aufnahmegesellschaft verschleiert. Über die binäre und hierarchisierende Konstruktion von eigener und fremder Kultur dient die Externalisierung des Patriarchats dazu, die eigene Kultur davon freizusprechen.

Stimme als Schlüssel zur Integration: der Protest der Asylsuchenden

In Bezug auf Asylsuchende symbolisiert dieser Diskurs die Exklusion aus der Nation. Asylsuchende sollen weder „integriert“ noch sichtbar gemacht werden. Sie sollen nicht sprechen. Der Protest der Asylsuchenden fordert jedoch das Nationsnarrativ grundlegend heraus. Denn: Sie sprechen. Sie sprechen sichtbar für sich selbst und schaffen gleichzeitig eine multilinguale und transnationale Öffentlichkeit. Der monolinguale Habitus wird auf diese Weise sichtbar mit Multilingualität konfrontiert. Sie fordern das Prinzip der Betroffenheit ganz im Sinne einer deliberativen transnationalen Öffentlichkeit ein: Das Prinzip besagt, dass jene in politische Entscheidungsprozesse eingebunden werden müssen, die von den Entscheidungen betroffen sind (vgl. Fraser 2008). Gleichzeitig fordern sie das Emanzipationsnarrativ heraus. Sie weigern sich der Viktimisierung, sprechen für sich selbst und zeigen sich als politisches Subjekt. Jenseits von Deutschkenntnissen ist Teilhabe und Kritik möglich. Gleichzeitig zeigt sich jedoch auch, dass der Hungerstreik in Österreich ein Protest männlicher Asylsuchender ist. Weibliche Asylsuchende sind bis dato nicht sichtbar. Dies zeigt sich auch darin, dass die Anerkennung von geschlechtsspezifischen Fluchtgründen sowie spezifische Diskriminierungserfahrungen von Frauen im Rahmen des Asylverfahrens nicht thematisiert werden. Da ein ähnlicher Befund für die Proteste in Deutschland gilt, wird die „Flüchtlingsfrauenkonferenz“ im April 2013 in Hamburg abgehalten werden.

Gayatri Chakravorty Spivak (1988) beschrieb in ihrem Aufsatz „Can the Subaltern Speak?“ die Rolle derer, die zwar die Fähigkeit besitzen zu sprechen, jedoch kein Gehör finden. „Für sie ist der Sprechakt eine Art Transaktion zwischen den Sprechenden und den Zuhörenden, wobei der Akt des Zuhörens einer ist, der die Sprechenden ermächtigt. So sind die, die nicht gehört werden, denen nicht zugehört wird, jene die ‚unfähig sind zu sprechen‘“ (Castro Varela/Dhawan 2012, 278). Das Bundesministerium für Inneres reagiert auf den Protest vorwiegend mit Sprachlosigkeit

und Schweigen. Jedoch kann auch diese scheinbar nicht vorhandene Kommunikation als Handeln bezeichnet werden. Das Nicht-Zuhören ist ein Versuch, Inklusion sowie Ermächtigung zu verweigern. Es ist jedoch auch ein Hinweis auf Überforderung, die auch daraus entsteht, dass die beiden dominant gesetzten Narrative grundlegend in Frage gestellt werden. Es gilt zu hoffen, dass die Brüchigkeit des Diskurses Veränderung mit sich bringt. Denn es zeigt sich klar, nicht Sprache, sondern Stimme ist der Schlüssel zur Integration. Es ist an der Zeit zuzuhören, die Vielstimmigkeit der Migrationsgesellschaft zuzulassen und die Sprechenden (auch) mit symbolischem Kapital (vgl. Bourdieu 1983) auszustatten, selbst wenn dies Machtverhältnisse und Privilegien in Frage stellt. Deutschkurse sind zwar wichtig, sie sollten jedoch nicht der Verschleierung von Machtverhältnissen dienen.

Anmerkungen

- 1 Die Integrationsmaßnahmen zielen auf Drittstaatsangehörige und gelten nicht für Asylsuchende. Asylsuchende sind daher innerhalb dieses Diskurses unsichtbar.
- 2 Elementare Sprachverwendung 2. Stufe, vgl. de.wikipedia.org/wiki/Gemeinsamer_Europ%C3%A4ischer_Referenzrahmen#Die_Kompetenzniveaus [28.02.2013]
- 3 Elementare Sprachverwendung 1. Stufe

Literatur

Bourdieu, Pierre, 1983: Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, Reinhard (Hg.): Soziale Ungleichheiten. Göttingen, 183-198.

BM.I (Bundesministerium für Inneres), 2008: Platter: Mut der SPÖ zu wichtigen Integrationsmaßnahmen hat gefehlt. Internet: http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20080625_OTS0226 [04.02.2013].

BM.I (Bundesministerium für Inneres), 2011: Fekter: Deutsch vor Zuwanderung ist wesentliche Maßnahme zur Integration. Internet: http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20110222_OTS0176 [04.02.2013].

Castro Varela, Maria do Mar/**Dhawan**, Nikita, 2012: Postkolonialer Feminismus und die Kunst der Selbstkritik. In: Steyerl, Hito/Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (Hg.): Spricht die Subalterne deutsch? Migration und postkoloniale Kritik. Münster, 270-290.

De Cillia, Rudolf/**Wodak**, Ruth, 2006: Ist Österreich ein „deutsches“ Land? Sprachenpolitik und Identität der zweiten Republik. Innsbruck, Wien, Bozen.

Fraser, Nancy, 2008: Die Transnationalisierung der Öffentlichkeit. Legitimität und Effektivität der öffentlichen Meinung in einer postwestfälischen Welt. In: Dorer, Johanna/Geiger, Brigitte/Köpl, Regina (Hg.): Medien – Politik – Geschlecht. Feministische Befunde zur politischen Kommunikationsforschung. Wiesbaden, 18-34.

Gogolin, Ingrid, 2001: Sprachenvielfalt durch Zuwanderung – ein verschenkter Reichtum in der (Arbeits-)Welt? Internet: http://www.erzwiss.uni-hamburg.de/Personal/Gogolin/cosmea/core/corebase/mediabase/foermig/website/gogolin/dokumente/Gogolin_2001_Sprachenvielfalt_durch_Zuwanderung.pdf [04.02.2013].

Mourão Permoser, Julia, 2010: Redefining Membership: European Union Policy on the Rights of Third-Country Nationals. Dissertation. Wien.

Mourão Permoser, Julia, 2012: Civic Integration as Symbolic Politics: Insights from Austria. In: European Journal of Migration and Law 14 (2), 173-198.

Refugees, 2013: Refugee Protest Camp. Internet: <http://refugeecampvienna.noblogs.org> (04.02.2013).

Spivak, Gayatri Chakravorty, 1985: The Rani of Sirmur. In: Barker, Francis/Hulme, Peter/Iversen, Margaret (Hg.): *Europe and its Others*. Essex Sociology of Literature Conference. Essex, 128-151.

Spivak, Gayatri Chakravorty, 1988: Can the Subaltern Speak? In: Nelson, Cary/Grossberg, Lawrence (Hg.): *Marxism and the Interpretation of Culture*. Chicago, 271-313.

Absent from the Frontline but not Absent from the Struggle: Women in Mining

ASANDA BENYA

2012 has been a landmark year for the South African mining industry, dominated by strikes in all three major Platinum producing houses. What this article aims to do is to bring to the fore a feminist perspective on what has been happening in the recent strike because the dominant narrative ignores the gender perspective. Drawing from my ethnographic study conducted from 2011-2012, I show how women, both inside and outside the mine, conceived of the August Lonmin strikes. The paper is framed around two main concepts, the gendered character of spaces and how these are cultural specific and tied to everyday practices (Ntarangwi 2003), and secondly, the links between production and reproduction spaces and I show that the two spaces cannot be divorced, they are continuously impacting on each other (Peck 1996).

I focus on the Lonmin strike in order to demonstrate the gendered character of the strike, which culminated into what has been popularly known as the “Marikana massacre”. Most of what has been reported has mainly focused on the actual massacre day at the “mountain”, and in that, much of women’s involvement has been lost and in some cases totally hidden. The aim of this paper, therefore, is to show the role that women played in the build-up to the fateful massacre day where 34 people, mainly workers, were killed and dozens injured during police confrontation at the hill with workers.

The paper first gives a background to the strike and how it was gendered. This allows us to see why women mineworkers were not at the mountain top and the front line of the strike. This shows the masculine character of mine-life and its premise on the marginalization and exclusion of women from some spaces. Secondly the paper focuses on the space (the mountain) where the strike and the massacre took place. In doing that we illustrate how women in the community conceived of the space and how their conceptions of the mountain contributed to their initial background role. I link their absence from the mountain top to their cultural understandings and symbolic meanings of the mountain. Thirdly, I try to capture a turning point in women’s participation in the strike by examining the role of Women’s Movements during the strike and subsequent to the strike. Their involvement shows two things; firstly the

links between the spaces of production and reproduction and secondly, the shift by women from passive participants to robust active participant. Throughout we shall see the centrality of gender in organising mine life and the dominant position occupied by men and masculinity.

Women Mine Workers

Due to legislative restrictions, underground women mineworkers are a recent phenomenon in South Africa, with the first group of underground women employed only in 2004 (Benya 2009). The numbers have risen from zero in 2003 to over 43.000 (12.8%) in 2012 (Statistics South Africa 2012). While the numbers have increased due to the adoption of policies¹, some occupations remain clutched by men. This is the case with Rock Drill Operators (RDO). At one of the mines where we were conducting our research, the labour complement is over 28.000 and 5.351 are RDOs in different capacities. A huge number of these are stope RDOs at 4.246, followed by 1.060 development RDOs, 23 shaft RDOs and 22 learner RDOs and all of them are men. Mining houses in the region have similar trends.

This gendered allocation of work is crucial in understanding the absence of women from the frontlines in the Marikana strikes because the initial framing of the strike was targeting only RDOs and by extension men. Women were therefore excluded since they mainly work as winch operators and equipment helpers. The masculine framing of the strike, as a strike for RDOs and the exclusion of women from the RDO occupational category were the reasons women mine workers were not at the forefront of the strike but in the sideline.

Miner's Wives

Unlike other strikes that take place inside the employer's premises, the Marikana strike took place on the mountain top, around the community. Consequently, the community was involved and women initially played a traditional supportive role; cooking for those at the mountain top and holding vigils, offering emotional and spiritual support to families but not part of the mountain top delegation.

Against the background of the "mountain" as the central place, it is important we contextualize the cultural and gendered symbolism of this space for women. The significance of the mountain, however, can only make sense when one goes back to where the Marikana women originate from, the Eastern Cape province of South Africa.

For these women, the mountain had the same resemblance as a *kraal* and *iboma*. A *kraal* is an animal enclosure where family and communal affairs are discussed and women are prohibited to participate in discussions or matters raised in the kraal.

Others saw the mountain as an *iboma*, a sensitive secluded space usually on the mountains for boys undergoing circumcision. Women are not allowed in an *iboma* because of superstitions about the "dangers" they pose to young initiates. The use of

the mountain as the battle ground was an exclusionary factor for women, therefore, because they had these symbolic meanings attached to it.

A Watershed Moment for Women

Prior to the massacre there was compliance with cultural norms on what is deemed appropriate women's roles and there was also respect for the symbolic gendered character of the mountain space. However, after the massacre there was a shift in women's role in the strike. This shift seems to be closely linked to the shift in the "consciousness of women in relation to the work experiences of their husbands" (Porter 2011, 263). As a result, after the massacre, it was women who were outside the court supporting, protesting and demanding the release of those arrested.

Their involvement confirms Peck's (1996) assertion that what happens at work affects what happens in the household and vice-versa and that these two spaces cannot be viewed as separate. Their separation is artificial and porous and is as far as "they have their own structures of dominance along with their own distinctive rhythms and tendencies, but they are also related in the sense that each conditions and interacts with the other" (Peck 1996, 39).

The indignation to see justice done led to the formation of *Sikhala Sonke* (we cry together) Women's Association. When the police were clamping down on gatherings, throwing tear-gas canisters on women and children, knocking down doors of homes of striking miners every night and shooting with rubber bullets people standing in groups of more than five, *Sikhala Sonke* Women's Association, organised to protest this.

This faced resistance from public safety officials, police officials, the Madibeng and Rustenburg municipality officials. The women were illegally and unconstitutionally banned from protesting by government officials. In order to march, the women had to contest municipal's decision and the banning of their march all the way to the provincial High Court where they won.

Prior to the march the women of Marikana received solidarity messages, legal and financial support from other women and human rights groups from other provinces. This support was further cemented by a huge attendance of the march by women from other provinces. These actions by women had their own casualties; at least four women who were mingling in the streets awaiting a meeting, two weeks prior to the march, were shot at by police using rubber bullets, and one of them died a few days later in hospital.

Conclusion

The women of Marikana moved from being passive cultural norm carriers, to being proactive and militant participants in the fight against injustices in their community and workplace. They actively challenged their status as peripheral bystanders to engage in the struggle for better wages and broader social justice. They defied their

“naturalized” marginalization in production politics by taking a more vigorous role in the strike after the massacre.

The strike action by women in Marikana revealed the socially constructed divide between home and work. The strike shifted from an exclusively industrial strike to a community struggle; thus exposing the artificial divide between the two spaces of reproduction and production. As a result, what started as a workplace dispute was eventually taken up by wives and sisters of mineworkers as they were directly affected by the meagre wages that they are tasked to stretch thin, deaths and arrests of their husbands and male relatives.

Note

The Mineral and Petroleum Resources Development Act of 2002, and the Mine Health and Safety Act of 1996.

References

Benya, Asanda, 2009: *Women in Mining: A Challenge to Occupational Culture in Mines*. University of the Witwatersrand, Johannesburg, Masters Dissertation.

Ntarangwi, Mwenda, 2003: *Gender Performance, and Identity: Understanding Swahili Cultural Realities Through Songs*. Treton, NJ.

Peck, Jamie, 1996: *Work-place: The Social Regulation of Labour Markets*. New York.

Porter, Marilyn, 2011: *Consciousness and Secondhand Experience: Wives and Husbands in Industrial Action*. In: *The Sociological Review*. 26 (2), 263-282.

Republic of South Africa, Department Mineral Resources, 1996: *Mine Health and Safety Act 29 of 1996*. Internet: <http://www.dmr.gov.za/syllabi-part-c/summary/30-mine-health-and-safety/376-mhs-act-29-of-1996.html> [05.02.2013].

Republic of South Africa, Department Mineral Resources, 2002: *Mineral and Petroleum Resources Development Act of 2002*. Internet: <http://www.dmr.gov.za/publications/summary/109-mineral-and-petroleum-resources-development-act-2002/225-mineraland-petroleum-resources-development-actmprda.html> [05.02.2013].

Statistics South Africa, 2012: *Quarterly Employment Statistics*. Internet: <http://www.statssa.gov.za/Publications/P0277/P0277September2012.pdf> [07.01.2013].

NEUES AUS LEHRE UND FORSCHUNG

Kurznachrichten

Arbeitskreis „Politik und Geschlecht“ in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW)

Im September 2012 wurden Imke Leicht, Christine Löw, Nadja Meisterhans und Katharina Volk in den 11. SprecherInnenrat des Arbeitskreises „Politik und Geschlecht“ in der DVPW gewählt. Der SprecherInnenrat plant folgende Aktivitäten:

- ▶ Am 13. September 2013 organisiert der AK Politik und Geschlecht seinen diesjährigen Work-in-Progress Workshop in Gießen. Errichtet sich insbesondere an NachwuchswissenschaftlerInnen, die ihre Forschungsvorhaben präsentieren möchten. Interessierte schicken bitte bis zum 1. Mai 2013 ein Abstract im Umfang von ca. 350 Wörtern an Nadja Meisterhans (Nadja.Meisterhans@sowi.uni-giessen.de) und Katharina Volk (Katharina.Volk@sowi.uni-giessen.de).
- ▶ Darüber hinaus wird die nächste Tagung des AK zum Thema „Feministische Kritik und Menschenrechte“ vom 14.-15. Februar 2014 in Erlangen stattfinden. Der Call for Papers kann ab April 2013 auf der AK-Webseite www.politik-und-geschlecht.de eingesehen werden.
- ▶ In der Buchreihe „Politik und Geschlecht“ des Arbeitskreises beim Barbara Budrich Verlag erscheinen Sammelbände sowie Monographien zu einzelnen Themenfeldern der feministischen Politikwissenschaft. Des Weiteren werden in der neuen Reihe „Politik und Geschlecht kompakt“ Einführungsbücher veröffentlicht, die einen systematischen Überblick zu Teilgebieten der feministischen bzw. geschlechtssensiblen Politikwissenschaft vermitteln und auch feministische AktivistInnen ansprechen sollen.

Kontakt

Imke Leicht, M.A., Lehrstuhl für Menschenrechte und Menschenrechtspolitik, Universität Erlangen-Nürnberg: Zuständig für Internationalisierung und Vernetzung des AK. imke.leicht@fau.de;

Dr. Christine Löw, Goethe-Universität Frankfurt am Main, Institut für Gesellschafts- und Politikanalyse: Zuständig für Finanzen und die Aufnahme neuer AK-Mitglieder, Loew@em.uni-frankfurt.de;

Dr. phil. Nadja Meisterhans, Institut für Politikwissenschaft, Justus-Liebig-Universität Gießen: Zuständig für den Kontakt zum Verlag Barbara Budrich, Nadja.Meisterhans@sowi.uni-giessen.de;

Katharina Volk, Arbeitsstelle Gender Studies: Zuständig für den E-Mail-Verteiler und Versand von Informationen, Katharina.Volk@sowi.uni-giessen.de.

Abschlussbericht des EU-Projekts Gender and Science erschienen

Das im 7. EU-Forschungsrahmenprogramm geforderte Projekt „Meta-Analysis of Gender and Science Research“ hat 2012 seinen Abschlussbericht veröffentlicht. Die Studie analysierte Forschungsarbeiten zur horizontalen und vertikalen Gender-Segregation in Forschungskarrieren in 33 Ländern (27 EU-Staaten und sechs assoziierte Staaten) über den Zeitraum 1980 bis 2008. Die Datenlage zur Thematik sei immer noch verbesserungswürdig, so die Verfasserinnen, auch sollten Forschungseinrichtungen sowie die Wirkungsweise gleichstellungspolitischer Maßnahmen stärker in den Blick genommen werden.

Weitere Informationen unter www.genderandscience.org/web/reports.php.

Zentrum für Kompetenzentwicklung für Diversity Management gegründet

Die Universität Duisburg-Essen und die Fachhochschule Köln haben im Verbund im Rahmen des Qualitätspakts Lehre des Bund-Länder-Programms ein „Zentrum für Kompetenzentwicklung für Diversity Management an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen“ gegründet. Das Zentrum unterstützt zum einen hochschultypenübergreifend die Implementierung von Diversity Management in Studium und Lehre an den Hochschulen in NRW. Ferner soll Know-how zum Thema Diversity in Forschung, Entwicklung und Beratung gebündelt werden. Ein weiteres Ziel des Zentrums ist die Zusammenführung der wissenschaftlichen Expertisen zu Fragen der Diversität in Heterogenität, Bildungshintergründen, physischer und psychischer Belastbarkeit, Kultur, Migration und Gender. Zu diesem Zweck wird es auf der Homepage neben der Datenbank für Diversity-Literatur und Projekten mit Diversity-Bezug eine Datenbank für Expertinnen und Experten im Bereich Diversity geben.

Weitere Informationen unter: www.komdim.de/ueber-komdim/.

Studie „Gender-Aspekte bei der Einführung und Akkreditierung gestufter Studiengänge“

Das Netzwerk Frauen- und Geschlechterforschung NRW hat bereits während der Einführung des Bologna-Prozesses kontinuierlich die damit verbundenen Hochschulreformprozesse unter dem Gesichtspunkt der Geschlechtergerechtigkeit untersucht. In der Studie „Geschlechtergerechte Akkreditierung und Qualitätssicherung“ wird der Fokus nun auf eine Kernentwicklung des Bologna-Prozesses, das deutsche Akkreditierungssystem und das Verfahren der Systemakkreditierung, gerichtet. Hier

stehen Hochschulen vor der Herausforderung, ihre vielfältigen Maßnahmen zur Qualitätssicherung und -entwicklung miteinander zu verzahnen sowie ein umfassendes Qualitätsmanagementsystem für Studium und Lehre zu etablieren. Unabdingbar ist hierbei, das Qualitätsmanagementsystem geschlechtergerecht auszugestalten. In der Studie wird das Akkreditierungssystem unter Gender-Aspekten betrachtet, ferner wird die Programmakkreditierung unter besonderer Berücksichtigung von Gleichstellungsaspekten evaluiert. Die Studie formuliert auch Handlungsempfehlungen, um geschlechtsspezifische Ungleichheiten im hochschulischen Bildungsbereich zu reduzieren. Um die geschlechtergerechte Gestaltung der gestuften Studiengänge im Zuge von Akkreditierung und Reakkreditierung zu erhöhen, wurden von WissenschaftlerInnen Vorschläge für fachspezifische Gender Curricula für 54 Studienfächer entwickelt, die ebenfalls im zweiten Teil der Studie zu finden sind.

Die Studie ist online verfügbar unter www.netzwerk-fgf.nrw.de/fileadmin/media/media-fgf/download/publikationen/Studie-14_Geschlechtergerechte_Akkreditierung.pdf.

Die Curricula unter Gender-Aspekten sowie Expertinnen und Experten, die als mögliche Gutachterinnen und Gutachter für Akkreditierungs- und Begutachtungsprozesse zur Verfügung stehen, sind zudem auch in der Datenbank www.gender-curricula.com abrufbar.

Forschungsprojekt der Hochschule Bochum untersucht Berufsmotivation von Doktorandinnen in Bezug auf Fachhochschul-Professuren

Zur Situation der Professorinnen liegen Studien an diversen Universitäten und für verschiedene Fächer vor. Es besteht aber eine Forschungslücke für den Bereich der Fachhochschulen. Deshalb werden am Fachbereich Wirtschaft der Hochschule Bochum im Rahmen des Projekts „Professorinnen - wo seid Ihr?“ unter Leitung von Prof. Susanne Stark zurzeit Gründe für den Professorinnenmangel untersucht. Doktorandinnen sowie promovierte Frauen mit kurzer oder langer Berufspraxis erfüllen alle Voraussetzungen für eine FH-Professur – diese Zielgruppe wird nun mit mehreren Online-Befragungen hinsichtlich ihrer Motivation für eine FH-Professur befragt.

Weitere Informationen unter www.hochschule-bochum.de/fbw/forschung/wo-seid-ihr.html

Geschlechtergerechte Führungskräfteerekrutierung für Forschungsorganisationen

Im Rahmen des BMBF-geförderten Projekts Führungskräfteerekrutierung passt das Kompetenzzentrum Frauen in Wissenschaft und Forschung (CEWS) die Wissenschaftlerinnen-Datenbank FemConsult an die spezifischen Bedürfnisse von außerhochschulischen Forschungseinrichtungen an. Zur Ermittlung dieser Anforderungen wird zu Projektbeginn eine Nutzungsanalyse mit quantitativen und qualitativen Methoden durchgeführt.

Die Nutzungsanalyse soll vorrangig durch Befragungen von Stakeholdern und EntscheidungsträgerInnen der einzelnen Forschungseinrichtungen erfolgen. Die Sichtbarkeit von WissenschaftlerInnen mit deren jeweiligen Profilen soll insbesondere für Entscheiderinnen und Entscheider auf der Suche nach Führungspersönlichkeiten nachhaltig erhöht werden. Die Attraktivität der FemConsult-Datenbank für hochqualifizierte WissenschaftlerInnen soll durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit und gezielte Akquise gesteigert werden, um dem fächerspezifischen Personalbedarf der außerhochschulischen Forschungseinrichtungen entgegenzukommen.

Parallel soll ein kontinuierliches Informations- und Rechercheangebot für Akteurinnen und Akteure zum Themenkomplex Geschlechtergerechte Führungskräfte-Rekrutierung für Forschungsorganisationen aufgebaut und diese Dienstleistung während der Projektlaufzeit angeboten werden.

Auf der Grundlage des Projektes können außerhochschulische Forschungsorganisationen zukünftig FemConsult leichter für aktive Rekrutierungsmaßnahmen nutzen und somit das „Kaskadenmodell“ – d.h. die Orientierung an der Frauenquote in der jeweils darunterliegenden Qualifikationsstufe bei der Besetzung von Beschäftigungspositionen – leichter umsetzen.

Weiter Informationen unter www.gesis.org/cews/das-cews/cews-projekte/projekt/?browseproject=&selcat=Rekrutierung%3E%3E&qt1=Rekrutierung.

Call for Papers „Feminist Theory and Pop Culture“

Bis zum 15. Juni können noch Buchkapitel zum Buchprojekt „Feminist Theory and Pop Culture“ eingereicht werden. Weitere Informationen unter www.popculturefeminism.com.

Call for Papers zum Thema „Migration – Geschlecht – Lebenswege“

Für das 4. Interdisziplinäres Gender-Kolloquium, das vom 21.-23. November 2013 von der Arbeitsgruppe Gender-Forschung an der Universität Rostock veranstaltet wird können zum Thema „Migration – Geschlecht – Lebenswege“ bis zum 6. Mai 2013 eingereicht werden. Weitere Informationen unter www.gender.uni-rostock.de.

Tagung zu Führungspositionen in der Wissenschaft des Deutschen Akademikerinnenbundes am 7./8. November 2013

Auch in der Wissenschaftspolitik wird wieder gewählt – aber nach welchen Spielregeln? Wie werden Führungspositionen in der Wissenschaft, in außerhochschulischen Forschungseinrichtungen, in Fachgesellschaften und wissenschaftspolitischen Ausschüssen besetzt? Und welche Rolle spielen dabei homosoziale Kooptation und Netzwerke? Diese Fragen sollen auf einer Tagung des deutschen Akademikerinnenbundes am 7./8. November in Berlin diskutiert werden. Weitere Informationen unter www.dab-ev.org.

Strukturfragen der Gleichstellungsarbeit am Beispiel der Exzellenzinitiative

STEPHANIE ZUBER

Die personelle und strukturelle Zuständigkeit für Gleichstellungsarbeit in der Exzellenzinitiative ist an den Universitäten höchst unterschiedlich angesiedelt. Neben die seit den 1990er Jahren gewachsenen Strukturen von gewählten Gleichstellungsbeauftragten und Gleichstellungsbüros – teilweise als Referat oder Stabsstelle institutionalisiert – sind neue zentrale und dezentrale Stellen getreten. Bedeutet das Miteinander von neuen und alten Strukturen automatisch Konflikt und Kompetenzgerangel oder können sich Synergien ergeben? Verheißen die Veränderungen eine bessere Gleichstellungsarbeit und bieten sie die Chance, in größeren Schritten einer geschlechtergerechten Wissenschaft entgegenzugehen?

Anhand von Ergebnissen des Projektes „Frauen in der Spitzenforschung“ wird im Folgenden nachgezeichnet, wie sich die strukturelle Verankerung von Gleichstellungsarbeit in der Exzellenzinitiative entwickelt hat.¹ Das Projekt begleitet seit fünf Jahren einige Exzellenzcluster und Graduiertenschulen sowie Universitäten mit Zukunftskonzepten. Die dortigen Entwicklungen sind ein Beispiel für generelle Veränderungen der Gleichstellungsarbeit an Hochschulen,² anhand derer man fragen kann, ob es eine „beste“ Struktur für die Umsetzung von Gleichstellungszielen gibt und wovon diese abhängt.

Die strukturellen Wandlungen gehen einher mit einer Diversifizierung der Inhalte: „Dual Career Konzepte“, „Familienfreundlichkeit“, „Gender Mainstreaming“, „Diversity Management“ sowie weitere Begriffe werden mit Gleichstellung in Verbindung gebracht (und hier im Weiteren unter diesem Begriff subsumiert). Was genau die Konzepte beinhalten und wie durch sie bestimmte Strukturen impliziert werden, muss in der Kürze des Beitrags ausgeblendet bleiben. Im Mittelpunkt steht die strukturelle Momentaufnahme der polity: Wer *macht* eigentlich Gleichstellung?

Was den Stein ins Rollen brachte

Eine nur langsam wachsende Beteiligung von Frauen – insbesondere in Spitzenpositionen der Wissenschaft – und steigender internationaler Druck sowie die beharrliche Arbeit von Gleichstellungsbeauftragten haben dazu geführt, dass wissenschaftspolitische Empfehlungen und Selbstverpflichtungen der Wissenschaftsorganisationen schärfer formuliert werden (z.B. DFG et al. 2006 und WR 2012). Die forschungsorientierten Gleichstellungsstandards der DFG und das Professorinnen-Programm von Bund und Ländern haben Gleichstellungskonzepte als Grundlage für eine Finanzierung aufgewertet. Zudem sind Gleichstellungsaspekte in einigen Fällen Bestandteil von Ziel- und Leistungsvereinbarungen zwischen Ländern und Hochschulen oder zwischen Hochschulleitungen und dezentralen Einheiten. Wissenschaftsorganisa-

tionen und (Wissenschafts-)Politik setzen zunehmend monetäre Anreize oder drohen (überwiegend noch zaghaft) mit Sanktionen.

Das Thema Gleichstellung, das über die zweite Frauenbewegung und die Frauenforschung unter Gesichtspunkten der Gerechtigkeit in die Hochschulen hineingetragen wurde, entwickelt sich zu einem Gegenstand, den Hochschulen in ihrem Sinne steuern möchten. Gleichstellungsarbeit hat somit eine doppelte Motivation: Interessenvertretung und Steuerungsaufgabe. Hierauf weisen Gleichstellungsbeauftragte und Forscherinnen bereits seit längerem hin.

Die erweiterten Anforderungen wurden zunächst durch eine Professionalisierung der Gleichstellungsbeauftragten und -büros aufgefangen. Bei ihnen wurden Projekte aus den Bereichen Qualifizierung, Mentoring, Familienfreundlichkeit usw. angesiedelt. Das steigende Steuerungsinteresse führt jedoch dazu, dass diese Lösung teilweise nicht mehr als adäquat empfunden wird: Gleichstellungsbeauftragte sind qua Historie und qua Gesetz eher der Interessenvertretung verpflichtet als den Steuerungszielen der Leitung. Allerdings ist die Situation unterschiedlich, da die gesetzlichen Rahmenbedingungen, die Konstellationen vor Ort und nicht zuletzt die (Selbst-)Verständnisse der Gleichstellungsbeauftragten und -büros variieren. Vielerorts werden Kompetenzen neu ausgehandelt, auch in den Einrichtungen der Exzellenzinitiative.

Der Gleichstellungsauftrag der Exzellenzinitiative

Die Exzellenzinitiative wurde 2005 von Bund und Ländern beschlossen, mit dem Ziel den Wissenschaftsstandort Deutschland nachhaltig zu stärken und die Spitzenforschung international besser sichtbar zu machen. Auch hier waren die Universitäten aufgefordert, bereits in den Antragsskizzen für Graduiertenschulen, Exzellenzcluster und Zukunftskonzepte überzeugend darzulegen, wie sie die Chancengleichheit von Frauen und Männern fördern werden. Dem wurde Nachdruck verliehen, als der damalige DFG-Präsident Winnacker (2006) dazu aufforderte, hierbei über „Lippenbekenntnisse“ hinauszugehen. Er verwies auf Kritik seitens der (meist internationalen) GutachterInnen, die sich darauf bezog, dass Gleichstellungsbelange unzureichend bearbeitet worden seien. Seither ist das Thema in der Exzellenzinitiative sehr präsent.

Im Projekt „Frauen in der Spitzenforschung“ zeigte sich, dass der Auftrag überwiegend ernst genommen wurde. Teilweise wurden für den Bereich Gleichstellung innovative und unkonventionelle Ideen generiert, wie sie insgesamt für die Exzellenzinitiative erwünscht waren. Allerdings liegen die durch die Initiative geschaffenen Einrichtungen häufig quer zur disziplinär orientierten Universitätsstruktur, was bedingt, dass neue (Steuerungs-)Strukturen geschaffen und kompatibel gemacht werden müssen. Dies gilt auch für das Thema Gleichstellung, wie im Folgenden für Exzellenzcluster, Graduiertenschulen und Zukunftskonzepte veranschaulicht wird.

Strukturen für Gleichstellung in Exzellenzclustern und Graduiertenschulen

In 34 Exzellenzclustern und Graduiertenschulen wurden Interviews mit Leitungspersonen der Einrichtungen geführt, zudem wurden Antragsauszüge ausgewertet. Etwa drei Jahre später wurden noch einmal Leitungspersonen und Zuständige für Gleichstellung aus 27 Einrichtungen interviewt, so dass eine Entwicklung von Gleichstellungsangeboten und Strukturen nachgezeichnet werden kann.

Anfangs zeigte sich ein breites Spektrum an Maßnahmen, die darauf zielten, Frauen unmittelbar zu gewinnen oder die Vereinbarkeit von Familie und Spitzenforschung zu erleichtern; außerdem Maßnahmen, Wissenschaft für Frauen attraktiver zu gestalten und zur Unterstützung von Frauen durch Mentoring oder andere gezielte Angebote. Für Cluster und Schulen ergibt sich auch in der späteren Befragung eine Angebotsvielfalt, wobei es nur wenige Einrichtungen gibt, die hier kaum aktiv sind, oder die lediglich auf allgemeine Angebote der Universität verweisen. Stets werden Familienkomponenten genannt. Die Bedeutung eigener Mentoring-Programme ist zurückgegangen. Allerdings werden in größerem Umfang Maßnahmen genannt, die zur Erzeugung von einrichtungsspezifischem Genderwissen und zur Förderung der Geschlechterforschung in den beteiligten Fächern beitragen. Dies ist interessant, denn hierzu zählt, auch einen organisationalen Rahmen für Gleichstellungsarbeit zu schaffen. Die Verankerung von Strukturen für Maßnahmen wird somit selbst zur Maßnahme.

In den anfänglichen Konzepten war häufig nicht oder nur vage geklärt, wer für die Umsetzung zuständig ist. Die jeweiligen Hochschulleitungen und Gleichstellungsbeauftragten waren unterschiedlich stark involviert, wobei die Cluster und Schulen ein Verschränken adäquater Angebote auf den Ebenen Hochschule – Fakultät/Institut/Zentrum – Exzellenzeinrichtung anstrebten. Insbesondere für Kinderbetreuung und Dual Career Angebote wurde häufig eine universitätsweite Infrastruktur gefordert. Zum Teil sahen die Cluster und Schulen ihre Aufgabe darin, sich finanziell daran zu beteiligen und/oder für ihre WissenschaftlerInnen ein aktives Bindeglied zu den Angeboten darzustellen. In den Graduiertenschulen und Exzellenzclustern selbst wurde das Thema unterschiedlich verankert: Die Varianten reichten von der vagen Angabe, dass für Gleichstellung generell das Steuerungsgremium des Clusters / der Schule zuständig sei, über eigene Frauenvertreterinnen, Gender-Ombudspersonen und spezielle Komitees bis hin zur namentlichen Nennung einzelner Principal Investigators, die für zuständig erklärt wurden. Die Anstellung einer Person für Gleichstellung war nur in zwei (von 32) ausgewerteten Anträgen geplant, ist jedoch häufiger erfolgt.

Drei Jahre später sind die Zuständigkeit und die personelle Verankerung von Gleichstellungsarbeit nach wie vor variantenreich. Die in den Erstgesprächen erwünschte, aber häufig problematisierte Verzahnung von eigenen Angeboten mit denen auf zentraler und anderen dezentralen Ebenen der Hochschule zeigt sich weniger konfliktbehaftet; es hat sich aber kein dominantes Zuständigkeits- und Kooperationsmuster herausgebildet. Hochschulgleichstellungsbüros spielen häufig eine Rolle. Dort, wo Zukunftskonzepte vorhanden sind, wird mehrheitlich auf Angebote dieser

so genannten dritten Förderlinie Bezug genommen. Auch die Kooperation mit anderen Clustern und Schulen ist teilweise von Bedeutung. Bei den verschiedenen Kooperationsmodi ist jedoch eines übergreifend zu finden: Gleichstellung wird in den Graduiertenschulen und Exzellenzclustern fast immer auch als eigene Aufgabe wahrgenommen, die nicht komplett an andere (übergeordnete) Instanzen abgegeben werden kann. Schematisch dargestellt ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle 1: Thematische Verankerung in Gremien (Mehrfachzuordnung möglich)

Variante Lenkungs-gremium u. Geschäftsführungen	Gleichstellungsthemen werden in den aktiv gestaltenden Gremien der Cluster und Schulen (Steering Committee, Executive Board, Direktorium o.ä.) behandelt, teilw. kommen Geschäftsführungen und Beiräte hinzu. Diese Variante ist der überwiegende Fall.
Variante Lenkungs-gremium inkl. Gleichstellungsperson	Teilweise ist innerhalb der o.g. Gremien eine Person für Gleichstellungsanliegen bestimmt oder es werden Gleichstellungsbeauftragte einbezogen.
Variante Gleichstellungs-gremium	In 6 (von 27) Fällen wurde ein Gremium für Gleichstellung (Diversity / Familienfreundlichkeit) eingerichtet, das zu unterschiedlichen Anteilen beratende, konzeptionelle sowie Entscheidungsbefugnisse über Stipendien/Unterstützungszahlungen übernimmt (in 2 Fällen sind diese allerdings nicht mehr aktiv).
Variante übergeordnete Zuständigkeit	Vereinzelt Verweis darauf, dass andere Gleichstellungsgremien für das Cluster bzw. die Graduiertenschule zuständig sind, etwa auf Institutsebene o.ä.

Quelle: eigene Darstellung

Tabelle 2: Personelle Verankerung (N = 27 Exzellenzcluster und Graduiertenschulen)

Null-Variante (n=2)	Es wird kein Bedarf gesehen, Gleichstellung personell zu verankern.
Management-Variante (n=7)	Gleichstellung wird im Service / Management integriert, ohne hierfür explizit ausgewiesene Stellen.
WissenschaftlerInnen-Variante (n=9)	Benennung einer/s WissenschaftlerIn als Gleichstellungsbeauftragte, Equal Opportunity Officer o.ä., die/der dies zusätzlich zu wissenschaftlichen Aufgaben übernimmt (teilweise nur als Kontaktperson bei Konflikten, teilweise verbunden mit umfangreichen Aufgaben).
Professionalisierte Variante (n=9)	Bereitstellung von Personal für Gleichstellung bzw. Familienfreundlichkeit. Häufig erfolgt dies als klar erkennbarer Teilbereich in Kombination mit anderen Managementaufgaben. In einigen Fällen Ansiedlung der Stelle nicht an der Exzellenzeinrichtung, sondern an einem übergeordneten Institut oder Programm, von wo aus spezielle Angebote für das Cluster/ die Schule organisiert werden.

Quelle: eigene Darstellung

Auffällig ist bei der letzten Variante, die mit spezifischem Personal arbeitet, dass Gleichstellung zunehmend zusätzlich in Form einer/eines Gleichstellungs-/Gender-/Diversity-Beauftragten in Entscheidungsgremien verankert wird. Teilweise wird die Arbeit dann noch darüber hinaus in einem Gleichstellungsgremium rückgebunden. Fünf Einrichtungen verfolgen aktuell eine solche Strategie der doppelten strukturellen Verankerung von Gleichstellung auf Arbeits- und Entscheidungsebene. Mitunter wird hier eine Repräsentation von Wissenschaftlerinnen thematisiert, so dass die eingangs beschriebene Differenzierung von Interessenvertretung und Steuerungsaufgabe quasi im Kleinen abgebildet wird.

Eine doppelte Verankerung wird aber teilweise auch aus anderen Gründen favorisiert: Wissenschaftlich Aktiven wird der Vorteil zugesprochen, sich besser mit den fachspezifischen Karrierethemen auszukennen, aber sie verfügen meist nicht (oder nur zu Lasten ihrer Karriere) über die notwendigen Zeitressourcen für Gleichstellungsarbeit. Gleichstellungspersonal verfügt über Zeit, aber selten über Entscheidungskompetenz für die Ausrichtung der Arbeit. Hierfür ist die Zustimmung in den zentralen Gremien erforderlich, und dort muss eine gewisse Lobby für die Themen vorhanden sein. Eine Mehrfachverankerung löst diesen Konflikt. Begünstigt wird dies eventuell durch die geringe Größe der Einrichtungen: Die Kontaktwege sind kurz und trotz unterschiedlicher Funktionen / Interessen steht die gemeinsame Arbeit im Vordergrund.

An einigen Clustern und Schulen wurden aber auch Ansiedlungsprobleme benannt: Es fehle an Ansprechpartner/innen und mangelhaft geklärte Verantwortlichkeiten erschwerten die Umsetzung geplanter Maßnahmen. Wurden hingegen Personen eigens für Gleichstellung eingestellt, bestehe die Gefahr, das Thema damit pauschal als bedient zu betrachten.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die momentan sehr heterogenen Gleichstellungsstrukturen das Ergebnis eines anfänglichen Suchprozesses sind, der häufiger damit einherging, dass verschiedene Funktionen und Interessen differenziert strukturell eingebunden wurden. Ob die neuen Strukturen mit einer Entmachtung alter Kompetenzen der Gleichstellungsbeauftragten einhergehen (müssen), wird im Fazit aufgegriffen.

Zukunftskonzepte – Strukturkonflikte auf anderer Ebene

Den Hochschulen der 3. Förderlinie bieten sich Gelegenheiten der strukturellen Veränderung, die über die Möglichkeiten einzelner Cluster und Graduiertenschulen hinausgehen. Dies gilt auch für das Thema Gleichstellung. An fünf Zukunftskonzept-Hochschulen erfolgte eine Bestandsaufnahme durch zahlreiche Interviews und die Auswertung von Informationsmaterialien. Jedes Zukunftskonzept steht für bestimmte Kernelemente und Leitideen. Teilweise ist Gleichstellung hierbei eine eigenständige, tragende Säule des Konzeptes. Wenn dies nicht der Fall ist, erfolgt in einigen Fällen ein Monitoring unter Gleichstellungsaspekten und die Kernelemente werden mitunter um Gleichstellungselemente ergänzt. Auch die Kombination von

Gleichstellung als eigenständigem Konzeptbaustein und als Querschnittsthema findet sich, ebenso wie Exzellenzuniversitäten, die Gleichstellung allgemein als wichtig erachten, dies aber nicht strukturiert in ihrem Zukunftskonzept berücksichtigt haben.

Das Spektrum an Gleichstellungsmaßnahmen, das mit Zukunftskonzepten verbunden ist, gestaltet sich ebenfalls vielfältig. Dennoch hat sich ein gewisser Kanon herausgebildet: Hierzu gehören eine veränderte Rekrutierungspolitik, die Förderung der Familienfreundlichkeit, die Erprobung von Dual Career-Konzepten und verschiedene Begrüßungsangebote für Neuberufene und Gastwissenschaftlerinnen. Ebenso gehören dazu direkte Fördermaßnahmen und Mentoring-Programme für Nachwuchswissenschaftlerinnen, die Finanzierung von Stellen oder Stipendien sowie eine genderspezifische Aufbereitung von Personaldaten auf Ebene der Fakultäten oder darunter. Nicht alle diese Maßnahmen kommen ausschließlich Frauen zugute, sie werden aber dazu herangezogen, die Attraktivität des Standortes insbesondere für Frauen zu stärken, beziehungsweise steuernd in die Personalauswahlprozesse einzugreifen.

Viele dieser Angebote gibt es auch an anderen Hochschulen, doch in den Interviews wurde – unterschiedlich stark – die Signalwirkung der Exzellenzinitiative (teilweise in Kombination mit den forschungsorientierten Gleichstellungsstandards und/oder dem Professorinnen-Programm) betont, die zu einer Neuausrichtung der Arbeit geführt hat. Im Vordergrund des Ausbaus von Gleichstellungsangeboten durch die Zukunftskonzepte steht ein Verständnis von Gleichstellung als Steuerungsaufgabe. Wie dies umgesetzt wird, ist allerdings unterschiedlich: Einige Universitäten haben die Exzellenzinitiative zum Anlass genommen, neue Strukturen einzuführen. Organisationseinheiten für Gleichstellungsmanagement sowie damit assoziierte Angebote rund um Dual Career Services, Diversity und Familienfreundlichkeit von Hochschulen sind entstanden. Andere hingegen setzen auf die Arbeit ihrer etablierten, meist eng mit den gewählten Gleichstellungsbeauftragten verbundenen Gleichstellungsbüros. Für die Konzeptentwicklung und Verankerung lassen sich vier Dimensionen ausweisen, die jeweils unterschiedlich ausgeprägt sein können. In der Praxis lassen sich verschiedenste Kombinationen auf den unterschiedlichen Zwischenstufen finden. In der Übersicht zeigt sich dies so:

Tabelle 3: Vier Dimensionen der Einbindung von Gleichstellungsarbeit (mit jeweiligen Polen der Ausprägung)

Dimension	jeweilige Pole der Ausprägung	
Initiative	Prozess initiiert durch Gleichstellungsbüro (und teilw. gewählte Gleichstellungsauftragte)	Prozess initiiert durch Hochschulleitung
Konzeptentwicklung	gemeinsam, konsensual durch Gleichstellungsstelle, Gleichstellungsbeauftragte und Hochschulleitung	ohne (oder erst später) Einbezug von Gleichstellungsstelle und Gleichstellungsbeauftragter
personelle Umsetzung	personelle Ausweitung vorhandener Gleichstellungsstrukturen	eigene, neue Gleichstellungseinheiten geschaffen
Kohärenz	hoher Konsens und wechselseitige Informiertheit über Ziele, Konzepte und Maßnahmen bei Hochschulleitung, dezentralen Einheiten und Gleichstellungsstellen	Ziele, Konzepte und Maßnahmen werden unterschiedlich beschrieben

Quelle: eigene Darstellung

Es gibt Exzellenzhochschulen, in denen Gleichstellung zur „Chefsache“ erklärt wurde und dies einherging mit neuen zentralisierten Strukturen, die parallel zu den etablierten Gleichstellungszuständigkeiten gesetzt wurden. Hier zeigten sich nachfolgende Suchprozesse der Klärung von Kompetenzen. An anderen Universitäten wurden eine starke Vertrauenskultur und ein hoher Konsens über das Verständnis von Gleichstellungsarbeit sichtbar. Strukturelle Fragen treten hierbei offenbar in den Hintergrund: Maßnahmen werden so angesiedelt, dass sie Erfahrungswissen – insbesondere der Gleichstellungsbüros und -beauftragten – einbinden und gut an die „Zieleinheit“ andocken können. Es gibt auch Varianten, in denen verschiedene Stellen in Verwaltung und Service zusätzlich Gleichstellungsaufgaben übertragen bekommen. Mitunter wird diese Arbeit dann übergreifend koordiniert (z.B. durch das Gleichstellungsbüro), teilweise jedoch auch nicht.

Für wissenschaftliche Einrichtungen, die im Rahmen von Zukunftskonzepten entstanden sind (etwa Kollegs, Programmausschreibungen), hat sich manchmal gezeigt, dass sie nicht durch die vorhandenen Modi der Interessenvertretung abgedeckt sind. Teilweise wurde entsprechend nachgesteuert. Insgesamt zeigen sich also unterschiedliche Varianten der Ansiedlung von Gleichstellung in den Zukunftskonzepten. Was dies für die Ebene der Politics der Gleichstellungsarbeit bedeutet, wird im Fazit aufgegriffen.

Fazit

Auch innerhalb der Exzellenzinitiative ist Gleichstellung gleichzeitig Aufgabe der Interessenvertretung und Managementaufgabe. Dabei stehen starke Steuerungsin-

teressen im Vordergrund, vor allem, weil Erfolge in der Gleichstellung als Evaluationskriterium in die zweite Runde des Wettbewerbs 2011/2012 einfließen. Wie dies in der Hochschulstruktur abgebildet wird, ist für die Graduiertenschulen und Exzellenzcluster sowie die Zukunftskonzepte höchst unterschiedlich und auch unterschiedlich konfliktbehaftet.

Mancherorts wurden tatsächlich Reibungsverluste durch Kompetenzgerangel sichtbar und Gleichstellungsbeauftragte formulierten (wenn auch indirekt und vorsichtig) einen Kompetenzverlust. An anderen Standorten wurde es trotz des eigenen Kompetenzverlustes als Gewinn für die Sache gesehen, dass sich nun weitere Einheiten (etwa Cluster und Schulen) für Gleichstellung engagieren. Und auch eine dritte Sicht zeigte sich: Die Aufwertung von Gleichstellungsthemen führt zu einem Ressourcengewinn und ist somit positiv zu bewerten. Inwieweit Reibungsverluste nur eine anfängliche Erscheinung sind und ob der Ausbau von Strukturen und Maßnahmen auch über die zeitlich begrenzte Exzellenzinitiative Bestand hat, bleibt abzuwarten. Die Suchprozesse der vergangenen Jahre haben zu verschiedenen strukturellen Lösungen geführt. Eine Angleichung, wie sie im Sinne eines institutionellen Isomorphismus zu erwarten wäre, ist derzeit nicht absehbar. Für ein abschließendes Resümee der Einflussfaktoren für bestimmte Varianten und deren Auswirkungen ist es noch zu früh. Den unterschiedlichen Modellen ist jedoch eines gemeinsam: Sie sind Ausdruck dafür, dass mit den Strukturen auch die Deutungshoheit über Ziele und Inhalte von Gleichstellungsarbeit verhandelt wird. Dies lenkt den Blick wieder auf die hier ausgeblendete Frage, welche Begriffe und Konzepte mit den Strukturen verbunden sind.

Das Interesse an Gleichstellung und die Bereitschaft, sich hierfür zu engagieren, ist gestiegen. Trotzdem zeigen Untersuchungen des Projektes „Frauen in der Spitzenforschung“, dass die Exzellenzeinrichtungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern unterschiedliche Bedingungen bieten: so werden Doktorandinnen – auch unabhängig von Kinderbetreuungspflichten – häufiger in Teilzeit beschäftigt (Engels et al. 2012b). Bemerkenswert ist dies nicht, da ein differenziertes Monitoring der Personaldaten, das über ein Zählen von Köpfen hinausgeht, meist fehlt. Ungeachtet der mittlerweile vielfach differenzierten Strukturen bestehen also noch immer strukturelle Lücken.

Anmerkungen

- 1 Das Projekt wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und aus dem Europäischen Sozialfonds der Europäischen Union gefördert (FKZ 01 FP 0719). Die Leitung liegt bei Anita Engels (Universität Hamburg). Das Projekt beinhaltet mehrere qualitative und quantitative Untersuchungen. Siehe: www.wiso.uni-hamburg.de/fis sowie Engels et al. 2012a.
- 2 Eine allgemeine Betrachtung erfolgt voraussichtlich durch das Projekt „Hochschulische Gleichstellungsstrukturen im Wandel“ (Projektbeschreibung siehe: Löther o.D.).

Literatur

DFG – Deutsche Forschungsgemeinschaft et al., 2006: Offensive für Chancengleichheit von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Internet: www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/Offensive_Chancengleichheit.pdf (15.01.2013)

Engels, Anita/Ruschenburg, Tina/Zuber, Stephanie, 2012a: Chancengleichheit in der Spitzenforschung: Institutionelle Erneuerung der Forschung in der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder. In: Heinze, Thomas/Krücken, Georg (Hg.): Institutionelle Erneuerungsfähigkeit der Forschung. Wiesbaden, 187-217.

Engels, Anita/Zuber, Stephanie/Beaufaÿs, Sandra/Ruschenburg, Tina, 2012b: Frauenanteile und Beschäftigungspraxis in der Exzellenzinitiative, in: Hochschulmanagement. Heft 4, 105-109.

Löther, Andrea, ohne Datum: Projektbericht „Hochschulische Gleichstellungsstrukturen im Wandel“. Internet: www.gesis.org/cews/fileadmin/cews/www/projekt-hochschulische-gleichstellungsstrukturen_kurzbericht.pdf (15.01.2013)

Winnacker, Ernst-Ludwig, 2006: Brief an alle Universitäten, die sich an der Exzellenzinitiative beteiligt haben, datiert auf den 3. Februar 2006.

WR – Wissenschaftsrat, 2012: Fünf Jahre Offensive für Chancengleichheit von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern – Bestandsaufnahme und Empfehlungen, Drs. 2218-12, Bremen 25.05.2012.

REZENSIONEN

Roswitha Scholz

Das Geschlecht des Kapitalismus

KATHARINA VOLK

Mit ihrem Buch „Das Geschlecht des Kapitalismus“ fordert Roswitha Scholz eine „Wiederkehr der Ökonomie im feministischen Denken“ (227). In der feministischen Landschaft stand sie damit im Jahr 2000, in dem das Buch in der Erstauflage erschien, ziemlich allein. Zu diesem Zeitpunkt waren die feministischen Debatten vielmehr geprägt von konstruktivistischen und dekonstruktivistischen Positionen und einer „Kulturalisierung des Sozialen“ (7). Mit der 2011 erschienenen zweiten Auflage ihres Buches trifft Scholz auf eine veränderte Debattenlandschaft: in einer von Krisen geprägten Zeit hat das feministische Interesse an einer Kritik der politischen Ökonomie im Kontext von „Geschlecht“ und „Rasse“ erneut zugenommen. Durch diese Veränderung erhält ihr Buch erst jetzt „seine eigentliche Brisanz“ (5). Scholz' Ausgangspunkt ist die „fundamentale Wertkritik“ (Robert Kurz) die den Rahmen des Buches bildet. Im ersten Teil gibt Scholz eine kurze Einführung der „fundamentalen Wertkritik“. Diese verstehe den Wertbegriff nicht als etwas Positives, sondern als „Ausdruck eines gesellschaftlichen Fetischverhältnisses“ (16) und setze mit ihrer Kritik des Fetischismus bereits „auf der Ebene der Warenproduktion, Wert, abstrakter Arbeit und Geldform“ an (17). Scholz nimmt eine patriarchatskritische Ergänzung der „fundamentalen Wertkritik“ vor, weil diese dem Geschlechterverhältnis gegenüber indifferent sei. Eine Weiterentwicklung dieser fundamentalen Wertkritik erfolgt im dritten Teil des Buches. Zuvor blickt Scholz im zweiten Teil ihres Buches auf Ansätze zurück, „die die marxofeministische Theoriedebatte des deutschsprachigen Raumes in den letzten 20 Jahren entscheidend geprägt haben“ (12). Dabei arbeitet sie sich an Positionen von Regina Becker-Schmidt/Gudrun-Axeli Knapp, Elisabeth Beck-Gernsheim/Ilona Ostner, Frigga Haug sowie Ursula Beer ab. Offen bleibt, warum Scholz diese Theoretikerinnen gewählt hat und warum eine unterschiedliche Gewichtung der Ansätze erfolgt. Im Fokus der Kritik steht eindeutig Becker-Schmidt, der sie vorwirft, die Kritische Theorie in Bezug auf ihre „Basiskategorie des Tauschs“ zu „kastrieren“ (82). Scholz argumentiert gegen die analoge Betrachtungsweise von Geschlecht und Klasse als „Strukturkategorie“. Mit dieser Auffassung werde – insbesondere bei Becker-Schmidt – ein „soziologisches Klassendenken“ reproduziert und auf das Prinzip der Verteilungsgerechtigkeit insistiert (117). Scholz fordert indes, den Blick auf „die Wert-Abspaltung als Formprinzip im Sinne eines gesellschaft-

lichen Wesens“ zu richten. Mit der Wert-Abspaltungstheorie geht Scholz davon aus, „dass der erscheinende Formzusammenhang des Kapitalismus im Sinne der Wertabstraktion als solcher androzentrisch bestimmt und damit eine Abspaltung des Weiblichen notwendig gesetzt ist“ (226). „Weibliche Reproduktionsarbeiten“ sind nicht wertbildend, weil sie „qualitativ-inhaltlich wie der Form nach (über einen) anderen Charakter“ verfügen als die abstrakte Arbeit (118). Der genaue Unterschied bleibt unklar, doch grenzt sich Scholz damit von jenen Ansätzen ab, in denen die Begriffe der politischen Ökonomie auf die Tätigkeiten von Frauen im Reproduktionsbereich angewendet werden, indem sie u.a. Hausarbeit unter den Arbeitsbegriff subsumieren. Im vierten Teil wirft Scholz den Blick auf die Geschlechterverhältnisse in der Postmoderne und entfaltet ihre These von der „Verwilderung des warenproduzierenden Patriarchats“, die sie in der Auflösung der patriarchalen Kleinfamilie erkennt. Scholz wendet sich gegen die Auffassung, dass postmoderne Individualisierungstendenzen das „goldene Zeitalter für Frauen“ (144) einläuten. Am Beispiel der internationalen Frauenbewegung und deren immanenter Transformationspolitik in den 1990er Jahren, fordert sie eine „Erneuerung radikaler Gesellschaftskritik“ ein, sowie den Mut, über die „gegebene (Welt-)Gesellschaftsordnung und die damit verbundenen Normen und Tabus hinauszugehen“ (186).

Das Nachwort zur zweiten Auflage ist eine kritische Durchsicht aktueller Tendenzen des Feminismus. Scholz setzt sich u.a. mit Angela McRobbie, Nancy Fraser und Tove Soiland auseinander und zeigt auch hier fundierte Kenntnisse in feministischen Theorien. Allerdings findet sie kaum Gewinnbringendes für ihre eigene Theoriebildung. Insbesondere gegen Queer- und Gender-Perspektiven findet Scholz scharfe Worte – so sei Queer „Partypolitik“ und „Lebensgefühl“. Ihre grundsätzliche Kritik bezieht sich auf das Fehlen der „fetischistischen Grundkategorien des Kapitalismus“ (207) sowie deren Verhältnisbestimmung zu den Geschlechterverhältnissen. Einzig in Tove Soiland scheint Scholz eine angemessene Gesprächspartnerin zu finden, mit der sie die Debatte über „den inneren Zusammenhang von Fetischismus und Geschlechterverhältnis“ (228) führen kann (und will). Allerdings ist fraglich, wie offen Scholz für eine solche Debatte wirklich ist, wenn sie letztendlich das Wert-Abspaltungsverhältnis als das alle Bereiche „durchdringendes Grundprinzip“ (230) setzt. Erfrischend ist ihr Anliegen, eine Theoriebildung anzubieten, „die die ‚große Erzählung‘ nicht scheut (10). Ernüchternd und ermüdend sind jedoch ihre teils redundanten Argumente, mit denen sie sich gegen die bisherige feministische Theoriebildung abgrenzt. Scholz’ Buch ist keineswegs ein „Theorieburger“ (14), der sich einfach verzehren lässt. Sie breitet darin eine komplexe und abstrakte Theorie aus und räumt ein, nicht „auf sprachliche Marotten“ und lange Sätze verzichten zu wollen. Dennoch hätte auch eine sprachliche Überarbeitung der zweiten Auflage des Buches durchaus gut getan und zur besseren Lesbarkeit beigetragen.

Roswitha Scholz, 2011: *Das Geschlecht des Kapitalismus. Feministische Theorien und die postmoderne Metamorphose des Kapitals*. Bad Honnef: Horlemann Verlag, 224 S., ISBN 978-3-89502-311-8.

Ingrid Kurz-Scherf und Alexandra Scheele (Hg.)

Macht oder ökonomisches Gesetz? Zum Zusammenhang von Krise und Geschlecht.

SUSANNE VÖLKER

Der 2012 in der Reihe Arbeit – Demokratie – Geschlecht erschienene Aufsatzband versammelt unterschiedliche Perspektiven und Problematisierungen der aktuellen Krisenprozesse und -politiken finanzkapitalistischer Regime von Ökonominen, Politikwissenschaftlerinnen und Soziolog_innen. Die sehr unterschiedlich argumentierenden Autor_innen sind sich einig, dass es ihnen explizit darum geht, gegenwärtige Entwicklungen und Herausforderungen aus feministischer Perspektive zu bewerten. Sie wollen ausloten, mit welchen Kritik artikuliert und wo interveniert werden kann. Das Anliegen des Bandes ist außerordentlich ambitioniert: es sollen nicht nur zentrale feministische Debatten um die Finanz- und Wirtschaftskrise zusammengeführt werden, sondern „über die aktuelle Krise hinausgehend die Verfasstheit von Ökonomie, Arbeit und Politik“ (10) analysiert werden. Im Zentrum des Bandes steht die Frage, ob „sich in der Krise Möglichkeitsräume für politisches Handeln (eröffnen) oder (...) auf die Wirtschaftskrise eine Krise der Politik, auf die Krise des Kapitalismus eine Krise der Demokratie (folgt)?“ (10)

Die Frage nach Möglichkeiten oder eben Unmöglichkeiten sozial-emanzipatorischer Interventionen wird im Band über drei thematische Schwerpunkte entfaltet: Im ersten Teil wird unter dem Titel „Hat die Krise ein Geschlecht?“ das vordergründig irritierende Phänomen diskutiert, dass einerseits im öffentlichen Diskurs die Finanzkrise als Krise der „Männer“ thematisiert wird, das vermeintlich „Weibliche“ als Hoffnungsträger und „Geschlecht“ als plausibles Erklärungsmuster für den krisenhaften Lauf der Welt fungiert, während sich andererseits feministische Analysen keineswegs einer breit geteilten Aufmerksamkeit erfreuen, weibliche Akteur_innen in der Finanzwelt marginalisiert und insgesamt die Politikformen (auch zu Ungunsten von Frauen) entdemokratisiert werden.

So arbeitet *Alexandra Scheele* heraus, wie durch das Gegenüberstellen von Politik einerseits und Expertentum als objektiviertes, interessenloses Wissen und Ausdruck rational-notwendigen Handelns andererseits politische Partizipation und Gestaltung delegitimiert wird. Die technokratische Politik der „Postdemokratie“ (Crouch) in ihrer Kombination aus Verwaltung, Sachgesetzlichkeit und Zeitdruck erklärt sich als alternativlose, „entöffentlichte“ (Sauer) Entscheidung und entzieht Politiken der öffentlichen Verhandlung und Kritik den Boden. *Brigitte Young* beschreibt die strukturellen und diskursiven Exklusionen von feministisch-ökonomischen Argumenten aus dem Feld der Finanzökonomie und den exklusiven Zirkeln der Finanzmarktakteure. Als Schwäche der derzeitigen feministischen Ökonomie sieht sie deren nicht systematisch makroökonomisch ausgerichtete Kritik des finanzdominierten Kapita-

lismus. *Ingrid Kurz-Scherf* zeigt, dass Kapitalismuskritik keineswegs ausschließlich Gegenstand linker, sozial-emanzipatorischer Projekte gewesen ist, im Gegenteil: auch aktuell bekäme „die rassistische Fundierung nationalsozialistisch-faschistischer Kapitalismuskritik“ (89) – wie sich in Deutschland und Frankreich zeige – wachsenden Zuspruch. Mit Rekurs auf jene Akteur_innen der Occupy-Bewegung, die sozialen Protest und die Forderung nach Umverteilung an eine feministische, androzentrismuskritische Strategie koppeln, argumentiert Kurz-Scherf gegen eine verengte Kapitalismuskritik und für die Wiederaufnahme des Diskurses um eine „andere Moderne“ (103) – es gelte die „doppelte Verkürzung der gesellschaftlichen (...) Lebensrealität auf a) ihre Ökonomie und b) deren kapitalistisch organisierte Segmente“ (102) zu durchbrechen. *Andreas Heilmann* bezieht aktuelle Krisenentwicklungen auf bereits länger andauernde Prozesse des strukturellen Wandels von Arbeit, der Erosion männlicher Normalarbeit und der „systemischen Krise männlicher Hegemonie“ (57). Er sieht in dem wachsenden Leidensdruck gerade auch von männlichen betrieblichen Akteuren die Artikulation gestiegener Ansprüche an ein (egalitäreres) „Geschlechterverhältnis, an Gute Arbeit und an das Ganze Leben“ (64) und betont hier Bündnismöglichkeiten für solidarische Arbeits- und Geschlechterpolitiken. Während Heilmann stark die reflexiven Bewusstwerdungsprozesse durch „männliche Krisenerfahrungen“ (59) in prekarierten Erwerbskonstellationen in den Mittelpunkt rückt, betonen Ergebnisse der Prekarisierungsforschung, dass die konstatierbaren Verschiebungen in den Geschlechterarrangements sich eher *in praxi*, in den erzwungenermaßen veränderten Lebensführungen zeigen als in reflexiven Anspruchsformulierungen.

Im zweiten Abschnitt „Zweitrundeneffekte – nach der Krise beginnt die Krise“ werden die Effekte der Fiskal- und Geldpolitik, des Umbaus von Sozialstaaten und der Organisation von Arbeit und Erwerbslosigkeit anhand der Verhältnisse zwischen EU- und nationalen Politiken (*Helene Schuberth*) und der Länderbeispiele Deutschland Österreich, Griechenland und Spanien diskutiert. Die detaillierten Politikanalysen verfolgen die Frage der Folgekostenabschätzung von Konjunkturprogrammen im Hinblick auf geschlechter(un)gerechte und exkludierende Verteilungswirkungen (Gender Budgeting), zeigen die Verschleierung und Umdeutung der globalen Finanzkrise in je spezifische, von der Bevölkerung auszubadende Staatsschuldenkrisen und – insbesondere in Spanien – den Abbau von Gleichstellungsinstitutionen auf. Im Konkreten informativ stehen diese eher tagespolitisch orientierten, kleinteilig kommentierenden Beiträge allerdings in einem Spannungsfeld zu den eher grundlegenden Diskussionen des ersten und des abschließenden dritten Teils „Alternativen denken“. Hier diskutiert *Eva Berendsen* Ausgangspunkte feministischer Alternativdiskussionen, die sie in der Bestimmung der Grenzen des Wachstums, der Parteinahme für das Soziale und das Zusammendenken von „Produktion“ und „Reproduktion“ sieht. *Irene Dölling* entwickelt mit der historischen und gegenwartsbezogenen Rekonstruktion des modernen Affiziertseins („Befallenseins“) vom Erwerbsarbeitsparadigma die Notwendigkeit, gesellschaftliche Alternativen von den

Rändern, den „Des-Integrationen“ zu denken, um Leben in relativem Abstand zur Erwerbsarbeit intelligibel und damit möglich zu machen. „Wesentliche Anstöße für ein Aufbrechen der ‚Arbeiter-Identität‘ müssen (...) primär ‚von außen‘ kommen, durch praktische Erfahrungen von Formen der Lebensführung, in denen Erwerbsarbeit zwar nicht zwangsläufig gegen null geht, in denen sie aber dennoch einen veränderten Stellenwert in dem Sinne hat, dass sie nicht mehr der alles beherrschende Vergesellschaftungsmodus ist“ (287). Während Dölling den Akzent auf die Infragestellung der soziologischen Klassifikationen, ihres Denkrahmens durch die praktisch herausgeforderten und kreativen Akteur_innen legt, richtet *Silke van Dyk* ihren Blick auf die Praktiken der Kritik und beklagt deren inhaltliche Substanz- und Konturlosigkeit. Sie diskutiert die in Anschluss an Boltanski und Chiapello von kritischen Wissenschaftler_innen und Aktivist_innen breit geteilte Vereinnahmungsthese der (Künstler-)Kritik als Schwächung aktuellen Widerstands. Dabei macht sie insbesondere einen problematischen Vorrang der Verfahrensfragen politischen Handelns gegenüber einer „utopische Leerstelle“ (303) aus. „Die Dominanz von Fragen des Raums (Camp) und der Form (Prozesse der Entscheidungsfindung) haben eine inhaltliche Leerstelle geschaffen, die es ermöglicht hat, die Bewegung weitgehend ‚beliebig zu vereinnahmen‘ (...)“ (306). Aus praxeologischer Perspektive ließe sich allerdings einwenden, dass die Praxis des Versammelns, das Bestehen auf vielfältiger Materialität, Lokalität von global verknüpften, prekären Leben und das Erproben inklusiver Modi politischen Lebens und Handelns nicht nur Verfahrens- sondern ebenso inhaltliche Fragen auf die Tagesordnung stellen. Wenngleich der Band den (zu) hohen Anspruch einer Zusammenführung unterschiedlicher Diskurse nicht ganz zu erfüllen vermag, bietet er doch für zentrale Fragen – des Verhältnisses von feministischer Ökonomie und Gesellschaftskritik, des Wandel des Politischen zwischen Entöfentlichung und Versammlung, der De- und / oder Restabilisierung der „männlichen Herrschaft“, des Ausfransens des Erwerbsarbeitsparadigmas – anregende Beiträge, die zur Vernetzung mit weiteren Diskursen – bspw. zum politischen Handeln – inspirieren.

Ingrid Kurz-Scherf, Alexandra Scheele (Hg.), 2013: Macht oder ökonomisches Gesetz? Zum Zusammenhang von Krise und Geschlecht. Reihe Arbeit - Demokratie - Geschlecht Band 16, 2. Aufl., Münster: Westfälisches Dampfboot. 313 S., ISBN 978-3-89691-903-8.

Susanne Lettow (Hg.)

Bioökonomie. Die Lebenswissenschaften und die Bewirtschaftung der Körper.

VERENA NAMBERGER

Das Verhältnis von Bio(techno)logie und Ökonomie wird gegenwärtig breit und kontrovers diskutiert. Während im politischen Diskurs unter dem Stichwort Bioökonomie das ökonomische Potenzial des biotechnologischen Fortschritts und damit das Zukunftsszenario eines ökologischen Wirtschaftswachstums propagiert wird, verweisen bioethische Debatten auf normative und rechtliche Herausforderungen im Zuge der In-Wert-Setzung von Körpern. Biopolitische Analysen identifizieren neue Formen machtvoller Subjektivierung durch die lebenswissenschaftliche Kapitalisierung von Biomasse.

Dem Band gelingt es, diese Heterogenität des Begriffs Bioökonomie und darunter gefasster sozialer Phänomene zu reflektieren und Ansatzpunkte einer eigenen theoretischen Perspektive zu entwickeln, die „neuartige Formen der ökonomischen Durchdringung von Lebewesen und Körperstoffen“ (8) zum Gegenstand kritischer Gesellschaftsanalyse macht. Dies ist nicht zuletzt der Verdienst der Einleitung. Ausgehend von einer Auseinandersetzung mit bioethischen sowie biopolitischen Ansätzen und deren jeweiligen Unzulänglichkeiten skizziert die Herausgeberin forschungstheoretische Desiderate einer gesellschaftskritischen „Theorie der Bioökonomie“ (11). Ihre Kritik richtet sich vor allem auf die ökonomistische sowie juristische Engführung jener analytischen Perspektiven, die Körper(-substanzen) als Waren fetischisieren und dabei besitzindividualistische Körper- und Selbstverhältnisse unreflektiert reproduzieren. Zudem problematisiert sie vitalistische Tendenzen in Analysen des Biokapitalismus, die das „Leben selbst“ als ahistorische Größe verstehen und so von sozioökonomischen Kontextbedingungen und „spezifischen Prozesse(n) der In-Wert-Setzung“ (12) abstrahieren. Dagegen setzt *Susanne Lettow* eine praxeologische Perspektive, die den Fokus auf jene (sich verändernden) Praktiken, Diskurse und sozialen Verhältnisse richtet, welche die Objekte der Bioökonomie und damit einhergehende (vergeschlechtlichte) Subjektivierungsformen sowie gesellschaftliche Naturverhältnisse erst hervorbringen. Die theoretisch anspruchsvolle Einführung bildet die heuristische Klammer für die sieben – in ihren disziplinären und theoretischen Zugängen sowie empirischen Gegenstandsbereichen teilweise sehr unterschiedlichen – Beiträge des Bandes.

Der Frage nach dem Verhältnis von Bioökonomie und Biopolitik widmet sich der erste Beitrag, in dem *Lars Thorup Larsen* eine Genealogie der Bioökonomie versucht. Er argumentiert, dass bereits in Foucaults Arbeiten eine „ursprüngliche Verbindung zwischen Biopolitik und politischer Ökonomie“ (30) angelegt, die ökonomische Dimension jedoch in der entweder technologie- oder staatszentrierten Rezeption

weitgehend ausgeblendet worden sei. Er warnt somit vor einer Überschätzung der „Neuartigkeit der gegenwärtigen Entwicklungen der Biotech-Industrie“ und des „*bio turn* der Ökonomie“ (30), betont jedoch gleichzeitig die Notwendigkeit, die gegenwärtigen Modifikationen bioökonomischer Verhältnisse in den Blick zu nehmen. Als Transformation biopolitischen Regierens interpretiert dann auch *Petra Schaper-Rinkel* im letzten Beitrag des Bandes die Bioökonomie-Strategien der OECD sowie der Bundesregierung, die Biotechnologien als Lösung für gegenwärtige Widersprüche der globalen Ökonomie propagieren. Dabei hebt sie drei zentrale Veränderungen gegenüber einer Foucaultschen Biopolitik hervor: die gegenwärtige „biopolitische Ökonomie“ richte sich erstens nicht nur auf die Bevölkerung, sondern umfassender auf menschliche und nicht-menschliche Biomasse, ziele zweitens nicht mehr auf die Industrialisierung von Lebensprozessen, sondern auf eine „Bio(techno)logisierung der Industrie“ (160) und verschiebe den Fokus des Regierens zunehmend von der staatlichen auf eine globale Ebene.

Für neue technologische Möglichkeiten der Zirkulation von Biomaterial und Bioinformation und deren ethische, soziale und politische Implikationen interessieren sich insbesondere die Beiträge von *Charis Thompson* sowie *Susanne Schultze* und *Kathrin Braun*. So zeigt erstere am Beispiel eines studienvorbereitenden Programms der Universität Berkeley, das zukünftigen Studierende aller Fachrichtungen eine Einführung in die Genomik und damit gemeinsame Debattengrundlage bieten sollte, die problematischen Effekte einer szientistisch verkürzten Perspektive auf Biotechnologien im (Universitäts-)Alltag auf und skizziert, wie eine verantwortungsvolle Auseinandersetzung mit den Lebenswissenschaften aussehen müsste. Schultze und Braun verhandeln den „bioökonomische(n) Zugriff auf Körpermaterialien“ in ihrem gleichnamigen Beitrag exemplarisch anhand der Forschung mit Eizellen und der diesbezüglichen feministischen Debatte. Feministische Positionen zur Nutzung von Eizellen differieren zwar hinsichtlich der Frauen zugewiesenen Subjektpositionen, bleiben dabei jedoch individualistischen und universalistischen Prämissen verhaftet, so ihre zentrale Kritik. Im Sinne der einleitend geforderten praxeologischen Perspektive sprechen sich die Autorinnen dafür aus, das abstrakte Verhältnis von Eizellgeberin und Eizelle als „Doing Bodies“ (74) im Kontext sozioökonomischer (Macht-)Strukturen zu analysieren und damit auf politischer Ebene an kollektive Kämpfe in der Tradition der reproductive rights-Bewegung anzuknüpfen.

Einen Schritt vorher setzt *Oliver Decker* in seinem Beitrag „Organe und Waren“ an, indem er der Möglichkeitsbedingung der zunehmenden Kommodifizierung des Gesundheitssystems und des Körpers nachgeht – sprich, der naturalisierten Idee eines besitzindividualistischen Verhältnisses zum „eigenen“ Körper. Er weist die Annahme zurück, dass es sich bei der In-Wert-Setzung von Körperstoffen um ein neues Phänomen handle, das als ein Übergreifen der Warenlogik auf einen bislang nicht-ökonomischen Bereich – im Sinne einer „kapitalistischen Landnahme“ (96) – beschrieben werden könne. Wenig überzeugend bleibt jedoch Deckers Versuch, die individuelle Bereitschaft zum Verkauf des eigenen Körpers bzw. seiner Organe

stattdessen psychoanalytisch als Ausdruck der „promethischen Scham“ (103) des Menschen gegenüber der Perfektion seiner Produkte zu erklären.

Ein interessantes Beispiel für eine neue Form, Körper und biomedizinische Daten ökonomisch nutzbar zu machen, beschreibt *Melinda Cooper* in ihren Ausführungen zur „Pharmakologie im Zeitalter des verteilten Experiments“. Cooper zeigt auf, dass pharmakologische Innovation derzeit einem Paradigmenwechsel unterliegt, der über Internet-Plattformen Patient_innen zu unbezahlten Ko-Produzent_innen biomedizinischen Wissens werden lässt und damit ein „Verwischen der Grenzen zwischen Klinik und Markt“ (114) bedingt. Die Stärke des Beitrags liegt darin, dass er die Ambivalenz dieser Entwicklung entlang des Spannungsfelds zwischen dem u.a. von AIDS-Aktivist_innen eingeforderten „Grundrecht auf Selbstversuche“ (121) und Demokratisierung der Forschung und den problematischen Implikationen dieses pharmazeutischen „Geschäftsmodell(s) mit neuartigen Arbeitsbedingungen“ (121) diskutiert.

Dass die Verflechtungen zwischen Lebenswissenschaften und politischer Ökonomie sich auch auf konzeptioneller Ebene widerspiegeln, legt *Sigrid Schmitz* in ihrem Beitrag zu „Neuroökonomie und Neurokultur in der Bioökonomie“ dar. Rekurrierend auf neue Technologien zur Abbildung neuronaler Prozesse beansprucht die Neuroökonomie, individuelles (Entscheidungs-)Verhalten unter Berücksichtigung rationaler sowie emotionaler Komponenten wissenschaftlich erklären zu können und damit das klassische Modell des Homo Oeconomicus zu revolutionieren. Schmitz zeigt nicht nur auf, wie diese Forschung ein vergeschlechtliches Verhältnis von Rationalität und Emotionalität reproduziert und heteronormative Geschlechterstereotype naturalisiert, sondern problematisiert dies zudem im Kontext einer allgemeinen Konjunktur der Hirnforschung, die gesellschaftliche Zusammenhänge ausgehend vom „cerebrale(n) Subjekt“ (134) neurobiologisch zu begründen sucht.

Damit bietet der Band trotz seines geringen Umfangs von 186 Seiten deutschsprachigen Leser_innen einen fokussierten Überblick über internationale – und insbesondere feministische – Debatten zur ökonomischen Dimension des biotechnologischen Zugriffs auf Körper. Zugleich eröffnet die Konzeption des Bandes eine theoretische Perspektive, wie sich unterschiedliche Phänomene der „Bewirtschaftung der Körper“ durch Lebenswissenschaften und Biotechnologien und die dabei entstehenden Praktiken, Objekte und Strukturen kritisch analysieren lassen.

Susanne Lettow (Hg.), 2012: Bildungsökonomie. Die Lebenswissenschaften und die Bewirtschaftung der Körper. Bielefeld: transcript, 186 S., ISBN 978-3-8376-1640-8.

Marion Löffler

Geschlechterpolitische Strategien. Transformationen von Staatlichkeit als politisch gestaltbarer Prozess

HEIKE KAHLERT

Zu den aktuellen in den Sozialwissenschaften diskutierten Fragestellungen gehören der Wandel in den Geschlechterverhältnissen und der Wandel von Staatlichkeit. Insbesondere aus der Geschlechterperspektive liegt es nahe, beide Wandlungsprozesse als miteinander verknüpft zu betrachten und entsprechend in ihrer Verschränkung zu analysieren. Dennoch wurde dieses eigentlich überfällige Vorhaben bisher nur rudimentär verfolgt. Marion Löffler nimmt diese anspruchsvolle Zielsetzung zum Ausgangspunkt ihrer politikwissenschaftlichen Dissertation an der Universität Wien, die nunmehr in zwei unabhängig voneinander publizierten Büchern vorliegt. Der erste, hier nicht besprochene Band¹ widmet sich der Aufarbeitung des feministischen Staatsdiskurses, der zweite Band dient der Analyse des Zusammenhangs zwischen den Transformationen von Staat und Geschlecht und bildet die Grundlage dieser Rezension. Dabei geht es der Autorin „um das verfügbare theoretische Repertoire, mit dem diese Transformationsprozesse benannt und zusammengedacht werden können. Ziel ist es, Konzepte zu erarbeiten und zu erproben, die eine staatstheoretische Diskussion der parallelen Transformationsprozesse von Staatlichkeit und Geschlechterverhältnissen erfassen können“ (12-13).

Um es vorweg zu sagen: Allein schon die mutige Zielsetzung und der unerschrockene Zugang zu dem gänzlich unbescheidenen Projekt des Entwurfs einer neuen geschlechtskategorial informierten politischen Theorie verdienen uneingeschränkten Respekt. Auch die über weite Strecken sorgfältige Begriffsarbeit und die methodisch-konzeptionellen Reflexionen sind anerkennenswert. Es liegt aber ebenfalls auf der Hand, dass ein solches Vorhaben an- und aufregend ist und dabei auch offene Fragen und vielleicht sogar streckenweise ein Unbehagen hinterlässt.

Das vom Umfang her erfreulich überschaubare und doch sehr gehaltvolle Buch ist in sieben Kapitel gegliedert. Die Einleitung steckt den begrifflich-konzeptionellen Rahmen ab und klärt den methodologischen Zugang (Kapitel 1). Eine Einführung in den Argumentationsgang sucht man hier jedoch vergebens. Im nächsten Schritt diskutiert die Autorin vergleichend die Transformationstheorien von Helmut Willke und Bob Jessop und konfrontiert diese mit feministischen Interventionen in das staatstheoretische Denken (Kapitel 2). Staatlichkeit erscheint in Löfflers Ausführungen als Prozess, „der sowohl historisch als auch gegenwärtig geschlechterpolitischen Restrukturierungen unterliegt“ (55). Das Begriffsrepertoire feministischer Staatskritik steht folglich im Mittelpunkt von Kapitel 3. Diskutiert werden feministische Herrschaftskonzepte sowie eine Auffassung von Geschlechterpolitik als transformatorische Praxis. Schlüssig ist auch, bei allen sorgfältig erörterten metho-

dologischen Problemen, der konzeptionelle Rückgriff auf historische Theorien der Staatsbildung (Kapitel 4).

Mit Sylvia Walbys Konzept der „Politics“, demzufolge nicht nur der Staat in Geschlechterverhältnisse und Geschlechterarrangements interveniert, wird eine begrifflich-konzeptionelle Brücke geschlagen, um in Kapitel 5 analytisch bisher voneinander getrennte Ergebnisse der politisch-historischen Forschung und der feministischen Politikgeschichtsforschung am Beispiel der frühneuzeitlichen Staatsbildung aufeinander zu beziehen. Der Abriss verschiedener zeitgleich erfolgender Transformationsprozesse, die die Etablierung maskulinistischer Herrschaft im Staat belegen sollen, wirkt leider etwas zu kursorisch und entkontextualisiert. Die reformulierenden Rückgriffe auf Pierre Bourdieus Konzept der symbolischen Gewalt und auf Michel Foucaults Ausführungen zur Gouvernentalisierung des Staates dienen schließlich dazu, die Maskulinität von Staatlichkeit zu belegen (Kapitel 6).

Die Schlussfolgerung, „dass Transformationen von Staatlichkeit auch geschlechteremanzipatorische Potenziale bergen“ (158) und der Verweis auf die Frauenbewegungen seit den 1970er Jahren, die zumindest „verhältnismäßig wenige(n) privilegierte(n) Frauen“ (169) einen vollwertigen bürgerlichen Subjektstatus ermöglicht hätten (Kapitel 7), kommt dann doch theoretisch wie empirisch zu unvermittelt und überzeugt auch angesichts der vorherigen Überlegungen nur bedingt. Der Bezug auf Foucault erscheint ein wenig zu unkritisch. Auch ist verwunderlich, dass die erste Frauenbewegung keine Erwähnung findet. So wird der Eindruck erweckt, als hätte sie keinen geschlechterpolitischen Einfluss auf die Transformation von Staatlichkeit gehabt.

Trotz dieser Einwände ist das Buch unbedingt lesenswert. Der Obertitel ist allerdings nicht glücklich gewählt, lässt er doch eher eine empirischer ausgerichtete Auswertung verschiedener geschlechterpolitischer Strategien in ihren Auswirkungen auf Staatlichkeit erwarten als einen Entwurf feministischer politischer Theorie. Löfflers Entwurf ist eine ernsthafte Rezeption zu wünschen, die die Verdienste würdigt, Stolpersteine in diesem Unterfangen aufdeckt und Ansätze zum Weiterdenken aufzeigt.

Marion Löffler, 2013: *Geschlechterpolitische Strategien. Transformationen von Staatlichkeit als politisch gestaltbarer Prozess*. Frankfurt/M., New York: Campus, 183 S., ISBN 978-3-593-39658-3.

Anmerkung

- 1 Marion Löffler, 2011: *Feministische Staatstheorien. Eine Einführung*. Frankfurt/M., New York, rezensiert in *Femina Politica* 21 (1) (2012), S. 175-177.

Gülay Çağlar, María do Mar Castro Varela und Helen Schwenken (Hg.)

Geschlecht – Macht – Klima. Feministische Perspektiven auf Klima, gesellschaftliche Naturverhältnisse und Gerechtigkeit

JULIA ROMETSCH, ISABELLE KUNZE

Der Klimawandel und seine Folgen sind vielbesprochene Themen, in letzter Zeit vor allem durch das Scheitern der Klimaverhandlungen in Doha. Im Verlag Barbara Budrich ist 2012 ein Sammelband erschienen, der eine Übersicht über die feministischen Debatten um den Klimawandel bieten möchte. In der Einleitung stellen die Herausgeberinnen fest, dass schon seit den 1980er Jahren Geschlechterfragen in der Klimapolitik hauptsächlich in einem entwicklungspolitischen Kontext berücksichtigt werden. Das zentrale Problem im Klimadiskurs sei, dass die „geschlechterpolitische Diskussion stets mit der Forderung plausibilisiert (werde), Frauen bei Maßnahmen zur Klimaanpassung und zum Klimaschutz in ihrer aktiven Rolle zu berücksichtigen und zu fördern. Doch diese Forderung ruht größtenteils auf der essentialistischen Annahme, dass Frauen aufgrund ihrer biologischen Disposition naturnäher und umweltfreundlicher seien (10).“ Der vorliegende Band hat den Anspruch, nicht-viktimisierende und intersektionale Perspektiven einzunehmen. Zudem sollen Strategien aufgezeigt werden, um den Klimawandel zu gestalten.

„Geschlecht – Macht – Klima“ ist in drei thematische Abschnitte gegliedert. Im ersten Teil werden geschlechtertheoretische, demokratie- und gerechtigkeitstheoretische Fragen verhandelt. *Claudia von Braunmühl* stellt am Beispiel der klimapolitischen Durchsetzungsinstrumente des Kyoto-Protokolls, dem Emissionsrechtehandel und den Clean Development Mechanisms, die Frage, ob dem öffentlichen Gut Klima durch Privatisierung und systematische Überantwortung eines Gemeinschaftsgutes an Marktdynamiken tatsächlich gedient sei. Sie kommt zu dem Schluss, dass der marktorientierte „private governance“-Ansatz Machtverhältnisse ausblendet und plädiert für eine Einbeziehung der Menschen- und Bürgerrechtsdimension in diesen Diskurs. *Sybille Bauriedls* Beitrag liefert eine sehr ansprechende Bestandsaufnahme der vorherrschenden feministischen und geschlechterpolitischen Sichtweisen in Bezug auf gegenwärtige Ansätze der Klimawandelforschung. Sie geht auf vier unterschiedlichen Argumentationslinien für geschlechterbezogene Klimaforschung ein: die kritische Wissenschaftsperspektive, Ökofeminismus, feministische politische Ökologie und erkenntnistheoretische Perspektiven. Ziel ihres Beitrags ist es, zentrale geschlechterbezogene Argumentationslinien der Klimaforschung und -politik zu systematisieren. Besonders eindringlich ist die Erläuterung des Zusammenhanges von Klimawandel und Geschlechterverhältnissen, dabei werden gegenwärtige Debatten und Forschungslücken dargelegt. Interessant ist auch der Verweis auf die

sozial-ökologische Forschung und das damit verbundene Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse. Dieses weist darauf hin, dass Natur und Gesellschaft sich nicht dichotom gegenüber stehen, sondern auf dialektische und vielfache Weise miteinander verknüpft sind. Bauriedl leistet einen wichtigen Beitrag zur Dekonstruktion normativer Geschlechterrollen in der Klimapolitik und argumentiert, dass Subjektheigenschaften nicht statisch, sondern durch Prozesse – im Sinne von „doing gender, race and class“ – stark beeinflusst sind. In ihrem Fazit betont Bauriedl die Schwierigkeit, komplexe Wechselwirkungen sozialökologischer Prozesse zu identifizieren, da die Einflussfaktoren gesellschaftlicher Naturverhältnisse höchst umstritten sind. Im letzten Beitrag des ersten Teiles verbindet *Dagmar Vinz* philosophische Gerechtigkeitsdiskurse mit geschlechter- und klimapolitischen Debatten, ihr Bezugspunkt ist die Care-Ökonomie. Leider bleibt – auch weil der Artikel auf verschiedenste Theorien und Beispiele Bezug nimmt – die zentrale Aussage des Textes unklar.

Im zweiten Teil des Buches liefern vier unterschiedliche Beiträge einen Überblick über aktuelle klimapolitische Instrumente und Strategien aus geschlechterpolitischer Perspektive. Zunächst beschäftigt *Jyoti Parikh* sich mit Gender Mainstreaming in der Klimawandeldebatte. Angelehnt an das Konzept der Intersektionalität setzt Parikh sich mit Vulnerabilitätsdiskursen von Frauen in Bezug auf den Klimawandel auseinander und kritisiert die ungleichen Capacity-Building Strategien der Klimapolitik. *Christine Bauhardts* Beitrag vergleicht ein Wasserinfrastrukturprojekt in Lateinamerika mit Verkehrsinfrastrukturpolitiken im „Westen“ hinsichtlich der geschlechterspezifischen Machtasymmetrien. Ihr Hauptkritikpunkt an der Durchführung beider Projekte ist die Vernachlässigung von lokalen Lebens- und Machtverhältnissen sowie einer geschlechtergerechten Planung. Als Lösungsvorschlag stellt Bauhardt das Konzept der Sustainable Livelihoods vor, welches als Leitbild für globale Ressourcenpolitik dienen soll. Dieses umfasst den Zugang zu Ressourcen, die Nutzung von Ressourcen und die politische Gestaltung des Umgangs mit Ressourcen. Im nächsten Artikel stehen Diskurse und entwicklungspolitische Instrumente zur Anpassung an den Klimawandel im Vordergrund. Dabei wirft *Birte Rodenberg* die Frage auf „Wieviel Geschlechtergerechtigkeit steckt in Klimafonds?“ und bezieht sich auf verschiedene klimapolitische Finanzierungsmechanismen. Gender und Klimafinanzierung stellen den Schwerpunkt des vierten Beitrags von *Liane Schalatek* dar.

Der dritte Teil des Bandes zeigt feministische Diskurse zum Klimawandel. *Susanne Lettow* beschäftigt sich mit der Bedeutung gesellschaftlicher Naturverhältnisse für die feministische Theorie. Ihr Ausgangspunkt ist die Feststellung, dass Natur als Thema der feministischen Theorie auf dem Weg in den Konstruktivismus verloren gegangen sei. Nötig sei eine Rekonzeptualisierung von Natur, die nicht hinter die geschlechtertheoretischen Debatten der 1990er Jahre zurückfiele. Diese sollte konsequent praxeologisch sein, also jegliche Vorstellung einer anthropologischen Fixierung aufgeben, und eine postkoloniale Perspektive enthalten. *Ines Weller* geht dem Zusammenhang von Konsum, Geschlecht und Klimawandel nach und *Ewa Charkie-*

wicz betrachtet mit Rückgriff auf Foucault „wie die Verhältnisse zwischen der Natur und der menschlichen Reproduktion von neoliberalen Biopolitiken vereinnahmt wurden (192)“. Im letzten Beitrag des Bandes beschäftigt sich *Sonalini Sapra* mit transnationalen feministischen Netzwerken in der internationalen Klimapolitik und zeigt auf, dass die Dominanz marktorientierter Lösungen sowie einer technischen und naturwissenschaftlichen Sprache sowie eine diskursive Trennung von Nord und Süd ein transformatives Gender Mainstreaming erschweren..

Mit diesem facettenreichen und multiperspektivischen Buch lösen die Herausgeberinnen mit Sicherheit ihr Versprechen ein, einen Überblick über die feministischen Debatten zum Klimawandel zu bieten. Darüber hinaus betonen viele Beiträge die noch zu füllenden theoretischen Leerstellen, bzw. greifen Theorien auf, die keine Gender-Dimension enthalten. Auch eine viktimisierende Perspektive wird vermieden, Intersektionalität fast durchgehend mitgedacht. Doch so luzide die Analysen des Bandes oft sind, so können sie doch häufig das dritte Versprechen der Herausgeberinnen, politische Strategien zu benennen, wie der Anpassungsprozess gerechter zu gestalten wäre, nicht einlösen. Hier stehen die komplexen Theorieansätze einem pragmatischen Zugang wohl eher im Weg.

Gülay Çağlar, María do Mar Castro Varela und Helen Schwenken (Hg.): *Geschlecht – Macht – Klima. Feministische Perspektiven auf Klima, gesellschaftliche Naturverhältnisse und Gerechtigkeit*, Opladen: Barbara Budrich Verlag, 221 S., ISBN: 978-3-86649-330-8.

Irene Messinger

Schein oder Nicht Schein. Konstruktion und Kriminalisierung von „Scheinehen“ in Geschichte und Gegenwart

KATHARINA SCHOENES

Als Schein- oder Aufenthaltsehen werden Ehen bezeichnet, die ausschließlich mit dem Ziel geschlossen werden, einem oder einer ausländischen Partner_in aus einem so genannten „Drittstaat“ ein Aufenthaltsrecht zu verschaffen. 2005 wurde in Österreich ein neues Fremdenpolizeigesetz verabschiedet, das verschiedene Maßnahmen zur Verhinderung von Aufenthaltsehen vorsieht: die Weitergabe von Daten der Standesämter an die Fremdenpolizeibehörden, fremdenpolizeiliche Überprüfungen im Lebens- und Wohnumfeld verdächtigter Paare, die Einführung von Voraussetzungen wie ein bestimmtes Mindesteinkommen für den Erhalt eines Aufenthaltstitels und schließlich die Normierung der Aufenthaltsehe als Straftatbestand. Diese Gesetzesnovellierung nimmt *Irene Messinger* zum Anlass, um die Konstruktion sowie

die staatlich-behördliche Bearbeitung von Scheinehen und die damit verbundenen Ausschlüsse und Diskriminierungen in Geschichte und Gegenwart einer genaueren Analyse zu unterziehen. Scheinehen bewegen sich ihr zufolge „im Spannungsfeld zwischen Solidarität und Profit, Verfolgung und Staatsgewalt, Subversion und Kriminalisierung, Ehenormen und -vollzug, Familienpolitik und Migrationskontrolle“ (9). Die Untersuchung beruht auf umfangreichem Datenmaterial. Dazu zählen Gerichtsakten und fremdenpolizeiliche Erhebungsbögen ebenso wie leitfadenbasierte Interviews mit Mitarbeiter_innen aus Bundesministerien, Standesämtern und Fremdenpolizeibehörden. Das Untersuchungsmaterial wurde mittels verschiedener quantitativer und qualitativer Methoden ausgewertet, wobei Messingers Beschäftigung mit Scheinehen durchweg durch eine intersektionale Perspektive geprägt ist, die den Anspruch hat, mehrere Herrschafts- und Ungleichheitsverhältnisse (hier Geschlecht, Klasse, Nationalität/Ethnizität, Aufenthaltsstatus) in ihren Wechselwirkungen zu berücksichtigen.

Formal ist das Buch in drei Teile gegliedert. Der erste Abschnitt (Geschichte) behandelt die Rechtsgeschichte der Scheinehe von der NS-Zeit bis zur Verabschiedung des Fremdenrechtspakets 2005. Brisant ist die Tatsache, dass im deutschsprachigen Raum instrumentalisierte Eheschließungen als gesellschaftliches Problem zum ersten Mal im Nationalsozialismus diskutiert wurden. Das Ehegesetz von 1938, dessen § 23 sog. Namens- und Staatsangehörigkeitsehen für nichtig erklärt, ist in Österreich bis heute unverändert gültig. Die historische Analyse macht deutlich, dass es sich bei dem Konstrukt Scheinehe um eine „wandelbare Narration“ (239) handelt, die in verschiedenen gesellschaftlichen Kontexten mit sehr unterschiedlichen Bedeutungen belegt werden kann. Der zweite Abschnitt beleuchtet die aktuelle Rechtslage für binationale Paare, die verdächtigt werden, eine Aufenthaltsehe zu führen; davon ausgehend fragt er nach den Akteur_innen, die an der Entstehung des Fremdenrechtspakets von 2005 beteiligt waren, nach den Kontrollpraktiken der Fremden(polizei)behörden, sowie nach den Spruchpraktiken in den Wiener Bezirksgerichten, und zeichnet so ein differenziertes Bild der Konstruktion und Kontrolle von Scheinehen durch staatliche Institutionen. Anhand von Interviewzitatzen wird auf anschauliche und zugleich erschreckende Weise herausgearbeitet, welche Personengruppen die „Expert_innen“ als verdächtig konstruieren und an welchen sexistischen und rassistischen Stereotypen sie sich dabei offenkundig orientieren. Als „vergeschlechtlichtes Verdachtsmoment“ (178) erweist sich beispielsweise der Altersunterschied: Während Ehen zwischen „asiatischen“ Frauen und älteren österreichischen Männern in der Regel nicht „fremdenpolizeilich“ überprüft werden, gelten Ehen zwischen „afrikanischen“ Männern und älteren österreichischen Frauen als typische Scheinehekongstellation. Aufgrund der selektiven Kontrollen kommt es nur bei von vorab als verdächtig geltenden Personengruppen vermehrt zu Anzeigen und Verfahren, und die „behördlich-bürokratische Sichtweise erfährt damit jene Bestätigung, die sie braucht, um weiter die gleichen stereotypen Bilder von „Scheinehe“ produzieren zu können“ (156).

Gegenstand des dritten Teils (Analyse und Intersektionalität) ist die Rückbindung der empirischen Ergebnisse an intersektionale Theorien. Das Geschlecht fungiert bei der Unterscheidung zwischen „echten Ehen“ und „Scheinehen“ häufig als primäre Differenzkategorie; allerdings macht Messingers Analyse deutlich, dass die Faktoren, die bestimmen, welche Ehen als verdächtig gelten, in ihrer Komplexität erst erfasst werden können, wenn neben dem Geschlecht weitere Merkmale sozialer Positionierung (Klasse, Nationalität, Aufenthaltsstatus) herangezogen werden.

Es ist die Stärke des Buches, dass Messinger Scheinehe und staatliche Versuche ihrer Verhinderung als dynamisches und vermachtetes Feld begreift, in dem koloniale Vorstellungen von „animalisch-triebhaften“ „afrikanischen“ Männern und „fügsamen“ „asiatischen“ Frauen ebenso wirken wie Versuche des Staates, lediglich „nützliche“ Migration zuzulassen. Im Zentrum der Untersuchung stehen die Ausschlüsse, von denen binationale Paare betroffen sind, die von den staatlich erwünschten (bürgerlich-weißen) Ehenormen abweichen. Nur punktuell finden hingegen die subversiven Potenziale von Scheinehen Erwähnung: So sind etwa zahlreiche Fälle dokumentiert, in denen es Jüdinnen und Juden gelungen ist, sich mittels einer Eheschließung vor der Verfolgung im Nationalsozialismus zu schützen, und gegenwärtig gelingt es Migrant_innen, die restriktiven Migrationsgesetze mithilfe von Schutzehen zu umgehen. Für künftige Untersuchungen wäre es daher interessant, noch genauer das Verhältnis zwischen den staatlichen Kontrollversuchen und den „Umgehungsstrategien“ (111) seitens der Migrant_innen zu bestimmen.

Irene Messinger, 2012: Schein oder Nicht Schein. Konstruktion und Kriminalisierung von „Scheinehen“ in Geschichte und Gegenwart. Wien: Mandelbaum, 280 S., ISBN 978385476-618-6.

Bücher, die zur Rezension angefordert werden können

Bath, Corinna/**Meißner**, Hanna/**Trinkaus**, Stephan/**Völker**, Susanne (Hg.), 2013: Geschlechter Interferenzen. Wissensformen – Subjektivierungsweisen – Materialisierungen. Berlin; Münster; Wien; Zürich; London: LIT Verlag.

Birkle, Carmen/**Kahl**, Ramona/**Ludwig**, Gundula/**Maurer**, Susanne (Hg.), 2012: Emanzipation und feministische Politiken. Verwicklungen, Verwerfungen, Verwandlungen Geschlecht zwischen Vergangenheit und Zukunft. Frankfurt/M.: Ulrike Helmer Verlag.

Bohle, Ulrike/**Brusberg-Kiermeier**, Stefani/**Müller**, Anna/**Teichert**, Gesa C. (Hg.), 2012: Transdisziplinäre Perspektiven in der Geschlechterforschung. Berlin; Münster; Wien; Zürich; London: LIT Verlag.

Chorus, Silke, 2012: Care-Ökonomie im Postfordismus. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Daskalova, Krassimira/**Hornstein-Tomic**, Caroline/**Kaser**, Karl/**Radunovic**, Filip (Hg.), 2012: Gendering Post-Socialist Transition. Berlin; Münster; Wien; Zürich; London: LIT Verlag.

Dietze, Gabriele, 2013: Weiße Frauen in Bewegung. Genealogien und Konkurrenzen von Race- und Genderpolitiken. Bielefeld: transcript Verlag.

Federici, Silvia, 2012: Caliban und die Hexe. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation. Wien: Mandelbaum Verlag.

Federici, Silvia, 2012: Aufstand aus der Küche: Reproduktionsarbeit im globalen Kapitalismus und die unvollendete feministische Revolution. Münster: Edition Assemblage.

Fenske, Uta/**Schuhen**, Gregor (Hg.), 2012: Ambivalente Männlichkeit(en). Maskulinitätsdiskurse aus interdisziplinärer Perspektive. Opladen; Berlin & Toronto: Verlag Barbara Budrich.

Gender Initiativkolleg (Hg.), 2012: Gewalt und Handlungsmacht. Queer_Feministische Perspektiven. Frankfurt/M.; New York: Campus.

Graf, Julia/**Ideler**, Kristin/**Klinger**, Sabine (Hg.), 2012: Geschlecht zwischen Struktur und Subjekt-Theorie, Praxis, Perspektiven. Opladen; Berlin & Toronto: Verlag Barbara Budrich.

Haberle, Helga/**Hajek**, Katharina/**Ludwig**, Gundula/**Paloni**, Sara (Hg.), 2012: Queer zum Staat: Heteronormativitätskritische Perspektiven auf Staat, Macht und Gesellschaft. Berlin: Querverlag.

Haschemi Yekani, Elahe/**Kilian**, Eveline/**Michaelis**, Beatrice (Hg.), 2013: Queer Futures: Reconsidering Ethics, Activism, and the Political. Aldershot: Ashgate Publishing Limited.

Hofmeister, Sabine/**Katz**, Christine/**Mölders**, Tanja (Hg.): Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit. Opladen; Berlin & Toronto: Verlag Barbara Budrich.

Kahlert, Heike/**Weinbach**, Christine (Hg.), 2012: Zeitgenössische Gesellschaftstheorien und Genderforschung. Wiesbaden: VS-Verlag.

Kerner, Ina (2012) Postkoloniale Theorien zur Einführung, Hamburg: Junius.

Klenner, Christina/**Menke**, Katrin/**Pfahl**, Svenja, 2012: Flexible Familienernährerinnen. Moderne Geschlechterarrangements oder prekäre Konstellationen? Opladen; Berlin & Toronto: Verlag Barbara Budrich.

Kaltmeier, Olaf/**Corona Berkin**, Sarah (Hg.), 2012: Methoden dekolonialisieren. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Mesquita, Sushila/**Wiedlack**, Maria Katharina/**Lasthofer**, Katrin (Hg.), 2012: IMPORT – EXPORT – TRANSPORT. Queer Theory, Queer Critique and Activism in Motion, Wien: Zaglossus.

Metz-Göckel, Sigrid/**Lind**, Inken (Hg.), 2013 : Balance-Akte. Wissenschaftliche Karriere und (verhinderte) Elternschaft. Opladen; Berlin & Toronto: Verlag Barbara Budrich.

Paulus, Julia/**Silies**, Eva-Maria/**Wolff**, Kerstin (Hg.), 2012: Zeitgeschichte als Geschlechtergeschichte. Neue Perspektiven auf die Bundesrepublik. Frankfurt/M.; New York: Campus.

Purtschert, Patricia/Lüthi, Barbara/Falk, Francesca (Hg.), 2012: Postkoloniale Schweiz. Formen und Folgen eines Kolonialismus ohne Kolonien. Bielefeld: transcript.

Range, Eva/Schäfer, Rita, 2013: Wie mit Homophobie Politik gemacht wird: Menschenrechte und Verfolgung von LSBTI-Aktivist_innen in Afrika. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Sänger, Eva/Rödel, Malaika (Hg.), 2012: Biopolitik und Geschlecht. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Stelzig-Willutzki, Sabina, 2012: Soziale Beziehungen im Migrationsverlauf. Brasilianische Frauen in Deutschland. Wiesbaden: VS-Verlag.

Wagels, Karen, 2013: Geschlecht als Artefakt. Regulierungsweisen in Erwerbsarbeitskontexten. Bielefeld: transcript.

Wersig, Maria, 2013: Der lange Schatten der Hausfrauenehe und die Reformresistenz des Ehegattensplittings. Opladen; Berlin & Toronto: Verlag Barbara Budrich.

Wilde, Gabriele /Friedrich, Stefanie, 2012: Im Blick der Disziplinen: Geschlecht und Geschlechterverhältnisse in der wissenschaftlichen Analyse. Münster: Westfälisches Dampfboot.

ANKÜNDIGUNGEN UND INFOS

Call for Papers

Femina Politica – Heft 1/2014: Frauenbewegungen revisited. Partizipationsstrategien und -strukturen in sich verändernden nationalen und transnationalen Handlungsräumen

Frauenbewegungen handeln heute oft nicht nur in ihrem nationalen Kontext, sondern agieren längst über nationale Grenzen hinaus in transnationalen Koalitionen und Netzwerken. Transnationalität wird vielfach im Sinne eines Partizipationspostulats als eine automatische Erweiterung der Partizipationschancen von Frauenbewegungen diskutiert und als Möglichkeit, über transnationale Handlungsräume und in Kooperation mit internationalen Institutionen nationale Geschlechtergerechtigkeit zu erwirken. Gleichzeitig münden Impulse und Strategien von internationalen oder nationalen Frauenbewegungen andernorts in Protestwellen und werden lokal von Frauenbewegungen integriert, angepasst oder kreativ erweitert. Die jüngste Konstituierung der europäischen Frauenbewegung FEMEN verdeutlicht beispielsweise den über nationale Grenzen hinausgehenden transnational dynamisierenden Charakter der Frauenbewegung.

Während transnationale Handlungsräume, auch durch die zunehmende mediale Vernetzung, mittlerweile zur selbstverständlichen Folie des Handelns von AktivistInnen geworden sind, jedoch lokal unterschiedlich Referenz auf dieses Handeln genommen wird, variiert die Relevanz und das Ausmaß der Transnationalität. Transnationale Strategien und Strukturen von Frauenbewegungen werden somit von lokalen Bedingungen und Handlungsräumen mit beeinflusst. So kann im Zeitalter globaler Vernetzung durch Transnationalität eine Öffnung von Handlungsräumen für AktivistInnen ebenso stattfinden wie eine Vereinnahmung von Frauenbewegungen durch andere staatliche und nicht-staatliche Akteure, die eher zu einer Schließung denn zu einer Öffnung der Geschlechterverhältnisse führt. Zugleich kann der transnationale Raum keine oder nur eine geringe Bedeutung für das Engagement der Frauenbewegungen einnehmen. Damit verbunden steht auch das transnationale Partizipationspostulat in Frage. Ein genauerer Blick auf die nationalen und transnationalen Partizipationsstrategien und -strukturen von Frauenbewegungen ist somit erforderlich. Mit dem geplanten Schwerpunktheft möchten wir die Vielfalt der Frauenbewegungen, ihre variierenden Strategien und Strukturen in den folgenden Bereichen diskutieren.

Strategien und Aktionsformen von Frauenbewegungen in nationalen Handlungsräumen

Während strukturelle Benachteiligung oft zum Anlass wird für die Formierung von Frauenbewegungen, strukturieren politische Handlungsräume ihre Aktivitäten. Policies und Institutionen sowie institutionalisierte und nicht-institutionalisierte Schnittstellen zwischen Staat und Zivilgesellschaft unterstützen oder schränken dabei die Frauenbewegungen in ihrem Engagement hin zu einer geschlechtergerechten Gesellschaft ein. Zugleich drückt sich in den Aktions- und Protestformen von Frauenbewegungen ihre Auffassung von Staatlichkeit aus. Variierende Positionen zu Staatlichkeit als auch diverse Strategien von Frauenbewegungen führen nicht zuletzt zu unterschiedlichen Protestformen – von konfrontativen bis hin zu kooperativen Protesten gegenüber dem Staat.

Strukturell verweist auch das Binnengefüge auf restringierende Faktoren von Frauenbewegungen: Während für manche Frauenbewegungen eine basisdemokratische Partizipation nicht nur zum gesellschaftlichen Zielhorizont, sondern zur Folie für das bewegungsinterne Handeln wird, geraten andere in den Verruf mangelnder Repräsentativität und Exklusion. Horizontale Formen der Interaktion und Mobilisierung stehen somit vertikalen Mustern gegenüber.

- ▶ Unter welchen politischen Bedingungen agieren Frauenbewegungen? Inwiefern formen diese Bedingungen das Handeln der Bewegungen, etwa im Sinne von informellen, heimlichen oder religiösen Strategien?
- ▶ Welche konkreten strukturellen Handlungsräume fördern bzw. schränken die Aktivitäten von Frauenbewegungen ein? Welche Schlüsse lassen sich aus jüngsten Beispielen der Schließung von Geschlechterverhältnissen für die Theoriebildung ziehen?
- ▶ Welchen Zusammenhang gibt es zwischen Staatsmodellen (beispielsweise Demokratie, autoritärer Staat, Wohlfahrtsstaat, liberaler Staat etc.) und den Strategien und Taktiken von Frauenbewegungen? Welche Vorstellung von Staatlichkeit und welche Erwartungshaltung haben Frauenbewegungen an den Staat?
- ▶ Wie hat sich der politische Handlungsraum durch das Agieren der Frauenbewegungen verändert?
- ▶ Welche Rolle spielt partizipatives, demokratisches und emanzipatorisches Handeln im Selbstbild?
- ▶ Welche Binnenstrukturen (basisdemokratisch vs. repräsentativ) weisen Frauenbewegungen auf? Mit welchen Prozessen der Ab- und Ausgrenzung ist dies verbunden?
- ▶ Inwieweit werden Medien für die strategischen Ziele der Frauenbewegungen genutzt? Inwieweit können Medien als funktionale Äquivalente für fehlende Partizipationsmöglichkeiten in Frauenbewegungen dienen?

Transnationale Verflechtungen: Ein Versprechen für mehr Partizipation und erweiterte politische Handlungsräume?

Zunehmende transnationale staatliche und zivilgesellschaftliche Verflechtungen verändern die Handlungsräume für Frauenbewegungen. Mit den UN-Weltfrauenkonferenzen sowie zahlreichen anderen transnationalen Plattformen sind nicht allein transnationale Räume für Frauenbewegungen entstanden, vielmehr agieren Frauenbewegungen selbst zunehmend transnational und bilden Netzwerke und Koalitionen oder nehmen Impulse von Frauenbewegungen aus anderen Teilen der Welt in ihre Strategien auf. Diese transnationalen Aktivitäten wiederum wirken auf lokale Strukturen, Strategien und Partizipationschancen von Frauenbewegungen zurück und können diese erweitern, verändern als auch restringieren.

- ▶ Inwieweit entstehen durch transnationale Vernetzungen und Impulse neue Handlungsräume und Ressourcen für Frauenbewegungen? Mit welchen neuen Partizipationschancen oder nicht eingelösten Versprechen ist dies verbunden?
- ▶ Inwieweit nehmen lokale und nationale Frauenbewegungen in ihrer Mobilisierung auf internationale Normen und feministische Diskurse Bezug?
- ▶ Welche Rückwirkung hat das transnationale Engagement auf die nationale Interaktion zwischen Frauenbewegungen und Staat?
- ▶ Führt die Ausdifferenzierung transnationaler Räume zu Konflikten zwischen den Frauenbewegungen oder entsteht eine größere Pluralität an Positionen?
- ▶ Wie gestaltet sich das Verhältnis zwischen transnationalen Bewegungen und denen, die nach wie vor lokal agieren? Dienen die transnationalen Netzwerke als Brücke nach außen oder findet eine Subordination des Lokalen statt?
- ▶ Und inwiefern lassen sich Brüche und Widersprüche bezüglich der Strategien und Praktiken zwischen transnationalen und lokalen AkteurInnen feststellen? Inwieweit dient transnationales Engagement der Unterstützung von Bewegungsaktivitäten oder der Legitimation der AkteurInnen?
- ▶ Welchen Einfluss haben mediale Aktivitäten in transnationalen Räumen für Frauenbewegungen?

Insgesamt gilt es erneut darüber zu diskutieren, welche Rolle nationale und transnationale Handlungsräume und Impulse für das Handeln von lokalen (nationalen) Frauenbewegungen einnehmen, und welchen Einfluss diese ggf. auf die Strategien und Strukturen von Frauenbewegungen haben. Mit dem Call laden wir Beiträge ein, die in Einzelfallanalysen oder vergleichend Frauenbewegungen auf der lokalen und/oder transnationalen Ebene beleuchten. Damit verbunden ist auf analytischer Ebene die theoretische Reflektion des bisherigen Instrumentariums der Bewegungsforschung zur Fassung der Frauenbewegungen zwischen Schließung und Öffnung bzw. zu nationalen und transnationalen Handlungsräumen. Wir erhoffen uns nicht nur empirisch dichte Beiträge, sondern auch neue theoretische Rückschlüsse in der Reflexion der Bewegungsforschung.

Abstracts und Kontakt

Der Schwerpunkt wird inhaltlich von Antje Daniel (Gastherausgeberin) und Dr. Patricia Graf betreut. Wir bitten um ein- bis zweiseitige Abstracts (per E-Mail) bis zum **15. Juni 2013** an graf@TU-Cottbus.de oder antje.daniel@uni-bayreuth.de oder die Redaktion redaktion@femina-politica.de. Die Femina Politica versteht sich als feministische Fachzeitschrift und fördert Frauen in der Wissenschaft. Deshalb werden inhaltlich qualifizierte Abstracts von Frauen bevorzugt.

Abgabetermin der Beiträge

Die Herausgeberinnen wählen auf der Basis der eingereichten Vorschläge Beiträge aus. Der Abgabetermin für die fertigen Beiträge im Umfang von 25.000 bis max. 30.000 Zeichen (inklusive Leerzeichen) ist der **30. September 2013**.

Offene Rubrik: „Forum“

Neben dem Schwerpunktthema bietet unsere Rubrik „Forum“ die Gelegenheit zur Publikation von Originalmanuskripten aus dem Bereich geschlechtersensibler Politikwissenschaft (Beiträge im Umfang von max. 20.000 Zeichen), die zentrale Forschungsergebnisse zugänglich machen oder wissenschaftliche Kontroversen anstoßen. Vorschläge in Form von ein- bis zweiseitigen **Exposés** erbitten wir an die Redaktionsadresse redaktion@femina-politica.de bis zum **30. September 2013**. Die endgültige Entscheidung wird auf der Basis des Gesamttextes getroffen.

Neuerscheinungen

- Bailey**, Paul J., 2012: *Women and Gender in Twentieth-Century China*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Bath**, Corinna/**Meißner**, Hanna/**Trinkaus**, Stephan/**Völker**, Susanne (Hg.), 2013: *Geschlechter Interferenzen. Wissensformen – Subjektivierungsweisen – Materialisierungen*. Berlin, Münster, Wien, Zürich, London: LIT Verlag.
- Bath**, Corinna, 2013: *Informatik und Geschlecht. Grundlagen einer feministischen Technikgestaltung*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Birkle**, Carmen/**Kahl**, Ramona/**Ludwig**, Gundula/**Maurer**, Susanne (Hg.), 2012: *Emanzipation und feministische Politiken Verwicklungen, Verwerfungen, Verwandlungen. Geschlecht zwischen Vergangenheit und Zukunft*. Frankfurt/M.: Ulrike Helmer Verlag.
- Bjarnegård**, Elin, 2013: *Gender, Informal Institutions and Political Recruitment: Explaining Male Dominance in Parliamentary Representation*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Bohle**, Ulrike/**Brusberg-Kiermeier**, Stefani/**Müller**, Anna/**Teichert**, Gesa C. (Hg.), 2012: *Transdisziplinäre Perspektiven in der Geschlechterforschung*. Berlin, Münster, Wien, Zürich, London: LIT Verlag.
- Cağlar**, Gülay/**Castro Varela**, Maria do Mar/**Schwenken**, Helen (Hg.), 2012: *Geschlecht – Macht – Klima: Feministische Perspektiven auf Klima, gesellschaftliche Naturverhältnisse und Gerechtigkeit*. Opladen: Barbara Budrich Verlag.
- Chapman**, Jane, 2012: *Gender, Citizenship and the Media*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Chorus**, Silke, 2012: *Care-Ökonomie im Postfordismus*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Dautzenberg**, Kirsti/**Fay**, Doris/**Graf**, Patricia (Hg.), 2012: *Frauen in den Naturwissenschaften. Ansprüche und Widersprüche*. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Daskalova**, Krassimira/**Hornstein-Tomic**, Caroline/**Kaser**, Karl/**Radunovic**, Filip (Hg.), 2012: *Gendering Post-Socialist Transition*. Berlin, Münster, Wien, Zürich, London: LIT Verlag.
- Dietze**, Gabriele, 2013: *Weißer Frauen in Bewegung. Genealogien und Konkurrenzen von Race- und Genderpolitiken*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Federici**, Silvia, 2012: *Caliban und die Hexe. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation*. Wien: Mandelbaum Verlag.
- Federici**, Silvia, 2012: *Aufstand aus der Küche: Reproduktionsarbeit im globalen Kapitalismus und die unvollendete feministische Revolution*. Münster: Edition Assemblage.
- Fenske**, Uta/**Schuhen**, Gregor (Hg.), 2012: *Ambivalente Männlichkeit(en). Maskulinitätsdiskurse aus interdisziplinärer Perspektive*. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Freudenschuß**, Magdalena/**Günther**, Jana, 2012: *Expertise zum Gutachten der Sachverständigenkommission: „Neue Wege - Gleiche Chancen. Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf. Erster Gleichstellungsbericht“*. Berlin: Heinrich Böll Stiftung. www.gwi-boell.de/downloads/feministische_Expertise_Gleichstellungsbericht.pdf
- Gender Initiativkolleg** (Hg.), 2012: *Gewalt und Handlungsmacht. Queer_Feministische Perspektiven*. Frankfurt/M., New York: Campus.
- Gerlach**, Irene/**Schneider**, Helmut (Hg.), 2012: *Betriebliche Familienpolitik: Kontexte, Messungen und Effekte*. Wiesbaden: Springer VS.
- Graf**, Julia/**Ideler**, Kristin/**Klinger**, Sabine (Hg.), 2012: *Geschlecht zwischen Struktur und Subjekt. Theorie, Praxis, Perspektiven*. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Grisard**, Dominique/**Jäger**, Ulte/**König**, Tomke (Hg.), 2013: *Verschieden sein. Nachdenken über Geschlecht und Differenz*. Frankfurt/M.: Ulrike Helmer Verlag.
- Haberle**, Helga/**Hajek**, Katharina/**Ludwig**, Gundula/**Paloni**, Sara (Hg.), 2012: *Queer zum Staat: Heteronormativitätskritische Perspektiven auf Staat, Macht und Gesellschaft*. Berlin: Querverlag.
- Halberstam**, Judith_Jack, 2012: *Gaga Feminism: Sex, Gender, and the End of Normal*. Boston: Beacon Press.

Haschemi Yekani, Elahe/Kilian, Eveline/Michaelis, Beatrice (Hg.), 2013: *Queer Futures: Reconsidering Ethics, Activism, and the Political*. Aldershot: Ashgate Publishing Limited.

Hergenhan, Jutta, 2012: *Sprache Macht Geschlecht: Sprachpolitik als Geschlechterpolitik. Der Fall Frankreich*. Frankfurt/M.: Ulrike Helmer Verlag.

Hofmeister, Sabine/Katz, Christine/Mölders, Tanja (Hg.), 2012: *Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit*. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich.

Ingrisch, Doris, 2012: *Wissenschaft, Kunst und Gender: Denkräume in Bewegung*. Bielefeld: transcript Verlag.

Kahlert, Heike/Weinbach, Christine (Hg.), 2012: *Zeitgenössische Gesellschaftstheorien und Genderforschung*. Wiesbaden: VS-Verlag.

Kenny, Meryl, 2013: *Gender and Political Recruitment: Theorizing Institutional Change*. Basinkstoke: Palgrave Macmillan.

Kerner, Ina, 2012: *Postkoloniale Theorien zur Einführung*. Hamburg: Junius.

Kleinau, Elke/Schulz, Dirk/Völker, Susanne (Hg.), 2013: *Gender in Bewegung: Aktuelle Spannungsfelder der Queer und Gender Studies*. Bielefeld: transcript Verlag.

Klenner, Christina/Menke, Katrin/Pfahl, Svenja, 2012: *Flexible Familienernährerinnen. Moderne Geschlechterarrangements oder prekäre Konstellationen?* Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich.

Kaltmeier, Olaf/Corona Berkin, Sarah (Hg.), 2012: *Methoden dekolonialisieren*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Lenz, Ilse, 2013: *Deutsche Veränderungen: Neue Gegensätze - neue Gleichheiten?* Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich.

McPherson, Annika/Paul, Barbara/Pritsch, Sylvia/Unsel, Melanie/Wenk, Silke (Hg.), 2013: *Wanderungen: Migrationen und Transformationen aus geschlechterwissenschaftlichen Perspektiven*. Bielefeld: transcript Verlag.

Medina, José, 2013: *The Epistemology of Resistance: Gender and Racial Oppression, Epistemic Injustice, and Resistant Imaginations*. Oxford, New York: Oxford University Press.

Mesquita, Sushila/Wiedlack, Maria Katharina/Lasthofer, Katrin (Hg.), 2012: *IMPORT – EX-*

PORT – TRANSPORT. Queer Theory, Queer Critique and Activism in Motion. Wien: Zaglossus.

Metz-Göckel, Sigrid/Lind, Inken (Hg.), 2013: *Balance-Akte. Wissenschaftliche Karriere und (verhinderte) Elternschaft*. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich.

Notz, Gisela, 2012: *„Freiwilligendienste“ für alle: von der ehrenamtlichen Tätigkeit zur Prekarisierung der „freiwilligen“ Arbeit*. Neu-Ulm: AG-SPAK-Bücher.

Villa, Paula-Irene, 2013: *Soziologie des Geschlechts*. Bielefeld: transcript Verlag.

Paulus, Julia/Silies, Eva-Maria/Wolff, Kerstin (Hg.), 2012: *Zeitgeschichte als Geschlechtergeschichte. Neue Perspektiven auf die Bundesrepublik*. Frankfurt/M., New York: Campus.

Pierce, Jennifer, 2012: *Racing for Innocence: Whiteness, Gender, and the Backlash against Affirmative Action*. Stanford: Stanford University Press.

Purtschert, Patricia/Lüthi, Barbara/Falk, Francesca (Hg.), 2012: *Postkoloniale Schweiz. Formen und Folgen eines Kolonialismus ohne Kolonien*. Bielefeld: transcript Verlag.

Range, Eva/Schäfer, Rita, 2013: *Wie mit Homophobie Politik gemacht wird: Menschenrechte und Verfolgung von LSBTI-Aktivist_innen in Afrika*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung. <http://library.fes.de/pdf-files/iez/09598.pdf>

Sänger, Eva/Rödel, Malaika (Hg.), 2012: *Biopolitik und Geschlecht*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Schmelzer, Christian (Hg.), 2012: *Gender Turn: Gesellschaft jenseits der Geschlechternorm*. Bielefeld: transcript Verlag.

Schwindt-Bayer, Leslie A., 2012: *Political Power and Women's Representation in Latin America*. New York, Oxford: Oxford University Press.

Stelzig-Willutzki, Sabina, 2012: *Soziale Beziehungen im Migrationsverlauf. Brasilianische Frauen in Deutschland*. Wiesbaden: VS-Verlag.

Wagels, Karen, 2013: *Geschlecht als Artefakt. Regulierungsweisen in Erwerbsarbeitskontexten*. Bielefeld: transcript Verlag.

Wersig, Maria, 2013: *Der lange Schatten der Hausfrauenehe und die Reformresistenz des Ehegattensplittings*. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich.

Wilde, Gabriele/Friedrich, Stefanie, 2012: Im Blick der Disziplinen: Geschlecht und Geschlechterverhältnisse in der wissenschaftlichen Analyse. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Aus Zeitschriften und Sammelbänden

Adams, Andrea/Schuster, Robert, 2012: Promotion und Geschlechterverhältnis. In: Günauer, Franziska/Krüger, Anne K./Moes, Johannes, Steidten, Torsten/Koepernik, Claudia: GEW-Handbuch. Promovieren mit Perspektive. Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag.

Azambuja, M./Nogueira, Conceição/Neves, Sofia/de Oliveira, João Manuel, 2013: Gender Violence in Portugal: Discourses, Knowledge and Practices. In: Indian Journal of Gender Studies. 20 (1), 31-50.

Bereni, Laure, 2013: Women's Movements in Europe. In: Snow, David A., u.a. (Hg.): The Wiley-Blackwell Encyclopedia of Social and Political Movements. Oxford: Blackwell Publishing Ltd. DOI: 10.1002/9780470674871.wbespm424

Binnie, Jon/Klesse, Christian, 2012: Solidarities and tensions: Feminism and transnational LGBTQ politics in Poland. In: European Journal of Women's Studies. 19 (4), 444-459.

Borren, Marieke, 2013: Feminism as Revolutionary Practice: From Justice and the Politics of Recognition to Freedom. In: Hypatia. 28 (1), 197-214.

Butterwegge, Carolin/Hansen, Dirk, 2012: Altersarmut ist überwiegend weiblich: Frauen als Hauptleidtragende des Sozialabbaus. In: Butterwegge, Christoph/Bosbach, Gerd/Birkwald, Matthias W. (Hg.): Armut im Alter: Probleme und Perspektiven der sozialen Sicherung. Frankfurt/M., New York: Campus, 111-129.

Clement, Grace, 2013: Feminist Ethics. In: Lafollette, Hugh (Hg.): International Encyclopedia of Ethics. Oxford: Blackwell Publishing Ltd. DOI: 10.1002/9781444367072.wbiee108.

Dahl Crossley, Alison/McKee Hurwitz, Heather, 2013: Women's Movements. In: Snow, David A., u.a. (Hg.): The Wiley-Blackwell Encyclopedia of Social and Political Movements. Oxford, UK: Blackwell Publishing Ltd. DOI: 10.1002/9780470674871.wbespm424-

Dobrotić, Ivana/Matković, Teo/Zrinščak, Siniša, 2013: Gender Equality Policies and Practices in Croatia - The Interplay of Transition and Late Europeanization. In: Social Policy & Administration. 47 (2), 218-240.

Drew, Allison, 2012: Feminism—Experience and Utopia in Local, National, and Global Activism. In: International Studies Review. 14 (4), 604-607.

Farré, Lúdia, 2013: The Role of Men in the Economic and Social Development of Women: Implications for Gender Equality. In: The World Bank Research Observer. 28 (1), 22-51.

Fuchs, Gesine, 2013: Using Strategic Litigation for Women's Rights: Political Restrictions in Poland and Achievements of the Women's Movement. In: European Journal of Women's Studies. 20 (1), 21-43.

Gaard, Greta, 2013: Ecofeminism. In: Lafollette, Hugh (Hg.): International Encyclopedia of Ethics. Oxford, UK: Blackwell Publishing Ltd. DOI: 10.1002/9781444367072.wbiee037

Harnois, Catherine E., 2012: Sociological Research on Feminism and the Women's Movement: Ideology, Identity, and Practice. In: Sociology Compass. 6 (10), 823-832.

Hurwitz, Heather M./Taylor, Verta, 2012: Women's Cultures and Social Movements in Global Contexts. In: Sociology Compass. 6 (10), 808-822.

Grünenfelder, Julia, 2012: Negotiating Gender Relations: Muslim Women and Formal Employment in Pakistan's Rural Development Sector. In: Gender, Work & Organization. DOI: 10.1111/j.1468-0432.2012.00609.x.

Jackson, Cecile, 2012: Speech, Gender and Power: Beyond Testimony. In: Development and Change. 43 (5), 999-1023.

Jaehrling, Karen, 2012: Gleichstellung und Aktivierung – Wahlverwandtschaft oder Stiefschwestern? In: Bothfeld, Silke (Hg.): Arbeitsmarktpolitik in der sozialen Marktwirtschaft: Vom Arbeitsförderungsgesetz zum Sozialgesetzbuch II und III. Wiesbaden: Springer VS, 177-190.

Jones, Nicola/Presler-Marshall, Elizabeth, 2012: Governance and Poverty eradication: Applying a Gender and Social Institution Perspective. In: Public Administration and Development. 32 (4-5), 371-384.

- Jünemann, Annette**, 2013: Geschlechterdemokratie für die Arabische Welt. In: Jünemann, Annette/Zorob, Anja (Hg.): *Arabellions: Zur Vielfalt von Protest und Revolte im Nahen Osten und Nordafrika*. Wiesbaden: Springer VS, 307-334.
- Klammer, Ute**, 2012: Gleichstellungspolitik als Baustein von Demografiepolitik und (Teil-) Antwort auf den Fachkräftemangel. In: Hüther, Michael/Naegele, Gerhard (Hg.): *Demografiepolitik: Herausforderungen und Handlungsfelder*. Wiesbaden: Springer VS, 299-314.
- Kulick, Manuela S.**, 2013: Die Piratenpartei und die Genderproblematik. In: Niedermayer, Oskar (Hg.): *Die Piratenpartei*. Wiesbaden: Springer VS, 149-174.
- Leidinger, Christiane**, 2012: Lesbenbewegung in der BRD. In: Haug, Wolfgang Fritz/Haug, Frigga/Jehle, Peter/Küttler, Wolfgang: *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus: Krisentheorien bis Linie Luxemburg-Gramsci*. Hamburg: Argument, 990-999.
- Leidinger, Christiane**, 2012: Gründungsmythen zur Geschichtsbemächtigung? Die erste autonome Schwulengruppe in der BRD war eine Frau. In: *invertito. Jahrbuch für die Geschichte der Homosexualitäten*. Hamburg: Männerschwarm, 9-39.
- Murray, Rainbow**, 2013: Towards Parity Democracy? Gender in the 2012 French Legislative Elections. In: *Parliamentary Affairs*. 66 (1), 197-212.
- Nikaido, Kosuke**, 2013: Women's Movement in Japan. In: Snow, David A., u.a. (Hg.): *The Wiley-Blackwell Encyclopedia of Social and Political Movements*. Oxford, UK: Blackwell Publishing Ltd. DOI: 10.1002/9780470674871.wbespm426
- Popli, Gurleen K.**, 2013: Gender Wage Differentials in Mexico: A Distributional Approach. In: *Journal of the Royal Statistical Society*. 176 (2), 295-319.
- Quesenberry, Jeria L./Trauth, Eileen M.**, 2012: The (Dis)placement of Women in the IT Workforce: an Investigation of Individual Career Values and Organisational Interventions. In: *Information Systems Journal*. 22 (6), 457-473.
- Rickett, Bridgette/Roman, Andrew**, 2012: 'Heroes and Matriarchs': Working-Class Femininities, Violence and Door Supervision Work. In: *Gender, Work and Organization*. DOI: 10.1111/gwao.12002
- Ross, Karen/Evans, Elizabeth/Harrison, Lisa/Shears, Mary/Wadia, Khursheed**, 2012: The Gender of News and News of Gender: A Study of Sex, Politics, and Press Coverage of the 2010 British General Election. In: *The International Journal of Press/Politics*. 18 (1), 3-20.
- Saeidi, Shirin**, 2012: Reconsidering Categories of Analysis: Possibilities for Feminist Studies of Conflict. In: *Gender & History*. 24 (3), 799-824.
- Sardenberg, Cecília M.**, 2012: Negotiating Culture in the Promotion of Gender Equality and Women's Empowerment in Latin America. *IDS Working Papers* 2012. No. 407, 1-44.
- Sayigh, Rosemary**, 2012: Arab and Arab-American Feminisms: Gender, Violence, and Belonging. In: *Race & Class*. 54 (2), 108-112.
- Schep, Dennis**, 2012. The Limits of Performativity: A Critique of Hegemony in Gender Theory. In: *Hypatia*. 27 (4), 864-880.
- Sholock, Adale**, 2012: Methodology of the Privileged: White Anti-Racist Feminism, Systematic Ignorance, and Epistemic Uncertainty. In: *Hypatia*. 27 (4), 701-714.
- Taylor, Dianna**, 2013: Toward a Feminist „Politics of Ourselves“. In: Falzon, Christopher/O'Leary, Timothy/Sawicki, Jana (Hg.): *A Companion to Foucault*. Chichester: John Wiley & Sons, 401-418.
- Vickers, Jill**, 2012: Is Federalism Gendered? Incorporating Gender into Studies of Federalism. In: *Publius: The Journal of Federalism*. 43 (1), 1-23.
- Walters, Suzanna Danuta**, 2012: The Kids are all Right but the Lesbians aren't: Queer Kinship in US Culture. In: *Sexualities*. 15 (8), 917-933.
- Watson, Lori**, 2013: Feminist Political Theory. In: Lafollette, Hugh (Hg.): *International Encyclopedia of Ethics*. Oxford: Blackwell Publishing Ltd. DOI: 10.1002/9781444367072.wbiee757.

AUTORINNEN DIESES HEFTES

Benya, Asanda, PhD Candidate, Sociology and Society Work and Development Institute (SWOP), Researching on Women in Mining. Arbeitsschwerpunkte: Gender, Labour, Subjectivities and Sociology of work. asanda.benya@students.wits.ac.za

Dierkes, Mirjam, M.A., Studium vom Literatur- und Politikwissenschaft, arbeitet an einem politikwissenschaftlichen Dissertationsprojekt als Stipendiatin im Interdisziplinären Promotionskolleg „Geschlechterverhältnisse im Spannungsfeld von Arbeit, Organisation und Demokratie“, Philipps-Universität Marburg. Arbeitsschwerpunkte: feministische Theorie, Utopietheorie, alternative Ökonomien.

Diewald, Irmgard, MA, Politikwissenschaft, Doktorandin und Mitarbeiterin an der Philipps-Universität Marburg im Bereich Politik und Geschlechterverhältnisse. Arbeitsschwerpunkte: Gleichstellungspolitik, geschlechtsspezifische Arbeitsmarksegmentation, vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung. irmgard.diewald@staff.uni-marburg.de

Engel, Antke, Dr. phil., Institut für Queer Theory Berlin und freie Wissenschaftlerin in den Bereichen Queer Theory, Geschlechter- und Sexualitätenforschung, visuelle Kultur sowie poststrukturalistische politische Theorie. engel@queer-institut.de

Federici, Silvia, emeritierte Professorin für politische Philosophie und internationale Politik an der Hofstra University Hempstead/New York und feministische Aktivistin und Autorin.

Freudenschuss, Magdalena, Mag.a, Politologin und Soziologin, PostDoc am Center for Digital Cultures an der Leuphana Universität Lüneburg (Projekt: Art and Civic Media). Mitherausgeberin der *Femina Politica*. Arbeitsschwerpunkte: Diskursforschung, feministische Theorie, Prekarisierung, Verletzbarkeiten. magdalena.freudenschuss@inkubator.leuphana.de

Gann, Anna-Lisa, geb. 1985, Studium der Hispanistik und Soziologie (B.A.) in Konstanz und Interdisziplinäre Lateinamerikastudien mit Schwerpunkt Geschlechterverhältnisse (M.A.) an der Freien Universität Berlin. Während ihrer Abschlussarbeit über das Konzept des *Buen Vivir* war sie studentische Mitarbeiterin im Projekt „Green Economy: Gender_Gerecht“ von Life e.V./genanet. lisagann@gmx.de.

Gatt, Sabine, Mag.a Mag.a, geb. 1980, DOC-Stipendiatin der Österreichischen Akademie der Wissenschaften an der Forschungsplattform für Geschlechterforschung der Universität Innsbruck. Arbeitsschwerpunkte: Geschlecht, Migration, symbolische Politik, Demokratietheorie. Sabine.Gatt@uibk.ac.at

Hajek, Katharina, Mag.a, Universitätsassistentin am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien. Arbeitsschwerpunkte: feministische Politische Theorie, Queer Theory, Gender und Krise/politische Krisenbearbeitung.

Hauf, Felix, Dipl.-Pol., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Goethe-Universität Frankfurt a.M., z.Zt. Promotion zum Thema „The Cultural Political Economy of Decent Work: Transnational Labour Norms between Global Regulation and Local Appropriation – the Case of Indonesia’s Garment Industry“. Arbeitsschwerpunkte: Internationale und feministische politische Ökonomie, Cultural Political Economy und Regulationstheorie, Decent Work und Gewerkschaftsstrategien in Indonesien. hauf@soz.uni-frankfurt.de

Kahlert, Heike, Prof. Dr., Lehrstuhlvertretung für Soziologie mit Schwerpunkt Soziale Entwicklungen und Strukturen am Institut für Soziologie der Ludwig-Maximilians-Universität München. Arbeitsschwerpunkte: Transformationen des Wissens in der Moderne, Geschlechterverhältnisse und sozialer Wandel im Wohlfahrtsstaat, Institutionalisierte Ungleichheiten im Bildungswesen, Gleichstellungsbezogene Organisationsentwicklung im Public-Profit-Bereich. mail@heike-kahlert.de.

Kerner, Ina, Prof. Dr., Juniorprofessorin für Diversity Politics am Institut für Sozialwissenschaften und am Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien der Humboldt-Universität zu Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Politische Theorie, Geschlechtertheorie und Feminismus, Diversität und Intersektionalität sowie Postkolonialismus; ina.kerner@sowi.hu-berlin.de

König, Andrea, M.A., Gymnasiallehrerin in Büren, Arbeitsschwerpunkte: Sozialstrukturanalyse, Migrations- und Geschlechterforschung.

Kunze, Isabelle, Master of Social Science, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Umweltplanung, Universität Hannover, Arbeitsschwerpunkte: Ländliche Entwicklung, Gender & Development, Indien, email: kunze@umwelt.uni-hannover.de.

Kurz-Scherf, Ingrid, Prof. Dr., Professorin für Politik und Geschlechterverhältnisse an der Philipps-Universität Marburg. Forschungsschwerpunkte: Arbeits- und Sozialpolitik, Politische Ökonomie, Geschlechterverhältnisse sowie feministische Theorie und Demokratieentwicklung.

Meise, Stephan, Dipl.-Sozialwiss., Doktorand am Institut für Politische Wissenschaft der Leibniz Universität Hannover, Arbeitsschwerpunkte: Sozialstrukturanalyse, Organisationssoziologie, Migrationsforschung.

Michalitsch, Gabriele, Mag.a phil., Mag.a rer. soc. oec., Dr.in phil., Politikwissenschaftlerin und Ökonomin, lehrt an den Universitäten Wien und Innsbruck. Arbeitsschwerpunkte: Politische Ökonomie, Feministische Ökonomie, Politische Theorie.

Müller, Beatrice, M.A., Studium der Politikwissenschaft, Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Philipps-Universität Marburg. Arbeitsschwerpunkte: Care-Arbeit, marxistisch-feministische Theorie, Subjekttheorie. beatrice.mueller@staff.uni-marburg.de

Namberger, Verena, Dipl. Politologin, geb. 1985, Politikwissenschaften und Politische Philosophie; derzeit freie Wissenschaftlerin in Berlin, Vorbereitung eines Promotionsprojekts zur feministischen Kritik an Lebenswissenschaften und Biotechnologien. Arbeitsschwerpunkte: Feministische Theorie und Ökonomiekritik, Science Studies, kritische Rassismusforschung;

Opratko, Benjamin, Mag., Stipendiat der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (DOC) am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. Arbeitsschwerpunkte: Hegemonietheorien, kritische Internationale Politische Ökonomie, Rassismusforschung.

Rometsch, Julia, M.A., Doktorandin am Lehrstuhl für Südostasienkunde der Universität Passau. Arbeitsschwerpunkte: Ökologie & Geschlecht, Erneuerbare Energien, Indien. julinoir@riseup.net.

Scheele, Alexandra, Dr., akademische Mitarbeiterin am Lehrstuhl Wirtschafts- und Industriesoziologie an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus. Mitherausgeberin der *Femina Politica*. Arbeitsschwerpunkte: Arbeits- und Industriesoziologie, Soziologie der Geschlechterverhältnisse und Sozialpolitik.

Schoenes, Katharina, M.A. Sozialwissenschaften. Arbeitsschwerpunkte: kritische Migrationsforschung, Rassismus, historische und gegenwärtige Einwanderungsdiskurse. katharina_schoenes@yahoo.de.

Volk, Katharina, Magister in Politikwissenschaft und 1. Staatsexamen Lehramt an Förderschulen. Promoviert zum Thema „Kapitalismuskritik reloaded?! (Un)überwindbare Widersprüche zwischen feministischer und sozialistischer Theorie und Praxis“, Stipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Völker, Susanne, Professorin für Methoden der Bildungs- und Sozialforschung unter bes. Berücksichtigung der Genderforschung/Lehrbereich Soziologie am Institut für vergleichende Bildungsforschung und Sozialwissenschaften, Universität Köln. Forschungsschwerpunkte: Methoden qualitativer Sozialforschung, Prekäres Leben, Habitus und Bildungsstrategien sozialer Milieus.

Weibel, Fleur, M.A., Soziologie und Geschlechterforschung, Doktorandin im Graduiertenkolleg „Geschlechterverhältnisse – Normalisierung und Transformation“ an der Universität Basel. Dissertation zur Inszenierung von Intimität in Hochzeitspraktiken homo- und heterosexueller Paare

in der Schweiz. Arbeitsschwerpunkte: Queer-feministische Kritik und Materialitätskonzepte. fleur.weibel@unibas.ch

Zuber, Stephanie, Dipl. Soz., seit 2007 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Hamburg im Projekt „Frauen in der Spitzenforschung“, einer Begleitforschung zur Exzellenzinitiative unter Gleichstellungsaspekten. Arbeitsschwerpunkte: Wissenschafts- und Geschlechterforschung. stephanie.zuber@uni-hamburg.de